

# **Zur Problematik der deutschen Presse nach 1945**

von

**Georg Wuerstlein**

aus

**Erlangen**

1971 1 202







# **Zur Problematik der deutschen Presse nach 1945**

Inaugural-Dissertation

der Philosophischen Fakultät

der Friedrich-Alexander-Universität

Erlangen-Nürnberg

vorgelegt

von

**Georg Wuerstlein**

aus

**Erlangen**

Tag der mündlichen Prüfung: 29. März 1971

Dekan: Universitätsprofessor Dr. Ulrich Fülleborn

Referent: Universitätsprofessor Dr. Kurt Kluxen

Korreferent: Universitätsprofessor Dr. Gerhard Pfeiffer

Gewidmet dem

Bayerischen Journalisten-Verband e.V.



# Inhaltsverzeichnis

( Seite )

|                                                                                                       |     |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| I. VORWORT                                                                                            | 1   |
| II. EINLEITUNG:                                                                                       |     |
| Die Situation der deutschen Journalisten und ihrer Berufsverbände vor und nach dem Zusammenbruch 1945 | 8   |
| Die Zeit vor 1945                                                                                     | 8   |
| Der Zeitraum nach 1945                                                                                | 13  |
| III. HAUPTTEIL:                                                                                       |     |
| Zusammenbruch und allgemeine Folgen 1945                                                              | 20  |
| 1. Die Entwicklung in der amerikanischen, französischen und englischen Besatzungszone Deutschlands    | 23  |
| Alliierte Gemeinsamkeiten                                                                             | 23  |
| Die amerikanische Pressepolitik                                                                       | 30  |
| Die englische Pressepolitik                                                                           | 36  |
| Die französische Pressepolitik                                                                        | 38  |
| 2. Die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands                                    | 41  |
| 3. Die Situation der einzelnen Presseorgane:                                                          |     |
| A. Die Nachrichtenagenturen                                                                           | 46  |
| Die deutschen Agenturen vor Gründung der dpa                                                          | 49  |
| Die große Zäsur von 1945                                                                              | 52  |
| Zusammenfassung                                                                                       | 60  |
| Gründung der dpa und ihre weitere Entwicklung nach 1949                                               | 62  |
| Zusammenfassend zur dpa                                                                               | 67  |
| Andere Nachrichtendienste in Deutschland                                                              | 70  |
| Zusammenfassung                                                                                       | 74  |
| B. Die Tageszeitungen                                                                                 | 81  |
| Zeitungssituation in Deutschland                                                                      | 83  |
| Zusammenfassung                                                                                       | 100 |
| C. Die Boulevardblätter und Illustrierten                                                             | 105 |
| Die Bild-Zeitung                                                                                      | 109 |
| Die Illustrierten                                                                                     | 118 |

|                                                            |     |
|------------------------------------------------------------|-----|
| D. Die Wochenzeitungen                                     | 130 |
| E. Der Rundfunk                                            | 147 |
| Die Monopole und die Kritiken                              | 152 |
| F. Statistik zur deutschen Presse                          | 161 |
| 4. Die Konzentrationserscheinungen in der deutschen Presse | 167 |
| Der Springer-Konzern                                       | 173 |
| Andere Pressekonzerne in der BRD                           | 178 |
| Zusammenfassung                                            | 182 |
| Allgemeine Statistik zur Pressekonzentration               | 184 |
| 5. Das deutsche Presserecht nach 1945                      | 185 |
| Die modernen Landespressegesetze                           | 192 |
| 6. Der Deutsche Presserat                                  | 195 |
| 7. Das Berufsbild des Journalisten heute                   | 201 |
| A. Tätigkeitsmerkmale                                      | 203 |
| B. Berufsvoraussetzungen und Leistungsanforderungen        | 206 |
| C. Der Zugang zum Beruf                                    | 207 |
| Journalistische Ausbildungsstätten                         | 208 |
| Zusammenfassung                                            | 212 |
| 8. Schlußbetrachtungen                                     | 215 |
| IV. Quellen- und Literaturverzeichnis                      | 224 |

- - - - -  
A b k ü r z u n g e n

|         |                                   |
|---------|-----------------------------------|
| DJU     | = Deutsche Journalisten-Union     |
| DJV     | = Deutscher Journalisten-Verband  |
| DIMITAG | = Dienst mittlerer Tageszeitungen |
| dpa     | = Deutsche Presse-Agentur         |
| GG      | = Grundgesetz der BRD             |
| LPG     | = Landespressegesetz              |
| PR      | = Presserecht                     |

- - - - -

## I. Vorwort

Die deutsche Presse hat in den zweieinhalb Jahrzehnten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges eine Entwicklung genommen, die eine Betrachtung ihrer Problematik notwendig macht und auch rechtfertigt. Wohl kaum ein anderes Berufsbild hat einen in der Bedeutung ähnlichen Wandel durchlebt wie das des Journalisten. Die strukturelle Verschiebung, die sich in allen Bereichen der Presse niedergeschlagen hat, ist deshalb besonders zu werten, weil dem Pressewesen heute nach dem Gesetz eine "öffentliche Aufgabe" zukommt, die nie zuvor im deutschen Staats- und Rechtsgebilde so weitreichend und tiefgreifend verankert war.

Ich darf deshalb an dieser Stelle Herrn Professor Dr. Kurt Kluxen, Erlangen, besonders dafür danken, daß es mir ermöglichte dieses Thema zu wählen und an der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen zu bearbeiten. Seinen Hinweisen verdanke ich wertvolle Anregungen.

Die Problematik der deutschen Presse nach 1945 ist in vielen Teilgebieten wiederholt von einer Reihe von Autoren behandelt worden, doch eine grundlegende Zusammenfassung über die inzwischen fünfundzwanzigjährige Nachkriegszeit unter Berücksichtigung aller wichtigen Probleme fehlte bisher. Die geringe Distanz zu den Geschehnissen ist mit eine Ursache dafür, daß die entsprechende Fachliteratur noch sehr unvollständig ist, ein Teil davon ist erst in den letzten zwei Jahren erschienen. Beruflich mit den Problemen der Presse eng verbunden, war es mir deshalb ein persönliches Anliegen, mit meiner Dissertation diese Lücke schließen zu helfen.

Die Einleitung beschäftigt sich mit der Situation der Journalisten und ihrer Berufsverbände vor und nach dem Zusammenbruch 1945. Da der Wiederaufbau der deutschen Presse und der Bundesrepublik Deutschland unter völlig neuen Aspekten stattfand, war deshalb auch ein kurzer Rückblick auf den Journalismus vor 1945 notwendig. Die Betrachtungen der Nachkriegszeit reichen in der Regel bis an die sechziger Jahre heran, nur in diesem Gesamtzusammenhang kommt die veränderte Stellung der Presse erst voll zum Ausdruck. Die jüngste Situation der Journalisten und vor allem ihr heutiges Berufsbild können erst im 7. Kapitel besprochen werden, da gerade eine Betrachtung des modernen Berufsbildes erst eine Behandlung der verschiedenen Aufgabenbereiche im Journalismus voraussetzt.

Im Hauptteil war ein ausführlicher Rückblick nicht immer erforderlich, wenn er stellenweise dennoch erfolgte, so geschah dies zur besseren Illustrierung der gesamten Abhandlung.

Die Entwicklung in der amerikanischen, französischen und englischen Besatzungszone ist auf die wesentlichsten Vorgänge beschränkt behandelt worden. Die drei westlichen Besatzungszonen wurden zwar weitgehend getrennt, jedoch in einem gemeinsamen Kapitel betrachtet, da ihre Entwicklung eng verbunden ist.

Meine Arbeit beinhaltet die Nachkriegspressegeschichte der Bundesrepublik Deutschland, dennoch war es notwendig bis zur faktischen Teilung Deutschlands auch die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone ("DDR") zu berücksichtigen. Eine weitere Betrachtung erfolgte stellenweise zu wertvollen Vergleichszwecken.

Bei der Besprechung der einzelnen Presseorgane wurden Einzelheiten mehr als bisher berücksichtigt, weil sie in diesem Bereiche zu einer besseren Klärung der Sachverhalte beitragen. Die Nachrichtenagenturen sind deshalb nicht

nur in Bezug auf ihre Entstehung, sondern auch in ihrer Arbeitsweise behandelt worden.

Das Kapitel über die Tageszeitungen konnte besonders mit Einzelangaben und Zahlenmaterial bereichert werden, dazu kommen wiederholt wertvolle Vergleiche mit den Verhältnissen in anderen Staaten. Auf die Fülle von Zeitungen im einzelnen näher einzugehen war weder möglich noch zweckmäßig, da es auf eine Gesamtbetrachtung ankam.

Was die Boulevardblätter und Illustrierten betrifft, wurde ihrem Wesen entsprechend vor allem auch ihre psychologische Auswirkung beleuchtet. Auch bei den Wochenzeitungen liegt der Schwerpunkt der Betrachtung auf Charakter und Bedeutung dieses Pressetyps, was zum Teil auch eine kleine Analysierung zuließ.

Da Fach- und Kunstzeitschriften für die Problematik der Presse ohne größere Bedeutung sind und auch keinerlei Nachkriegs-Novum darstellen, wurden sie aus rein sachlichen Gesichtspunkten ausgeklammert. Hingegen wurden die Kapitel über die einzelnen Presseorgane durch ausgewählte Statistiken vervollständigt. Textüberschneidungen in den verschiedenen Kapiteln wurden weitgehend vermieden, sie sind nur vorhanden wo es für den Gesamtzusammenhang unbedingt notwendig ist.

Die Konzentrationserscheinungen in der Presse sind im 4. Kapitel behandelt und analysiert sowie durch eine ausgewählte Statistik ergänzt. Das 5. Kapitel setzt sich mit der Schaffung und Bedeutung des neuen deutschen Presserechts auseinander, das der veränderten Stellung der Presse in der Bundesrepublik Rechnung trägt. Die Einrichtung des "Deutschen Presserates" wurde im 6. Kapitel behandelt. Das Geschichtsbild der deutschen Nachkriegspresse wird durch das 7. Kapitel abgerundet, das die heutige Stellung und Tätigkeit des Journalisten und sein modernes Berufsbild umreißt. In den Schlußbetrachtungen wird ein zusammenfassender Überblick gewährt, der in den einzelnen Kapiteln nicht in diesem Maße möglich war.

Die Arbeit versucht eine Gesamtübersicht der deutschen Presse nach 1945 zu liefern. Hierbei wurde vor allem Gewicht auf die Schwerpunkte und Hauptmerkmale im Pressewesen gelegt. Nicht notwendige Einzelheiten über bestimmte Publikationsmittel wurden aus sachlichen Gründen unterlassen. Allein durch die Fülle des Stoffes war es zwingend, nur die wesentlichsten Fragen zu behandeln. Größere Statistiken wurden zur besseren Übersicht den betreffenden Kapiteln angehängt, ihr Inhalt auf die notwendigen Angaben beschränkt. Die Zahlenwerte wurden möglichst neuen Zusammenstellungen und Quellen entnommen.

Rein juristische, technische, wirtschaftliche und betriebliche Details konnten nur soweit berücksichtigt werden, als es für die Nachkriegsgeschichte der deutschen Presse von Belang war. Nicht immer möglich war auch die Festlegung des chronologischen Verlaufs einer Erscheinung in der Presse, da die jeweiligen Ereignisse und Merkmale in den verschiedenen Besatzungszonen und Bundesländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten und oft mit eigener Prägung auftraten. Zur sachlichen Differenzierung war es notwendig, die einzelnen Problemkreise in dieser der Arbeit zugrunde liegenden Gliederung einzuordnen, da der Gesamtrahmen klar und überschaubar bleiben mußte.

Literatur zum Gesamtthema ist nur lückenhaft vorhanden, Akten und sonstige Unterlagen waren nicht immer, oder nur schwer und auf vertraulicher Basis zugänglich. Die Informationsquellen konnten deshalb nicht in jedem Falle direkt und vollständig angegeben werden. Bei einer Reihe von Diskussions- und Konferenzunterlagen, Sonderdrucken und losen Blättern oder privaten Aufzeichnungen sind nähere Angaben kaum möglich gewesen. Auch mögliche Rechtsfolgen waren oft zu bedenken. Als Berufsjournalist unterliege ich auch hier den Bestimmungen des Zeugnisverweigerungsrechtes in den Pressegesetzen, worauf ich mehrmals verwiesen wurde.

Dennoch ist es gelungen, die Situation der deutschen Presse nach dem Zweiten Weltkrieg, ihre Entwicklung und Probleme zusammenfassend darzulegen und durch entsprechende Quellen- und Literaturangaben abzusichern. Durch gegensätzliche Unterlagen konnten manche Detailfragen zwar nicht restlos geklärt werden, doch ist dies für den Gesamtzusammenhang auch nicht notwendig. Das Problem der "Pressefreiheit" konnte in dieser Arbeit prinzipiell nicht gesondert abgehandelt werden, da es sich hierbei um ein vielschichtiges juristisches Problem handelt, das in Verbindung mit ausgesprochenen Verfassungsfragen auch juristisch noch nicht völlig geklärt ist. Indessen hätte die direkte Behandlung der "Pressefreiheit" auch eine Abschweifung vom Gesamtthema bedeutet, das klar und übersichtlich bleiben sollte.

Insgesamt habe ich mich bemüht, die Problematik der deutschen Presse nach 1945 bis um das Jahr 1970 so umfassend wie möglich darzustellen, ohne in unüberschaubare Weiterschweifigkeit zu verfallen. Möge diese Arbeit zum besseren Verständnis für die deutsche Presse, die Journalisten und ihre Probleme einen Beitrag leisten!

Neben Herrn Prof. Dr. Kurt Kluxen, Erlangen, bin ich noch zu besonderem Dank verpflichtet den Herren Prof. Dr. Gerhard Pfeiffer, Erlangen-Nürnberg, Prof. Dr. Otto Berninger, Erlangen, sowie Prof. Dr. P. Franz-Maria Sladeczek S.J., Berlin.

Mein Dank gilt hier auch all den Personen, Organisationen, Behörden und Institutionen, die durch Informationen, Überlassen von Unterlagen, Akteneinsicht, vertrauliche Mitteilungen, Freiabonnements und in welcher Weise auch immer zur Fertigstellung meiner Arbeit beigetragen haben. Besonders seien hier genannt:

Bayerischer Journalisten-Verband e.V. München und  
BJV-Geschäftsführer Dr. Hans Badewitz,

Deutscher Presserat, Bonn,

Verschiedene Berufskollegen im In- und Ausland,

Deutsche Journalistenschule e.V. München,

Bayerische Journalistenschulung e.V. Augsburg,

Bayerischer Rundfunk, München,

Westdeutscher Rundfunk, Köln,

Zweites Deutsches Fernsehen, Mainz,

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn,

Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn,

CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bonn und besonders

Kollege Dr. Max Schulze-Vorberg MdB.,

Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn,

Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn,

Bundesministerium für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen,  
Bonn,

USA-Botschaft, Bonn, Informationsabteilung,

Französische Botschaft, Bonn, Informationsabteilung,

Bundesverband Druck e.V., Wiesbaden,

Axel Springer-Verlag, Berlin, Informationsabteilung,  
Verlag Gruner & Jahr GmbH. & Co., Hamburg, Geschäfts-  
leitung,  
Heinrich Bauer-Verlag, Hamburg, Vertriebsleitung,  
Süddeutscher Verlag GmbH., München,  
Verlag Th. Martens & Co. GmbH., München,  
Verlag Dr. H. Heilmaier, München,  
ER-Verlags GmbH., Großhesselohe,  
Frankfurter Allgemeine, Frankfurt, Vertriebsleitung,  
Frankfurter Rundschau, Frankfurt, Vertriebsleitung,  
Die Welt, Hamburg, Verlagsleitung,  
Publik, Frankfurt am Main, Vertriebsleitung,  
Münchner Merkur / Münchner Zeitungsverlag, München,  
Direktion,  
sowie die zahlreichen Pressestellen der verschiedenen  
Behörden, Organisationen und Institutionen.

## II. E i n l e i t u n g

Die Situation der deutschen Journalisten und ihrer Berufsverbände vor und nach dem Zusammenbruch 1945

Die journalistische Arbeit, die als hauptberufliche Tätigkeit erst seit dem achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert ausgeübt wird, hat vor allem in den letzten Jahrzehnten durch die gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche und technische Entwicklung einen grundlegenden Wandel erfahren. Dabei wurde das frühere Berufsbild des Journalisten wesentlich verändert und vor allem sehr erweitert. Zur geschriebenen und gedruckten Presse sind die neuen Kommunikationsmittel Hörfunk, Fernsehen und Film hinzugekommen, die dem Journalisten neue Arbeitsbereiche eröffnet haben, aber auch neue Arbeitsmethoden und Wirkungsweisen. Dazu kamen weitere Arbeitsgebiete der Journalisten in der Wirtschaft, bei Behörden, Institutionen und Organisationen. Dies alles war jedoch nicht immer so. Für ein besseres Gesamtverständnis der deutschen Presse, der Journalisten und ihrer Probleme nach 1945 ist deshalb auch ein kurzer Rückblick auf die Zeit vor dem Zusammenbruch 1945 notwendig und zweckmäßig.

### Die Zeit vor 1945

Die soziale und allgemeine Stellung der Journalisten in der Gesellschaft war früher sehr bunt und vielschichtig, also völlig undifferenziert. Eine merkwürdige Eigentümlichkeit der Journalisten und ihres Berufsstandes besteht schon darin, wie sie ihre Stellung früher selbst in das Gesamtbild eingeordnet haben. Andere neue Berufsschichten hatten damals in der Gesellschaft auch kaum Bedeutung oder galten gar als regelrechte Außenseiter. Doch während diese ihre existentielle Situation verbesserten, indem sie sich zwar aus der bürgerlichen Gesellschaft weiterhin heraushielten, jedoch gegen diese organisierten, wie beispielsweise die Arbeiter mit ihren Gewerkschaften, lehnten die Journalisten diesen Weg ab.

Obwohl auch sie ihre Existenzgrundlagen durch eine ideologische Organisation hätten verbessern können, vollzogen sie diesen Schritt nicht, denn sie schreckten ihrer Unabhängigkeit zuliebe vor jeder größeren Organisation zurück <sup>1)</sup>. Sie verzichteten damit auf materielle Errungenschaften, die andere Berufsgruppen erst durch gewerkschaftliche Zusammenschlüsse erreichen konnten. Dadurch blieb der Journalismus jedoch auf lange Sicht ein "Begabungsberuf", wie er es bis heute stets geblieben war, ein Beruf also, den man nur bei "natürlicher Begabung" ergreifen, aber nicht im üblichen Sinne erlernen konnte. Diese Ansicht blieb allgemeine Auffassung bis in die zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts, erst dann begannen sich die Vorstellungen langsam zu ändern.

Mit dem Abbau der alten Schichten- und Berufsständetraditionen und der Umformung der Gesellschaft im Rahmen des Demokratisierungsprozesses dieses Jahrhunderts, wurden auch bis dahin allgemein gültige bürgerliche Vorurteile hinfällig. Es ist interessant, daß sich der Drang zur Organisation bei den Journalisten gerade dann mehr und mehr durchzusetzen begann, als sie von der Gesellschaft "integriert" wurden. Mit der folgenden und zunehmenden Aufwertung wuchs auch das "Selbstbewußtsein" der deutschen Presse. Nach Emil Dovifat "stand am Ausgang des Ersten Weltkrieges die deutsche Presse vor der Aufgabe, die Presse einer deutschen Demokratie zu werden" <sup>2)</sup>.

-----  
1) Nach Helmut Cron; Pross, S. 15

2) Matthies, S. 9

Viel später als in anderen Berufssparten entstand in Deutschland eine Berufsorganisation der Journalisten. Den Anfang bildeten regionale Gründungen von Journalisten- und Schriftsteller-Vereinen. Erst 1910 entstand ein zentraler Berufsverband für Redakteure des deutschen Reichsgebietes, wobei allerdings durch Ausschluß der Schriftsteller eine scharfe Abgrenzung erfolgte. Nachdem sich 1909 in Kassel bereits mehrere Regionalverbände zusammengeschlossen hatten, wurde am 20. November 1910 der "Reichsverband der deutschen Presse" ins Leben gerufen.<sup>1)</sup>

Eine Erstarkung des Verbandes wurde zunächst jedoch durch die Wirren des Ersten Weltkrieges einerseits und durch das Festhalten an den alten Denktraditionen andererseits, weitgehend verhindert. Den alten Auffassungen entsprechend hielt man es beispielsweise nicht für vertretbar, sich ähnlich einer Gewerkschaft um Tarifverträge, Arbeits- und Urlaubsregelung sowie Altersversorgung zu bemühen. Noch um 1919 war die Ansicht vorherrschend, daß eine Festsetzung von Mindest- und Höchstgehältern unzumutbar sei und keine Zukunft habe. Die schematische Behandlung von Gehaltsfragen wurde überhaupt abgelehnt, da man die Pressearbeit als reine Qualitätstätigkeit verstand <sup>2)</sup>.

Diese Tendenz hemmte den neuen Berufsverband in den Anfängen gewaltig, so daß es erst 1926 gelang einen sogenannten "Normaldienstvertrag" abzuschließen, der für alle Zeitungsverlage verbindlich war. Hierbei wurden auch die Anstellungsbedingungen einheitlich geregelt, wie das für Gewerkschaftsverbände bereits selbstverständlich war. Auch eine Altersversorgung wurde eingeführt, ferner die Arbeitszeit und der Urlaub geregelt.

-----

1) Dovifat, bei Matthies, S. 9

2) Cron in Pross, S. 16

Sogar die grundsätzliche Einstellung zum Verlagshaus bezüglich der politischen Richtung wurde behandelt <sup>1)</sup>. Zweifelsohne sind diese Fortschritte nur im Zusammenhang mit den sozialen Errungenschaften nach dem Ersten Weltkrieg denkbar. Endlich wurden vom Berufsverband Forderungen verwirklicht, die noch kurz vorher "standeswidrig" waren. Schwierigkeiten gab es jedoch noch lange bezüglich eines Tarifvertrages, der für das gesamte Reichsgebiet Gültigkeit haben sollte <sup>2)</sup>.

Berücksichtigt man, daß die Journalisten zu den selbständigen Berufen zählen, so war das erreichte Ziel immerhin ein gewaltiger Fortschritt. Diese Situation beweist aber auch, daß man sich allgemeinen Berufsnormen angepasst hatte und eine soziale Wandlung erfuhr.

Interessant ist hierbei auch ein Blick auf die Mitgliederzahlen. Während noch in den zwanziger Jahren, wo es ohnehin weit weniger Journalisten als heute gab, von den hauptberuflichen Redakteuren lediglich knapp fünfzig Prozent Verbandsmitglieder waren, gehören diesem heute rund 90 Prozent an. Waren die Mitglieder früher nur unter den leitenden Redakteuren beheimatet, gehören sie heute allen Kategorien an, unter starker Beteiligung der freien Journalisten und Bildreporter, was früher undenkbar war.

Diese Situation in den zwanziger Jahren blieb im wesentlichen unverändert, sie nahm erst mit den dreissiger Jahren einen anderen Verlauf, der allerdings von "außen" beeinflußt war.

-----  
1) § 15 des Normaldienstvertrages vom 9. Januar 1926, zu Berlin beschlossen vom Arbeitgeberverband für das deutsche Zeitungsgewerbe e.V. und dem Reichsverband der deutschen Presse e.V.

2) Tarifvertrag vom 9. Januar 1926

Einigen Glanzpunkten in der Entwicklung des Reichsverbandes der deutschen Presse, wie etwa die festliche Einweihung des "Hauses der deutschen Presse" am 29. März 1930 in Berlin,<sup>1)</sup> das dem Verband als Zentrale dienen sollte, folgte mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten schließlich die Usurpation des Verbandes. Sogenannte "Zwangsberufslisten" wurden eingeführt, rassische und politische Diffamierungen fanden statt. Der Reichsverband der deutschen Presse verlor seine Unabhängigkeit. Die folgende Gleichschaltung der deutschen Presse und die Einflußnahme des NS-Regimes auf die Journalisten und ihren Berufsverband ist eine Sonderentwicklung, die im Rahmen dieser Betrachtungen nicht behandelt werden kann. Eine Behandlung ist für die weiteren Ausführungen und das eigentliche Thema auch unerheblich.

-----  
1) Matthies, S. 106 ff. ( Das "Haus der deutschen Presse" beherbergte die Geschäftsführung, die Verwaltung und das Zentralarchiv des Reichsverbandes der deutschen Presse. Anmerkung )

## Der Zeitraum nach 1945

Da die Situation der deutschen Journalisten im Rahmen der allgemeinen Entwicklung in den unmittelbaren Nachkriegsjahren mit ihren chaotischen Zuständen im Hauptteil meiner Arbeit <sup>1)</sup> behandelt wird, setzen die Betrachtungen, um Wiederholungen zu vermeiden, erst wieder um 1949 ein. Jetzt, als sich die politischen Verhältnisse in Deutschland zu stabilisieren begannen und sich auch die Situation der deutschen Presse wieder langsam normalisierte, ist erst wieder eine geschlossene Betrachtung der Journalisten und ihrer Berufsverbände möglich. Sie beginnt mit der Gründung des "Deutschen Journalisten-Verbandes e. V." im Dezember 1949 in Berlin.

Der deutsche Journalisten-Verband, der seinen Sitz in der Bundeshauptstadt Bonn hat, ist die legitime Nachfolgeorganisation des früheren Reichsverbandes der deutschen Presse. Er ist die Dachorganisation der Verbände der Journalisten in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Den einzelnen Landesverbänden und damit dem Gesamtverband gehören heute insgesamt rund 10 000 hauptberufliche Journalisten als Mitglieder an. Es sind Redakteure von Tageszeitungen, Rundfunk- und Fernsehanstalten, Zeitschriften und Nachrichten-Agenturen, Pressestellen in der Wirtschaft, bei Behörden und Organisationen sowie freie Journalisten. <sup>2)</sup>

-----  
1) III. Hauptteil, Kapitel 1 und 2

2) Journalisten-Handbuch 1966/67 und eigene Verbandsinformationen

Seit seiner Gründung stellte sich der Deutsche Journalisten-Verband vor allem zwei Aufgaben, für deren Erfüllung er arbeitete: "1. Die materielle Sicherung des Berufsstandes der Journalisten und 2. Sicherung und Förderung der unabhängigen journalistischen Arbeit!"<sup>1)</sup> Diese zwei Zielsetzungen entsprechen auch der Entwicklung des Journalismus zum Beruf sowie der Geschichte der Journalisten-Verbände.

Ursprünglich war ja die Tätigkeit des Journalisten keine reine Berufstätigkeit. Noch in der liberalen Epoche des 19. Jahrhunderts konnte man sie noch eher Berufung als einen Beruf nennen, wenngleich der Berufene oft bei ihr blieb und schließlich auch seinen Lebensunterhalt ausschließlich damit verdiente. Der "Beruf" des Journalisten entwickelte sich als solcher erst richtig, als die Industrialisierung die Zeitung zu einem unentbehrlichen Informationsorgan aller Gesellschaftsschichten machte. Analog dieser Entwicklung des Journalismus zum Beruf, verlief auch die Geschichte der Journalistenverbände weiter.

Der Reichsverband der deutschen Presse war vor und auch nach dem Ersten Weltkrieg eine sogenannte Standesorganisation, die sich vorwiegend mit beruflichen Fragen befaßte, Fragen berufsethischer Natur. Erst in den Jahren 1922 bis ca. 1930 machte man beschiedene Versuche, auch die materielle Sicherung der Journalisten zu fördern. Dagegen waren sich nach 1945 wohl alle Journalisten einig, daß eine neu zu gründende Verbandsorganisation für entsprechende soziale Zustände und geordnete Arbeitsverhältnisse der angestellten und freien Journalisten vornehmlich eintreten müsse.

-----  
1) Journalisten-Handbuch 1966/67, S. 3

War also die finanzielle Frage früher nahezu "verpönt", so trat sie nach 1945 in den Vordergrund der Verbandsinteressen. Sicherlich war der Nachholbedarf auf diesem Gebiete groß, doch als man entsprechend aufzuholen begann, wuchs auch die Erkenntnis, daß es nicht nur Sache des Verbandes sei, sich vornehmlich mit Tarifproblemen zu beschäftigen. Deshalb versucht der Journalisten-Verband seit mehreren Jahren durch Tagungen, Schulungskurse und Publikationen die berufsethischen Fragen und Probleme der journalistischen Berufsmoral wieder mehr aufzugreifen <sup>1)</sup>. Damit vereint sich in der Zielsetzung des DJV heute alles, was sich an Bestrebungen in den verschiedenen Bereichen und Epochen bemerkbar gemacht hat. Dieser Ausgleich in den Einzelinteressen ist nicht nur sehr positiv, sondern spiegelt auch die gesellschaftliche Wandlung im Journalismus wieder. Er hat damit in der Nachkriegszeit zwei wesentliche Merkmale aufzuweisen, nämlich die gesellschaftliche Stellung und allgemeine Institution im Felde der politischen Meinungsbildung einerseits, und das neue Berufsbild des Journalisten andererseits, wiewohl beides voneinander abhängt und ineinander übergeht.

Die gesellschaftliche Integration ist jedoch weder abgeschlossen, noch völlig geklärt. So wurde beispielsweise 1960 auf einer Tagung der "Deutschen Gesellschaft für Publizistik" die Auffassung vertreten, "daß man die soziale Einordnung der Journalisten in die moderne Gesellschaft erst dann klären könne, wenn von den Journalisten wie bei den anderen geistigen Berufen ein akademisches Studium mit entsprechendem Examen verlangt werde" <sup>2)</sup>.

-----  
1) Pross, S. 17

2) Pross, S. 18

Diese Meinung ist jedoch nach Helmut Cron, Mitglied des Deutschen Presserats ( 1965 ) "mehr als kurios, weil sie die gesellschaftliche Zugehörigkeit mit einem staatlichen Berechtigungsschein verwechselt und offensichtlich annimmt, journalistische Begabung könne auch durch Fleißzeugnisse ersetzt werden".<sup>1)</sup>

In der Tat wäre eine solche Einengung des Journalismus problematisch. Nicht als ob Wissen, Kenntnisse und allgemeine Urteilsfähigkeit durch das Studium vermittelt-nachteilig wären. Der Journalist braucht dies alles vielmehr gepaart mit einer raschen Beobachtungsgabe. Doch er benötigt diese Eigenschaften anders als früher, weil man heute an ihn einfach mehr Ansprüche stellt. So kann es nicht etwa Aufgabe der publizistischen Institute von Universitäten oder privaten Institutionen sein, einfach Journalisten auszubilden, sie sollen vielmehr die verschiedenen publizistischen Bereiche wie Zeitung, Rundfunk, Fernsehen, Film usw. wissenschaftlich erforschen und vermitteln.

Eine andere Rolle ist den sogenannten Journalistenschulen zugedacht, die in den letzten Jahren gegründet wurden. Diese Schulen bilden zwar journalistisches Neuland und wollen in der Tat junge Menschen zu Journalisten heranbilden, doch unter Berücksichtigung der natürlichen Begabung. Sie sind notwendig geworden, weil heute die journalistischen Begabungsreserven für den Nachwuchs nicht mehr ausreichen. Dazu sind durch Hörfunk, Fernsehen und Film neue Aufgaben auf den Journalismus zugekommen, die eine gewisse Spezialisierung notwendig machten und zum Teil technisches Können voraussetzen. Dies gilt ja für alle Bereiche unserer modernen und technisierten Umwelt, selbst für die Wissenschaft.<sup>2)</sup>

-----  
1) Nach Helmut Cron in Pross, S. 18

2) Franz Hugo Mösslang, Deutsche Journalistenschule e. V. München, Sonderdruck, Beilage in "Der Journalist, Heft 12, 1968

Die Lehrpläne der Journalistenschulen beinhalten zwar auch das Vermitteln von Wissen, in höherem Maße aber liegt das Schwergewicht bei der praktischen Ausbildung. Die Teilnehmenden verbringen dabei im Rahmen der einzelnen Schulungskurse ihre Ausbildung bei Zeitungen, in Verlagshäusern, Rundfunk- und Fernsehanstalten und werden praktisch eingesetzt. Diese Ausbildung kann jedoch keine Universität bislang vermitteln, dafür wären erst **spezielle** Hochschulen erforderlich, die über die entsprechenden technischen Einrichtungen verfügen. Selbst da wäre wahrscheinlich noch einzuschränken, daß es sich bei einer Hochschule vermutlich nur um interne Institutszeitungen handeln könnte, während die Absolventen der Journalistenschulen bei echten Zeitungen usw. eingesetzt werden.

Die Ausbildung der künftigen Journalisten bildet eine der Hauptsorgen für den Deutschen Journalisten-Verband, dem diese letztlich von unserer modernen Gesellschaft selbst gestellt wird. Weniger Schwierigkeiten bieten sich heute dagegen dem Verband in der Tarifpolitik. Hier verhandelt der DJV vor allem mit dem "Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e. V. ", mit dem er die Manteltarifverträge usw. aushandelt und beschließt. Daneben gibt es noch den "Verband Deutscher Zeitschriftenverleger". Beide sind reine Unternehmervereinigungen, die ihre Interessen gemeinsam gegenüber den Journalistenverbänden vertreten, die hierbei eine gewerkschaftliche Funktion erfüllen. Da diese Verlegervereinigungen für die Geschichte der deutschen Presse keine weitere Bedeutung haben und die Journalisten auf sie keine direkte Einflußmöglichkeit besitzen, sind sie für die folgenden Ausführungen und Betrachtungen nicht mehr von Belang. Soweit die Konzentrationsbestrebungen hier eine Ausnahme machen, wird dies später noch behandelt werden.

---

Neben dem Hauptverband deutscher Journalisten, dem Deutschen Journalisten-Verband e.V., besteht in der Bundesrepublik noch die "Deutsche Journalisten-Union" ( DJU ). Sie ist "der Zusammenschluß von Redakteuren, freien Journalisten, Pressefotographen und Pressezeichnern in der Industriegewerkschaft Druck und Papier 1)", gewissermaßen als deren Ableger. Die DJU gehört also der Gewerkschaft an, in welcher auch die Arbeitnehmer des technischen Bereichs der Presse organisiert sind. Sie unterscheidet sich dadurch grundsätzlich vom absolut unabhängigen Deutschen Journalisten-Verband. "Ihre Gründung geschah aus der Erkenntnis fortschrittlicher Journalisten, daß das Grundrecht der Informations- und Meinungsfreiheit und die geistige und materielle Unabhängigkeit der Journalisten nur erhalten bzw. erreicht werden können, wenn sich die Journalisten auf die Kraft und die Solidarität einer starken Gewerkschaft stützen können 2)", wie es in der Zielsetzung formuliert ist.

Aus diesem "Bekenntnis" geht eindeutig hervor, daß es sich bei der DJU um eine rein gewerkschaftliche Journalistenorganisation handelt. Diese Tatsache sowie der Umstand, daß sich ihre Mitglieder vornehmlich aus von Gewerkschaften beeinflussten Zeitungen und Zeitschriften rekrutieren, beraubt die Deutsche Journalisten-Union ihrer freien Unabhängigkeit, die gerade ein Journalistenverband angesichts seiner Bedeutung als Vertreter der Journalisten, die am Prozess der politischen Meinungsbildung im Staate wesentlich mitarbeiten, naturgemäß anstreben muß.

-----

1) Journalisten-Handbuch 1966/67, S. 5

2) Journalisten-Handbuch 1966/67, S. 5

Der Deutsche Journalisten-Verband, der weder an eine Gewerkschaft noch eine politische Partei oder Richtung überhaupt gebunden ist, bleibt damit nicht nur der größte, sondern auch der führende deutsche Journalistenverband, der zudem mit gutem Recht für eine Forderung nach Unabhängigkeit der journalistischen Arbeit eintreten kann.

Eine einzelne Betrachtung von Verhandlungen über Tarifverträge und ähnliche Arbeits- und Teilgebiete aus der Tätigkeit der Journalistenverbände ist hier für das Gesamtthema ohne Belang. Dagegen war es für den Gesamtzusammenhang zweckmäßig, die Situation der Journalisten und ihrer Berufsverbände unmittelbar vor und nach dem Zusammenbruch 1945 hier geschlossen zu behandeln, denn eine krasse Zäsur wäre der Harmonie der Zusammenhänge nur abträglich. Der sich anschließende Wandel, der in seinen einzelnen Abschnitten und Entwicklungen zeitlich kaum zu lokalisieren ist, wurde erläutert, weil er für die Geschichte der Presse von Bedeutung ist. Der weitere Fortgang, vor allem aber das Berufsbild der Journalisten von heute infolge dieser Entwicklung, wird später im Hauptteil <sup>1)</sup> an entsprechender Stelle noch behandelt werden.

-----

1) III. Hauptteil, Kapitel 4

### III. H a u p t t e i l

#### Zusammenbruch und allgemeine Folgen 1945

Die meisten Tageszeitungen, die heute in Deutschland erscheinen, sind erst nach 1945 entstanden oder neu gegründet worden. Nur wenige versuchten an die alte Tradition einer Vorkriegszeitung unmittelbar anzuknüpfen, denn viele Vorbilder aus der Weimarer Zeit und dem Dritten Reich schreckten ab. Die Hoffnungen richteten sich vielmehr auf völlig neue Perspektiven, doch Spielraum war durch die allgemeinen Umstände ohnehin kaum gegeben.

Der überwiegende Teil der heutigen Zeitungen erschien zunächst in Lizenz der Militärregierungen der vier Besatzungsmächte. In der ersten Zeit, in welcher die verschiedenen kulturellen Voraussetzungen der Besatzungsmächte Amerika ( USA ), Frankreich, England und Sowjetunion einerseits und die Deutschlands andererseits zusammentrafen, gab es große Schwierigkeiten, die nur eine langsame gegenseitige Anpassung zuließen. Zudem gerieten die vier Siegermächte bald gegenseitig in Konflikt, weshalb die westlichen Alliierten versuchten, aus dem ehemaligen Kriegsgegner Deutschland allmählich einen Verbündeten zu gewinnen. Umgekehrt war es für das besiegte Deutschland zunächst sehr schwierig, plötzlich mit den Siegern zusammenzuarbeiten, die damals viel von Kollektivschuld sprachen und Strafurteile verhängten. Aber einmal zwang die allgemeine Not zur Zusammenarbeit, zum anderen begann sich das Land und die Nation in zwei Teile zu spalten, nämlich in West- und Ost-Deutschland. Mit dem folgenden Ausbruch des sogenannten "Kalten Krieges" wurde allerdings auch die Angleichung und Zusammenarbeit beschleunigt.

Im Hinblick auf diese einmaligen Besonderheiten kann in Bezug auf die deutsche Nachkriegspresse 1945 mit Fug und Recht von einer "Stunde Null" gesprochen werden. Doch die eigentlichen Anfänge der Nachkriegspresse liegen bereits im Jahre 1944 vor, wo am 5. Oktober von der „Abteilung für psychologische Kriegsführung“ im Hauptquartier der alliierten Streitkräfte für Europa, SHAEF, Anweisungen unter dem Titel "Instructions for German Press, Team Personal, Pre-Talisman Conditions, Psychological Warfare Division ( PWD )" <sup>1)</sup> vorgelegt wurden. Diese Pläne für die Informationspolitik im besetzten Deutschland sahen insgesamt drei Abschnitte vor: Totaler "Black-out" am Anfang, dann Mitteilungsblätter der Alliierten, und schließlich deutsche Zeitungen unter alliierter Kontrolle <sup>2)</sup>.

Doch bei der späteren Durchführung dieser Pläne tauchten viele Probleme auf, denn die Siegermächte mußten nach der Besetzung Deutschlands erkennen, daß ein Pauschalurteil nicht möglich war und bei den Besiegten zwischen "aktiver Schuld der Verbrechen" und „passiver Schuld" unterschieden werden muß. So schlugen mehrere Gründungsversuche der Amerikaner in den ersten Nachkriegsmonaten fehl, deutsche Zeitungen unter ihrer Leitung zu etablieren, weil sich auf die Dauer gesehen weder genügend Mitarbeiter noch Leser finden ließen. Besonders die Leser waren bezüglich des Wahrheitsgehalts dieser "Besatzer-Zeitungen" sehr mißtrauisch. Außerdem waren die Richtlinien für die Veröffentlichungen einfach zu starr.

-----  
1) Pross, S. 28, "Hurwitz: Die meisten Anmerkungen in diesem Aufsatz weisen Tatsachen und Zitate im Zusammenhang mit unveröffentlichten Dokumenten aus. Es handelt sich dabei um interne Anweisungen und Briefwechsel der Behörden für psychologische Kriegsführung bzw. Informationskontrolle (Informations Control Division, ICD) der amerikanischen Armee aus den Jahren 1944 bis 1945. Alle diese Quellenangaben entsprechen ihrer Verwendung in dem nichtveröffentlichten, aber mikrofilmisch erh. "Master Essay" des Verfassers Hurwitz, Military Government and the German Press: An Experiment in Cross-Cultural Institutional Change, Columbia University, New York (deponiert), 1954.

2) Pross, S. 28

In der Folgezeit entstanden in der amerikanischen und englischen Besatzungszone sogenannte Heeresgruppen-Zeitungen mit einer Auflage von mehreren Millionen, während in der Sowjetzone bereits deutsche Zeitungen unter sowjetischer Kontrolle erschienen. Die westlichen Heeresgruppen-Zeitungen hatten jedoch keinen großen Erfolg, denn sie wurden in Deutschland zu fremdartig und sensationell empfunden. Der deutsche Zeitungsleser in dieser unmittelbaren Nachkriegszeit hatte andere Vorstellungen von einem "Blatt nach seinem Geschmack". Auch waren die traditionellen Vorbilder der deutschen Vorkriegszeitungen noch lange nicht vergessen. Trugen die verantwortlichen Militärs oder aus der Emigration zurückgekehrten deutschen Journalisten den Bevölkerungswünschen mehr Rechnung, wurden sie einfach abgesetzt und durch andere Personen ersetzt.

Allmählich lernte man aber auch aus den Pannen. So erschien vom 8. August bis zum 11. November 1945 in Berlin die "Allgemeine Zeitung", die erstmals erfolgreich war, weil sie geschickter redigiert wurde, aber auch bereits liberalere Weisungen bekam, die nach dem Potsdamer Abkommen den "demokratischen Wiederaufbau" und die "Freiheit der Presse" bejahten <sup>1)</sup>. Allerdings wurde die "Allgemeine Zeitung" in Berlin auch von den Sowjets zum Wettbewerb gezwungen, die ihrerseits die "Tägliche Rundschau" herausbrachten und förderten. Dieser Wettbewerbszwang war für die Amerikaner durchaus gesund. Bei all diesen Schwierigkeiten muß man stets die besonderen Umstände im Auge behalten. So wurde zum Beispiel den alliierten Soldaten nach dem Einmarsch durch einen Truppenbefehl verboten, mit Deutschen zu sprechen. Wenn diese Befehle auch bald aufgehoben wurden und nie völlig durchführbar waren, so zeigt sich an diesen geradezu grotesken Situationen doch die ganze Problematik dieser Zeit.

-----  
1) Pross, S. 33

# 1. Die Entwicklung in der amerikanischen, französischen und englischen Besatzungs- zone Deutschlands

## Alliierte Gemeinsamkeiten

Die neue deutsche Presse entstand einige Monate nach der Kapitulation. Der Anfang war am 31. Juli 1945 mit der Lizenzierung der "Frankfurter Rundschau" gegeben, die weitere Entwicklung der Neugründungen zog sich bis zur Auflösung der Militärregierungen hin, nämlich bis zum September 1949. Nach Hurwitz <sup>1)</sup> wurden in diesem Zeitraum von rund vier Jahren in den drei West-Zonen insgesamt 169 Zeitungen lizenziert, und zwar 71 von den Engländern, 58 von den Amerikanern, 20 von den Franzosen und weitere 20 von den Westmächten in Berlin. Die allgemeine Tendenz dieser Zeitungen war anti-nationalsozialistisch, insgesamt aber relativ unabhängig. Bei der Auswahl der Lizenzbewerber waren die Presseoffiziere der Militärregierungen streng verfahren. Die Alliierten wollten eine standpunktlose Mischmasch-Presse vermeiden, die - wie oft in der Weimarer Republik etwa der "General-Anzeiger" - das politische Leben unterhöhlen könnte.<sup>2)</sup> Auch sollten größere Pressemonopole verhindert und die Pressefreiheit im Rahmen der Möglichkeiten gefördert werden. Eine starke Lokalpresse sollte den Föderalismus begünstigen und das öffentliche Leben aufbauen helfen.

Doch die von den Alliierten angewandte Praxis war nicht überall gleich. Die von den Amerikanern und die meisten der von den Franzosen lizenzierten Zeitungen waren "unabhängig", man bevorzugte jedoch durchaus Bewerber der wieder entstandenen Parteien wie CDU, CSU, SPD, FDP und KPD, die allerdings keinen direkten Einfluß nehmen durften. Die Engländer wiederum begünstigten offen sogenannte "Parteirichtungszeitungen", behielten sich aber eine Überwachung der Parteieinflüsse vor.

-----  
1) Pross, S. 35

2) Pross, S. 36

Ein besonderes Spiel wurde mit der sogenannten Unabhängigkeit getrieben. Man pflegte nämlich nach dem Modus zu verfahren, daß man grundsätzlich eine Zeitung nur von mehreren Lizenzträgern verschiedener politischer Couleurs gleichzeitig herausgeben ließ <sup>1)</sup>. Der Gedanke, damit auf die Dauer gesehen die Unabhängigkeit der Zeitungen zu garantieren, ist verblüffend und typisch amerikanisch. Für die Herausgabe einer Zeitung waren also mindestens drei Personen erforderlich. Bei der "Frankfurter Rundschau" waren es sogar sieben Lizenzträger, bei der in Kassel erscheinenden "Hessischen Nachrichten" fünf, meistens jedoch nur drei Herausgeber <sup>2)</sup>.

Die Folgen dieser schwerfälligen Pressepolitik bekamen die Alliierten auch schon bald zu spüren, denn naturgemäß setzten sich unter den Herausgebern einer Zeitung die stärkeren Persönlichkeiten so durch, daß sie praktisch die entscheidende Macht für die ganze Zeitung hatten. Nicht immer waren dies auch die Männer, die sich die Presseoffiziere wünschten, wie etwa der kommunistische Lizenzträger der "Frankfurter Rundschau", Emil Carlebach, der bald die Rundschau unter seine Kontrolle bekam <sup>3)</sup>. Natürlich wurden dann einzelne Lizenzträger auch wieder "abgesetzt", oder manche teilten sich und brachten Konkurrenzzeitungen heraus. Berücksichtigt man die gleichzeitig und mannigfaltig noch anderweitig auftretenden Schwierigkeiten, wie beispielsweise den akuten Papiermangel ect., so mußte bei solchen umständlichen und zeitraubenden Praktiken der Wiederaufbau der deutschen Presse zwangsläufig schleppend vor sich gehen. Dennoch hielt man an diesem Vergabemodus vielfach bis nach 1947 weiterhin fest.

- 
- 1) Pross, S. 36, "Hurwitz: Jede Zeitung sollte von mehreren Lizenzträgern herausgebracht werden, die einem sogenannten "panel" angehörten".
  - 2) Pross, S. 37
  - 3) Pross, S. 37 : Nach Hurwitz waren es Emil Carlebach bei der "Frankfurter Rundschau" und Eric Reger beim "Berliner Tagesspiegel".

Eine bessere Erfahrung konnten die Alliierten dagegen mit dem später angewandten Modus machen, nämlich eine Zeitung an nur zwei Lizenzträger zu vergeben, wobei einer Chefredakteur und der andere Geschäftsführer war 1). Diese Methode war schließlich so erfolgreich, daß man überwiegend nach ihr verfuhr.

Reine Parteizeitungen gab es zu dieser Zeit eigentlich nur in der Sowjetzone. Im Westen machte sich der Einfluß der neuen Parteien am meisten in der englischen Besatzungszone bemerkbar, wo man deshalb auch bei weiteren Lizenzvergaben Personen auswählte, die möglichst einer Partei nahestanden. In der amerikanischen Zone war dieses Problem etwas geringer, dort waren 1949 immerhin noch 27 Prozent der Herausgeber im Sinne des Wortes unabhängig 2).

Die eigentliche Pressekontrolle war ebenfalls problematisch. Zwar verzichteten bereits am 4. September 1945 die Amerikaner auf das Recht zur Vorzensur 3), das sie sich als Besatzungsmacht selbst eingeräumt hatten und das die Franzosen und Engländer erst später aufzugeben wagten, doch trafen sie nach wie vor eine strenge Auslese bei der Vergabe von Lizenzen. Auch die sogenannte Entnazifizierung behielt im journalistischen Bereich bei Anstellungsbewerbungen noch lange Gültigkeit. Besonders streng wurden ehemalige NSDAP-Mitglieder von den Amerikanern abgelehnt, während die Franzosen und Engländer hierbei weit großzügiger entschieden.

Doch diese ganzen Methoden konnten keine volle Garantie für die Zuverlässigkeit der Lizenzträger geben. So mußten sich deshalb die Kandidaten Intelligenz-Tests unterziehen, an Diskussionen teilnehmen und wurden schließlich "psychiatrisch interviewt" 4).

-----  
1) Pross, S. 37

2) Pross, S. 38

3) Pross, S. 38, "Hurwitz: Am 4. September 1945 verzichteten die Amerikaner auf ihr Recht, Publikationen vor der Veröffentlichung zur Zensur vorgelegt zu bekommen".

4) Pross, S. 38, Nach Hurwitz mußten sich die Kandidaten sogar betrinken und dann Aufsätze schreiben.

Nicht alle Presseoffiziere hielten sich indessen immer streng an diese vorgeschriebenen Methoden. Trotzdem kam es noch zu zahlreichen Pannen. So verwehrte man zunächst Theodor Heuß, dem späteren 1. Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, in Heidelberg die Mitlizenz an der "Rhein-Neckar-Zeitung", die im August 1945 erschien, obwohl Theodor Heuß in der NS-Zeit Berufsverbot hatte. Da er jedoch in dieser Zeit unter einem Pseudonym weitergeschrieben und auch verdient hatte, war er den Presseoffizieren verdächtig. Die Lizenz verdankte Theodor Heuß dann schließlich einem zufällig anwesenden Deutsch-Amerikaner, der ihn von früher kannte und sich für ihn einsetzte 1).

Als schließlich der zentrale Lizenzierungs-Ausschuß der Alliierten Ende 1945 abgeschafft wurde 2), hatten die örtlichen Presseoffiziere mehr Einfluß und gingen auf die deutschen Verhältnisse auch mehr ein. In der Regel berücksichtigte man jedoch bei der Auswahl von Lizenzbewerbern Personen, die sich vor 1945 bereits demokratisch bewährt hatten. Dadurch wurde aber der Kreis der Kandidaten erneut eingeengt und beschränkte sich vielfach auf ältere Jahrgänge. Junge Talente waren somit meist ausgeschlossen.

-----  
1) Pross, S. 39 ff., "Hurwitz: Die Tatsache, daß er und seine schriftstellerisch tätige Frau, Elly Heuss-Knapp, einige Jahre lang zwischen 1933 und 1945 ein recht gutes Einkommen hatten, weckte nach 1945 deutliches Mißtrauen.

Zuständig für die Vorarbeiten für die Lizenzierung der "Rhein-Neckar-Zeitung" war ein Offizier namens Cedric Belfrage, ein im amerikanischen Dienst tätiger Engländer und Kommunist".

2) Pross, S. 40

Um die Personallücken zu schließen, gründeten die Amerikaner bereits Ende 1945 in Aachen und München sogenannte Journalistenschulen, die Journalisten für die Lizenzzeitungen ausbilden sollten. Die Aufgaben der Ausbildung an diesen Schulen wurden von der DANA ( Deutsche Allgemeine Nachrichten-Agentur ) wahrgenommen, einer in der US-Zone gegründeten Nachrichtenagentur 1).

Trotz aller Kontrollen gelang es aber den deutschen Journalisten, an gewissen Traditionen festzuhalten, die wiederum den Amerikanern fremd waren. Dazu gehörte vor allem das Ressortleiter-System mit eigener Kompetenz. Auch das typisch-deutsche Feuilleton und die Art der Glossen wurden beibehalten. Andererseits bekam die deutsche Presse auch von den Amerikanern neue und positive Impulse. So setzten die Alliierten durch, daß zwischen Nachrichten und Kommentaren schärfer getrennt wurde. Diese typisch amerikanische Art war durchaus positiv, denn auch vor 1933 war in Deutschland zwischen Tatsache und Meinung vielfach nicht streng getrennt worden. So entstanden teilweise Zeitungen, die in ihrer Aufmachung weit moderner waren, als englische Zeitungen in London.

Die Presseoffiziere, die nach der Auflösung des zentralen Lizenzierungsausschusses selbständig in den deutschen Städten Lizenzen vergaben, wurden jedoch bald wieder abgebremst. Bereits im Dezember 1945 wollte US-General L. Clay die direkten Kontrollen der Lizenzverantwortlichen einstellen und deren Kompetenzen den entstehenden deutschen Länderregierungen oder besonderen öffentlichen Einrichtungen übergeben 2). Dieser Schritt stellte allerdings zur Bedingung, daß möglichst bald ein sogen. Pressegesetz durch den Länderrat der amerikanischen Zone beschlossen wurde. Der Status der von den Alliierten lizenzierten Zeitungen warf ohnehin Probleme auf.

-----  
1) Pross, S. 41

2) Pross, S. 44

Ein Problem juristischer Art für die deutschen Landesregierungen war beispielsweise die Frage der "Weisungsbefugnis". Die von den Militärregierungen eingesetzten Lizenzträger befürchteten ihrerseits eine Zueignung ihrer Betriebe an die früheren Eigentümer durch die deutschen Behörden. Schließlich rechneten sich auch noch die politischen Parteien in Zeitungen unter deutscher Regie besondere Chancen aus.<sup>1)</sup>

Eine Lösung kam indessen noch nicht in Sicht. Die Art der deutschen Pressegesetz-Entwürfe war den US-Behörden zu fremd, denn in Amerika gelten statt Pressegesetze in unserem Sinne lediglich gewisse Verfassungsgarantien. Schließlich ging man in der Diskussion bis auf das Pressegesetz von 1874 unter Bismarck zurück, was die Situation weiter verwirrte. Diese ganzen Schwierigkeiten mit einem neuen Pressegesetz und die verschiedenen Interessen von Besatzungsmächten, ihren Lizenzträgern und deutschen Behörden zog sich schließlich bis zur Verabschiedung des Grundgesetzes durch den parlamentarischen Rat hin.

In der Zwischenzeit war die allgemeine Situation aber noch verworrener geworden. Die Alliierten hatten nämlich inzwischen ihren Lizenzträgern bereits die Erlaubnis erteilt, mit mehreren Kopfbältern und Regionalausgaben zu erscheinen. Diese Möglichkeiten eröffneten ein sehr weites und schwer überschaubares Betätigungsfeld. Nach Hurwitz erschienen so bereits im Oktober 1947 in den drei West-Zonen immerhin 106 Lizenzzeitungen mit 567 Lokalausgaben, wovon 290 auf die englische Zone entfielen <sup>2)</sup>.

-----

1) Pross, S. 46, "Hurwitz: Das State Department versuchte im Herbst 1945 vergeblich, General Clay zu überreden, eine Parteipresse zu lizenzieren: Vermerk des Botschafters Robert Murphy, Informations Control Policies in Germany, 10. Oktober 1945".

2) Bitter, S. 110 ff.

In diesem allgemeinen Durcheinander entstanden gleichzeitig auch wieder Heimatzeitungen ohne jede Lizenz. Da sie ihren Hauptteil nicht selbst, sondern durch einen Materdienst herstellten, waren sie juristisch kaum einzuordnen. Die Lizenzpresse hatte jedoch den besseren Anlauf und inzwischen auch die finanziell gesündere Rückendeckung, so daß die nichtlizenzierte Presse schwer aufkam. Diese Tendenz reicht bis in die neuere Zeit. Im Jahre 1950 betrug der Anteil an der Gesamtauflage der westdeutschen Zeitungen nur 20 bis 25 Prozent gegenüber den ehemals lizenzierten Zeitungen <sup>1)</sup>.

Der wirtschaftliche Vorsprung der Lizenzpresse war in den meisten Fällen nie mehr aufzuholen. Auch war sie mit der Verabschiedung des Grundgesetzes von den früheren Militärregierungen unabhängig geworden. Die Situation begann sich wieder zu normalisieren. Eine Aufzählung von Schicksalen einzelner Zeitungen ist hier nicht zweckmäßig, teilweise geschieht dies später bei der Besprechung der Konzentrationsbewegungen.

-----

1) Pross, S. 51

## Die amerikanische Pressepolitik

Bei einer näheren Betrachtung der Pressepolitik der Besatzungsmächte genügt eine Zweiteilung in West-Alliierte und Sowjetunion nicht, wie man dies etwa im rein politischen Bereiche praktizieren könnte, man muß vielmehr auch unter den West-Alliierten selbst wieder differenzieren. In Bezug auf das militärische und politische Schwergewicht kommt dabei den Amerikanern eine besondere Bedeutung zu.

Beim amerikanischen Expeditionscorps lag die Pressepolitik in Händen der "Abteilung für psychologische Kriegsführung", kurz PWD genannt ( Psychological Warfare Division ), die zum Hauptquartier der alliierten Streitkräfte, SHAEF ( Supreme Headquarter Allied Expeditionary Forces ) benannt gehörte. Eine amerikanisch-englische Sondereinheit für psychologische Kriegsführung war bereits 1942 in Nordafrika zusammengestellt worden. Mit den Vorbereitungen zur Invasion und im Hinblick auf die spätere Besetzung Deutschlands wurden die Aufgaben dieser Sondereinheit noch erweitert und im Februar 1944 als PWD im Hauptquartier in London übernommen. Abteilungsleiter war zunächst bis zum 30. Juli 1945 Brigadegeneral Robert Mc. Clure, der anschließend bis 1947 in der Militärregierung die "Informations Control" leitete <sup>1)</sup>.

Die Amerikaner waren damit am besten auf die Probleme des Wiederaufbaus einer deutschen Presse vorbereitet, die sie völlig reorganisieren wollten, doch war vieles ihrer Pläne "graue Theorie", so daß in der Praxis die Pannen nicht ausbleiben konnten.

Die schwächliche Parteipresse der Weimarer Zeit und die reine Propagandapresse der NS-Zeit war für die Amerikaner ein rotes Tuch, deshalb stellten sie sich die Aufgabe, die deutsche Presse völlig neu zu schaffen. Sie sollte frei, objektiv und demokratisch werden.

-----

1) Steinhausen, S. 12

Vom "Drei-Stufen-Plan" der Amerikaner mit dem totalen "Black-out" am Anfang war schon vorher die Rede. Das Verbot wurde am 18. Januar 1945 verhängt, also noch vor der endgültigen und vollständigen Besetzung und Kapitulation.<sup>1)</sup>

In der nächsten Stufe folgten dann die sogenannten "overt papers", die Informationsblätter der Armee. Sie erschienen in deutscher Sprache und fielen unter das "Austerity-Programm", das als echtes "Härte-Programm" seinem Namen alle Ehre machte. Laut Anweisung vom 8. Januar 1945 durften die Informationsblätter lediglich offizielle Bekanntmachungen und wichtige Lokalnachrichten veröffentlichen, Bilder sollten vermieden werden und Kommentare, Reportagen oder gar "Unterhaltung" waren ganz verboten <sup>2)</sup>.

Das alliierte Hauptquartier SHAEF gab theoretisch die näheren Bestimmungen, praktisch hatte jedoch die Abteilung FWD freie Hand. Die nächste Veränderung ergab sich dann mit der Einteilung in verschiedene Besatzungszonen, womit auch die einzelnen Kompetenzen im Hauptquartier SHAEF aufgesplittert wurden, und zwar in amerikanische und englische "Interessen". Die Abteilung FWD übersiedelte nach Bad Homburg und hieß fortan "Information Control Division of the US Forces, European Theatre" <sup>3)</sup>.

- 
- 1) SHAEF, Gesetz Nr. 191 vom 18. 1. 1945: "Einstellung von Presseveröffentlichungen, Radiosendungen und allgemeinen Unterhaltungsprogrammen und Verbot der Betätigung für das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda".
  - 2) Steinhausen, S. 14: "Alle Nachrichten waren beschränkt auf eine tägliche von London bezogene Nachrichtensendung der PWD. Der Protest amerikanischer Nachrichtenoffiziere, die bis dahin bereits andere Quellen benutzt hatten, war erfolglos. General Mc. Clure blieb hart und stellte in einer eigens über diesen Streitpunkt einberufenen Konferenz fest, es könne nicht Aufgabe der PWD sein, die "Deutschen zu unterhalten".
  - 3) Steinhausen, S. 14

Bad Homburg besaß noch von der deutschen Wehrmacht zahlreiche Nachrichteneinrichtungen, auch eine Reihe von Kabelverbindungen waren noch betriebsbereit. So war der neue Sitz für die US-Propaganda-Abteilung geschickt gewählt. Die Informationsblätter der Militärbehörden erreichten teilweise hohe Auflagen, so die sechs größten Blätter davon bis Ende Mai 1945 eine Stückzahl von 3 850 000 Exemplaren 1).

Die Themenbereiche dieser Militär-Zeitungen standen unter dem Gesichtspunkt "reorientation". Es wurde zur Unterstützung der Kampf- und Besatzungstruppen aufgefordert, die "Kriegsschuld" der Nationalsozialisten erläutert, Mithilfe beim Wiederaufbau gefordert und zur Kapitulation aufgefordert. Die Kollektivschuld war überhaupt eines der Hauptthemen.

Da diese Armeezeitungen praktisch die einzigen Informationsquellen für die deutsche Bevölkerung darstellten, war die Nachfrage bei allem Mißtrauen relativ groß. Im August erschienen zehn dieser Zeitungen mit einer Gesamtauflage von rund 4 Millionen Exemplaren mit dem Untertitel: Augsburger Anzeiger in Augsburg, Bayerischer Tag in Bamberg, Allgemeine Zeitung in Berlin, Weser-Bote in Bremen, Frankfurter Presse in Frankfurt, Süddeutsche Mitteilungen in Heidelberg, Hessische Post in Kassel, Münchener Zeitung in München, Regensburger Post in Straubing und Stuttgarter Stimme in Stuttgart 2).

-----  
1) Steinhausen, S. 15: "Die "Frankfurter Presse" z. B., die am 21. April zum ersten Mal gedruckt und bis nach Leipzig verteilt wurde, kam in einer Auflage von 557 000 heraus".

2) nach Pilgert, Statistik

Nach den letzten Kriegs- und den ersten Nachkriegsmonaten, reifte bei den Amerikanern die Erkenntnis, daß zum Aufbau einer Demokratie auch das Schaffen einer freien Presse gehöre. Damit wurde der dritte Abschnitt der amerikanischen Pressepolitik eingeleitet, der nach den Armeezeitungen wieder deutsche Zeitungen vorsah, allerdings unter Kontrolle der Militärbehörden. Man begann mit der Lizenzierung, wobei die Träger jeweils verschiedenen Parteirichtungen angehörten. Die Pressefreiheit und auch politische Parteigründungen waren ja inzwischen in den Potsdamer Beschlüssen vom 2. August 1945 im besetzten Deutschland wieder erlaubt worden <sup>1)</sup>.

Die neuen Zeitungen ließen indessen auch nicht lange auf sich warten. Die "Frankfurter Rundschau" machte am 31. Juli 1945 in der US-Zone den Anfang mit insgesamt 415 000 Exemplaren, weitere Gründungen folgten. Das "Austerity-Programm" neigte sich damit allerdings seinem Ende zu, denn wenn Sieger und Besiegte vertrauensvoll zusammenarbeiten sollten, mußten künftig andere Maßstäbe angesetzt werden. Diese Tendenz wurde jedoch sofort wieder durch andere Maßnahmen der Besatzung verlangsamt, wie etwa durch die Methoden der sogenannten Entnazifizierung.

Die "Austerity-Politik" war inzwischen in den eigenen Reihen auf scharfe Kritik gestoßen. Zahlreiche Amerikaner warfen der Armeeführung vor, daß man letztlich nicht die NS-Diktatur stürzen und eine US-Militär-Diktatur errichten könne. Auch seien nicht alle Deutschen als Nationalsozialisten zu verwerfen, man müsse vielmehr zwischen schuldigen und schuldlosen Deutschen unterscheiden. Diese Unterscheidung glaubte man dann mit der Entnazifizierung treffen zu können.

-----

1) Steinhausen, S. 18  
(Documents on Germany under Occupation 1945 - 1954,  
Oxford University Press, London 1955, S. 44 )

Die eigene Kritik, der berüchtigte "Morgenthau-Plan" und die "Anweisung für die Besetzung Deutschlands JCS 1067" ( Joint Chiefs of Staff Direktive ), richteten bei vielen Amerikanern heillose Verwirrung an <sup>1)</sup>. Es zeigte sich, daß theoretische Grundlagen und Anweisungen in der Praxis nicht durchführbar oder inzwischen überholt waren, daß die jahrelangen Vorbereitungen und Schulungen auf die Besetzungszeit von teilweise falschen Voraussetzungen ausgingen, die "Feind-Einstellung" der Deutschen schwer überschätzt worden war, und schließlich die Alliierten selbst in einen West- und Ostblock zu zerfallen begannen. In dieser allgemeinen Krise und Verwirrung wurde vielfach improvisiert und so manche "Anweisung" den Gegebenheiten angepasst. Zu all dem kam noch die schwerfällige Maschinerie der Militärbehörden. Zunächst galt es die Entnazifizierung durchzuführen. Steinhausen unterscheidet hierbei drei Phasen: "Die Eliminierung der Nationalsozialisten aus militärischen Sicherheitsgründen, der Versuch der Amerikaner, eine interalliierte Entnazifizierungspolitik zu verwirklichen ( bis zum Winter 45/46 ) und schließlich die Übergabe der Entnazifizierung in deutsche Hände" <sup>2)</sup>.

Im Pressebereich handhabten die Amerikaner die Entnazifizierung am schärfsten von den drei Westmächten. Sie trieben es soweit, daß ihnen das qualifizierte Personal fehlte, gerade als es für den Aufbau der neuen deutschen Presse am nötigsten gewesen wäre. Die hieraus erwachsenden Nachteile werden später noch von Bedeutung sein.

-----

1) Steinhausen, S. 21

(JCS 1067: Direktive des Armee-Generalstabs der Vereinigten Staaten an den Oberbefehlshaber der Besatzungstruppen der Vereinigten Staaten hinsichtlich der Militärregierung für Deutschland vom April 1945, veröffentlicht am 17. 10. 1945; Übersetzt in: Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Bd. 6, Oberursel 1948.)

2) Steinhausen, S. 25

Im Gesamtzusammenhang ist es auch noch interessant, daß die ursprünglichen Pläne der Besatzungspolitik einen gemeinsamen Wiederaufbau der deutschen Presse und des Rundfunks unter vereinter Kontrolle vorgesehen hatten. So plante man auch eine Nachrichten-Agentur für Deutschland mit einer amerikanisch-englisch-sowjetischen Direktion <sup>1)</sup>. Frankreich, das dem Potsdamer Abkommen nicht beigetreten war, sollte später noch hinzugezogen werden. Der Sitz für diese Agentur sollte Berlin sein. Bemerkenswerterweise hielten die Amerikaner am längsten an diesen Plänen und wohl auch "Illusionen" fest. Als man feststellen mußte, daß die Sowjets bereits eine eigene deutsche Presse in ihrer Zone errichtet und unter Kontrolle hatten, dazu auch noch die politische Entzweiung einsetzte, ließ man die gemeinsamen Pläne endgültig fallen. Ziel war jetzt eine eigene deutsche Nachrichten-Agentur allein für die amerikanische Besatzungszone.

-----  
1) Steinhausen, S. 27

### Die englische Pressepolitik

Die verschiedenen Auffassungen der West-Alliierten zeigten sich nicht nur in theoretischen Bereichen, auch in der Praxis ging man unterschiedlich vor. Die Engländer gingen auf allen Gebieten ihrer Besatzungspolitik bedächtiger vor als die Amerikaner, so auch beim Wiederaufbau der deutschen Nachkriegspresse. Während in der amerikanischen Zone bereits im Januar 1946 Landtage gewählt wurden und ihre Parlaments-tätigkeit bis Herbst begonnen hatten, genehmigten die Engländer die ersten Wahlen in ihrer Zone erst ab September 1946 <sup>1)</sup>. Zwar gründeten die Briten im Sommer 1945 einen deutschen Nachrichtendienst für ihren Bereich, doch waren sie erst zwei Jahre später bereit, diese Einrichtungen den Deutschen zu übergeben.

Auch bei den Engländern ergaben sich im Zuge der leidigen Entnazifizierung Personalprobleme. Sie stellten sich allerdings etwas früher auf die Erkenntnis ein, daß eine grundsätzliche Entfernung aller mit der NSDAP in "Be-rührung" gekommenen Deutschen aus ihren Ämtern, bzw. ihre künftige Weiterverwendung abzulehnen, praktisch nicht durchführbar sei. Man fand nämlich bei kleineren Beamten oft eine stärkere NS-Bindung als zum Teil bei höheren Beamten, so daß hier die Entnazifizierungsfrage rein schematisch schon gar nicht zu lösen war. So konzentrierte man sich schließlich vor allem auf "kriminelle Täter" wie etwa ehemalige Gestapo-Angehörige, KZ-Personal ect. <sup>2)</sup>. Andererseits wurden vielfach Spezialisten aus der Wirtschaft und anderen Bereichen beschleunigten Verfahren unterworfen und weitgehend "freigestellt", wenn man sie für die Ver-waltung und den Wiederaufbau dringend benötigte.

-----  
1) Warburg, S. 71

2) Steinhausen, S. 26

Die englische Zone war in der ersten Nachkriegszeit außergewöhnlich stark bevölkert, deutsche Fachleute wurden dringend gebraucht. Die Engländer legten folglich auf fachliche Qualitäten mehr Wert, eine "unvermeidbare braune Einfärbung" wurde deshalb in Grenzen "geschluckt". Auf diese Weise verfügten jedoch die Briten über eine ausreichende Menge von Fachpersonal, was sich für die weitere Entwicklung als sehr positiv erwies. Diese Einstellung brachte auch gegenüber den Amerikanern Vorteile, denn die personell besser besetzten Einrichtungen brachten bei späteren Fusionen den englischen Gründungen ausgesprochene Führungsrollen ein. Die Amerikaner, die dem Fachmann mit NS-Anstrich keine Verwendung zugestanden und lieber unausgebildete Laien ohne NS-Belastung vorzogen, hatten schließlich auch das Nachsehen.

Diese Ansichten setzten sich bei den Briten mehr und mehr durch, sie wurden letztlich auch Richtschnur für die personellen Entscheidungen bei Besetzungen von Ämtern im Bereich der wiedererstehenden deutschen Presse <sup>1)</sup>.

Weitere Einzelheiten zur englischen Pressepolitik werden noch an anderer Stelle erläutert, sie ergeben sich aus späteren Zusammenhängen.

-----

1) Steinhausen, S. 79

## Die französische Pressepolitik

Auch in der französisch besetzten Zone Deutschlands war die Pressepolitik fester Bestandteil der allgemeinen Besatzungspolitik. Auch in dieser Besatzungszone ergeben sich bei näherer Betrachtung eine Reihe von Besonderheiten. Zwar gehörten die Franzosen dem alliierten Hauptquartier SHAEF an, doch erhielten sie sich stets eine gewisse Unabhängigkeit, selbstverständlich auch in Bezug auf ihre Besatzungszone. Mehrere Gesichtspunkte belegen diese Eigenständigkeit.

Am Potsdamer Abkommen waren die Franzosen nur indirekt beteiligt, und zwar durch das sogenannte "Kontrollratsgesetz", das allerdings auf den Beschlüssen von Potsdam basierte <sup>1)</sup>. Man unterstrich die Eigenständigkeit auch schon äußerlich dadurch, daß die französische Militärregierung überwiegend in Baden-Baden residierte, während die Amerikaner, Engländer und Russen ihre wichtigen Stellen in Berlin einrichteten. In Berlin sprachen die Franzosen zwar mit, doch hatten nach US-General Clay die französischen Vertreter im Alliierten Kontrollrat nur bedingte Vollmachten, so daß die Verhandlungen verzögert wurden <sup>2)</sup>.

-----

- 1) Steinhausen, S. 26  
(Kontrollratsgesetz Nr. 24 vom 12. 1. 1946: "Die Entfernung von Nazis und anderen den Zielen der Alliierten feindlichen Personen aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen". In Documents on Germany under Occupation 1945 - 1954, Oxford University Press, London 1955, S. 102)
- 2) Steinhausen, S. 102

Die Militärregierungen der Amerikaner, Engländer und Sowjets hatten in ihren Bereichen mehr Exekutivaufgaben zu erfüllen, während die Franzosen ihre regionalen Stellen ( Delegations Superieures des Provinces ) mit weitgehender Autonomie ausstatteten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Frankreich durch den Krieg am meisten betroffen worden war und vorher selbst deutsche Besatzung hatte. Als unmittelbarer Nachbar rechnete Frankreich wohl auch mit Gebietszuwachs ( Saarland ) und wirtschaftlichen Gewinnen durch Ausbeutung der eigenen Zone. Es lag also nahe, daß die Franzosen den berüchtigten Morgenthau-Plan sehr befürworteten.

Diese Einstellung wirkte sich auch in der Pressepolitik aus. Die Zensuren waren hier noch strenger als bei den Amerikanern und Engländern. Die französische Armee wurde ausschließlich aus ihrer besetzten Zone versorgt, was wiederum auf Kosten der deutschen Bevölkerung ging. Außer Gebietsinteressen wollte man sicherlich auch einen evtl. Wiederaufstieg "Groß-Deutschlands" verhindern. All diese Probleme durften in den ersten Blättern und Zeitungen nicht behandelt werden. Nach Steinhausen "durfte eine Konstanzer Zeitung eine Woche lang nicht erscheinen, weil sie eine Resolution des badischen Parlaments über Ernährungsschwierigkeiten gebracht hatte"<sup>1)</sup>. Diese scharfen Zensurverbote waren länger in Kraft als die der Amerikaner und Engländer.

-----

1) Steinhausen, S. 104

Was die Pressepolitik in personellen Bereichen betrifft, so handelten die Franzosen andererseits wieder großzügiger als manche alliierte Partner. Die Entnazifizierung führten sie anders als die Amerikaner nahezu ideologielos durch. Sie behielten gute Fachkräfte und bewährte Verwaltungsleute einfach im Dienst, sofern diese zur Besatzungsmacht eine positive Haltung einnahmen und zu Zusammenarbeit bereit waren. In diesem Sinne verfuhr man mit Belastungen aus der NS-Zeit sehr weitherzig und ließ vieles ganz unter den Tisch fallen. Diese Besatzungs- und Pressepolitik entsprach mehr den englischen Auffassungen. Auch die Franzosen fuhren mit dieser Methode nicht schlecht.

Die größte Entfaltung in der französischen Besatzungszone erfolgte im kulturellen Bereich, was für Frankreich-Kenner keineswegs verwunderlich ist. Man war hierbei geradezu schöpferisch und wollte offensichtlich die politischen und wirtschaftlichen Lücken durch kulturelle "Geschenke" überdecken.<sup>1)</sup>

So wurde die 1797/8 geschlossene Universität Mainz wieder eröffnet und zahlreiche französische sowie deutsche Publikationen erschienen. In Freiburg und Tübingen organisierte man Studientagungen mit französischen, deutschen und ausländischen Professoren und Studenten <sup>2)</sup> und vieles mehr.

Auch die Franzosen schufen in ihrer Besatzungszone eine eigene Nachrichten-Agentur, die zunächst "Rheina" ( Rheinische Nachrichten-Agentur ) benannt wurde. Die Lizenzierungen für deutsche Zeitungen wurden hier jedoch völlig formlos vorgenommen, statt Dokumenten oft nur einfache Briefe übergeben. Einzelheiten werden noch an anderer Stelle behandelt.

-----  
1) Warburg, S. 65

2) Steinhausen, S. 105

## 2. Die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands

Ogleich sich diese Arbeit mit der Pressegeschichte der Bundesrepublik Deutschland befasst, ist es für den Gesamtzusammenhang interessant, auch die Situation in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands zu berücksichtigen, die inzwischen "Deutsche Demokratische Republik" genannt wird. Eine kurze Betrachtung ergibt sich schon daraus, daß die Sowjetunion zu den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges gehörte, Deutschland 1945 gemeinsam mit den West-Alliierten besetzte und verwaltete. Auch beim Wiederaufbau der deutschen Nachkriegspresse ergaben sich zahlreiche Berührungspunkte, die an anderer Stelle zu erwähnen notwendig waren.

Die Sowjets, für die eine auf die Regierung völlig eingeschworene Presse selbstverständlich war, gingen deshalb viel zielbewußter an den Wiederaufbau der deutschen Presse als etwa die Amerikaner, Franzosen und Engländer. In ihrem Weitblick sicherten sie sich bei der Besetzung der alten Reichshauptstadt Berlin sogleich jene Stadtbezirke, die Standort der Druck- und Verlagshäuser waren. So bestimmten in der Sowjetzone von Anfang an die sowjetischen Militärs und ihre Polit-Offiziere den Lauf der Dinge. Die Nachkriegspresse entstand in der SBZ ausschließlich nach ihren Gesichtspunkten und Befehlen.

Die Sowjets, die in der Massenbeeinflussung durch ihren eigenen Parteiapparat bestens geschult waren, ließen in den Tagen nach dem Zusammenbruch Berlin lediglich 16 Tage ohne eine Zeitung leben. "Der Panzerbär", das Kampfblatt für die Verteidigung Groß-Berlins, war am 29. April 1945 zum letzten Male erschienen. Während Berlin selbst am 2. Mai 1945 kapitulierte, erschien bereits am 15. Mai 45 die "Tägliche Rundschau", von den Sowjets lizenziert.<sup>1)</sup>

-----  
1) Pross, S. 65

Die "Tägliche Rundschau" wurde in der provisorisch aufgebauten Reichsdruckerei des "Völkischen Beobachters" hergestellt. In der Redaktion waren zunächst ausschließlich Russen tätig, nach einigen Wochen suchten sie sich aus deutschen Journalisten, die in der NS-Zeit Berufsverbot hatten, einige Mitarbeiter aus. Mit der "Täglichen Rundschau" war zwar der Anfang gemacht, doch zu einem richtigen Aufschwung der SBZ-Presse kam es erst im Juni 1945, als unter sowjetischer Leitung Gewerkschafts- und Parteiorganisationen entstanden 1). So erschienen im August 1945 die "Berliner Zeitung", die "Neue Zeit", die "Deutsche Volkszeitung", "Das Volk" und "Der Morgen".

In Berlin gab es damals mehrere hundert deutsche Journalisten, von denen ein erheblicher Teil in der NS-Zeit Berufsverbot oder zumindest Berufsbeschränkung hatte. Die meisten von ihnen waren nur zu gerne bereit, wieder in einer Redaktion zu arbeiten und beim Wiederaufbau zu helfen. Durch die Beschlüsse von Jalta nahmen auch die westlichen Alliierten an der Besetzung Berlins teil, hierbei stellten sie dann auch fest, daß sämtliche Zeitungsdruckhäuser im Sowjet-Sektor lagen. Der Oberkommandierende und US-General Eisenhower durchschaute wohl den Schachzug der Russen und bemühte sich um Gegenmaßnahmen, um wenigstens Schritt halten zu können. So erschienen am 2. August 1945 von den Engländern und am 8. August von den Amerikanern lizenzierte Zeitungen in Berlin, denen sich die Franzosen mit einem Beitrag bald anschlossen 2).

-----  
1) Pross, S. 65

2) Pross, S. 65  
Hermann, Statistik

Zunächst konnten alle vier Siegermächte ihre jeweiligen Zeitungen in den vier Sektoren Berlins frei vertreiben. Diese Entwicklung hielt in Berlin sogar bis Ende 1947 an, doch dann begannen die Sowjets ihre Richtungszeitungen endgültig auf eine gewisse Linie zu bringen, womit auch in Berlin die Spaltung der Presse eingeleitet wurde. 1)

Gleichzeitig mit dieser Entwicklung in Berlin waren in der Sowjetzone mehrere Zeitungen von den Russen lizenziert worden, doch wurden bürgerliche und "unerwünschte" Zeitungen von Anfang an benachteiligt, wie beispielsweise bei der Papierzuteilung u. ä.. Einige überparteiliche und relativ unabhängige Zeitungen erschienen trotzdem, aber jeweils nur vorübergehend in der Zeit von 1946 bis 1949, Bedeutung erlangten sie jedoch nicht 2).

Der Aufbau der deutschen Presse in der SBZ war eng verwoben mit der Entstehung der politischen Organisationen, die ja die Zeitungen als Sprachrohre benützen wollten. Bereits im April 1946 wurden die Parteiorganisationen der SPD und der KPD zwangsweise zur neuen Einheitspartei, der SED ( Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ) vereinigt. Damit begann auch der eigentliche Aufschwung der kommunistisch gelenkten Einheitspresse, die nun alle Zeitungen an sich zog. Sämtliche Redaktionsstäbe wurden "sowjetisiert", die entlassenen Redakteure zogen meist die Flucht in die West-Sektoren Berlins vor, was damals ja noch einfach war. Die von den Sowjets errichteten und kontrollierten zentralen Weisungsstellen der SED für die Redaktionsstäbe waren schnell und gründlich installiert, so daß die Vorzensur durch Sowjet-Offiziere schon am 26. November 1946 "offiziell aufgehoben" werden konnte 3). An dieser Entwicklung hat sich in der Sowjetzone später kaum etwas geändert.

-----

1) Pross, S. 66

2) Pross, S. 66

3) Pross, S. 66  
Hermann, Statistik

Die folgenden Jahre verliefen ganz in diesem Sinne, so daß man zeitlich einen Sprung machen kann. 1966 erschienen in der Sowjetzone, inzwischen "DDR" geworden, immerhin vierzig Tageszeitungen, davon sind 16 Blätter reine Parteizeitungen der SED, die mit 216 Nebenausgaben ( nur im Lokalteil verschieden ) sechzig Prozent der Gesamtauflage aller Zonenzeitungen eindeutig den Markt beherrschen. Daneben gibt es noch drei SED-offizielle Zeitungen. Diesem Block gegenüber stehen die 21 Zeitungen anderer Parteiverbände und die sogenannten "unabhängigen" Blätter, sämtliche von der SED kontrolliert, mit insgesamt nur 83 Nebenausgaben <sup>1)</sup> in der Mitte der sechziger Jahre. Nach Cordes Koch-Mehrin wird die allgemeine Entwicklung dennoch künstlich so beeinflusst, daß die Auflagen dieser Zeitungen ständig geringer werden, während die SED-Blätter ihre beständig vergrößerten. Um 1966 gingen 96 Prozent aller Papierzuteilungen an die SED-Presse, die damit umfangmäßig überhaupt nicht beschränkt war <sup>2)</sup>.

Wenn es in der "DDR" heute überhaupt noch, wenigstens nach außen hin, sogenannte "unabhängige Zeitungen" **außer** der reinen SED-Presse gibt, so hat dies wohl parteitaktische Gründe. Die rund zwanzig Organe der sogenannten "bürgerlichen Parteien" und Organisationen erfüllten nämlich in der SBZ von Anfang an einen ganz bestimmten Zweck. Diese Zeitungen hatten die Aufgabe sich vor allem an jene zu wenden, die nach Meinung der SED-Funktionäre noch mehr oder minder der "alten Gesellschaftsordnung" innerlich verhaftet waren. <sup>3)</sup> Außerdem dienten diese Blätter der SED-Propaganda auch als "Beweis", daß ihr Staat durchaus eine echte Demokratie sei.

-----  
1) Hermann, Statistik

2) Pross, S. 67

3) Pross, S. 67

Nach diesen Richtlinien "wenden" sich die fünf Zeitungen der LDP ( Liberal-Demokratischen Partei ) an jene, die "bewußt an die Gedanken- und Gefühlswelt" des alten Bürgertums glauben. Ähnlich verhält es sich nach Cordes Koch-Mehrin auch mit den sieben Zeitungen der ostdeutschen CDU, nur kommt hier noch der Gesichtspunkt dazu, daß man es mit Menschen zu tun hat, die dem Christentum noch verbunden sind. "Das Bauern-Echo" wiederum soll als Zentralorgan der DBP ( Demokratische Bauernpartei Deutschlands ) die Sozialisierung der Landbevölkerung vorantreiben. Die sechs Zeitungen der NDP ( National-Demokratische Partei ) hingegen sollten alte Berufssoldaten und NSDAP-Mitglieder ansprechen und sie "dem Kommunismus retten" <sup>1)</sup>. Ganz gleich verhält es sich mit den Jugend- und Gewerkschaftszeitungen.

Trotz der schon rein äußerlichen Gleichförmigkeit und der sich inhaltlich entsprechenden Einheitlichkeit, die eine Presse völlig uninteressant machen, erschienen um 1965 in der "DDR" täglich rund acht Millionen Zeitungen, was bei einer Bevölkerung von siebzehn Millionen Einwohnern und ca. sechs Millionen Haushalten einer perfekten politischen Beeinflussung entspricht <sup>2)</sup>.

Diese Meinungszentralisierung geht auch aus einem Beschluß des SED-Politbüros aus dem Jahre 1959 eindeutig hervor, in dem es u. a. heißt: "Ausgangspunkt der Arbeit jeder Redaktion sind die Beschlüsse der Partei und der Regierung. Auf ihrer Grundlage ist täglich zu argumentieren" <sup>3)</sup>. Diese Beschlüsse wurden allen Journalisten der DDR zugestellt, was eine völlige Gleichschaltung der gesamten Zonenpresse bedeutet.

-----  
1) Nach Cordes Koch-Mehrin, bei Pross, S. 68

2) Hermann, Statistik

3) Pross, S. 68

### 3. Die Situation der einzelnen Presseorgane

Bei der Bezeichnung "die Presse" handelt es sich um einen Sammelbegriff der alles einschließt, was allgemein zum Zwecke der Veröffentlichung gedruckt und vervielfältigt wird und in der Regel periodisch erscheint. Im engeren Sinne muß man bei einer näheren Betrachtung der Presse jedoch mehr differenzieren und die einzelnen Organe berücksichtigen, die wiederum alle zusammen das bilden, was man gemeinhin unter dem Begriff "Presse" versteht. Dazu gehören Zeitungen, Illustrierte, Nachrichtendienste, Rundfunkanstalten und natürlich die Journalisten selbst, ohne die ja die Presse nicht denkbar wäre. Die einzelnen Presseorgane sind folglich zwar ein fester Bestandteil der gesamten Presse, haben aber jeweils ganz charakteristische Besonderheiten. Bei einer Darstellung der Geschichte der Presse sind deshalb auch die verschiedenen Presseorgane gesondert zu betrachten.

#### A. Die Nachrichtenagenturen

Wenn sich große Zeitungen im heutigen Konkurrenzkampf behaupten wollen, so müssen sie einer durch Rundfunk und Fernsehen gut informierten Öffentlichkeit aktuelle Nachrichten aus aller Welt anbieten können. Keiner Zeitung gelingt dies jedoch ausschließlich durch ein eigenes Korrespondentennetz; mag es auch noch so groß sein, für die Beobachtung der gesamten Welt wäre es stets zu klein. Wenn die Zeitungen auch an besondere Brennpunkte der Weltpolitik eigene Berichterstatte~~r~~ **entsenden** oder ständig unterhalten, so sind sie doch in der Hauptsache auf die Dienste der weitverzweigten Nachrichtenagenturen angewiesen, die alleine in der Lage sind, ein großes und engmaschiges Mitarbeiternetz auf die Dauer zu pflegen.

Diese Nachrichtenagenturen sind praktisch in jedem Land der Erde vertreten, ihre "Weltüberwachung" ist fast lückenlos und nahezu perfekt. Ihre Sonderkorrespondenten fliegen in die heißesten Krisengebiete, nehmen an Truppeneinmärschen in vorderster Front teil und sind stets bemüht, über ihre Nachrichtenagenturen die Weltöffentlichkeit aus erster Hand raschestens zu informieren. Oft hat man in diesem Zusammenhange davon gesprochen, daß die Welt immer kleiner werde und enger zusammenrücke. In der Tat geschieht auf unserem Erdball wenig, das nicht von den großen Nachrichtendiensten registriert, verarbeitet und veröffentlicht wird. Manche Nationen, insbesondere Diktaturen und junge Nationen, die erst seit kurzer Zeit "unabhängig" sind und noch über keine funktionierende Demokratie verfügen, versuchen durch entsprechende Maßnahmen sich einer solchen "Beobachtung" durch Nachrichtenagenturen zu entziehen. Sie alle können auf die Dauer dennoch nicht vermeiden, daß über sie berichtet und auch gerichtet wird, denn die interessierte und informierte Weltöffentlichkeit hat längst eine "moralische Richterfunktion" übernommen, wobei die verschiedenen Nachrichtendienste gewissermaßen die sogenannte "Ermittlungsbehörde" darstellen. Längst ist diese bedeutungsvolle "Kraft" in das politische Kalkül und in die politische Propaganda einbezogen, aber auch zweckentfremdet und politisch mißbraucht worden. **Erinnert** sei hier beispielsweise nur an den gewaltigen und einseitigen Druck, der 1969/70 monatelang auf den Präsidenten der USA, Richard M. Nixon wegen des Vietnamkrieges über eine gezielte Nachrichtenkampagne in der Weltpresse ausgeübt wurde. Bereits sein Vorgänger, US-Präsident Lyndon B. Johnson stand unter massivstem Druck, während totalitäre Staaten und Staatsgebilde ihre Ziele weitgehend unangefochten verfolgen können.

Hierbei hat sich immer wieder gezeigt, daß demokratische Staaten einer gezielten Weltpropaganda viel hilfloser ausgeliefert sind als andere. Indessen können Phänomene dieser Art hier nicht weiter Gegenstand meiner Betrachtungen sein, doch schien es mir unumgänglich, diese ungeheure Bedeutung und deshalb auch Belastung für eine große Nachrichtenagentur an den Anfang dieses Abschnittes zu stellen.

Die Welt ist durch die Nachrichtenagenturen zwar überschaubarer und dadurch scheinbar kleiner geworden, doch die Möglichkeiten der Information sind heute größer denn je. Die Zeiten sind längst vorbei, in denen vier Nachrichtenagenturen die gesamte Welt unter sich in Interessensgebiete aufteilten, wie es 1870 geschehen war. Damals schlossen die Nachrichten-Agentur Reuter, Großbritannien ( gegr. 1851 ), die Agentur des Franzosen Charles Havas ( gegr. 1835 in Paris ), die amerikanische ( USA ) Associated Press ( kurz AP, gegr. 1848 ) und das deutsche Wolff'sche Telegrafienbüro ( kurz WTB, gegr. 1849 ) einen entsprechenden Vertrag, wonach die Welt wie folgt "verteilt" wurde: Reuter: Empire und Ferner Osten, Havas: romanische Länder Europas und Südamerika, AP: Nordamerika und WTB: Deutschland, Rußland, skandinavische Länder und Österreich, nur der Nahe Osten (einschließlich Türkei und Ägypten ) wurde von zwei Agenturen gleichzeitig betreut, nämlich von Havas und Reuter.<sup>1)</sup>

Dieser Vertrag von 1870 mutet heute wie ein Scherz an. Wie sehr sich die Situation inzwischen gewandelt hat, kann man auch bei einer Betrachtung der deutschen Nachrichtenagentur "dpa" verfolgen. Sie wurde nach 1945 neu gegründet, hatte jedoch mehrere Vorgängerinnen.

-----

1) Steinhausen, S. 1 und 2

## Die deutschen Nachrichtenagenturen vor Gründung der Deutschen Presse-Agentur

Nach Gertrud Steinhausen beginnt "die Geschichte des modernen Nachrichtendienstes in Deutschland mit der Freigabe des elektrischen Telegrafen für den öffentlichen Verkehr"<sup>1)</sup>. Im Jahre 1849 war von Dr. Bernhard Wolff dann das sogenannte "Wolff'sche Telegrafienbüro ( WTB ) gegründet worden, das anfangs Wirtschafts- und Börsenmeldungen und erst später politische Meldungen veröffentlichte. Die verschiedenen Dienste bildeten dann unter dem Konkurrenzdruck Reuters 1874 eine Aktiengesellschaft, wodurch erst der Aufbau einer größeren und schlagkräftigen Agentur möglich war<sup>2)</sup>

Durch die "Weltaufteilung von 1870" war die Arbeit des WTB praktisch auf einen Teil Europas beschränkt worden. Nach Steinhausen waren hierbei die britischen Kabelnlinien und politische Erwägungen im Spiel <sup>3)</sup>. Während die Nachrichtendienste Reuter und Havas in der Folgezeit ihre Auslandsdienste immer mehr erweiterten, geriet das deutsche WTB international stetig ins Hintertreffen. Bis 1933 hatten es die Deutschen im Inland lediglich auf 55 Zweigbüros gebracht, im Ausland gab es gar nur einige wenige Vertretungen <sup>4)</sup>.

Der gewaltige Vorsprung der Konkurrenten Havas und Reuter war groß, die internationalen Nachteile des Wolff'schen Telegrafienbüros machten sich immer stärker bemerkbar. Die steigende Unzufriedenheit der politischen und vor allem der wirtschaftlichen Kreise wuchs, so daß man Abhilfe schaffen wollte. Unmittelbar vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurden schließlich, angeregt von Wirtschaftskreisen zwei neue Nachrichtendienste errichtet, nämlich die "Transocean GmbH." und die "Telegrafien-Union GmbH.", die eine Verbesserung der Situation bringen sollten <sup>5)</sup>.

-----  
1) Steinhausen, S. 1

2) Steinhausen, S. 2 und Bräuer, S. 56 ff.

3) Steinhausen, S. 2

4) Steinhausen, S. 3

5) Steinhausen, S. 4

Doch das Wirken der verschiedenen deutschen Nachrichtenagenturen endete 1933, denn auf Veranlassung der nationalsozialistischen Regierung vereinigten sich die Dienste zu einem großen "Deutschen Nachrichten-Büro", wobei die Gesellschaftsanteile in Reichsbesitz überführt wurden!<sup>1)</sup>

Mit der Gründung des Deutschen Nachrichten-Büros, kurz "dnb" genannt, am 5. Dezember 1933 begann für das deutsche Nachrichtenwesen in jeder Hinsicht eine neue Ära. Grundsätzlich war es nur zu begrüßen, daß mit Schaffung des dnb eine große, die ganze Welt umspannende deutsche Nachrichtenagentur ermöglicht wurde. Die alten Aufteilungsverträge waren längst überholt und die Agentur Reuter mußte dem Deutschen Nachrichten-Büro ebenso wie Associated Press die Welt als Interessengebiet freigeben, denn auch die Amerikaner waren längst über ihr Mutterland Nordamerika hinausgewachsen. Diese Situation wurde vom dnb auch gut genutzt, und man errichtete in der ganzen Welt ein umfangreiches Nachrichtennetz, so daß man in allen wichtigen Ländern der Erde offiziell mit einem Zweigbüro vertreten war.

Doch sowohl Ansehen als auch Bedeutung des Deutschen Nachrichten-Büros begannen bald wieder zu sinken, denn der NS-Reichspropagandaminister Dr. Joseph Goebbels erkannte bald, was ihm mit dem dnb für ein gewaltiges und ideales Propagandainstrument zur Verfügung stand. Damit aber wurde das dnb mehr und mehr in den Dienst des NS-Regimes gestellt, Goebbels bestimmte schließlich, was die Agentur an die Zeitungen weiterzureichen habe und was nicht <sup>2)</sup>. Mit dieser Entwicklung setzten jedoch bald zwangsläufig wieder Schwierigkeiten mit dem Ausland ein, wo man Propagandameldungen direkt oder im Austausch nicht haben wollte.

-----

1) Steinhausen, S. 5

2) Steinhausen, S. 7 und Matthies, S. 125 ff.

Als Ausweg verfiel man im Reichspropagandaministerium deshalb auf eine Unterteilung des dnb in einen Inland- und Auslandsdienst. Es war nämlich unvermeidlich, daß man im Ausland von Deutschland innenpolitische Vorgänge in Erfahrung bringen konnte, die das NS-Regime gerne verschwiegen hätte. Deshalb mußten diese Vorgänge auch vom Deutschen Nachrichten-Büro selbst verbreitet werden im Ausland, allerdings mit entsprechender "Färbung". Diese Meldungen waren jedoch nur für das Ausland bestimmt, für das Inland selbst wurden eigene Berichte herausgegeben, die wiederum speziell auf die "Reichsbevölkerung" zugeschnitten war. Auch heute wird diese Zweiteilung von In- und Auslandsinformation noch in totalitären Staaten und im Ostblock praktiziert <sup>1)</sup>.

Doch auf die Dauer gesehen war das Rezept einer eigenen Auslandsinformation mit propagandistischer Prägung kein "Allheilmittel". Die ausländischen Agenturen tauschten allmählich immer weniger ihre Berichte mit dem dnb aus, dessen Nachrichten für sie laufend an Wert verloren. So wurde das Deutsche Nachrichten-Büro stetig auf internationaler Ebene zurückgedrängt, eine Entwicklung, die sich während des Zweiten Weltkrieges noch beschleunigte. In Deutschland selbst allerdings wuchs das dnb unter dem Reichspropagandaministerium beständig, schließlich stellte man der Presse nicht nur die Nachrichtentexte und Informationen zur Verfügung, sondern lieferte gleich nähere "Arbeitsanweisungen und Hintergrundmaterial" dazu <sup>2)</sup>. In den Jahren vor dem Kriegsende wurde aus dem Deutschen Nachrichten-Büro ein reines Propagandainstrument für die politischen Ziele der nationalsozialistischen Führung. Mit dem allgemeinen Zusammenbruch im April/Mai 1945 war dann auch das Ende des dnb gekommen.

-----

1) Steinhausen, S. 7

2) Steinhausen, S. 8

## Die große Zäsur von 1945

war umfassend, eine Weiterführung des Deutschen Nachrichten-Büros auch unter anderen "Vorzeichen" war aus politischen Gründen undenkbar für die alliierten Besatzungsmächte. So blieb nur ein Weg, nämlich ein völliger Neubeginn. Hier lag die Möglichkeit einer Initiative jedoch zunächst ausschließlich bei den Besatzungstreitkräften, deren allgemeine Pressepolitik in der ersten Nachkriegszeit bereits an anderer Stelle besprochen wurde <sup>1)</sup>, so daß man sich hier auf den Bereich des Nachrichtenwesens beschränken kann.

Zunächst begann nach Kriegsende alles damit, daß sich verschiedene Nachrichtenagenturen aus den Heimatländern der Besatzungsmächte in Deutschland niederließen und in Zusammenarbeit mit den zuständigen Presseoffizieren erste Pressedienste herausgaben.

In der amerikanischen Besatzungszone waren anfangs gleich drei amerikanische Nachrichtenagenturen vertreten, nämlich Associated Press ( AP ), United Press ( UP ) und International News Service ( INS ), wobei sich jedoch UP und INS bald zur United Press International ( UPI ) vereinigten <sup>2)</sup>. Doch diesen ausländischen Niederlassungen folgten bald deutsche Agenturen, allerdings unter amerikanischer Kontrolle.

Bereits in den ersten Nachkriegswochen sammelten die Amerikaner technische Nachrichteneinrichtungen aus erbeuteten Beständen der ehemaligen deutschen Wehrmacht, darunter auch den fahrbaren Soldatensender "Paula", der bei Mühleckers den US-Truppen in die Hände gefallen war <sup>3)</sup>.

-----

1) III. Hauptteil, 1. und 2. Kapitel

2) Nach Fritz Sängers, bei Pross, S. 104

3) Steinhausen, S. 29

Aus dem deutschen Beutegut wurde schließlich eine Sendeanlage auf dem ehemaligen Kasernengelände in Bad Vilbel errichtet, die am 4. September 1945 betriebsbereit war und mit "German News Service" ( GNS ) zeichnete 1).

Die fertige Sendeanlage bildete den Hauptbestandteil der neuen "Deutschen Allgemeinen Nachrichten-Agentur" ( DANA ), die bereits am 6. September 1945 in Bad Nauheim ihre Arbeit begann 2).

Die DANA stand unter amerikanischer Kontrolle und versorgte die ersten Zeitungen und Rundfunkstationen in Deutschland sowie die Armeezeitungen. Der Anteil der deutschen Mitarbeiter wurde langsam vergrößert, doch sorgte die allgemeine Zensur durch die US-Presseoffiziere für eine Berichterstattung im Sinne der Besatzungsmacht. Da die Meldungen der DANA die Grundlagen für die langsam mit US-Hilfe entstehende deutsche Presse bildete, wurde hier die Zensur besonders streng und relativ lange gehandhabt.

Die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit bei DANA litt zunächst unter der inzwischen bekannten Pressepolitik der Besatzungsmacht, auch das Personalproblem war durch die amerikanische Entnazifizierungsmethode groß. In der Arbeitsweise traten anfangs ebenfalls Schwierigkeiten auf, denn die Amerikaner unterschieden streng zwischen reiner Nachricht und persönlicher Meinung, während in der NS-Zeit jede Nachricht politisch gefärbt war. Es galt für die deutschen Mitarbeiter, sich den Praktiken einer internationalen und freien Presse anzupassen. Am 8. November 1946 mußte die DANA für einige Tage nach einem Senderbrand die Arbeit unterbrechen, konnte sie jedoch mit starker US-Hilfe bereits am 14. November 1946 wieder in gewohnter Weise aufnehmen 3).

-----  
1) Steinhausen, S. 30

2) Steinhausen, S. 30

Max von Besserer, Das deutsche Presse-Nachrichtenwesen nach 1945, Wiesbaden 1954, Sonderdruck, S. 4

3) Steinhausen, S. 34

Die schnelle Instandsetzung des DANA-Senders war auch nötig, denn inzwischen wurden von ihm über vierzig Zeitungen und mehrere Radiostationen betreut <sup>1)</sup>.

Zur technischen Ergänzung ist noch zu bemerken, daß man damals zunächst mit sogenannten "Hellschreibern" arbeitete. Es handelt sich dabei um Geräte, die eine drahtlose Verbindung ermöglichen und nach ihrem Erfinder Hell benannt sind. Der Empfang geschieht nach einer Verbesserung durch die Firma Siemens & Halske bildtelegrafisch auf sogen. Papierstreifenschreibern bzw. Papier-Blattschreibern <sup>2)</sup>. Mit der Zeit wurden die technischen Einrichtungen laufend verbessert und schließlich gab man sogar bei Telefunken einen neuen Sender in Auftrag.

Die Vorbereitungen der Amerikaner, die DANA deutschen Trägern zu übergeben, waren schließlich im Oktober 1946 abgeschlossen. General McClure übergab am 26. 10. in Bad Nauheim mit einer Urkunde die DANA der "Genossenschaft der deutschen Zeitungsverleger in der US-Zone, im amerikanischen Sektor Berlins und in der amerikanischen Enklave Bremen" <sup>3)</sup>. Mit dieser Übergabe behielten die Amerikaner zwar die Kontrolle über die DANA, doch zogen sie gleichzeitig auch qualifizierte US-Mitarbeiter ab, wodurch die Personalsorgen noch größer wurden.

Am 14. Dezember 1946 hielt die DANA-Genossenschaft in Garmisch-Partenkirchen ihre erste Generalversammlung ab, um ihre Schwierigkeiten zu erörtern, wobei man auch beschloß sich künftig nicht mehr DANA ( Deutsche Allgemeine Nachrichten-Agentur ), sondern DENA ( Deutsche Nachrichten-Agentur ) zu nennen <sup>4)</sup>.

-----  
1) Steinhausen, S. 34

2) Nach Steinhausen, S. 29

3) Steinhausen, S. 37

4) Steinhausen, S. 41 (...."Eine Einrichtung der dänischen Post hieß DANA, und die Dänen verlangten eine Änderung des Agentur-Namens").

Die neue Genossenschaft als Träger der DENA unter US-Kontrolle legte zwar eigene Statuten fest, doch litt das ganze Unternehmen nach wie vor unter Personal- und Kompetenzschwierigkeiten. Trotzdem konnte die Genossenschaft im Jahre 1947 sich etwas stabilisieren und sogar vergrößern, doch dann kam 1948 die sogenannte Währungsreform. In der Folge geriet die DENA durch die Währungsumstellung von der Reichs-Mark auf die Deutsche-Mark bei ihren großen finanziellen Verpflichtungen ins Wanken, ähnlich vielen anderen privaten und wirtschaftlichen Unternehmen. Während man Verpflichtungen in DM bezahlen mußte, bekam man Außenstände teilweise noch in RM, bzw. in DM mit Verlusten verbunden herein. Die finanzielle Lage bedingte Entlassungen, bei Einstellungen mußte gespart werden, was die Fachqualität herunterdrückte. Auch die Quantität der Meldungen mußte wegen der hohen Kosten eingeschränkt werden. Dazu kam die Tatsache, daß die Amerikaner bei DANA den Posten des Generaldirektors ( General Manager ) nie fest besetzten, so daß auch der DENA von Anfang an eine feste Spitze fehlte 1).

Inzwischen waren auch in den anderen Besatzungszonen deutsche Nachrichtenagenturen unter Kontrolle der jeweiligen Besatzungsmacht entstanden und gewachsen. So sah man bei DENA mit zunehmender Zusammenarbeit der westlichen Alliierten und Zonen, von gleichzeitigem Abrücken gegenüber den Sowjets und der SBZ begleitet, allmählich nur einen Ausweg in einer Zusammenarbeit bzw. Fusion der Agenturen in den drei Westzonen. Doch für die geschwächte DENA war die Ausgangsbasis für Fusionsverhandlungen nicht günstig, wie sich bei der weiteren Betrachtung noch zeigen wird.

-----

1) Steinhausen, S. 31

Auch für die englische Besatzungsmacht war nur ein neuer Nachrichtendienst in ihrer Zone denkbar, er ließ dann auch nicht lange auf sich warten. In Flensburg war kurz vor dem Kriegsende die "Abteilung Funkaufklärung im deutschen Oberkommando der Marine ansässig, dazu kamen noch Nachrichtenabteilungen der deutschen Luftwaffe. Diese technischen Einrichtungen fielen den englischen Truppen in die Hände, die sie für den Aufbau eines eigenen Nachrichtenbüros nach Hamburg transportierten. Unter der anfänglichen Leitung des englischen Journalisten Sefton Delmer wurde dann im Sommer 1945 dort das Nachrichtenbüro "German News Service, British Zone" ( GNSBZ ) in Betrieb genommen 1).

Die Engländer hatten zwar auch Personalsorgen, doch beteiligten sie von Anfang an deutsche Journalisten an der Arbeit, wenn auch unter britischer Anleitung. Die englische Besatzungszone war stark bevölkert, so daß auch der Nachrichtenbedarf relativ groß war. Nach Radio Hamburg arbeitete bald noch der Sender Norddeich mit, wodurch dem neuen Nachrichtendienst beträchtliche technische Einrichtungen zur Verfügung standen. Folglich wurde der GNSBZ am 15. Dezember 1945 in "Deutscher Presse-Dienst" ( dpd ) umbenannt?)

Zur Finanzierung des Deutschen Presse-Dienstes mußten die von der Besatzungsmacht bald lizenzierten deutschen Zeitungen 5 Prozent ihrer Einnahmen aufwenden. Bei diesen Zuwendungen wurde bald die Höhe der jeweiligen Auflagen berücksichtigt, eine Methode, die schon bei der amerikanischen DENA praktiziert worden war. Bereits im Januar 1947 wurde der Nachrichtendienst zu einer Deutschen Presse-Dienst GmbH. umgewandelt und die Verwaltung in deutsche Hände übergeben.3)

-----  
1) Steinhausen, S. 77 ff.

2) Steinhausen, S. 82

3) Steinhausen, S. 84

Bei einer Beurteilung des deutsch-britischen dpd fallen vor allem zwei wesentliche Merkmale, über welche die deutsch-amerikanische DENA nicht im gleichen Maße verfügte, auf: Die offensichtlich bessere Personalpolitik und der organisatorische Weitblick. Der Deutsche Pressedienst hatte qualifizierte Spitzenkräfte wie etwa den Chefredakteur Fritz Sängler, wodurch die Agentur innerlich gefestigt war. Außerdem baute man die Organisation in der englischen Zone gut aus und versuchte mit Erfolg, darüberhinaus auch in der amerikanischen und französischen Besatzungszone Fuß zu fassen. So errichtete man zwei Hauptbüros in Frankfurt-Main und Baden-Baden sowie Zweigstellen in München, Nürnberg, Stuttgart, Koblenz, Wiesbaden, Bremen u.a., während man die Nachrichten aus der sowjetischen Besatzungszone über die ostzonale Agentur "Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst" ( ADN ) bezog 1).

Auch eine "Auslandsabteilung" wurde beim dpd bald aufgebaut, wobei man mit ausländischen und befreundeten großen Agenturen zusammenarbeitete. Ein Kurzwellensender folgte bald, die ersten deutschen Auslandskorrespondenten arbeiteten für den dpd.

So konnte die innerlich gefestigte und nach außen bald angesehene Agentur auch die wirtschaftlichen Auswirkungen der Währungsreform relativ unerschüttert überstehen, dennoch kamen auch Rückschläge durch finanziell geschwächte Zeitungsunternehmen. Die kleine zonale Struktur des dpd und die allgemeinen wirtschaftlichen Währungsfolgen, ließen deshalb auch in Hamburg bald Fusionsgedanken aufkommen. Doch war die Ausgangsposition für einen Zusammenschluß für den dpd weit günstiger, als etwa für die DENA, was sich bei der folgenden Fusion auch entsprechend auswirken sollte.<sup>2)</sup> Doch vor Behandlung der Fusion zwischen dpd und DENA gilt es noch einen Blick in die französische Besatzungszone Deutschlands zu werfen.

-----  
1) Steinhausen, S. 91

2) Steinhausen, S. 100

Von der Unabhängigkeit, die sich die französische Besatzungsmacht im Lager der westalliierten Streitkräfte zu bewahren suchte, war bereits die Rede <sup>1)</sup>. Entsprechend diesen Eigentümlichkeiten war es alles andere als verwunderlich, daß auch in der französischen Besatzungszone ein eigener Nachrichtendienst entstand. Allerdings scheinen sich die Franzosen damit mehr Zeit als die Amerikaner und Engländer gelassen zu haben, denn sie regten die Gründung eines Nachrichtendienstes in ihrer Zone erst 1946 an.

So entstand 1946 die sogenannte "Rheinische Nachrichten-Agentur" ( Rheina ), deren Leitung bei französischen Presseoffizieren lag, die deutsche Journalisten als Mitarbeiter einstellten. Doch die Arbeit der Rheina sollte nicht von langer Dauer sein, denn bereits am 1. April 1947 wurde die "Südwestdeutsche Nachrichten-Agentur GmbH." ( Südena ) gegründet, welche die weitere Nachrichtenarbeit übernahm <sup>2)</sup>.

Die Südena GmbH. wurde mit 51 Prozent Anteil von den Franzosen mit Beteiligung der staatlichen Agence France Presse ( AFP ) finanziert, die restlichen 49 Prozent der Gesamteinlage von 100 000 Reichs-Mark entfielen auf den Verein deutscher Zeitungsverleger in der französischen Zone <sup>3)</sup>.

Mit diesem Schachzug war die französische Nachrichten-Agentur Agence France Presse von Anfang an gut mit im Geschäft, was jedoch nicht unbedingt nachteilig sein mußte. Auch die Franzosen trieben ebenso wie die Engländer eine geschicktere Personalpolitik als die Amerikaner mit ihrer DENA, dies zeigt sich schon darin, daß sie der Südena GmbH. eine deutsch-französische Geschäftsführung gaben.

-----  
1) III. Hauptteil, 1. Kapitel, S. 38 bis 40

2) Steinhausen, S. 106

3) Steinhausen, S. 106/107

Die Südena hatte in der französischen Zone etwa zwanzig lizenzierte Zeitungen zu betreuen die zum Bezug der Nachrichtendienste verpflichtet waren. Im Vergleich mit Zeitungen in der übevölkerten britischen Zone haben jedoch die Blätter im Bereich der französischen Besatzungsmacht keine sehr hohen Auflagen erreichen können. Trotzdem funktionierte die Südena als Agentur zunächst offensichtlich ganz gut, die technischen Nachrichteneinrichtungen dazu hatte die französische Militärregierung geliefert.

Eine Besonderheit in der französischen Zone bildete ein sogenannter Artikeldienst, der unter dem Namen "Kronos" herausgegeben wurde und dessen Abnahme ebenfalls Pflicht war. Nach Gertrud Steinhausen "übernahm der Kronos für die Zeitungen auch verschiedene Vermittlungsdienste. Nur über ihn konnten die Zeitungen Devisen erhalten, ausländische Zeitungen bestellen, Korrespondenten in anderen Ländern oder Zonen unterhalten. Die Militärregierung sparte durch ihn ein eigenes deutschsprachiges Büro. Der Kronos hatte eigene Korrespondenten, einen Tagesdienst über Fernschreiber und einen durch die Post versandten Artikeldienst"1).

Doch auch für die Südena sollte die Krise nicht ausbleiben, die schon der DENA und dem dpd schwere Erschütterungen gebracht hatte. Ende 1948 gingen die französischen Anteile an der Südena ebenfalls an die deutschen Verleger über, womit auch eine neue Spitze für die GmbH. fällig war?2) Damit verbundene personelle, finanzielle und andere Schwierigkeiten sowie die allgemeinen Auswirkungen der Währungsreform, ließen auch die Südena an eine Fusion denken, zumal zwischen dpd und DENA bereits diesbezügliche Gespräche stattfanden.

-----  
1) Steinhausen, S. 107/108

2) Steinhausen, S. 108

### Zusammenfassend

kann man feststellen, daß bei diesen ähnlichen Situationen in der amerikanischen, englischen und französischen Besatzungszone Deutschlands eine Fusion der jeweiligen Nachrichtendienste nach einer gewissen Anlaufzeit, unter Berücksichtigung der politischen Entwicklung in den drei Westzonen, einfach logisch und zu begrüßen war.

Mit dem Kriegsende 1945 war Deutschland in vier Teile geteilt worden und jede Besatzungsmacht versuchte ihre Probleme zunächst für sich zu lösen. Die Folgen waren dann auch die vier verschiedenen Nachrichtendienste in den Zonen. Mit der beginnenden Entfremdung zwischen den Westmächten und der Sowjetunion einerseits, und mit der einsetzenden politischen, organisatorischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit der drei westlichen Zonen andererseits, mußte auch die bis dahin weitgehend getrennte Pressepolitik eine Koordinierung erfahren. Hinzu kamen für die DENA, den dpd und die Südena personelle, organisatorische und wirtschaftliche Gesichtspunkte und Notwendigkeiten. Im gleichen Maße zwingend war es, daß das von den Sowjets in ihrer Zone gegründete Allgemeine Deutsche Nachrichtenbüro ( ADN ) eine der politischen Entwicklung entsprechende Wende nahm.

Zunächst kam es zu Fusionsgesprächen zwischen DENA und dpd, wobei der Deutsche Presse-Dienst - dank seiner stabileren Organisation - eine bessere Ausgangsposition zu verzeichnen hatte. Eine Einigung zwischen beiden verzögerte sich deshalb, denn die DENA wollte offensichtlich möglichst viel bei einer Fusion für sich retten. Schließlich nahm auch die Südena Gespräche mit dem dpd auf.

Vertreter aller drei Agenturen kamen vom 16. bis 18. August 1949 in Goslar zu einem gemeinsamen Treffen, das zunächst am 17. August zu einer Einigung zwischen dpd und Südena führte <sup>1)</sup>. Damit war zwischen dem Nachrichtendienst der englischen und der französischen Zone eine entscheidende Einigung erzielt worden, die der geplanten gemeinsamen und neuen sowie großen deutschen Nachrichtenagentur einen bedeutenden Schritt näher kam. Für die DENA aber wurde die Situation dadurch nicht einfacher.

So tagten bereits einen Tag später die Genossenschaften von dpd und DENA ebenfalls in Goslar, wobei es zu getrennten Beschlüssen kam, die auch hier ein Zusammengehen ermöglichten <sup>2)</sup>.

Diese getrennten Verträge zwischen Südena und DENA mit dem dpd, führten nach etlichen Verzögerungen schließlich zu einer Gesamtvereinigung unter dem künftigen Namen "Deutsche Presse-Agentur" ( dpa ), die am 1. September 1949 ihre Arbeit offiziell aufnahm. Bis zur Fusion betrugen die Auflagen der Zeitungen im Bereich des dpd 10 Millionen, der DENA 5 Millionen und der Südena 400 000 Exemplare.<sup>3)</sup>

Allgemein wurde die Vereinigung von DENA, dpd und Südena zur Deutschen Presse-Agentur begrüßt. Nur in der sowjetischen Besatzungszone war man mit dieser Entwicklung nicht zufrieden. Das SED-Sprachrohr in Berlin, "Neues Deutschland", schrieb über die Fusion von "kapitalistischen Konzentrationsprozessen mit politischen Vorzeichen" u.a.m. <sup>4)</sup>. Mit der dpa aber begann eine neue Ära im deutschen Nachrichtenwesen.

-----

1) Steinhausen, S. 112

2) Steinhausen, S. 114

3) Steinhausen, S. 114

4) "Neues Deutschland", Berlin, Ausgabe vom 7. Mai 1949  
( Die im Westen geplante Fusion war vom Beginn bis zum erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen Ziel heftiger Angriffe )

## Die Gründung der Deutschen Presse-Agentur und ihre weitere Entwicklung nach 1949

In der Geschichte des deutschen Nachrichtenwesens begann nach Versuchen und Zwischenlösungen in den ersten Nachkriegsjahren mit dem 1. September 1949 eine neue und zugleich große Epoche. Mit der Errichtung der Deutschen Presse-Agentur ( dpa ) wurde ein Nachrichtenbüro geschaffen, das bald zum größten in Deutschland und schließlich auf dem europäischen Kontinent werden sollte.

Die Gründung der dpa fand indessen nicht zum günstigsten Zeitpunkt statt: Die Zeitungsverlage waren noch von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Währungsreform erschüttert, der Lizenzzwang wurde von den Besatzungsmächten aufgehoben und führte zu starken Veränderungen bei den Zeitungen und Verlagen, eine freie und unkontrollierte Presse entstand und warf durch ihren harten Konkurrenzkampf viele Probleme auf, die entstehenden politischen Parteien und Gruppen versuchten sich Einflußmöglichkeiten im Bereiche der neuen Presse zu sichern u.v.a.m.

Auch personelle Probleme waren vorhanden. Mitarbeiter der bisherigen Agenturen wurden teilweise nicht in die neue dpa übernommen und erwogen ein weiteres Unternehmen zu gründen. Auch Kreise der ehemaligen und 1915 gegründeten "Transocean GmbH.", die noch als Gesellschaft existierte, dachten an eine Neugründung <sup>1)</sup>. All diese Anfangsschwierigkeiten mußten überwunden werden - und sie wurden überwunden.

-----  
1) Steinhausen, S. 129

Ein entscheidendes Problem wurde auch in der Standortfrage aufgeworfen. In der Regel ist der Sitz einer großen Nachrichtenzentrale in der Hauptstadt bzw. im politischen Zentrum eines Landes zu finden. Telefon- und Fernschreibverbindungen einer Agentur müssen in alle Kontinente führen, zudem galt es im zerstörten Deutschland möglichst sofort über solche Verbindungen zu verfügen. Von den technischen Gesichtspunkten aus bot sich hier Hamburg an.

Auch war zunächst unklar, welche Stadt Sitz der neuen Bundesregierung in der entstehenden "Bundesrepublik Deutschland" werden sollte. Als die Wahl schließlich auf Bonn fiel, hielt man die Entscheidung mit Blick auf Berlin für nur "provisorisch". Da zudem Hamburg bereits Sitz des dpd war, dürften auch diese Kreise für die Hansestadt votiert haben.

Nach Chefredakteur Fritz Sängers wurde später mehrmals eine Verlegung der dpa-Zentrale von Hamburg nach Bonn in Betracht gezogen, doch scheute man stets vor den ungeheuren Kosten einer Verlagerung der technischen Einrichtungen zurück und vermisste im relativ kleinen Bonn die nötigen Wohnräume für die dpa-Mitarbeiter mit Angehörigen <sup>1)</sup>.

So blieb die Zentrale in Hamburg, während man in Bonn ein großes dpa-Büro einrichtete, das mit den heutigen technischen Möglichkeiten in der Fernmeldetechnik bestens die Bundeshauptstadt mit der Zentrale in Hamburg verbinden kann.

Bei der Gründung betrug das Stammkapital der dpa nur DM 350 000, ein kleiner Betrag, der bereits 1950 auf DM 1 200 000 erhöht werden mußte <sup>2)</sup>. Schon aus diesem Zahlenunterschied in 12 Monaten kann man den enormen Aufstieg der Agentur ablesen.

-----  
1) Sängers in Pross, S. 107

2) Steinhausen, S. 134 und 177

Die dpa ist eine GmbH. und untersteht damit dem privaten Recht. Die Geschäftsanteile übernahmen zunächst jene Gesellschaften, die bereits Träger der DENA und des dpd waren. Später übernahmen jedoch rund 180 Einzelgesellschafter die Anteile, wobei jedoch jeder nicht mehr als ein Prozent aller Anteile besitzen kann 1). Damit ist die dpa sehr demokratisch ausgerichtet und kann Einflußnahmen politischer Art weitgehend ausschalten. Als Eigentümer fungieren deutsche Zeitungsverleger und Rundfunkanstalten, während die Gesellschaftsstatuten den Staat ausdrücklich von der Erwerbung eines Anteils am Gesellschaftskapital ausschließen.

Selbst die Rundfunkanstalten können nicht mehr als zehn Prozent vom Stammkapital auf sich vereinigen, sofern nicht der Aufsichtsrat mit einer 3/4 Mehrheit in Sonderfällen eine Ausnahmegenehmigung erteilt 2).

Der Aufsichtsrat der GmbH. wird von den Gesellschaftern gewählt, bestimmt die Geschäftsführung und beruft den dpa-Chefredakteur. Mit diesem ganzen System will man die Agentur weltanschaulich ungebunden halten, unabhängig und objektiv bleiben. Rückblickend kann festgestellt werden, daß sich die Satzung in dieser Hinsicht bis heute eigentlich bewährt hat. Dennoch hat es zu keiner Zeit an allgemeinen Vorwürfen gemangelt.

Die dpa ist andererseits wieder Teilhaber an zwei Nachrichtengesellschaften in Deutschland. Dies sind einmal die DENA AG ( seit 1950 ), die für Technik und Wartung der Sender sorgt welche von der dpa benötigt werden, und zum anderen die "Vereinigte Wirtschaftsdienst GmbH." ( VWD ), die für dpa Wirtschaftsnachrichten bearbeitet 3). Diese Aufteilung in mehrere Unternehmen wird heute ja von vielen großen Verlagen praktiziert.

-----  
1) Sänger in Pross, S. 106

2) dpa-Gesellschafts-Vertrag, § 1 bis 6, Ausgabe 1956

3) Steinhausen, S. 178

Nachdem die dpa gegründet worden war, versuchte sie 1949 möglichst schnell auch im internationalen Nachrichtenmarkt Fuß zu fassen. Die ersten Auslandsvertretungen wurden in den europäischen Nachbarländern errichtet. An einem Auf- und Ausbau des dpa-Auslandsdienstes war indessen nicht nur die Agentur selbst interessiert. Die Zeitungsverleger wollten ihre Meldungen aus dem Ausland nicht nur von ausländischen Agenturen beziehen, sondern in erster Linie vom eigenen Nachrichtenbüro. Mit der ständig international wachsenden Bedeutung der Bundesrepublik Deutschland vergrößerte sich auch automatisch das Interesse am inneren Geschehen von "Old Germany". Wollte die dpa diesen "Markt" nicht verlieren, so war sie **gezwungen**, ausreichende und entsprechende Berichte aus und über Deutschland direkt oder im Austausch anzubieten.

Auch die Bundesregierung war an einem umfangreichen Auslandsdienst interessiert. Man wollte und mußte seine steigende Bedeutung in Europa und in der Welt stärkstens publizieren. Die sowjetzonale Agentur "Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst" ( ADN ) wurde nämlich finanziell sehr gefördert und konnte so umfangreiche Propaganda politischer Art im Ausland betreiben. Hier durfte die Bundesrepublik nicht nachstehen. Da die Bundesregierung aber für die dpa kein staatliches Konkurrenzunternehmen schaffen wollte, lag es für die deutsche Nachrichten-Agentur nahe, diese Lücke zu schließen<sup>1)</sup>. So hatte und hat die Deutsche Presse-Agentur "Export- und Importaufgaben" zu erfüllen.

-----

1) Steinhausen, S. 141

Der Ausbau eines Auslandsdienstes erforderte jedoch entsprechende technische Einrichtungen und deren Finanzierung. Bereits der dpd hatte seine Sendungen zum Teil über Kurzwelle ausgestrahlt, was dann von dpa übernommen wurde. Diese Methode war jedoch aus technischen Gründen bald nicht mehr ausreichend, so daß man für den Europadienst die Sendung über Langwelle versuchte. Ein vielfach gestörter Empfang zwang schließlich zur Arbeit über Fernschreiber per Draht. Da man hierbei jedoch fremde Linien benutzen mußte, hatte auch dieser Weg keine lange Zukunft, soweit es sich um Nachrichtenübermittlungen in das Ausland handelte, ging man nun zum drahtlosen Funkfernschreiber über 1).

Das Interesse am dpa-Auslandsdienst nahm inzwischen stetig zu, zumal auch fremdsprachige Wünsche erfüllt wurden und werden. Für größere, nicht besonders eilige Berichte steht zudem noch der Luftpostweg zur Verfügung. Längst berichtet dpa nicht mehr nur über Deutschland, sondern auch über Nachbarländer in alle Welt. Auch zahlreiche Botschaften sind unter den Empfängern, deren Zahl ständig ansteigt. 2)

Aber auch im Inland selbst wurde der dpa-Dienst ständig ausgebaut. In jeder Landeshauptstadt und überhaupt Großstadt unterhält die dpa Zweigstellen, die von ihren örtlichen Korrespondenten über alles unterrichtet werden. Über ein eigenes Fernschreibernetz gehen diese Berichte in die Zentralen und von dort wieder an die Abnehmer. So kann über alle Vorkommnisse in kürzester Zeit direkt berichtet werden, ohne daß man von der üblichen Fernschreibvermittlung abhängig wäre. 3)

1) Steinhausen, S. 143/144

2) Steinhausen, S. 146

3) Säger in Pross, S. 108

Die Arbeit eines Nachrichtendienstes ist ein ständiger Kampf mit der Zeit, doch die inzwischen technisch gut ausgebaute Deutsche Presse-Agentur gewinnt diesen Kampf leicht. Selbstverständlich geht dieser Kampf auch rund um die Uhr. Da die rund zweitausend Inlandskorrespondenten auch viele Berichte von nur lokalem Interesse liefern, erscheint auch ein sogenannter Landesdienst, auf das jeweilige Bundesland zugeschnitten. Eine überörtlich interessierende Zusammenfassung geht außerdem an die Hamburger Zentrale. Das dpa-Netz in Deutschland ist praktisch lückenlos, das Welt-Netz ist inzwischen gut ausgebaut und wird wo es notwendig wird ständig erweitert. In totalitären Staaten wird diese Arbeit zwar eingeengt oder gar verhindert, doch haben mit diesem Problem auch die anderen internationalen Agenturen zu kämpfen, so daß die dpa in der Regel nicht benachteiligt ist.

#### Zusammenfassend zur dpa

kann man von einem gelungenen Wurf sprechen. Die dpa hat sich in ihrer Arbeit bewährt und zählt heute zu den wichtigsten Nachrichtenagenturen der Welt. Ihre technische Ausstattung ist modern und verbindet sie mit der ganzen Welt. Die dpa-Position ist im Inland praktisch von keiner Konkurrenz gefährdet und im Ausland gesichert. Somit wären nur noch interne Probleme zu lösen. Ein komplizierter Punkt ist beispielsweise die Auswahl von Nachrichten und Informationen zur Weitergabe. Zwar ist die dpa weltanschaulich unabhängig, doch bleiben ihre Meldungen im In- und Ausland nicht ohne Wirkung auf die politische Meinungsbildung.

Unter diesem Aspekt konnten bei dpa auch politische Auseinandersetzungen nicht ausbleiben. So bekam der Chefredakteur Fritz Sänger, der führendes SPD-Mitglied war, Schwierigkeiten wegen gewissen Äußerungen nach einer Amerikareise. Diese Äußerungen, die in "Die Welt" veröffentlicht wurden und eine politische Aussage darstellten, führten um die Jahreswende 1955/56 zur Forderung nach Ablösung des Chefredakteurs <sup>1)</sup>. Obwohl es in diesem Zusammenhang zu diplomatischen Kontroversen zwischen den USA und der Bundesrepublik kam, blieb letztlich Fritz Sänger noch Chefredakteur, vom Aufsichtsrat allerdings zu politischer Zurückhaltung entsprechend seiner Stellung aufgefordert <sup>2)</sup>.

Dieser Vorfall allein zeigt, daß es für eine so große Agentur mit einer Art "Monopolstellung" gar nicht so einfach ist, die Objektivität für alle zufriedenstellend zu bewahren. Um diese Objektivität jedoch möglichst zu gewährleisten, entscheiden über die Weitergabe einer Meldung in der Regel mehrere Redakteure vom Dienst. Nach Fritz Sänger selbst gibt es außerdem noch drei sogenannte "Kontrollinstanzen", nämlich 1. die Konkurrenz, deren Berichte man als Vergleich nehmen könne, 2. den Redakteur in der jeweiligen Redaktion und schließlich 3. den Leser oder Hörer <sup>3)</sup>. Diese These des ehemaligen dpa-Chefredakteurs ist durchaus nicht von der Hand zu verweisen. Bei einer Agentur kann durch Kündigung des Abonnements seitens des abnehmenden Verlegers durchaus Druck zur Objektivität ausgeübt werden. Anders verhält es sich natürlich in totalitären Staaten, wo ohnehin das jeweilige Politbüro bestimmt, was und wie berichtet wird.

-----  
1) Steinhausen, S. 136 ( Die Welt, Hamburg, Ausgabe vom 9. Dezember 1955 )

2) Steinhausen, S. 140

3) Sänger in Pross, S. 109

Wenn auch die dpa-Zentrale in Hamburg wie jeder Nachrichtendienst bemüht ist, die Meldungen aus dem Ausland möglichst durch eigene Korrespondenten zu bekommen, kann sie doch auf Austauschverträge mit anderen Agenturen nicht verzichten. Die mannigfaltigen Vorteile und die Fülle von Meldungen unter verschiedenen Aspekten könnte sich indessen eine Agentur mit eigenen Mitteln kaum erwerben. So hat auch die Deutsche Presse-Agentur mit großen ausländischen Agenturen Verträge abgeschlossen, die einen gegenseitigen Austausch der Meldungen vorsehen. In der Praxis kann sich dadurch allerdings eine "Art Abstimmung der Berichte" aufeinander ergeben, doch lässt sich dies nicht vermeiden. In der Regel wird jede Agentur bemüht sein, seine Meldung besser, ausführlicher, genauer und damit auch "anders" zu gestalten, so daß sich die Gefahr einer Abstimmung schon aus Konkurrenzgründen verringert. Außerdem handelt es sich hierbei um ein Problem, das mehr in das Gebiet der Pressefreiheit fällt.

Zu ergänzen wäre noch, daß die Deutsche Presse-Agentur nicht nur Textmeldungen liefert, sondern auch die entsprechenden Funkbilder dazu. Durch Funk werden aus aller Welt Pressefotos übermittelt, so daß man in kürzester Zeit irgendwelche Geschehen in der Welt per Bild in der eigenen Zeitung ansehen kann. Als weiteren "Service" kann man den sogenannten "Fernsprechnachrichtendienst der dpa" ( FND ) bezeichnen. Jedermann kann hierbei nach dem Wählen einer bestimmten Telefonnummer die neuesten dpa-Nachrichten hören, die täglich laufend erneuert werden. Auf diese Weise wird die Deutsche Presse-Agentur jedem Anspruch eines großen und modernen Nachrichtendienstes gerecht.

## Andere Nachrichtendienste in Deutschland

Die Deutsche Presse-Agentur ist die einflußreichste in der Bundesrepublik, aber nicht die einzige Agentur. Angesichts der großen Monopolstellung, die von der dpa eingenommen wird, wäre eine völlig fehlende Konkurrenz auch nicht wünschenswert und zweckmäßig.

Begegnet man in der Bundesrepublik bei Zeitungsberichten Bezeichnungen wie etwa "lrp", "lsw" usw., so bedeutet dies Landesdienst Rheinland-Pfalz und Landesdienst Südwest, das "l" bedeutet also in der Regel, daß es sich um den Landesdienst eines Bundeslandes handelt, das von den folgenden Buchstaben näher bezeichnet wird. Die regionalen Büros signieren mit eigenen Zeichen, doch gehören diese Landesdienste zur dpa.

Weiterhin gibt es einen Materialdienst für Redaktionen und Archive, genannt "Hintergrund"; bekannte Persönlichkeiten der verschiedensten Kreise können über den sogen. "Elite-Namensdienst" zu Sachverhalten Stellung nehmen; bestimmte Reportagen werden täglich über einen "Briefdienst" verschickt; der "Informationsdienst" und "dpa-Spezial" ist nicht für die Veröffentlichung vorgesehen, sondern dient in der Regel nur leitenden Redakteuren, bestimmten Personenkreisen und der Bundesregierung zur Information. Alle diese fünf Agenturdienste werden allerdings ebenfalls von dpa herausgebracht <sup>1)</sup>. So steht also hinter einer ganzen Reihe von Informationsdiensten, die nicht mit dpa gekennzeichnet sind, dennoch die Deutsche Presse-Agentur.

Von den ausländischen Agenturen, die in der Bundesrepublik Niederlassungen errichtet haben, sind vor allem Associated Press ( AP ) und United Press International ( UPI ) zu nennen, die in Frankfurt ansässig sind <sup>2)</sup>.

-----

1) Steinhausen, S. 160

2) Sängner in Pross, S. 98

Neben diesen beiden amerikanischen Nachrichtenbüros sind auch noch folgende Länder mit Agenturen in der Bundesrepublik vertreten, bzw. tauschen ihre Dienste nach Vertrag aus mit der dpa: Belgien ( BELGA ), Dänemark ( RB ), "DDR" ( ADN ), Finnland ( FNB ), Formosa ( CNAC ), Frankreich ( AFP ), Großbritannien ( Reuter ), Indien ( IIS ), Italien ( ANSA ), Japan ( KYODO ), Jugoslawien ( TANJUG ), Norwegen ( NTB ), Österreich ( APA ), Pakistan ( PPA ), Portugal ( ANI ), Niederlande ( ANP ), Schweden ( TT ), Spanien ( EFE ), Türkei ( AA ), Tschechoslowakei ( CETEKA ), UdSSR ( TASS ), Ungarn ( MTI ), Vietnam ( AVP ), ferner erscheint für die BRD der AMDIENST ( Amerikadienst ) <sup>1)</sup>. Hier kann jedoch stets im Zusammenhang mit politischen Ereignissen ein Wandel eintreten, so daß die eine Agentur wegfällt oder eine andere dazukommt. Beachtlich ist vor allem das relativ starke Aufgebot aus östlichen Nachbarländern.

Neben diesen Nachrichtenagenturen der verschiedenen Staaten unterhalten noch alle größeren Verbände, politischen Parteien und Vereinigungen, Stiftungen, Gewerkschaften, Firmengruppen, Kommunalbehörden, Regierungsstellen, Universitäten u.a.m. Pressedienste. Diese erscheinen zwar nicht alle täglich, aber doch periodisch. Unter diesen Verbands-Pressediensten sind besonders die "Katholische Nachrichten-Agentur" ( KNA ) und der "Evangelische Presse-Dienst" ( epd ) zu nennen, die von den beiden großen Kirchen herausgegeben werden, überregional arbeiten und echte Agenturen sind.

-----  
1) Nach dpa-Auskunft und Steinhausen, S. 157 sowie Säger in Pross, S. 98/99

Eine Agentur eigener Prägung ist in der Bundesrepublik der "Vereinigte Wirtschafts-Dienst" ( VWD ). Die Gründung eines Nachrichtenbüros mit ausschließlich wirtschaftlichen Arbeitsinteressen ist neu, aber durchaus positiv. Die Wirtschaft bezog früher ihre Informationen aus verschiedenen Quellen, doch staatliche Informationen waren in der Regel von politischen Gesichtspunkten nicht frei, und Meldungen der üblichen Nachrichtenbüros waren wieder nicht ausführlich genug, denn für sie bildeten Wirtschaftsinformationen ja praktisch nur ein "Anhängsel".

Nach dem Kriegsende 1945 war auch die deutsche Wirtschaft weitgehend zerstört und lahmgelegt. In den ersten Nachkriegsjahren hatte man dann alle Hände mit dem Wiederaufbau voll, einen Export gab es zunächst noch nicht, die Entwicklung im Ausland war weitgehend uninteressant. Doch nach Abschaffung der sogenannten Zwangswirtschaft, dem Auf- und Ausbau der deutschen Wirtschaft und dem beginnenden Stabilisierungsprozeß, dachte man auch wieder an Exportindustrie. Jetzt wurde die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland interessant, von der man zunächst noch lernen und mit der man bald Geschäfte machen wollte.

Der steigende Bedarf an Wirtschaftsmeldungen, die ausführlich und speziell genug, aber auch weitgehend objektiv und unabhängig sein sollten, führte schließlich 1949 zur Gründung des Vereinigten Wirtschafts-Dienstes. Mit dieser Gründung sollte mehr als eine bestehende Lücke geschlossen werden. Man wollte sich nicht nur die für den internationalen Wettbewerb notwendigen Informationen beschaffen, sondern direkten Anschluß an die Weltwirtschaft gewinnen. Unter diesem Gesichtspunkt sind auch die Teilhaberbeteiligungen zu betrachten.

Der Vereinigte Wirtschaftsdienst ist eine GmbH., die von drei Teilhabern zu gleichen Teilen getragen wird. So sind beteiligt die deutsche Wirtschaft über ihre Spitzenverbände, die deutsche Presse über die dpa und schließlich Agentur Reuters "Comtel-Büro Ltd." in London<sup>1)</sup> Die VWD-Zentrale hat ihren Sitz in Frankfurt am Main und besitzt wie andere Agenturen Zweigbüros im In- und Ausland, eigene Mitarbeiter und Korrespondenten. Entsprechend den verschiedenen Interessen und Industriezweigen werden auch spezielle Informationsdienste herausgebracht, die den betreffenden Branchen zugehen <sup>2)</sup>.

Die Beteiligung der weltweiten Agentur Reuter ( Comtel-Büro Ltd. ) bot für den Anfang und Aufbau der Wirtschaftsagentur VWD sicherlich unschätzbare Vorteile. Die deutsche Wirtschaft mußte die im Zweiten Weltkrieg erlittenen Verluste möglichst schnell wieder aufzuholen versuchen. Bedenken grundsätzlicher Art sind jedoch nicht von der Hand zu weisen. Nach Gertrud Steinhausen waren diese im VWD wiederholt vorhanden, dennoch konnte man sich zu einem Ausschluß der Agentur Reuter ( Comtel-Büro Ltd. ) nicht entschließen, da die Zusammenarbeit einerseits günstig und gut verlief, andererseits ist auch der Verlust von Vorteilen im Falle eines Ausschlusses kaum so einfach zu ersetzen <sup>3)</sup>.

Grundsätzlich ist hier allerdings zu ergänzen, daß im Hinblick auf die Bestrebungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der geplanten Einigung Europas überhaupt, die Aufkündigung einer Zusammenarbeit europäischer Nachbarn nicht gerade zweckmäßig ist, auch wenn es sich nur um Teilbereiche handelt. Die politische Einigung und die wirtschaftliche Zusammenarbeit hängen eng zusammen.

-----  
1) Steinhausen, S. 181

2) Steinhausen, S. 182

3) Steinhausen, S. 181

### Zusammenfassung

Das Nachrichtenwesen in der Bundesrepublik Deutschland ist heute, fünfundzwanzig Jahre nach dem politischen, militärischen und wirtschaftlichen totalen Zusammenbruch, der auch das gesamte Pressewesen nicht verschonte, wieder aufgebaut und perfekt. Die deutschen Nachrichtenbüros und vor allem das bedeutendste unter ihnen, die Deutsche Presse-Agentur, haben sich in der ganzen Welt wieder Achtung und Geltung verschaffen können. Dieser Aufstieg ist sicherlich bewundernswert, doch er verpflichtet gleichzeitig auch in hohem Maße zu einem ungeheuren Verantwortungsbewußtsein.

Die Nachrichtenagenturen beeinflussen heute mit ihren Meldungen über die Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie anderen Publikationen, die politische Meinungs- und Bewußtseinsbildung nicht nur irgendwelcher Gruppen, sondern die ganzer Völker und Kontinente. Besonders in totalitären Staaten wird immer noch nach der bewährten Methode gearbeitet, "steter Tropfen höhlt den Stein".

An diesem Punkt beginnt für jede Nachrichtenagentur die eigentliche Problematik im Rahmen ihrer Aufgaben. Auch die Deutsche Presse-Agentur bekennt sich wie viele Nachrichtenbüros zur absoluten Unabhängigkeit, dennoch kann sie es nicht vermeiden, daß von ihren Meldungen "innen- und außenpolitische Wirkungen irgendwelcher Art" entstehen. Die gesamte Nachrichtenverbreitung der verschiedenen Informationsquellen für die Bevölkerung basiert praktisch auf den Agenturmeldungen. Dazu kommt noch die "politische Auseinandersetzung wider Willen".

Durch die Folgen des Zweiten Weltkrieges wurde die deutsche Nation geteilt in die Bundesrepublik Deutschland, die sich als "Sprecher aller freien Deutschen" versteht, und in die "DDR" ( Deutsche Demokratische Republik ), entstanden aus der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone. Dieser politischen Teilung steht auch eine "geteilte Presse" gegenüber, die teilweise bereits erläutert wurde 1).

Die "DDR" ist bis heute von der Bundesrepublik Deutschland völkerrechtlich als Staat nicht anerkannt worden, die politischen Schwierigkeiten bestehen auch im Bereiche des Nachrichtenwesens. Das Nachrichtenmonopol in der Sowjetzone bzw. "DDR" liegt dort beim "Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst" ( ADN ) 2). Auch diese Agentur ist, dank offizieller Förderung, gewachsen und hat sich bemüht, ebenfalls ein weltweites Netz zu errichten. Um einen "gesamtdeutschen Eindruck" zu erwecken, verbreitet ADN sowohl Meldungen über die "DDR" als auch die Bundesrepublik 3). Dies führt vor allem bei jungen Staaten in Entwicklungsländern zu Schwierigkeiten, denen die dpa zwangsläufig nicht ausweichen kann. Nach Steinhausen "nimmt hier dpa eine Aufgabe wahr, zu der sie zwar keine Verfassung und kein Gesetz ermächtigt oder verpflichtet, die aber doch seit alters her, besonders in der Blütezeit der Persönlichkeits- und Meinungspresse, als höchster Sinn der Publizistik galt: Im Interesse der Wahrheit und

-----  
1) III. Hauptteil, 2. Kapitel

2) Die Abkürzung "ADN" wird einheitlich, die Ausschreibung verschieden gebraucht: Säger in Pross, S. 105 und a bis z, Nachschlagebuch über den anderen Teil Deutschlands, herausg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 11. Auflage, Bonn 1969, schreiben "Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst"; Steinhausen, S. 151 u.a., schreibt "Allgemeine Deutsche Nachrichtenagentur"; im Fischer Weltalmanach 1969 und 1970 heißt es "Allgemeines Deutsches Nachrichtenbüro" ( S. 207 bzw. 202).

3) Steinhausen, S. 151

des Allgemeinwohls zu wirken, was in diesem Fall heißt: Der gelenkten und verdrehten Nachricht einer totalitären Diktatur die freie, ungelenkte Nachricht, kurz, der Zweckmeldung die Tatsachenmeldung entgegenzusetzen"1).

Mit dieser "Zwangslösung" ist jedoch die Problematik nicht gelöst, denn wie soll beispielsweise in einem anderen Kontinent der Empfänger einer Meldung über Deutschland entscheiden können, welche Information richtig, tendenziös oder gar falsch ist? Eine Entscheidung wird ihm einfach nicht möglich sein und auch im Vergleich mit anderen Agenturberichten - soweit sie zum selben Thema gerade vorhanden sind - werden die letzten Zweifel nicht ausgeräumt werden.

Doch abgesehen von dieser speziellen Situation in Deutschland "dpa contra ADN", liegt die Problematik des Nachrichtenwesens in der Natur der Sache. Nach Dovifat "ist Nachrichtenpolitik die Beeinflussung der Öffentlichkeit durch Verbreitung bestimmter Nachrichtengruppen oder Zurückhaltung anderer Nachrichtengruppen. Schon in der sprachlichen Fassung der Nachricht, in ihrer Auswahl, Reihenfolge und graphischen Wertung schlägt sich die unvermeidliche Subjektivität nieder. Subjektivität ist auch da nicht zu umgehen, wo, getreu dem berühmten englischen Wort *^comments are free, but facts are sacred^*, die ehrliche Absicht besteht, die in den Nachrichten übermittelten Tatsachen *^heilig^* zu halten. Objektivität wäre, streng genommen, nur dann möglich, wenn die Tatsache in Ziffern, Zahlen und Maßen wiedergegeben werden könnte" 2).

-----  
1) Steinhausen, S. 152

2) Dovifat, Allgemeine Publizistik, S. 86

Ein "Normal-Zeitungsleser" und Laie mag über eine solche Definition in Bestürzung geraten, "der Journalist" und Redakteur einer Nachrichtenagentur hat sich längst daran gewöhnen müssen, mit diesem "Zwiespalt" zu leben und zu arbeiten. Aber noch schlimmer als subjektiv verfasste oder weitergegebene Nachrichten und Tendenzmeldungen können sich sogenannte "Nachrichtenschocks" auswirken. Dovifat spricht in diesem Zusammenhang sogar von "publizistischen Atombomben" und meint über den Nachrichtenschock: "So nennen wir die raketen-gleich hochgeschossene Nachricht von einem tatsächlichen oder auch aufgebauchten, erfundenen, vielleicht sogar eigens in Szene gesetzten Ereignis überrumpelnder Wirkung. Der Nachrichtenschock soll Schrecken, Entsetzen, Empörung, Panik oder ( seltener ) Freude und Sympathie auslösen. Er soll die Öffentlichkeit spontan zu ganz bestimmten Reaktionen hinreißen".

Und Dovifat fährt einige Zeilen weiter fort: "Kriege werden meist mit nachrichtenschockartigen Propagandaaktionen eingeleitet. Mit Aufkommen der Atomwaffen und damit der Möglichkeit, weite Gebiete plötzlich zu vernichten, sind bei kommenden internationalen Auseinandersetzungen für die Publizistik des Nachrichtenschocks sehr gefährliche Möglichkeiten gegeben. Vorstellbar werden Panikvorgänge, katastrophale Flucht und Auflösungserscheinungen weltweiten Ausmaßes. Vielleicht werden sie ausgelöst, ohne daß oder ehe noch das furchtbarste aller Kampfmittel überhaupt angewandt wird. Die Bevölkerung davor zu behüten, verlangt publizistische Vorsorge. Sie ist mindestens so wichtig wie der Bau von Schutzräumen zur Erhaltung des physischen Lebens. Es wird publizistische Atombomben geben. Man sollte sich dessen in den freien Demokratien immer bewußt sein,..." 1).

-----

Die Meinungen zu diesen Gedanken und Thesen Emil Dovifat's, dem langjährigen Senior und Professor der deutschen Publizistik nach dem Zweiten Weltkrieg, sind sicher sehr verschieden. Auszuschließen sind solche Möglichkeiten indessen nicht. Bereits in den letzten Kriegsjahren 1942 bis 1945 gab es konkrete Pläne für die "psychologische Kriegsführung" im Zusammenhang mit publizistischen Mitteln<sup>1)</sup> Auch und gerade heute, im Zeitalter der Massenmedien, werden irgendwelche militärische oder politische "Denker" solche oder ähnliche Pläne für irgendeine "Stunde X" in Betracht ziehen. Wenn dann die Ausführung solcher Vorhaben überhaupt verhindert werden kann, dann sicherlich nicht von Genossenschaftsverträgen, Satzungen und Statuten, die solche Situationen auch gar nicht vorsehen, sondern noch am wahrscheinlichsten von verantwortungsbewußten Journalisten in den jeweiligen Nachrichtenagenturen im In- und Ausland.

Dovifat, der diese Probleme offensichtlich sehr ernst betrachtete, zog auch eine gewisse Lehre daraus: "Wer die intensive, oft kraftvoll entschiedene und energisch ausgerichtete Nachrichtengabe vor allem auch durch die neuen publizistischen Mittel in den verschiedenen politischen Systemen vergleicht, der mag kaum mehr an die Möglichkeit einer sachlichen Unterrichtung glauben. Er läßt den resignierten Satz des Epiktet gelten: *^Sunt non res, sed rerum opiniones^*. Die Dinge erscheinen nicht so, wie sie sind, sondern wie sie uns dargestellt werden <sup>2)</sup>.

-----

1) III. Hauptteil, Zusammenbruch und allgemeine Folgen 1945, S. 20 ff.

2) Dovifat, Allgemeine Publizistik, S. 88

In der Tat, jede Nachricht ist grundsätzlich skeptisch zu betrachten, und nur im entsprechenden Vergleich kann ihr Wahrheitsgehalt fragwürdig erscheinen oder auch verdichtet werden. Doch wer wendet schon diese Methode außer dem Fachmann an? Die Masse hat kaum die Mittel eines Vergleichs im absoluten Sinne und ist in der Regel auch gar nicht willens dazu. So bleibt das Problem erhalten und als Weg bietet sich etwa für den Leser einer Zeitung zunächst nur das Vertrauen in die Meldung. Doch diese Erkenntnis verpflichtet alle, nämlich den Sammler, Übermittler und Empfänger einer Meldung.

Diese Verpflichtung gilt vor allem für die großen und "einflußreichen" Agenturen. Den ungeheuren Einfluß eines Nachrichtendienstes kann man auch an einigen Zahlen ermessen. Die Deutsche Presseagentur bestand 1969 zwanzig Jahre und ist heute in rund 80 Ländern durch eigene Büros und Mitarbeiter vertreten, hinzu kommt die Zusammenarbeit mit Agenturen auf der ganzen Welt. Den deutschen Kunden werden täglich ca. 110 000 Wörter übermittelt, den internationalen Empfängern gehen Meldungen in deutscher, französischer, englischer, spanischer, portugiesischer und arabischer Sprache zu. Dies bedeutet für dpa täglich etwa 1 000 Meldungen in sechs Sprachen mit zusätzlichen rund sechzig Bildfunkfotos. Getragen wird dpa derzeit von 208 Gesellschaftern, deutschen Verlegern und Rundfunkanstalten <sup>1)</sup>. Einfluß und Verpflichtung sind für die Deutsche Presse-Agentur folglich beträchtlich.

-----  
1) Zahlenangaben aus: Der Journalist, Jahrgang 19, September 1969, Heft 9, S. 29

Die meinungsbildende Tätigkeit und die daraus resultierende schwere Verantwortung einer Agentur, gehören zum innersten Wesen und damit auch zur Geschichte der Nachrichtendienste. Eine Betrachtung dieser Probleme war deshalb abschließend zu diesem Kapitel zwingend notwendig.

## B. Die Tageszeitungen

Die Zeiten, in denen es lediglich einigen honorigen Personen vorbehalten war, über die politischen Ereignisse zu diskutieren, sind längst schon der Vergangenheit zuzuschreiben. Dies ist nicht zuletzt ein Mitverdienst der Zeitungen des 18. und 19. Jahrhunderts, vor allem der liberalen Blätter. Die Bedeutung und das "Aussehen" der Zeitungen im Laufe der Zeit waren unterschiedlich, ihre Auswirkungen und Erfolge sind jedoch unbestritten. Waren diese durch die Mitwirkung zur Einführung eines allgemeinen Wahlrechts positiv, so gab es auch negative Epochen für die deutschen Zeitungen, wie beispielsweise die Zeit vor und nach der Machtergreifung des NS-Regimes.

Bis in die Ära der Weimarer Republik war Deutschland für die Welt das sogenannte "Zeitungsparadies". Nach Günther Gillessen erschienen damals fast 5 000 Zeitungen im Reichsgebiet, wobei allerdings die kleinste von ihnen nicht einmal eine Auflage von hundert Exemplaren erreichte. In dem Gebiet, das der heutigen Bundesrepublik entspricht, erschienen damals immerhin rund 3 000 Blätter, heute sind es knapp die Hälfte davon 1).

Mit über tausend Zeitungen erscheint die Bundesrepublik immer noch als "Zeitungsparadies" für das Ausland, denn in Frankreich, England und Italien werden vergleichsweise 1965 jeweils nur 100 bis 120 Blätter gezählt 2). Dabei sind jedoch stets jene statistischen Merkmale zu berücksichtigen, die bei den Zählungen jeweils zugrunde gelegt wurden.

-----  
1) Gillessen in Pross, S. 120

2) Gillessen in Pross, S. 120

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch ein weltweiter Vergleich. Nach einer Statistik der Organisation UNESCO ( United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization ) erscheinen zur Zeit auf der Welt rund 30 000 Pressepublikationen mit einer Gesamtauflage von etwa 300 Millionen Exemplaren, von diesen Publikationen sind rund 8 000 Tageszeitungen. Nach diesen Zahlen haben rund zwei Drittel der Weltbevölkerung keine Informationsmöglichkeiten, denn die Verbreitungsstruktur ist stark unterschiedlich. Während beispielsweise in Indien auf 1 000 Einwohner ca. 15 Zeitungen kommen, sind es in Japan 465 Blätter <sup>1)</sup>. Die Bevölkerungszahlen weichen ebenfalls stark voneinander ab, so hat Indien 510 Millionen, Japan hingegen nur 100 Millionen Einwohner um 1969 <sup>2)</sup>.

Bei den Auflagen der Tageszeitungen in Europa kommt die UNESCO für 1967 zu folgendem Ergebnis: Großbritannien und Nordirland 53,1 Mill., Bundesrepublik Deutschland ( 1968 ) 20,6 Mill., Frankreich 11 Mill., Italien 5,3 Mill., Niederlande 3,4 Mill., Belgien 2,5 Mill., Schweiz 2,2 Mill. und Österreich 1,7 Millionen Exemplare <sup>3)</sup>.

Berücksichtigt man diese Untersuchungen von UNESCO, wonach für jeweils hundert Einwohner zehn Exemplare einer Tageszeitung, fünf Radiogeräte und zwei Kinoplätze zu ihrer Information vorhanden sein müssten <sup>4)</sup>, so ist die Bundesrepublik Deutschland eindeutig bei den gut informierten Ländern einzustufen. Dennoch wäre es nicht unbedingt gerechtfertigt, auch heute noch von einem deutschen Zeitungsparadies zu sprechen, denn inzwischen hat sich im Bereich der Zeitungswelt viel gewandelt.

-----

1) Fischers Welt-Almanach 1971, S. 203

2) Harms Statistik, Die Welt in Zahlen 1970, S. 255

3) Fischers Welt-Almanach 1971, S. 203

4) Fischers Welt-Almanach 1968, S. 203

## Die Zeitungssituation in Deutschland

ist schon durch die Zäsur von 1945 und deren Folgen von einer gewissen Einmaligkeit. In der Bundesrepublik erfolgten die bedeutendsten Zeitungsgründungen nach dem Zweiten Weltkrieg durch Lizenzierung der damaligen Besatzungsmächte. Da diese Vorgänge bereits an anderer Stelle behandelt wurden <sup>1)</sup>, geht es hier vor allem um den Zeitraum nach 1949, als die Lizenzierung wieder abgeschafft war. Doch trotz dieser Abschaffung gab es anschließend relativ wenig Neugründungen, zumindest wenig erfolgreiche.

Die bemerkenswerteste Ausnahme war die Gründung der "Bild-Zeitung", die am 24. Juni 1952 erstmals erschien <sup>2)</sup> und die inzwischen bis 1970 eine Druckauflage von 4 281 405 Exemplaren <sup>3)</sup> erreicht hat. Die Bild-Zeitung hat mehrere Stadtausgaben, u. a. in Hamburg und in Berlin, und eine sogenannte Bundesausgabe, und ist nach IVW nur im Einzel- sowie Straßenhandel erhältlich <sup>4)</sup>. Dieser Zeitungstyp und ihr Erfolg sind in Deutschland durchaus als Novum zu betrachten, wobei die Frage der Qualität hier nicht weiter von Bedeutung ist. Massenblätter von diesen Ausmaßen und Maßstäben sind sonst lediglich in London, New York oder Tokio beheimatet, in Deutschland hingegen ist eine Massenzeitung mit einer solchen kometenhaften Entwicklung und ungeheurer hohen Auflage, wie sie die Bild-Zeitung in relativ wenigen Jahren erreichen konnte, ohne jedes Vorbild.

-----  
1) III. Hauptteil, Zusammenbruch und allgemeine Folgen sowie 1. und 2. Kapitel, S. 20 ff.

2) Müller, Hans Dieter, S. 74

3) IVW ( Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. ), Auflagenliste II / 1970, S. 81

4) IVW-Auflagenliste II / 1970, S. 81

Nach Günter Bölddeker kann man bei den Tageszeitungen heute drei Gruppen unterscheiden:

1. überregional und vorwiegend im Abonnement verbreitete Zeitungen,
2. standortgebundene Regional- oder Lokalzeitungen, die ebenfalls vorzugsweise im Abonnement vertrieben werden,
3. überregional oder regional verbreitete Zeitungen, die vorzugsweise im Straßenverkauf angeboten werden. Dabei gilt als Kriterium, daß mindestens 50 Prozent der Exemplare im Einzelverkauf abgesetzt werden" 1).

Es ist hier weder möglich noch zweckmäßig die meisten oder gar alle Zeitungen zu behandeln, es gilt vielmehr die verschiedenen charakteristischen Blätter der Bundesrepublik etwas zu betrachten.

Herauszugreifen wären zunächst Zeitungen, die nicht nur zu den größten, sondern wohl auch zu den besten deutschen Tageszeitungen zählen. Es sind dies die "Welt" in Hamburg, die "Süddeutsche Zeitung" in München und die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" in Frankfurt/Main. Die Süddeutsche Zeitung und Die Welt wurden nach 1945 als regionale Lizenzblätter der amerikanischen bzw. englischen Militärregierung gegründet. Gemeinsam mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Bild-Zeitung zählen sie heute jedoch zu den wenigen Blättern, die über eine das ganze Bundesgebiet umfassende Absatzstruktur verfügen, wenn auch regionale Schwerpunkte dabei vorhanden sind. Eine ähnliche nationale Ausbreitung erreichten bisher das "Handelsblatt" ( Deutsche Wirtschaftszeitung ), das von Montag bis Freitag fünf mal wöchentlich erscheint 2), und der "Industriekurier" ( Unabhängige Zeitung für Politik, Wirtschaft und Technik), der allerdings nur drei mal wöchentlich erschien 3).

1) Bölddeker, S. 84/85

2) IVW-Auflagenliste II / 1970, S. 49

3) IVW-Auflagenliste IV / 1968, S. 49

Der Industriekurier hat inzwischen allerdings sein Erscheinen eingestellt <sup>1)</sup>. Diese Zeitungen ordnete Böddeker seiner ersten Gruppe zu <sup>2)</sup>.

Die weniger großen und mittleren Zeitungen bleiben in ihrer Verbreitung im wesentlichen auf ein gewisses Absatzstammland beschränkt, wenngleich auch sie meist über ein beachtliches Niveau verfügen. Hierzu wären vor allem der "Münchner Merkur" und die "Stuttgarter Zeitung" zu zählen. Diese und ähnliche Blätter könnte man Böddeker's zweiter Gruppe zurechnen. Überhaupt ist die Zeitungsdichte sehr guter Provinzblätter mit relativ beachtlicher Größe in Süddeutschland verhältnismäßig groß, die Gründe hierfür sind sicherlich in der Bevölkerungsstruktur zu suchen.

All diese Zeitungen haben jedoch eine ganze Reihe von Gemeinsamkeiten in der Gestaltung, sie unterteilen sich in Seiten für Politik, Kommentar, Feuilleton, Wirtschaft, Sonderseiten und Sonstiges. Anders verhält es sich jedoch bei den sogenannten "Kaufzeitungen", die vor allem für den Straßenverkauf gedacht sind. Nach Böddeker hat diese seine dritte Gruppe kein so starres Schema wie etwa die üblichen Tageszeitungen. Hier wird vielmehr die interessanteste Nachricht jeweils zur Schlagzeile auf der ersten Seite, gleichgültig ob es sich gerade um Politik, Sport oder ein anderes Gebiet handelt. Die Kommentare klassischer Art fehlen weitgehend, dafür werden mitreißende Berichte durch möglichst vielesensationelle Fotos ergänzt <sup>3)</sup>.

-----  
1) IVW-Auflagenliste II / 1970, S. IV

2) Böddeker, S. 85

3) Böddeker, S. 88

Dieser dritten Gruppe ordnet Böldeker besonders folgende Blätter zu: Bild-Zeitung, Hamburger Morgenpost, Mittag in Düsseldorf, Abendzeitung in München, 8-Uhr-Blatt in Nürnberg, Express in Köln, Abendpost-Nachtausgabe in Frankfurt/Main, Der Abend in Berlin, nacht-depesche in Berlin und BZ-Berlin sowie das 5-Uhr-Blatt in Ludwigshafen, wobei die Auflagen im Herbst 1966 zwischen 17 000 und 337 205 jeweils liegen und allein die Bildzeitung 4 445 685 Exemplare erreicht <sup>1)</sup>.

Die Pressewirklichkeit ist nach einem tiefgreifenden Strukturwandel heute weit von einem Zeitungsparadies in der Bundesrepublik entfernt. Nach einer Statistik von Walter J. Schütz, der eine Strukturuntersuchung vornahm, wurden 1963 die 1 418 deutschen Zeitungen oder Kopfausgaben <sup>2)</sup> von nur 189 politischen Redaktionen hergestellt <sup>3)</sup>. Diese Untersuchung bedeutet, daß sich die restlichen 1 229 Zeitungen praktisch nur noch im Lokalteil voneinander unterscheiden.

Es handelt sich hierbei also entweder um reine Kopf- oder Lokalausgaben von größeren Zeitungskonzernen, die unter Beibehaltung des alten Titels aufgekauft wurden, oder um kleine Heimatzeitungen, die zwar als solche ihr Blatt noch selbst herausgeben, jedoch dieses fertig gedruckt beziehen bzw. die geprägten Matern, um dann lediglich noch ihren selbstgefertigten Lokalteil hinzuzufügen. Das beste Beispiel hierfür liegt

-----

1) Böldeker, S. 89

2) Als Kopfblatt bezeichnet man lokale Ausgaben einer überregionalen Zeitung, die unter verschiedenen Titeln erscheint. In der Regel werden die Kopfblätter zentral gedruckt oder als Matern gefertigt, während der Lokalteil örtlich entsteht, doch sind dies rein technische Probleme.

3) Schütz, in Publizistik, 4 / 1963, S. 364

in Erlangen selbst vor: Hier gibt der Verlag der "Nürnberger Nachrichten" seine Zeitung unter dem aufgekauften Titel "Erlanger Tagblatt" heraus, wobei in Verlag und Redaktion des ehemaligen Erlanger Tagblattes nur noch der Lokalteil hergestellt und hinzugefügt wird.

Diese Tatsachen, die später noch bei den Konzentrationserscheinungen zu behandeln sind, beweisen eindeutig, daß es sich bei rund siebenzig Prozent der deutschen Zeitungen um keine selbständigen Blätter, sondern um sogenannte Attrappen handelt. Doch dieses Bild ändert sich noch mehr, wenn man zur Betrachtung die Statistik der tatsächlich verbreiteten Auflage etwa des 1. Vierteljahres 1963 heranzieht. Dann ergibt sich nämlich, daß von den oben erwähnten 189 selbständigen Haupt-Redaktionen 88, das sind 46,5 Prozent, immerhin 83,8 Prozent der täglichen Gesamtauflage der Presse in der Bundesrepublik redigieren. Der Rest von 16,2 Prozent der Gesamtauflage verteilt sich auf die übrigen 101 Redaktionen der erwähnten 189 Einheiten <sup>1)</sup>.

Unter diesem Gesichtspunkt gibt es in Westdeutschland lediglich 88 verschiedene Zeitungen, so daß ein Vergleich mit den bereits erwähnten europäischen Nachbarländern Frankreich, Italien oder England mit jeweils 100 bis 120 Zeitungen, jetzt in einem ganz anderen Lichte erscheint. Fügt man hinzu, daß durch die Nachrichtenagenturen praktisch eine weitere Meinungsgleichung erfolgt, denn die Zeitungen erhalten von den Agenturen ja die selben Meldungen, so kann man von einem deutschen Zeitungsparadies eigentlich nicht mehr sprechen.

-----  
1) Wegner, Walter, Konzentration im Pressewesen, Sonderdruck in Der Journalist, Nr. 4 / 1966, S. 5  
und Gillessen in Pross, S. 122

Durch eine Auflageneinteilung ergeben sich noch weitere Verschiebungen: 47 dieser 88 Zeitungen fallen unter die Auflagengruppe von 40 000 bis 100 000 Exemplaren, 34 Zeitungen in die Gruppe von 100 000 bis 250 000 Exemplaren und 7 große Zeitungen liegen über der Viertelmillionengrenze <sup>1)</sup>.

Nach 1963 aber wird die allgemeine Situation insgesamt noch ungünstiger. Soweit aus diesem Zeitraum bereits genaue Zählungen vorliegen, gingen die publizistischen Einheiten noch mehr zurück. Betrug die redaktionellen Einheiten 1963 noch 189, so waren es bereits Ende 1964 nur noch 183 und Anfang 1966 sank die Zahl sogar noch weiter auf 178 Einheiten ab <sup>2)</sup>.

Im Vergleich mit den europäischen Nachbarländern ergeben sich auch noch andere bemerkenswerte Unterschiede. So verfügt die Bundesrepublik im Gegensatz zu Frankreich oder England zum Beispiel über keine Hauptstadtresse von Bedeutung, wie sie etwa in Paris und London zu finden ist. Die großen deutschen Zeitungen erscheinen nicht in Bonn, sondern in den Großstadtzentren von Hamburg bis München. Eine ähnliche Situation ist jedoch in der Schweiz gegeben und teilweise in Italien, obwohl auch Rom als ein Pressezentrum betrachtet werden kann.

Das eigentliche Bild der deutschen Tagespresse wird in der Hauptsache von den großen Zeitungen bestimmt, sie haben am meisten Einfluß und Gewicht. Für sie ist jedoch typisch, daß es sich dabei fast ausschließlich um ehemalige Lizenzblätter der Besatzungsmächte handelt.

-----  
1) Gillessen in Pross, S. 122

2) Wegner, S. 5

Offenbar war beim Aufbau der deutschen Presse ihr Vorsprung so groß, daß er von später entstandenen Zeitungen nicht mehr so leicht eingeholt werden konnte. In der Regel sind auch nur wenige Lizenzblätter später wieder eingegangen, wie etwa der "Berliner Tag", der mit dem Berliner "Kurier" fusionierte, oder die "Bremer Nordsee-Zeitung", die sich mit den "Bremer Nachrichten" vereinigte 1).

Von den noch bestehenden ehemaligen Lizenzblättern seien beispielsweise genannt, der "Tagesspiegel" in Berlin, die "Kölnische Rundschau", die "Frankfurter Neue Presse" und "Frankfurter Rundschau", die "Hannoversche Presse", die "Stuttgarter Nachrichten", der "Münchner Merkur" 2) u.a.m.

Bei all diesen Zeitungen handelt es sich im engeren oder weiteren Sinne um Regionalblätter, die nach Gillessen "neue Namen tragen und ohne Geschichte sind" 3). Obwohl die politische Richtung in der Regel zu erkennen ist, bezeichnen sie sich überwiegend als "unabhängig". Damit aber steht die heutige Zeitungsgeschichte vor einem Novum, denn anders als in der Zeit der Weimarer Republik wurden die ausgesprochenen Parteizeitungen stark zurückgedrängt, so daß sie sich praktisch auf Wochenblätter und eigene Parteikorrespondenzen beschränken. Dies ist solange kein unbedingter Verlust, als die sogenannten unabhängigen Blätter mit genügendem Profil erscheinen, was jedoch heute leider nicht immer der Fall ist.

-----

1) Gillessen in Pross, S. 123

2) IVW-Auflagenliste, II / 1970

3) Gillessen in Pross, S. 123

In neuerer Zeit bemühen sich jedoch zuweilen sogenannte Parteizeitungen oder Richtungszeitungen, im oft so profillosen deutschen Blätterwald mit eindeutigen und starkem Profil hervorzupreschen. Hierbei ist vor allem der vom mehrmaligen Bundesminister Dr. Franz-Josef Strauß in München herausgegebene "Bayern-Kurier" zu erwähnen, der gerade in letzter Zeit starke Beachtung findet. Doch handelt es sich dabei um eine Wochenzeitung, die später noch besprochen wird. Grundsätzlich sind solche Tendenzen durchaus zu begrüßen, denn die deutsche Presse kann neuen Elan auf die Dauer nicht entbehren und Versuche dieser Art sind leider nur verhältnismäßig selten vorhanden.

Nach dem Publizisten und Politologen Günther Gillessen "ist das Verschwinden der Partei- oder Konfessionspresse keine deutsche Sonderbewegung, sondern entspricht einer allgemeinen Entwicklung in den hochindustrialisierten Ländern der westlichen Welt. Es bezeichnet einen fortgeschrittenen Zustand der Toleranz zwischen den verschiedenen Klassen oder Gruppen und ist als ein Zeichen gesellschaftlicher Integration und inneren Friedens zu verstehen" 1).

Dagegen ist jedoch anzuführen, daß auch noch andere Gesichtspunkte maßgebend sind. Frankreich ist beispielsweise ebenfalls als ein "hochindustrialisiertes Land der westlichen Welt" zu betrachten, und doch verfügt es über eine viel bewegtere und differenziertere Presse als etwa die Bundesrepublik. Das hängt nicht zuletzt mit der Mentalität eines Volkes und seinen politischen Gegebenheiten zusammen.

-----

1) Gillessen in Pross, S. 124

Auch "Toleranz zwischen den Klassen, gesellschaftliche Integration und innerer Friede" sind nicht die unbedingte Erklärung für eine gegenseitig "abgewogene" Presse, wie sie in der Bundesrepublik weitgehend vorhanden ist. Beim Wegfall einer ausgesprochenen Richtungs-  
presse muß es ja zu einer Situation kommen, die eine überwiegend ausgewogene Meinung in den Zeitungen zur Folge hat, denn falls "innerer Friede" vorhanden ist, dürfte eine allgemeine Zufriedenheit vorausgesetzt werden, was sich wiederum in mangelnder Kritik und beschränkter Meinungsvielfalt auswirken würde.

Eine in sich abgewogene Presse kann indessen auch durch Desinteresse in einer schlecht funktionierenden Demokratie entstehen, etwa durch allgemeine Gleichgültigkeit. Eine Art "gleichgeschalteter Presse", sei es auch auf freiwilliger Basis, deren Differenziertheit kaum noch wahrnehmbar ist, kann keinesfalls begrüßt werden. Eine solche Presse würde auch nicht ohne negativen Einfluß auf Staat und Demokratie bleiben.

Eine indifferente Presse stellt sich jedoch letztlich selbst in Frage, dabei haben die Zeitungen heute ohnehin viele Probleme zu lösen und sind vollauf mit wirtschaftlichen Überlegungen beschäftigt. Die großen Zeitungen, wie zum Beispiel "Die Welt", die "Frankfurter Allgemeine" oder die "Süddeutsche Zeitung", haben wirtschaftlich gesehen eine relativ konstante Entwicklung zu verzeichnen. Anders ist die Situation für die Provinzzeitungen, die mittleren und besonders kleinen Blätter, die heute ständig um ihre Existenz kämpfen müssen, verschiedenen Gefahren ausgesetzt sind und oft genug in diesem Kampf unterliegen.

Gillessen meint: "Dieser Zeitungstyp sieht sich heute einer Reihe von Gefahren gegenüber, die seine wirtschaftliche Stellung wie seinen Rang als publizistisches Mittel in Frage stellen"<sup>1)</sup>. Diese Sicht ist zweifellos richtig, denn es besteht für eine Zeitung immer die Gefahr, daß sie sich durch verschiedene Maßnahmen zwar einen finanziellen Gewinn, gleichzeitig aber auch einen publizistischen Verlust einhandelt. Dies gilt besonders auch für die zahlreichen Fusionen der letzten Jahre, die sich stets auf die Meinungsvielfalt der Presse nachteilig ausgewirkt haben. Daß diese Zusammenschlüsse wirtschaftlich meistens notwendig und unumgänglich waren, ändert daran nichts.

Zunächst sieht Gillessen für die normalen Tageszeitungen eine Gefährdung durch die sogenannte Sensationspresse, die Boulevardblätter, Abend- und Bild-Zeitungen.<sup>2)</sup> Zweifelsohne ist die Aktualität dieser Blätter von einer Normal-Zeitung kaum zu erreichen, womit der kritischste Punkt bereits aufgezeigt ist. Doch muß die Betrachtung dieses Zeitungstyps vorläufig für das folgende Kapitel noch etwas zurückgestellt werden.

Die zweite Gefährdung liegt für Gillessen heute im Inseratengeschäft, da sich die Zeitungen früher im allgemeinen zu zwei Dritteln aus dem Verkauf und zu einem Drittel aus Inseraten finanzierten, während es sich heute fast umgekehrt verhält<sup>3)</sup>. Allerdings gibt es inzwischen Zeitungen, die ihre Einnahmen mit 60 bis 80 Prozent aus ihrem Inseratengeschäft, aber nur noch mit 20 bis 40 Prozent aus dem Verkauf bestreiten. Wenn das Verhältnis auch nicht in jedem Falle acht zu zwei oder sechs zu vier lautet, so ist dennoch die Möglichkeit einer Beeinflussung gegeben. Andererseits gehört heute

-----

1) Gillessen in Pross, S. 125

2) Gillessen in Pross, S. 125/126

3) Gillessen in Pross, S. 127

die Werbung der Industrieunternehmen ganz anders eingeordnet als früher. Die Wirtschaft gibt auf dem Werbesektor immer mehr aus, so daß sich auch die Zeitungen darauf einstellen müssen. Oft ist der Anzeigenteil weit umfangreicher als der Textteil, vor allem in den Wochenendausgaben. Doch gerade in dieser starken Werbung liegt für die Zeitung eine gewisse Chance für ihre Unabhängigkeit, denn eine vielschichtige Anzeigenstruktur verringert die Einflußnahme eines Unternehmers auf den Verleger. Dies gilt zumindest für die mittleren Blätter mit überregionaler Werbung. Es steht jedoch außer Zweifel, daß eine kleine Zeitung von örtlichen Unternehmen abhängiger sein kann.

Auf dem Werbesektor sieht Gillessen eine weitere Gefahr für die Zeitungen, nämlich durch die Werbesendungen der Fernseh- und Rundfunkanstalten <sup>1)</sup>. Hier liegen allerdings ungelöste Probleme vor, doch wie wollte man sie auch lösen? Die Tendenz ist allgemein für die Zeitungen rückläufig, trotz steigender Kosten für die Herstellung und Hauptfinanzierung durch das Inseratengeschäft. Demgegenüber verfügen die Fernseh- und Rundfunkanstalten über relativ sichere und konstante Gebühreneinnahmen plus dem Nebenerwerbszweig der Werbesendungen. Dazu besitzen sie praktisch eine Monopolstellung, wie sie für die Zeitungen undenkbar wäre.

Mit Zahlenspielen sind diese Schwierigkeiten nicht zu beheben, wie es vielfach versucht wird. So sind zwar die faktischen Werbeeinnahmen der Zeitungverlage in den zehn Jahren von 1952 bis 1962 von rund 82 Millionen DM auf über 525 Millionen DM gestiegen, doch gleichzeitig ist der relative Anteil der Anzeigenwerbung bei den Zeitungen mit der Gesamtwerbung der Markenartikelindustrie

-----  
1) Gillessen in Pross, S. 128 ff.

verglichen von 34,3 auf 29,6 Prozent abgesunken <sup>1)</sup>. Besonders krass hat sich das Werbefernsehen auf die Berliner Zeitungen ausgewirkt. Die Berliner Zeitungen haben ohnehin eine besonders schwierige Situation, was hier mit der nahezu einmaligen politischen Lage zusammenhängt. West-Berlin hat eine Fläche von 479,95 qkm und eine Einwohnerzahl von 2 134 256 ( Stand vom 31. Dezember 1969 )<sup>2)</sup>.

Die Fläche von West-Berlin ist unveränderlich, denn die ehemalige Reichshauptstadt liegt abseits der Bundesrepublik, zu der sie politisch und wirtschaftlich gehört, ähnlich einer Insel im Bereiche der Sowjetzone bzw. "DDR". Vom Um- und Hinterland völlig abgeschnitten, fehlt den Zeitungen jede Verbreitungsmöglichkeit über das Gebiet der West-Sektoren hinaus. Auch die Bevölkerungszahl bleibt relativ konstant, da wegen dieser Lage viele Menschen von West-Berlin in die Bundesrepublik abwandern. Hierbei handelt es sich vor allem um jüngere Menschen, so daß in West-Berlin außerdem noch eine ständige Überalterung zu verzeichnen ist.

Eine Versendung Berliner Zeitungen in die Bundesrepublik ist zeitraubend und per Flugzeug auch viel zu teuer. So können die Auflagen dieser Blätter praktisch nicht gesteigert werden, was für die Verlage wirtschaftliche Folgen zeitigt. Die großen deutschen Zeitungen mit überregionalem Charakter werden alle in der Bundesrepublik, nicht aber in West-Berlin gedruckt. Dennoch hat

-----  
1) Sell, F. W. von, S. 455 ff.

2) Fischers Welt-Almanach 1971, S. 62

die frühere Reichshauptstadt die höchste Zeitungsleserdichte in der Bundesrepublik um 1967 erreicht <sup>1)</sup>. Hauptursache hierfür dürfte die allgemeine isolierte Lage der Stadt und die ständige politische Spannung sein, wodurch das Interesse für Informationen sehr gestärkt wird. Doch diese Leserdichte ändert die allgemeine Zeitungsentwicklung in Berlin nicht im geringsten.

Diese Situation macht sich natürlich auch auf dem Werbesektor der Stadt bemerkbar. Unternehmen, die ihren Absatzmarkt in der Bundesrepublik haben, inserieren selbstverständlich auch dort. Manche westdeutsche Großzeitung verzichtet in ihrer Berliner Ausgabe zu Gunsten der dortigen Blätter auf lokale Anzeigen, ohne damit allerdings die großen Verluste örtlich ausgleichen zu können.

In dieser angespannten wirtschaftlichen Situation begann 1960 der Sender Freies Berlin mit der Ausstrahlung von Werbesendungen und wurde zum größten Werbeträger der Stadt <sup>2)</sup>. 1966 standen bereits den in West-Berlin täglich verkauften 900 000 Zeitungen <sup>3)</sup> schon 600 000 betriebene Fernsehgeräte gegenüber <sup>4)</sup>. Durch die Werbeübernahme im Sender Freies Berlin erlitten die örtlichen Zeitungen schwere wirtschaftliche Verluste, in deren Folge der bereits vorher erwähnte "Kurier" <sup>5)</sup> am 31. Dezember 1966 nach 21 Jahren zum letzten Mal erschien <sup>6)</sup>.

-----

1) Böddeker, S. 71

2) Böddeker, S. 73

3) Böddeker, S. 70

4) Böddeker, S. 74

5) III. Hauptteil, 3. Kapitel, B. Die Tageszeitungen, S. 89

6) Böddeker, S. 70

Das Problem "Werbesendungen und Zeitungsinseratengeschäfte" ist durch die extreme Lage in West-Berlin besonders kritisch, aber letztlich auch beispielhaft für die Situation in der gesamten Bundesrepublik. Der Deutsche Bundestag bzw. ein Bundestagsausschuß beschäftigte sich bereits mehrere Jahre mit dieser Frage, ohne jedoch bisher eine Patentlösung zu finden. Vor allem aber sollte man zu verhindern versuchen, daß die Zeitungen in der freien Werbung unterliegen und dadurch noch mehr zu Fusionen gezwungen werden. Die deutsche Presse würde durch weitere und besonders durch größere Konzentrationen eine fast unerträgliche Einengung erfahren. Die Probleme der Pressekonzentration werden später noch in einem eigenen Abschnitt entsprechend behandelt<sup>1)</sup>.

Eine andere Gefährdung droht den Zeitungen durch die schnellere Informationsmöglichkeit des Fernsehens und des Rundfunks gegenüber den Tageszeitungen normaler Prägung. Gillessen stellt diesem Nachteil jedoch auch einen Vorteil gegenüber, denn nach seiner Meinung "sind die Zeitungen gewöhnlich in der zweiten Runde der Berichterstattung in der Lage, Rundfunk und Fernsehen zu überholen, indem sie dem Leser etwas später meistens ausführlicher berichten, als es dem Rundfunk in der fünf oder zehn Minuten seiner Nachrichtensendung möglich ist"<sup>2)</sup>.

In diesem Kampf mit der Zeit und Aktualität kann die Presse sich nur durch objektive, ausführliche und gute Information behaupten, da sie ja gleichzeitig nicht

-----  
1) III. Hauptteil, 4. Die Konzentrationserscheinungen in der deutschen Presse, S. 167 ff.

2) Gillessen in Pross, S. 131

die Ereignisse übermitteln kann, sondern in der Regel erst vierundzwanzig Stunden später. Günstiger ist die Situation dagegen bei den sogenannten Kaufzeitungen, den Abendzeitungen usw., doch wird diese Gattung von Zeitungen später noch betrachtet werden.

Für die Tageszeitungen ist es auch von Nutzen, daß heute das Bedürfnis am schriftlichen Bericht noch relativ groß ist. Auch sind beim Rundfunk und mehr noch beim Fernsehen die Sendezeiten zu beachten, während das Lesen der Zeitung individuell gestaltet werden kann. Besondere Vorteile bieten sich für die Tagesblätter aber in der regionalen Berichterstattung, auf diesem Sektor sind sie absolut konkurrenzfähig. Rundfunk und Fernsehen müssen sich, von speziellen Regionalsendungen abgesehen, zwangsläufig mehr auf die großen und weltweiten Ereignisse beschränken.

Die Prognose für die Lokalpresse scheint vergleichsweise positiv zu sein. Eine diesbezügliche Prognose stellte auch der Zukunftsforscher Dr. Robert Jungk in einem Vortrag bei einem Zukunfts-Hearing am 28. Oktober 1970 in Frankfurt/Main nach einer Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft von achtzig regionalen Abonnementszeitungen. Jungk "erwartet zunehmendes Interesse des Menschen für die Zeitung bis 1985, und ganz besonders die Lokalzeitung wird wachsende Bedeutung bekommen - damit man weiß, was eigentlich vorgeht"<sup>1)</sup>.

In diesem Zusammenhang sind auch noch einige einzelne Äußerungen hier interessant, die Jungk in diesem Vortrag ausführte: "Die wachsende Mündigkeit des Menschen

-----  
1) In "Der Journalist", Nr. 12, Dezember 1970, S. 15

ist trotz vielen Rückständigkeiten und vielen Rückfällen im langsamen aber sicheren Vormarsch. In der künftigen Freizeitgesellschaft werden Leser-Redaktionen, Leser-Parlamente, auf die Gestaltung ihrer Blätter Einfluß nehmen wollen. Dieser Druck von unten kann - meiner Ansicht nach - auch auf die interne Verfassung der Zeitungsunternehmen nicht ohne Einfluß bleiben. Die Mitbestimmung der Leser wird in der Mitbestimmung der Redakteure ihre logische Fortsetzung finden. Wenn die Zeitungsmacher aufhören, ihre Leser zu unterschätzen, wenn sie wirklich ^Organe der Öffentlichkeit^ werden, müssen sie um ihre Zukunft nicht fürchten<sup>1)</sup>.

Ob beispielsweise "eine Mitbestimmung der Leser" sowie "Leser-Redaktionen" und "Leser-Parlamente" überhaupt wünschenswert, notwendig und generell zu verwirklichen sind, oder ob sie die bisherigen Probleme lösen helfen, vielleicht aber auch sogar noch beträchtlich vergrößern, ist eine Frage der Zukunft, die hier nicht zu behandeln ist.

Realer und themabezogener sind hier Ausführungen, die Dietrich Oppenberg als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft in seiner einleitenden Rede zu jenem Hearing unterbreitete. Oppenberg sagte u.a., "er rechne für 1985 mit etwa 75 großen Zeitungen und doppelt so viel lokalgebundenen Blättern mit einer Gesamtauflage von etwa 40 Mio. Exemplaren, die in der Hauptsache in zwei Formaten (hamburger und rheinisches) erscheinen würden. In ihnen würden die Leser ihre Meinung in stark

-----

1) In "Der Journalist", Nr. 12, Dezember 1970, S. 15

ausgedehnten Leserbriefspalten auf elektronischem Wege unterbringen. Das Fernsehen werde seine Rolle ^als flüchtige Schnellinformation und Unterhaltung^ spielen und etwa das Telegramm sein, in dem es heißt ^Brief folgt^ - nämlich mit der einprägsameren Darstellung der Zeitung".....„Den Fachleuten der Werbung stellte Oppenberg die Prognose, "daß bis 1985 im Kampf um die Gunst des Endverbrauchers auch die Zeitungsanzeige eine Renaissance erlebt hat. Sie sieht zwar anders aus als die Anzeige der siebziger Jahre, aber sie ist Anzeige geblieben. Sie enthält mehr Tatsachen, sie informiert besser und überzeugt stärker, als sie zu überreden versucht". Daß "die Werbeagenturen und Markenartikelhersteller zur Insertion in den Tageszeitungen zurückfinden", hatte Oppenberg schon in seinem spekulativen ^Rückblick^ für die 70er Jahre prognostiziert"<sup>1)</sup>.

Die Chancen der Tageszeitungen wären also nach Oppenberg in der Zukunft zumindest nicht schlechter als in den letzten Jahren. Aber wenn die Tageszeitungen auf die Dauer überleben sollen, müssen ihre Chancen noch beträchtlich ansteigen.

-----  
1) In "Der Journalist", Nr. 12, Dezember 1970, S. 15/16

### Zusammenfassend

kann zur Geschichte der deutschen Tageszeitungen festgestellt werden, daß sie in den fünfundzwanzig Jahren seit Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 eine stürmische Zeitepoche durchlebt haben.

Am Anfang war das absolute Nichts. Die Zeitungsdruckereien waren 1945 meist ausgebombt, zumindest die der großen Blätter in den Städten, die restlichen wurden zunächst geschlossen und beschlagnahmt. Die Druckereien lagen still, die meisten Journalisten waren in Kriegsgefangenschaft oder in alle Winde verstreut. Als erstes wurden dann Verordnungen und Mitteilungen der Besatzungstruppen auf Flugblättern und als Notzeitungen gedruckt.

Der nächste Schritt waren dann die Armeezeitungen, denen schließlich die von den Besatzungsmächten lizenzierten ersten deutschen Zeitungen folgten. Nach dem Wegfall der Lizenzierung standen den deutschen Zeitungen dann ab 1949 zwar wieder alle Wege offen, doch die vorher erfolgte Währungsreform und die allgemeinen schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, der Papier- und Personal-mangel erschwerten den Aufbau der Verlagshäuser beträchtlich.

Erst in den fünfziger Jahren begann eine allmähliche Konsolidierung der deutschen Presse. Doch war man in den Anfängen international weitgehend isoliert, so setzten jetzt die Kontakte mit dem Ausland wieder ein und entwickelten sich sehr schnell. Urpötzlich fand man sich mit der modernen Weltpresse konfrontiert, die, von keinen vergleichbaren Unterbrechungen und Verlusten verschont, inzwischen einen enormen Vorsprung errungen hatte. Diesen galt es einzuholen, um gleichziehen zu können, damit der Anschluß an die Welt wieder intakt war.

In den sechziger Jahren begann sich schließlich die Technik rasend schnell zu entwickeln, was bisher bewährt war, wurde heute unmodern und morgen unbrauchbar. Die hochtechnisierten und modernen Lichtsetzmaschinen kündigten eine Revolution in der Zeitungsherstellung an. Gleichzeitig kam die Konkurrenz durch den gleichfalls wiedererstandenen Rundfunk, und das Fernsehen setzte dazu völlig neue Akzente.

Immer mehr kleine Zeitungen und selbst mittlere Blätter konnten wirtschaftlich nicht mehr mithalten und mußten sich verkaufen oder zusammenschließen. Die Geschichte der deutschen Tageszeitungen durchlief in den wenigen Jahren von 1945 bis 1970 eine relativ kurze Zeitspanne, die jedoch mit Chaos und Flugblatt begann und in der Direktübertragung der Landung amerikanischer Raumschiffe auf dem Mond über Rundfunk und Fernsehen endete.

In diesen 25 Jahren ist durch die hochentwickelte Technik mehr geschehen, als vorher in Jahrhunderten. Für die Tageszeitungen war es nicht einfach, hier immer Schritt zu halten. Für die Herausgabe einer Zeitung sind heute nicht mehr politische, ideologische oder publizistische Überlegungen vorherrschend, sondern wirtschaftliche Gesichtspunkte bestimmend. Die wirtschaftliche Seite ist für das Leben oder Sterben einer Tageszeitung entscheidend geworden. Im Zeitalter der Werbung steht und fällt deshalb ein Zeitungsunternehmen mit der Entwicklung seines Inseratengeschäftes.

Die kaum zu überbietende Konkurrenz durch das Fernsehen und den Rundfunk zwang die Zeitungen zu ent-

sprechenden Überlegungen. Doch Fusionen waren und sind nicht der einzige Ausweg. Die Technik zwingt auch hier zu Vereinfachungen durch Normung, die Zeitungs-Norm-formate setzen sich durch.

So konnte der Bundesverband Druck e. V. Anfang Januar 1971 folgendes mitteilen: "Ab 1971 werden 125 Zeitungs-betriebe in der Bundesrepublik mit einer Tagesauflage von mehr als zehn Millionen Stück im Anzeigenteil einheitliche Spaltenbreiten und Zwischenlängen haben. Das sind 54,1 Prozent der vom Arbeitskreis ^Angleichung der Zeitungsformate^ erfaßten Rotationsauflagen. Durch eine solche Normung wollen die beteiligten Zeitungen der werbetreibenden Wirtschaft die Einschaltung von überregionalen Anzeigen erleichtern.

Mit diesem zum Jahresende 1970 gegebenen Zwischenbericht des Arbeitskreises, bei dem der Fachverband Zeitungs-druck des Bundesverbandes Druck federführend zeichnet, ist nach nur zweijähriger Tätigkeit eine ganz entscheidende Etappe erreicht worden. Zu den rund 5,2 Millionen Tagesauflage, die schon immer mit der jetzt festgelegten Normabmessung erschienen sind, haben weitere etwa 5,2 Millionen Auflage bis Ende 1970 auf diese Normen umgestellt. Weitere 5 Millionen haben eine Umstellung vorgesehen. Ziel des Arbeitskreises.....ist es, die großen Schwierigkeiten der Werbeagenturen zu beseitigen, die bei der Belegung zahlreicher auch mittlerer und kleinerer Zeitungen durch die unterschiedlichen Zeitungs-formate, die Vielfalt von Anzeigenspaltenbreiten, Spaltenzahl, Zwischenlängen und Satzspiegelbreiten bisher entstanden sind" 1).

-----  
1) Bundesverband Druck e. V., Presseinformation Nr. 1/71, Wiesbaden, 5. Januar 1971

Diesem Arbeitskreis gehören der Bundesverband Druck, die Fachgemeinschaft Druck- und Papiermaschinen VDMA, der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger, die Deutsche Presse-Agentur, die Regionalpresse e.V., die Standortpresse GmbH., der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger e.V. und der Zentralausschuß der Werbewirtschaft e.V. an <sup>1)</sup>.

Dieser Erfolg des Arbeitskreises beweist, daß die Tageszeitungen durchaus noch Möglichkeiten besitzen, allein durch die Beseitigung technischer Schwierigkeiten ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Es ist geradezu unverständlich, daß es so lange dauert, bis zumindest eine gewisse technische Kooperation durchgeführt werden kann. Der Arbeitskreis hat nach längerer Prüfung den Verlegern schließlich drei Normformate empfohlen, nämlich das Berliner Format mit 6 Spalten, das Rheinische Format mit 7 Spalten und das Nordische Format mit 8 Spalten <sup>2)</sup>. Bei einer umfassenden Zusammenarbeit aller am Arbeitskreis beteiligten Organisationen, kann eine wesentliche technische und auch wirtschaftliche Verbesserung für die Zeitungsverlage nicht ausbleiben.

Kooperation scheint überhaupt die nahezu einzige Möglichkeit für die Tageszeitungen zu sein, wenn sie im Kampf mit dem Fernsehen und dem Rundfunk bestehen und überleben wollen. Dies wird vor allem notwendig sein, wenn weitere technische Errungenschaften auf die Zeitungen zukommen.

-----

1) und 2) Bundesverband Druck e.V., Presseinformation Nr. 1/71, Wiesbaden, 5. Januar 1971

( Beim Berliner Format sind die Seiten 315 x 470 mm, beim Rheinischen Format 360 x 530 mm und beim Nordischen Format 400 x 570 mm groß. Die Spaltenbreite ist jeweils 45 mm oder 10 Cicero breit, der Zwischenschlag einheitlich 1,5 mm oder 4 Punkt. )

Neben allen technischen und wirtschaftlichen Überlegungen, mögen sie heute im industriellen Zeitalter noch so wesentlich sein, darf jedoch bei den Tageszeitungen die publizistische Seite gerade in der modernen Zeit nicht zurückgestellt werden. Immer noch ist letztlich die Qualität einer Tageszeitung ausschlaggebend für ihren Kauf. Und besonders hier hat der Käufer einer Zeitung die Möglichkeit, sie zu fördern oder gegebenenfalls auch zu boykottieren. Berücksichtigt man hierbei jedoch die weitverbreitete Sensationsgier der Leser, oder auch den großen Finanzierungsanteil durch das Inseratengeschäft, so sind bereits wieder Abstriche zu tätigen. Die strafrechtlichen Maßnahmen auf dem Sektor der Sensationspresse sind leider meist sehr gering, eine Änderung würde jedoch wieder zu Konflikten mit der im Grundgesetz garantierten Pressefreiheit führen.<sup>1)</sup>

Die Geschichte der deutschen Nachkriegszeitungen ist ein Novum in der Pressegeschichte und voller Probleme, eine Reihe davon wird in einem anderen Zusammenhang in nachfolgenden Kapiteln noch behandelt.

-----

1) Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, Artikel 5, Absatz 1 und Artikel 18

### C. Die Boulevardblätter und Illustrierten

Der eingetretene Wandel in der deutschen Nachkriegs-  
presse hat sich auch in den Bereichen der Boulevard-  
blätter und Illustrierten niedergeschlagen. Doch die  
manchmal so gefürchteten Boulevardblätter der zwan-  
ziger Jahre sind verschwunden, zusammen mit der alten  
deutschen Zeitungsmetropole Berlin, die heute geteilt  
ist und ihre ehemalige Hauptstadtfunktion verloren hat.  
Soweit die frühere Boulevardpresse überhaupt Nachfol-  
ger von Bedeutung hat, ist inzwischen ihre allgemeine  
Stellung nicht unerheblich verschoben worden. Ein  
sogenanntes "Revolverblatt" von heute ist nicht mehr  
in der Lage, breite Volksschichten und den Bundestag  
zu schrecken, oder gar eine Regierung zu stürzen. Der  
zeitweilige Unmut linksgerichteter Studentenkreise  
gegen den Bild-Zeitung-Verleger Axel Springer ist bis  
jetzt lediglich als Randerscheinung zu werten.

Die klassische Boulevardpresse von früher gibt es also  
nicht mehr. Karl Pawek, Verleger und Schöpfer der  
Weltausstellung der Photographie, erklärt dies so: "Was  
der Boulevardpresse in Deutschland den Boden entzogen  
hat, war aber nicht allein der Verlust der deutschen  
Metropole, sondern auch die gesellschaftliche Verän-  
derung innerhalb der letzten Jahrzehnte überhaupt. Es  
genügt nicht mehr, daß Nachrichten, journalistische  
Meinungen die Passanten einer City erreichen, die  
Massengesellschaft als solche muß mit ihnen konfron-  
tiert werden, wenn sie gesellschaftlich existent

werden sollen. Die Basis der journalistischen Wirkung in der Gesellschaft ist daher heute nicht mehr der Boulevard, sondern die Überregionalität. Alles muß auf alle bezogen sein und an alle herangebracht werden. Das ist es, was Axel Springer bei der Gründung seines Straßenblattes rechtzeitig erkannt hat.

Die Überregionalität aber stellt das Straßenblatt unter völlig neue Bedingungen. Ein solches Blatt hat mit einem anderen Publikum zu rechnen als die Boulevardzeitung, nicht mehr in erster Linie mit jenem, das spät abends durch die City flaniert, nicht mehr mit den Boulevardbummlern, die skeptisch sind und gleichzeitig Sinn für journalistisches Feuerwerk haben. Das überregionale Straßenblatt ist ein Konsumartikel für Durchschnittsbürger, die am Morgen aus ihrer meist kleinbürgerlichen Häuslichkeit heraustreten und sich auf dem Weg zu ihren Verkehrsmitteln mit einer Nachrichtenkonserve versorgen. Vom Milieu der Boulevards liegt dabei nichts in der Luft<sup>1)</sup>.

Nach Dovifat<sup>2)</sup> ist die rentabelste Zeitung das Blatt, das den Leser schon auf der Straße anspricht, die sogenannte ^Kaufzeitung^, das "Boulevardblatt", das er so umschreibt: "In den Anfängen meist nur sensationell und zunächst ohne festen politischen Duktus haben sich diese Blätter in Anpassung an ihre Massenleserschaft gewissen volkstümlichen Forderungen in radikalen Ausdrucksformen angenommen und sich dabei Auge und Ohr der Massenleserschaft gesichert. In jedem Fall sind sie massenwirksam, daher meist oft linksgerichtet ( Daily Mirror 5 Mill., Paris Soir 1,3 Mill. ), aber auch

-----  
1) Pawek in Pross, S. 140/141

rechts ( wie einst die Boulevardtypen Hugenbergs ) oder - seltener - in einer extrem sensationell ausgestatteten Mitte ( Bildzeitung - Bundesrepublik Deutschland ). Ihr publizistischer Einfluß tritt schon wegen der Mindereinschätzung des Typs zur Zeit gegenüber anderen Blättern noch zurück. Sie erreichen jedoch die höchsten Auflagen. Das Boulevardblatt bildet Tag für Tag aus Wiederholung, geschmacklicher und gefühlsmäßiger Gewichtsverteilung der redaktionellen Stoffe in die Urteilsneigung des Lesers hinein eine Grundstimmung. Es beeinflusst politische Haltungen und kann es in Krisenfällen angesichts der Höchstauf-  
lage zu entscheidendem Einfluß bringen <sup>1)</sup>. Auch die totalitäre Staatsführung läßt sich die politische Wirkungsstärke dieses Typs nicht entgehen. Ostberlin, die Sowjetunion und die Staaten des Warschauer Paktes haben Straßenverkaufsblätter ins Leben gerufen, deren laute Sensationen freilich immer im Kommunismus aus-  
laufen" <sup>2)</sup>.

Günter Böddeker spricht von Kaufzeitungen und meint: "Eine von Vorurteilen und Emotionen unbeeinflusste Definition der Kaufzeitung zu finden, ist schwer. In der Literatur über die deutsche Presse wird die Kaufzeitung mit Namen belegt, aus denen das Bemühen der Verfasser deutlich wird, sich bereits bei der Definition zu distanzieren. Weder die gängige Bezeichnung ^Sex and Crime^-Presse noch etwa die Behauptung, die Kaufzeitungen legten ^die Reizschwelle besonders hoch^,

-----  
1) Dovivat erwähnt hierzu in einer Fußnote die Unruhestiftung kommunistischer und nationalistischer Boulevardblätter in Berlin 1930/31 im Zusammenhang mit Ereignissen der Weltwirtschaftskrise.

2) Dovifat, Allgemeine Publizistik, S. 285

reichen aus, das Phänomen Kaufzeitung zu erfassen" <sup>1)</sup>. Neben dem Vertriebsmerkmal "mehr als 50 Prozent der Auflage im Einzelverkauf", sieht Böddeker das Hauptmerkmal der Kaufzeitung auch darin, daß sie vom üblichen Schema im Aufbau einer normalen Tageszeitung abweicht und in der täglichen Gestaltung völlig frei ist, wie dies bereits vorher erwähnt wurde <sup>2)</sup>.

In der Tat ist es heute schwierig, die modernen Kaufzeitungen völlig einzuordnen. Die lokale Boulevardzeitung von einst ist durch überregionale Massenblätter mit teilweise weltweitem Inhalt ersetzt worden. Geht man jedoch generell von einem Massenblatt aus, das überwiegend nur im Straßenverkauf erworben wird, so kann man die Bezeichnung "Boulevard" durchaus gelten lassen; zumindest teilweise. Es ist deshalb zweckmäßig den Begriff "Boulevardzeitung" unter verändertem Aspekt zunächst weiter zu verwenden, statt diese Gattung durch eine andere Bezeichnung noch mehr zu verunsichern, abgesehen von dem Titel "Kaufzeitung".

Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß die Tageszeitungen Gefahr laufen, von der Boulevardpresse unterhöhlt und teilweise sogar an die Wand gedrückt zu werden. So hat sich von 1956 bis 1962 die Gesamtauflage der Tageszeitungen um rund drei Millionen erhöht, doch entfallen davon zwei Millionen Exemplare auf die Straßenverkaufszeitungen, vor allem auf die Bildzeitung <sup>3)</sup>.

-----

1) Böddeker, S. 88

2) III. Hauptteil, 3. Kapitel, B. Die Tageszeitungen, S. 85

3) Gillessen in Pross, S. 126

## Die Bild-Zeitung

War 1953 der Anteil der zehn größten Boulevardblätter an der Gesamtauflage der Presse in der Bundesrepublik nur mit einem Sechstel beteiligt, so erhöhte er sich bis 1960 immerhin bis auf ein Drittel <sup>1)</sup>. Die Zahlen weisen eine steigende Tendenz für die Boulevardblätter auf, allerdings zu Lasten der Tageszeitungen. Den mit Abstand höchsten Erfolgsanteil hat jedoch die Bild-Zeitung zu verzeichnen, er erreichte einsame Größe.

Es ist nicht ganz einfach, die Bild-Zeitung völlig einzuordnen in die Hierarchie der Pressepublikationen. Einerseits hat die Bild-Zeitung zumindest teilweise die Funktion einer Tageszeitung übernommen, andererseits entspricht sie methodisch mehr den Praktiken eines Boulevardblattes. Unbestritten ist jedoch, daß es sich um ein echtes Straßenverkaufsblatt handelt.

Selten ist in der Nachkriegszeit über ein deutsches Blatt so viel gesprochen, geschrieben, diskutiert und kritisiert worden als über die Bild-Zeitung. Erich Kuby meint: "Verzicht der Zeitung auf die Sprache als Mittel der Mitteilung, der weitergehende Verzicht des Lesers auf Anwendung des Verstandes als Mittel, die Mitteilung zu verstehen, haben dem Notbehelf BILD ( zu dem nicht nur BILD greift ) zu seiner beherrschenden Stellung in unserer Zeit verholfen" <sup>2)</sup>.

-----  
1) Gillessen in Pross, S. 126

2) Kuby Erich, Das ist des Deutschen Vaterland, 70 Millionen in zwei Wartesälen, Stuttgart 1957, S. 254 ff.

Vor allem ihrer politischen Tendenz wegen wurde die Bild-Zeitung Axel Springers in den vergangenen Jahren oft heftig von linksgerichteten Studentenkreisen angegriffen und in "CDU-Nähe" gerückt. Das führte sogar soweit, daß u.a. in Berlin Verlagsgebäude des Springer-Konzerns gestürmt und beschädigt wurden, während man gleichzeitig auch Verlags-LKWs bedrängte, um eine Auslieferung der Zeitung zu verhindern. Durch entsprechende Polizeiaufgebote konnte die Ruhe schließlich wieder hergestellt werden ( Vorfälle von 1968 und 1969 ). Dieses Verhalten der "Linken" ist um so merkwürdiger, als durch Strukturanalysen festgestellt werden konnte, daß in ausgesprochenen SPD-Wahlkreisen direkte BILD-Leserhochburgen vorhanden sind, während in CDU-CSU-Wählergegenden, besonders bei stark konfessioneller Bindung, die Dichte der Bild-Zeitung relativ gering ist. Eine Aufschlüsselung der Wahlkreise nach BILD-Dichte hat dies bestätigt <sup>1)</sup>.

Hans Dieter Müller kommt deshalb zu dem Ergebnis:  
"Die klare Überrepräsentation der SPD wählenden Schichten in der Leserschaft des Blattes erlaubt jedoch den Schluß, daß seine aktuelle politische Wirkung überschätzt wird. Sie bestätigt, was Politologen längst vermutet haben: daß die Zubereitung politischer Informationen zum Konsumartikel durch Personifizierung und Pointe um jeden Preis die Politik notwendig entpolitisieren muß, daß die ^Schlagzeile mit dem Holzhammer^, das Furcht und Abscheu erregende

-----  
1) Müller, Hans Dieter, S. 119  
( s. a. Erhard Blankenburg, Kirchliche Bindung und Wahlverhalten. Die sozialen Faktoren bei der Wahlentscheidung, Olten/Freiburg 1967 )

Hauptzergernis, gleichzeitig auch schon wieder die Wirkung totschrägt, die sie eben erzeugt hat. Nach den Gesetzen der Reklame im Wettbewerb mit den anderen Informations- und Unterhaltungsangeboten der pluralistischen Gesellschaft ^verkauft^, sich täglich selber überschreiend, hinterläßt die BILD-Story - ähnlich wie die SPIEGEL-Story im Bewußtsein des Konsumenten kaum eine andere Spur als das Bedürfnis nach neuem Konsum"1).

Vergleicht man all diese Aussagen, so scheint die Bild-Zeitung ein Blatt voller Widersprüche zu sein, in seiner Gesamtheit schwer einschätzbar, vollends undurchschaubar was das etwaige Verhalten in Krisenzeiten betrifft. Hierzu äußert sich Hans Dieter Müller so: "In der Überflußgesellschaft des permanenten Überangebots wird man darum die direkten politischen Gefahren des Massenblattes, das einem einzigen gehört, nicht zu hoch veranschlagen dürfen. Offen bleibt jedoch, wie sich die verdeckte autoritäre Fixierung im vopolitischen Raum auf das Verhalten der Massen auswirken wird, wenn Krisen zur Radikalisierung drängen und nach einem neuen Messias schreien lassen. Denn die Leserschaft der Bild-Zeitung bleibt Masse im spezifischen Sinne, so gern das Blatt auch vom ^Volk^ spricht"2).

Solche Äußerungen sind indessen sehr spekulativer Natur, denn eine eventuelle Verhaltensweise der Bild-Zeitung während einer allgemeinen Krise zu einem Zeitpunkt, der noch in der Zukunft liegt, ist weder festzulegen noch heute beweisbar.

-----

1) Müller, Hans Dieter, S. 120

2) Müller, Hans Dieter, S. 120

Interessanter ist hier eine "Qualitative Analyse der Bild-Zeitung" von 1965/66. In dem 215 Seiten starken Expertenband mit dem Untertitel ^Versuch einer Bestandsaufnahme eines publizistischen Phänomens^, der für den internen Hausgebrauch bestimmt ist, sieht Müller festgestellt: "Daß sich im Verhältnis zwischen der Bildzeitung und ihrer Leserschaft unter der Hand autoritäre Strukturen herausgebildet haben". Er fährt dann fort,....."die Image-Tester hätten einen starken Instanzencharakter des Blattes festgestellt, es verkörpere für viele vor allen Dingen ^Macht und Autorität^. Das Verlangen der Bildleser nach einer geordneten, durchschaubaren und begreifbaren Welt ^beinhaltet auch Angst vor dieser ohne Hilfe zumeist nicht verstehbaren Welt. Diese Ängste fängt Bild auf: in der Funktion von Bild als ordnende und richtende Instanz. Dank ihrer Autorität nimmt die Zeitung dem Leser das Ordnen, Sich-tun und Bewerten der Ereignisse, welche die gegenwärtige Welt repräsentieren, ab. Es verschaffe ^die beruhigende Gewißheit, daß man dieser Welt doch begegnen und sie fassen könne^"1).

Diesem Ruf nach Macht und Autorität stimmte wohl auch die Masse der Bürger zu, als es um 1968/69 zu lauter Unruhen in der Bundesrepublik kam, die von den sogenannten "APO- und SDS-Kreisen" verursacht wurden. Die Bild-Zeitung stand damals auf der Seite "Ruhe und Ordnung" und vertrat damit eindeutig die Meinung der Masse, also auch ihrer Leser. Damit hat jedoch die

-----  
1) Müller, Hans Dieter, S. 120/121  
( Am Befragungsergebnis haben die Institute Contest, Divo und Infratest mitgewirkt )

Bild-Zeitung nur das geschrieben, was ihre Leser letztlich lesen "wollten". Die "Demonstrierenden" hingegen griffen die Bild-Zeitung heftigst mit dem Vorwurf an, sie verursache und züchte gewissermaßen erst den Ruf nach Macht und Autorität und trage so zu einer Art "Volksverhetzung" bei. Der Begriff "Faschismus" wurde oft in zahlreichen Variationen hinzugefügt, mit der Titulierung "Kommunist" ist vielfach zurückgeschossen worden. Dabei stand und steht außer Zweifel, daß die weitaus größte Masse der Bevölkerung in der Tat Ruhe und Ordnung wollte. Allein die politischen Wahlen sind ein ausreichender Beweis dafür.

Es ist unvermeidbar, daß ein Massenblatt von der Größe der Bild-Zeitung stets von den verschiedensten politischen und unpolitischen Kreisen, Gruppen und Personen mit Argwohn betrachtet wird. Die BZ hatte im 2. Quartal 1970 immerhin eine Gesamtdruckauflage von 4 281 405 Exemplaren, davon Stadtausgaben: BILD-HAMBURG 545 155, BILD-BERLIN 130 455 und BILD-MÜNCHEN 152 970 Exemplare. Die illustrierte Sonntagszeitung "Bild am Sonntag" erreichte im gleichen Quartal eine Druckauflage von insgesamt 2 605 438 Exemplaren<sup>1)</sup>.

Verleger Axel Springer hat sicherlich den Zug zum überregionalen Straßenblatt frühzeitig und richtig erkannt. Seine Bild-Zeitung hat einen guten Nachrichtendienst, besitzt einen ausgezeichneten Vertriebsapparat, ist sehr billig und informiert in wenigen Minuten über die wichtigsten Ereignisse. Dies sind zweifelsohne mit die Geheimnisse ihrer Milionenauf-  
lage Tag für Tag. Über die "Art der Information" kann

-----  
1) IVW-Auflagenliste II/1970, S. 81

man zwar geteilter Meinung sein, doch dieses Phänomen war schon immer ein Charakteristikum der Straßen- und Massen-Zeitungen - und wird es auch bleiben.

Axel Springer, Herausgeber der Bild-Zeitung, ist jedoch nicht nur erfolgreich mit seinem Massenblatt, er ist auch sehr modern eingestellt und allen technischen Neuerungen gegenüber sehr aufgeschlossen. Er gilt ferner als ein außergewöhnlich sozial eingestellter Konzern-Boß, der verlegerischen Mut und journalistische Standhaftigkeit besitzt. Diese Fakten und das persönliche Image, das Axel Springer mit auf die Waagschale werfen kann, sind sicherlich auch mit im Geheimnis des Millionen-erfolges der Bild-Zeitung zu begründen. Er gleicht keiner "grauen Eminenz", sondern ist durch sein persönliches und starkes Engagement in der Bundesrepublik eine weit-hin bekannte Persönlichkeit, die allgemeines Vertrauen erworben hat und besitzt.

Gerade dieses Vertrauen, das vielfach mit Einfluß gleich-gesetzt wird, macht Axel Springer und sein Massenblatt so oft zur Zielscheibe heftigster Angriffe. Nicht nur die Bild-Zeitung selbst und der gesamte Konzern, sondern auch die Person Axel Springer ist deshalb für viele Per-sonen und Gruppen Anstoß allen Ärgernisses. Wäre der Bild-Zeitungs-Boß während der innenpolitischen Unruhen um 1968/69 auf der Seite der damaligen Links-Demonstran-ten gestanden, so wären diese wahrscheinlich für ihn und seine Zeitung auf die Barrikaden gestiegen. Doch Springer und BILD setzten sich für die Bürger, für Ruhe und Ordnung, für die Bundesrepublik und ihr Grundgesetz ein, und wurden prompt als allgemeiner Gegner und Buh-mann schlechthin angegriffen. Auch diese Personifi-zierung von Zeitung und Herausgeber ist ein Novum in diesem Ausmaße nach 1945 und hat in der deutschen Presse-geschichte - von Hugenberg u.a. abgesehen - relativ wenig Vorbilder.

Das Massenblatt Bild-Zeitung ist umstritten und wird es wie jede Massenzeitung auch weiterhin bleiben. Doch umstritten bedeutet nicht nur Ablehnung, sondern auch Zustimmung. BILD einfach als eine Zeitung für "Dumme" zu klassifizieren löst indessen das Problem schon gar nicht.

Hermann Meyn kommt bei einer Betrachtung der Massenmedien in der Bundesrepublik über die Bildzeitung u.a. zu folgendem Ergebnis: "Von den 14,5 Millionen Einwohnern der Bundesrepublik ( = 34 % der Gesamtbevölkerung über 14 Jahre ), die 1965 die Bild-Zeitung regelmäßig oder häufig lasen, sind

- 10 % Inhaber und Leiter von Unternehmen, Angehörige freier Berufe oder selbständige Gewerbetreibende,
- 4 % leitende Beamte und Angestellte,
- 23 % sonstige Beamte und Angestellte,
- 34 % Facharbeiter,
- 23 % sonstige Arbeiter und
- 3 % Angehörige landwirtschaftlicher Berufe.

Diese Verteilung auf die Berufsgruppen deckt sich in etwa mit dem Anteil dieser Gruppen an der Gesamtbevölkerung. Wie aus einer Repräsentativ-Erhebung des Infratest-Instituts in München weiter hervorgeht, ist die häufig aufgestellte Behauptung, BILD bleibe ausschließlich der Lektüre der <sup>^</sup>Dummen<sup>^</sup> vorbehalten, nicht aufrechtzuerhalten: immerhin hatten 13 % der Leser die höhere Schule oder mehrere Jahre einer Fachschule besucht, 2 % gaben nach der Frage nach der Schulbildung Abitur, Hochschule oder Universität an. Die Bild-Zeitung wird von 68 % ihrer regelmäßigen oder häufigen Leser zu Hause (!), von 6 % in Verkehrsmitteln, von 26 % an der Arbeitsstelle gelesen<sup>1)</sup>.

-----  
1) Meyn, Hermann, S. 45

Diese Zahlen und vor allem die dargelegte Leserstruktur beweisen nachdrücklich, daß die Käufer der Bild-Zeitung in allen Schichten zu suchen sind und eine Festlegung auf einen ganz bestimmten Gesellschaftsteil schlechthin nicht möglich ist. Besonders interessant ist jedoch ohne Zweifel die Feststellung, daß 68 Prozent, das sind über zwei Drittel, der ständigen Leser BILD zu Hause lesen. Dies spricht eindeutig dafür, daß die Leser dem Blatt einen gewissen Wert beimesen.

Nach Meyn "dominieren bei BILD statt des Textes Bilder, Schlagzeilen, farbige Unterstreichungen und Umrangungen. Die bei dieser Zeitung übliche Zusammenfassung komplizierter politischer Sachverhalte zu Losungen und Schlagworten kann beim Leser fälschlicherweise den Eindruck hervorrufen, er sei informiert - nach Infratest glauben zum Beispiel 91 % der BILD-Leser, sie würden durch die Zeitung "kurz und bündig über alles, was passiert", unterrichtet -, andererseits erhalten wahrscheinlich auf diese, wenn auch sehr unzulängliche Weise, zahlreiche Staatsbürger überhaupt Kenntnis von politischen Ereignissen, von denen sie sonst vielleicht gar nichts erfahren würden"<sup>1)</sup>.

Man könnte die Stellungnahmen zur Bild-Zeitung noch mannigfach beliebig erweitern, ohne deshalb jedoch zu einer Entscheidung im Sinne von "Für oder Wider" zu kommen. Wenn es aber - wie Meyn vermutet - richtig wäre, daß "zahlreiche Staatsbürger überhaupt Kenntnis

-----  
1) Meyn, S. 45/46

von politischen Ereignissen erhalten, von denen sie sonst vielleicht gar nichts erfahren würden", dann müßte man der Bild-Zeitung zubilligen, daß sie ihre journalistische Informationspflicht in hohem Maße zu erfüllen sucht, wie es die ureigenste Aufgabe der Presse verlangt. Die Millionenaufgabe des Massenblattes bringt allerdings erhöhte Verantwortung für den Herausgeber und die mitarbeitenden Journalisten mit sich.

In der Bundesrepublik gibt es neben der Bild-Zeitung noch zehn Straßen- oder Kaufzeitungen. Wenn auch BILD die marktbeherrschende Stellung weitaus behauptet, ist doch eine Aufschlüsselung nach Marktanteilen interessant. So ergeben sich folgende Vergleichszahlen:

|                                                     | Auflage<br>3. Quartal 1966 | Marktanteil<br>in % |
|-----------------------------------------------------|----------------------------|---------------------|
| Bild-Zeitung                                        | 4 445 685                  | 72,8                |
| Hamburger Morgenpost                                | 337 205                    | 5,5                 |
| BZ, Berlin                                          | 325 218                    | 5,3                 |
| Mittag, Düsseldorf                                  | 280 126                    | 4,6                 |
| Abendzeitung, München, mit<br>8-Uhr-Blatt, Nürnberg | 227 541                    | 3,8                 |
| Express, Köln                                       | 196 466                    | 3,2                 |
| Abendpost-Nachtausgabe,<br>Frankfurt/Main           | 149 522                    | 2,5                 |
| Der Abend, Berlin                                   | 64 411                     | 1,1                 |
| nacht-depesche, Berlin                              | 49 252                     | 0,8                 |
| 5-Uhr-Blatt, Ludwigshafen +                         | 17 482                     | 0,3                 |
|                                                     | 6 092 938                  | 99,9 x) 1)          |

Von den zwanzig Millionen Zeitungen, die täglich in der Bundesrepublik von den Rotationsmaschinen gedruckt werden, entfielen also bereits 1966 rund ein Drittel auf die Straßenverkaufszeitungen, die Boulevardpresse, womit sie sich einen beachtlichen Platz in der Geschichte der deutschen Nachkriegspresse errungen haben.

1) Nach Böddeker, S. 89

x) Differenzen zu 100 entstehen durch Auf- und Abrundungen.

## Die Illustrierten

Als eine weitere Neuheit in der deutschen Nachkriegs-  
presse ist der Illustriertentyp von heute zu bezeichnen.  
Pauschal kann man hierbei zunächst feststellen, daß die  
großen alten Illustrierten stofflich seriöser waren, die  
der Nachkriegszeit hingegen umstrittener geworden sind.  
Hier hat sich offensichtlich ein Charakteristikum der  
Boulevardpresse und der Skandalblätter übertragen, näm-  
lich der Hang zur Sensation auf allen Gebieten. Eine Mel-  
dung mit entsprechendem Bildbericht muß in erster Linie  
sensationell sein, die Richtigkeit dieser Meldung aber  
stellt sich oft erst hinterher heraus oder muß zuweilen  
gar durch ein gerichtliches Urteil entschieden werden.  
In diesem Zusammenhang ist beispielsweise an die vorzei-  
tigen Veröffentlichungen von Texten des sogenannten  
"Moskauer Vertrages" zwischen der Bundesregierung und  
der Kremlführung zu erinnern. Illustrierte und Kauf-  
zeitungen brachten die sensationellen Nachrichten über  
die "Geheimverhandlungen" dank ausgezeichneten Quellen  
zu einem Zeitpunkt an die Öffentlichkeit, als die Bun-  
desregierung über diese Angelegenheit noch schweigen  
wollte. Es war lange Zeit unklar, ob die Nachrichten  
über den Geheimtext und die Verhandlungen in der publi-  
zierten Form den Tatsachen entsprachen oder nicht<sup>1)</sup>. Doch  
handelte es sich bei diesen Vorfällen im Grunde um  
die Lebensinteressen der deutschen Öffentlichkeit,  
so daß man gewissermaßen diese Veröffentlichungen  
als journalistische Pflicht betrachten muß. Es spielt  
hierbei auch keine nennenswerte Rolle, ob die vorzei-  
tigen Veröffentlichungen der einen politischen Gruppe  
oder Partei geschadet oder eventuell einer anderen ge-  
nutzt haben, denn die Publizierung von Ereignissen,  
die Millionen von Menschen in einem so starken Maße an-  
-----

1) Vorzeitige Veröffentlichung in den Springer-Zeitungen  
WELT, BILD, BERLINER MORGENPOST und HAMBURGER ABENDBLATT.  
"Springer aktuell", Sonderdruck vom 17. August 1970.

gehen, ist - auch wenn Regierung und Parteien schweigen - eine publizistische Notwendigkeit. Daß solche Veröffentlichungen möglich sind, auch auf diese Art und Weise, ist der Vorzug einer demokratischen Presse in einem demokratischen Lande.

So kann man im vorliegenden Falle praktisch von einer Sensationsmeldung mit positiver Prägung sprechen, der man jedoch die Nachrichtenmitteilung negativer Art entgegenstellen muß. Hierzu sind beispielsweise die Verunglimpfungen von führenden Politikern oder Persönlichkeiten zu nennen, die auf verdrehten Tatsachen, Halbwahrheiten oder gezielten Falschmeldungen beruhen oder aufbauen. Negativ sind solche "Sensationsmeldungen" vor allem deshalb, weil die damit angerichteten Schäden nie wieder voll beseitigt werden können. Selbst wenn die Gerichte mehrerer Instanzen nach meist längerer Zeit die betreffenden Publikationsorgane verurteilen und eine Zurücknahme der falschen Behauptungen erwirken, bleiben bei der betroffenen Persönlichkeit meist Auswirkungen negativer Art mehr oder weniger vorhanden. Außerdem ist in der Regel von der Verunglimpfung bis zur Rehabilitation durch taktische Prozeßverschleppung eine Zeitspanne vergangen, in welcher meist das Interesse der Öffentlichkeit am jeweiligen Fall bedeutend geschwunden ist. Veröffentlichungen dieser Art sind folglich nicht publizistische Notwendigkeit, sondern journalistische Niedertracht, deren Ahndung nicht schwer genug sein kann.

So hat die Illustrierte von heute ein weites Arbeitsfeld, denn durch geschickt arrangierte Bildberichte kann man einen negativen oder auch positiven Eindruck über eine Sache oder Person erwecken, ohne dies unbedingt mit einem Text so klar ausdrücken zu müssen, daß er Angriffsfläche für eine gerichtliche Klage bietet.

Das Arbeitsfeld der Illustrierten umfasst heute Politik, Wirtschaft, aktuelle Berichte aus fast allen Krisengebieten der Welt, Tragödien und familiäre Skandale aller Art, Sexualaufklärung, drastische Bildberichte aus allen Bereichen, die obligatorischen Fortsetzungsromane, Berichte über Rauschgifte und Rauschgiftsüchtige u.v.a.m.

Nach Karl Pawek "gibt es wenig, was die deutsche Kulturkritik so abgewertet hat wie das Phänomen der deutschen Illustrierten. Sie macht damit aus ihnen einen ^Sonderfall^, denn bestimmte ausländische Illustrierte wie ^Life^ und ^Paris Match^ nimmt sie aus ihrem negativen Illustriertenbegriff aus. Aber sind die deutschen Illustrierten, die seit 1945 entstanden sind, im Guten oder im Bösen wirklich ein Sonderfall? Auf diese Frage gibt es vorerst nur eine Antwort: Die Illustrierten besitzen in Deutschland eine gesellschaftliche Aktualität wie kaum in einem anderen Land"<sup>1)</sup>.

Dovifat unterscheidet bei den Zeitschriften zwei Komplexe, einmal die "Gruppe mit umgrenzten Aufgaben" die auch den Leserkreis bestimmt, hierzu zählen z. B. alle Fachzeitschriften, zum anderen aber "die zweite Gruppe, die gesonderte, weil zugkräftige Darbietungsform verzichtet auf Spezialgebiete, dafür erreicht sie höchste Auflagen. Sie rangiert in die Massenpublizistik"<sup>2)</sup>. Dieser zweiten Gruppe rechnet er die Illustrierten zu.

Es handelt sich also bei den Illustrierten in der Bundesrepublik heute, wie bei den Boulevardblättern und Straßenverkaufszeitungen, ebenfalls um Massenpublikationen, deren Umstrittenheit außer Zweifel steht.

-----

1) Pawek in Pross, S. 142

2) Dovifat, Allgemeine Publizistik, S. 274 ff.

Die modernen Illustrierten sind wie die Tageszeitungen Neugründungen der Nachkriegszeit, ihre Aufbauarbeit ist deshalb den Leistungen der Tagespresse durchaus ähnlich. Auch hier mußte eine Neuschöpfung den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozessen und Gegebenheiten angepasst werden, ohne auf vorhandene Muster und Beispiele zurückgreifen zu können, wie es bei der Tagespresse teilweise noch der Fall war.

Die "Neue Illustrierte" und die "Revue" sind Gründungen aus dem Jahre 1946, "Quick" und "Stern" entstanden dagegen erst 1948. Die spätere "Bunte Illustrierte" fusionierte sich aus der "Münchener Illustrierten" ( gegründet 1960 ) und der "**Frankfurter Illustrierten**" (1963 ). Sie alle lagen - soweit vorhanden - 1954 mit ihrer Auflage zwischen 500 000 und knapp 700 000 Exemplaren, doch bereits 1964 bewegten sich die Auflagen zwischen 1 und 1,6 Millionen Exemplaren<sup>1)</sup>.

Die Auflagen der großen Illustrierten entwickelten sich weiter und verteilen sich heute wie folgt:

|                    |             |                     |
|--------------------|-------------|---------------------|
| Bunte Illustrierte | (Offenburg) | 2 018 731 Exemplare |
| Neue Revue         | (Hamburg)   | 2 047 384           |
| Quick              | (München)   | 1 692 332           |
| Stern              | (Hamburg)   | <u>+ 1 992 899</u>  |
| II. Quartal 1970   |             | 7 751 346           |

Für Stern ist noch eine zusätzliche Druckauflage der österreichischen Ausgabe zu vermerken, nämlich Stern - Wiener Illustrierte 125 308 Exemplare<sup>2)</sup>.

-----  
1) Pawek in Pross, S. 152

2) IVW-Auflagenliste II / 1970

Die Wachstumsrate der großen deutschen Illustrierten scheint positiv auf, wie aber verhält es sich mit dem Inhalt und Einfluß, werden "diese" Informationen gewünscht?

Für Karl Pawek "steht es außer Frage, daß die moderne Massengesellschaft nicht ohne die modernen Kommunikationsmittel existieren kann. Aber auch der Mensch selbst müßte erfrieren, wenn er nicht täglich von den Kommunikationsmitteln angeheizt würde. Diese Kommunikationsmittel haben alle nur eine einzige Ausrichtung: sie zielen auf den einzelnen in der Masse, auf alle einzelnen persönlich, auf Lieschen Müller persönlich. Noch nie hat sich ein Apparat in diesem Ausmaß um den psychischen Service für irgendeinen ^Gott-König^ so bemüht, wie es heute die Männer und Frauen in unseren Pressehäusern, in den Funk- und Fernsehanstalten und in den Filmateliers tun"<sup>1)</sup>.

Man kann folglich zweifelsfrei von einem ständigen Bemühen der Illustrierten um die "Gunst der Massen" sprechen, was auf die Dauer nicht ohne Wirkung bleiben kann. Dies geschieht mit einem technischen Aufwand und solch perfekter Raffinesse, wie es vorher in der deutschen Zeitungsgeschichte nie erreicht wurde. Die psychologische Auswirkung auf den Leser, besonders auf den jugendlichen Leser, zeigt von den Tageszeitungen herunter zu den Illustrierten ein bedenkliches Gefälle. Diese modernen Kommunikationsmittel werfen deshalb Probleme auf, die Erzieher, Theologen, Behörden, Politiker und zahlreiche Ausschüsse langjährig beschäftigen.

-----  
1) Pawek in Pross, S. 143

Dieses Novum ist bemerkenswert für die Nachkriegsgeschichte der deutschen Illustrierten, während beispielsweise das Eindringen in die Intimsphäre des Menschen bei den Amerikanern längst zur Gewohnheit geworden ist. Man hat in diesem Zusammenhang immer wieder von einer wirtschaftspolitischen Manipulation der Nachfrage gesprochen, die sich gerissene Verlagsbosse ausrechnen. Doch kann man auf die Dauer mit Erfolg sicherlich nichts erzeugen, was gleichzeitig nicht auch "gefragt" ist. Man muß deshalb wohl gerechterweise auch von einem Wandel in der "Gesellschaftsbildung" sprechen. Die modernen Illustrierten haben sich diesem Wandel angepasst, ihre Millionenauflagen aber stellen das Ergebnis dar.

Zu diesem Komplex gehört zweifelsohne auch die Frage nach dem Niveau der deutschen Illustrierten, deren mangelnde Qualitäten oft angegriffen werden. Hier wäre die Antwort auf die Frage interessant, ob die Deutschen überhaupt Publikationsprodukte wie etwa "Life" oder "Paris Match" wollen?

Karl Pawek stellt dazu fest: "Tatsächlich schlagen die ausländischen Illustrierten häufig Wege eines gehobenen Niveaus ein, auf dem man die deutschen Illustrierten nicht immer finden kann. Es sind die Wege des gestalterischen Niveaus und der Populärwissenschaft. Das gestalterische Niveau scheint, zumindest auf den ersten Blick, kein Grundsatzproblem zu sein, sondern eher eine Personalfrage, die die Deutschen lösen müssen"<sup>1)</sup>.

-----  
1) Pawek in Pross, S. 154

Hier muß man widersprechen, denn die Personalfrage hat sicherlich nur in den ersten Nachkriegsjahren bestanden, kaum aber Mitte der sechziger Jahre<sup>1)</sup> oder gar heute. Bliebe das Grundsatzproblem, das jedoch nur mit der "Nachfrage" zusammen gelöst werden kann. Ein Verlag ist heute in erster Linie auch ein wirtschaftliches Unternehmen, und bei den Verlegern und Herausgebern handelt es sich normalerweise um Menschen, die ökonomisch zu denken verstehen. Es ist also anzunehmen, daß die "Nachfrage" auch das Niveau zumindest "mit"-regelt.

Auch das Gebiet der Photographie ist hier kurz zu beleuchten. Bilder können nämlich brutaler, gefährlicher und verhängnisvoller sein, als die Texte zum selben Thema, wie viele Psychologen zu Recht behaupten. Die hochentwickelte photographische Technik hat den Wissenschaften heute viele Möglichkeiten erschlossen, aber in den Dunkelkammern der Illustrierten wird sie vielfach mißbraucht. Die "Meister des Retuschierens" gehen für jede Ausgabe mit ausgesuchter Perfektion ans Werk.

Zum "Selbstverständnis" der Illustrierten meinen Ralf Zoll und Eike Hennig: "Von den Zeitschriften erreichen nach den Programmzeitschriften die ^aktuellen^ Illustrierten die meisten Menschen in der BRD ( 40,7 % der Männer und 38,4 % der Frauen ). Ihr Selbstverständnis ist anspruchsvoll . ^Die informierende Funktion soll von der Orientierung und Aufklärung über die öffentliche Meinungsbildung bis zur Kritik und Kontrolle von Persönlichkeiten, Institutionen und Normen reichen. Nicht minder anspruchsvoll ist die

-----

1) Anmerkung: Dieser Beitrag Pawek's in Pross erschienen 1965

Funktion <sup>^</sup>Praktische Hilfe<sup>^</sup> konzipiert; diese will nicht allein alltagspraktische Lebensberatung sein, sondern auch als Aktion verstanden werden, durch die die Illustrierten unmittelbaren und handfesten Einfluß auf gesellschaftliche Zustände und Vorgänge nehmen. Ebenso erhält die unterhaltende Aufgabe von Quick, Revue und Stern Akzente, die ihre Ansiedlung ... auf gleichem Niveau mit anderen Funktionen ermöglicht<sup>1)</sup>.

Dieses "Selbstverständnis" entspricht einem Niveau, das die deutschen Illustrierten heute nicht immer oder nur mangelhaft erreichen. Die "Kritik und Kontrolle" von Persönlichkeiten hat nicht immer etwas mit "Aufklärung" zu tun, wie sich bereits anfangs gezeigt hat<sup>2)</sup>.

In diesem Zusammenhang wäre auch der anwachsende politische Anteil in den Illustrierten kurz zu betrachten. Hermann Meyn stellt dazu fest: "Obgleich sich die Illustrierten in den letzten Jahren zum Teil stärker politischen Themen zugewandt haben - 1961 entfielen zum Beispiel auf das Stoffgebiet "Politik" beim "Stern" 16,3, bei der "Quick" 8,4 und bei der "Revue" 11,5 Prozent des redaktionellen Teils ( Ergebnis der Untersuchung eines gesamten Jahrgangs ) - und obgleich politische Star-Journalisten wie William S. Schlamme, Thilo Koch, Mathias Walden und Sebastian Haffner als Kolumnisten sowie Bundesminister und Parteivorsitzende als Mitarbeiter verpflichtet wurden, entspricht das Wort von der <sup>^</sup>Politisierung<sup>^</sup> der Illustrierten mehr einem Wunsch als der Wirklichkeit. Die politischen Informationen der Illustrierten bleiben überwiegend sehr vordergründig, unvollständig und zusammenhanglos<sup>3)</sup>.

-----  
1) Zoll-Hennig, S. 205

2) III. Hauptteil, 3. Kapitel, C. Boulevardblätter und Illustrierte, S. 118/119

3) Meyn, S. 50

Meyn fährt dann fort - und diese Folgerung ist interessant: "Es wird vermutet, daß eine Illustrierte, die der eben geäußerten Kritik weitgehend Rechnung tragen wollte, unter den heute gültigen wirtschaftlichen Voraussetzungen binnen kürzester Zeit ihren Betrieb liquidieren müßte. Daher verdient Anerkennung, daß jetzt zuweilen die eine oder andere Illustrierte zum Meinungsforum für unbequeme Mahner wird, und daß in der Vergangenheit hin und wieder informative Beiträge über politische und soziale Fragen veröffentlicht wurden"<sup>1)</sup>.

In der Tat, diese letztgenannten Beiträge sind durchaus zu begrüßen. Hier haben die Illustrierten einen Weg gefunden, durch einen führenden Politiker eine politische Aussage zu veröffentlichen, ohne daß sie sich selbst mit der jeweiligen Meinung jenes "Sprechers" identifizieren müssen. Einem Regierungsmitglied folgt ein Oppositionsvertreter oder umgekehrt. Mag hier teilweise auch eine gewisse Taktik mit im Spiele sein, entscheidend ist jedoch der Erfolg und die Tatsache, daß politische Neutralität einer demokratisch-journalistischen Pflicht entspricht.

Bemerkenswert ist hier auch der Anteil politischer Themenbereiche drei Jahre nach dem Ergebnis von Meyn 1961. Für 1964 betrugen die Beitragssummen-Prozente in den politischen Beiträgen beim "Stern" 20,2, bei "Quick" 15,4 und bei "Revue" 13,3 Prozent, die Zahl der Beiträge war jeweils 2 318, 1 565 und 1 378. <sup>2)</sup> Bei gleicher Berechnungsgrundlage würde dies einen laufenden Anstieg der politischen Beiträge bedeuten.

-----  
1) Meyn, S. 50

2) Zoll-Hennig, S. 210

Doch neben all diesen Problemen ist auch noch der rein wirtschaftlichen Seite der Illustrierten eine kurze Betrachtung zu widmen. Der technische Aufwand für die modernen Illustrierten, die kostspieligen Mehrfarbendrucke, die ganze Perfektion der aktuellen Bildberichte, lassen sich auch hier aus dem Verkauf alleine nicht decken. Selbst bei Millionenauflagen bedarf es hier der Werbeseiten der Großindustrie. Wie die Tageszeitungen können auch die Illustrierten auf ein größeres Inseratengeschäft nicht verzichten. Sie können eine Meldung nicht einfach von einer Nachrichtenagentur übernehmen, denn diese ist praktisch nur Anregung für ein Ereignis von hoher Bedeutung. Die Illustrierte muß ohne Rücksicht auf die Kosten eigene Teams von Reportern und Photographen in jeden Winkel der Erde senden. Man benötigt hier für die Veröffentlichung Berichte und Bilder, die über eine reine Tatsachenteilung weit hinausgehen. Dieses Material zu beschaffen und herzustellen kostet große Summen, die nur aus einem umfangreichen und einträchtigen Inseratengeschäft vereinnahmt werden können. Auch bei einer Illustrierten geht es also um die Frage der "Rentabilität".

Bei Abwägung aller Aspekte ist zumindest ein Teil der Vorwürfe, die gegen die Illustrierten heute erhoben werden, gerechtfertigt. Die obligatorische Entschuldigung mit dem so "schlechten Volksgeschmack" bleibt so lange unbefriedigend, als keine gegenteiligen Versuche von Verlegerseite oder anderorts unternommen werden, sei es auch nur im Testfall.

So ist mit dem neuen Illustrierten-Typ der Nachkriegszeit ein Presse-Stil entstanden, der einer gewissen Fragwürdigkeit leider nicht entbehrt.

Zum Schutze jugendlicher Leser ist von der Regierung 1954 eine "Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften" errichtet worden. Diese Bundesoberbehörde ist dem Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit nachgeordnet, arbeitet jedoch selbständig. In ihr sind 36 fachkundige Personen ehrenamtlich tätig, die jeweils auf Vorschlag von verschiedenen Verbänden und Religionsgemeinschaften für drei Jahre berufen werden. Ob Schriften, Abbildungen und Darstellungen in die Liste jugendgefährdender Schriften aufgenommen werden, entscheidet die Prüfstelle allerdings erst, wenn diesbezügliche Anträge der entsprechenden Länderministerien vorliegen, wodurch eine rasche Arbeit nicht gerade begünstigt wird. Noch mehr ist zu bedauern, daß dann solche Schriften nicht verboten werden, "aber weitgehenden Werbe- und Vertriebsbeschränkungen unterworfen werden"<sup>1)</sup>.

Ob die Tätigkeit der Bundesprüfstelle bisher immer ausreichend war, ist bei einer laufenden Prüfung des "Angebots" auf dem Zeitschriften- und Illustriertenmarkt zu bezweifeln. Immerhin bemüht man sich zur Zeit im Deutschen Bundestag im Rahmen einer Änderung des Sexualstrafrechts um eine Gesetzesbestimmung, die künftig gegen solche Schriften schärfer vorgehen soll, bzw. die Handhabe dazu schafft, in denen in irgendeiner Form die "Anwendung jeglicher Gewalt verherrlicht wird". In Bezug auf das heutige Angebot auf dem Zeitschriftenmarkt ist ein solches Vorhaben durchaus zu begrüßen.

-----

1) Jahresbericht der Bundesregierung 1969, S. 393

Abschließend zu diesem Abschnitt sind noch die sogenannten "Soraya-Illustrierten" zu erwähnen. Diese Blätter werden inoffiziell so genannt, weil sie sich teilweise jahrelang mit dem Schicksal der früheren Kaiserin von Persien, Prinzessin Soraya, beschäftigten. Diese Blätter sind eigentlich mehr Nebenprodukte ohne irgendwelche durchschlagende Bedeutung. Sie treten im Boulevardblatt- wie im Illustrierten-Stil auf. Der Alltagspolitik halten sich diese Blätter in der Regel fern. Man "beschränkt" sich auf Sittenskandale, Raubüberfälle, Mord, Mordopfer, Mörder, Sport-erfolge, und schließlich rührt man kräftig im Privat-leben von Königs- und Adelsfamilien, von Politikern, Sängern, Sportlern und sonstigen prominenten Personen herum.

Die jahrelange Praxis und der Stil dieser Blätter müßten ihnen eigentlich eine "natürliche Grenze" setzen, doch vorläufig gedeihen sie zuweilen noch ganz prächtig. Ihr Einfluß und ihre Bedeutung sind allerdings sehr niedrig anzusetzen.

#### D. Die Wochenzeitungen

Einen besonderen Zeitungstyp in Deutschland bilden die sogenannten "Wochenzeitungen", die in ihrer Masse zugleich eine weitere Neuheit in der Nachkriegspresse darstellen. Diese Wochenzeitungen, zu denen auch die sogenannten "Sonntagszeitungen" zu zählen sind, erscheinen im Gegensatz zu den Tageszeitungen wöchentlich nur mit einer Ausgabe. Es kann sich dabei um reine Wochenzeitungen, aber auch um selbständige Sonntagszeitungen einer Tageszeitung handeln, wie beispielsweise die "Welt am Sonntag".

Im Nachbarland Frankreich haben die Wochenzeitungen schon lange eine beachtliche Bedeutung in der dortigen Presse. Ähnlich ist die Situation in England, wo 1965 "The Observer" immerhin eine Auflage von 650 000 Exemplaren erreichte als Sonntagszeitung, während die Wochenausgabe "Guardian Weekly", früher "The Manchester Guardian Weekly", sogar eine weltweite Verbreitung finden konnte <sup>1)</sup>. Sind also die Wochenzeitungen in Frankreich und England schon relativ lange ein fester Bestandteil der Presse, so handelt es sich bei uns um Neugründungen nach 1945, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die allerdings nicht von größerer Bedeutung waren. Solche Ausnahmen waren etwa "Die Welt am Montag", die von 1895 bis 1933 als eine unabhängige Zeitung für Politik und Kultur in Berlin erschien, oder das heute noch bestehende Blatt der SPD "Vorwärts", das allerdings früher eine Tageszeitung war <sup>2)</sup>. Von einem neuen Zeitungstyp nach 1945 zu sprechen ist folglich in diesem Zusammenhang gerechtfertigt.

-----

1) Fabian in Pross, S. 159

2) Fabian in Pross, S. 160 und 161

Aus der folgenden Betrachtung werden jene Blätter ausgeklammert, die zwar ebenfalls wöchentlich erscheinen, doch als Nebenprodukt verschiedener Gattungen aufscheinen und bereits kurz erwähnt wurden <sup>1)</sup>. Gemeint sind hier die sogenannten "Soraya-Blätter", Zeitungen wie "Wochenend" usw. Die Themen dieser Kategorie sind hinreichend bekannt, weshalb sie für das Gesamtthema auch ohne Belang ist.

Die wichtigen und größeren deutschen Wochenzeitungen sind dem Inhalt nach von überregionaler Bedeutung und zugleich überwiegend Abonnementzeitungen. Eine Ausnahme bilden hier jedoch die "Deutsche National-Zeitung" und "Die Zeit", die ihre meisten Exemplare im Einzelverkauf vertreiben, nämlich bis zu 70 Prozent <sup>2)</sup>.

Am Wochenende werden die meisten Zeitungen überhaupt gelesen. Dies wissen auch die Herausgeber von Tageszeitungen, die ihre Samstagsausgaben wesentlich verstärken und zum Teil sogar spezielle "Wochenendbeilagen" hinzufügen. Viele Tageszeitungen drucken auf ihre Wochenendausgabe sogar das doppelte Datum und weisen sich offiziell als "Samstag/Sonntag-Ausgabe" aus. Auf diese Weise bekommen die Wochen- und Sonntagszeitungen von den Tageszeitungen eine gewisse Konkurrenz, die sich allerdings sehr unterschiedlich auswirken dürfte. In der Regel aber haben die Wochenzeitungen einen ganz bestimmten und relativ festen Abnehmerkreis, so daß zumindest die regionalen Tageszeitungen keine allzu große Gefahr bilden.

-----  
1) III. Hauptteil, 3. Kapitel, C. Boulevardblätter und Illustrierte, S. 129

2) Böddeker, S. 96

Auf einem wichtigen Gebiet können freilich die Wochenzeitungen nicht mithalten, das sind die Stellen- und Wohnungsanzeigen in den Samstagsausgaben der Tageszeitungen. Die überregionale Wochenzeitung ist hierbei beengt, so daß man durchaus von einer scharfen Wettbewerbssituation zwischen Wochen- und Tageszeitung sprechen kann. Bei einem Zahlenvergleich kann man feststellen, daß in der Bundesrepublik sonntags knapp 20 Prozent der Zeitungen abgesetzt werden, die sonst zwischen Montag und Freitag zum Verkauf gelangen. Andererseits ist bei den Wochenendausgaben der Tageszeitungen eine Auflagenerhöhung von rund 20 Prozent zu verzeichnen <sup>1)</sup>. Trotz dieser Wettbewerbssituation erreichen Zeitungen wie "Welt am Sonntag" mit immerhin 456 269 und "Bild am Sonntag" mit 2 605 438 Exemplaren eine hohe Auflage <sup>2)</sup>. Allerdings sind die Nachrichten und Sportmeldungen dieser Zeitungen hochaktuell, so daß in dieser Hinsicht die verstärkten Samstagsausgaben der Tageszeitungen im wahrsten Sinne des Wortes "überholt" sind.

Die Neugründungen der Wochenzeitungen erfolgten bereits sehr früh, der "Rheinische Merkur" und "Die Zeit" erscheinen 1971 im 26. Jahrgang und somit seit 1945, und zwar in Köln bzw. in Hamburg. 1947 folgten dann "Christ und Welt" und das "Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt" sowie 1951 das "Echo der Zeit". Die vom Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebene "Welt der Arbeit" erschien 1949, "Die Andere Zeitung" folgte 1954 und die "Allgemeine Sonntagszeitung" in Würzburg 1955.<sup>3)</sup>

-----  
1) Böddeker, S. 98

2) IVW-Auflagenliste II / 1970

3) Fabian in Pross, S. 162

Von den politischen Wochenzeitungen gibt nach Fabian der sozialdemokratische "Vorwärts" 1876 als sein Gründungsjahr an <sup>1)</sup>, doch kann man dies nur für den Titel "Vorwärts" gelten lassen, nicht aber für die Wochenzeitung "Vorwärts", da dieser ja früher eine Tageszeitung war.<sup>2)</sup> Das angegebene Gründungsjahr 1876 ist insofern etwas irreführend.

Der "BAYERNKURIER" vertritt als politisches Gegenstück die Politik der CSU und erscheint 1971 im 22. Jahrgang, also seit 1949 in München. Das überparteiliche "PARLAMENT" berichtet über die Arbeit des Deutschen Bundestages und somit über alle dort vertretenen politischen Parteien, es wird 1971 im 21. Jahrgang verlegt und erscheint seit 1950 <sup>3)</sup>.

Außer den bisher genannten Wochenzeitungen gibt es noch eine Reihe von Blättern, die von verschiedenen Verbänden, Vertriebenenorganisationen u.ä.m. herausgegeben werden, sowie kleine regionale Ausgaben, die zum Teil sogar eine Auflage von unter 1 000 Exemplaren nur nachweisen<sup>4)</sup> Da diese Blätter praktisch keine Bedeutung erlangen, können sie von der weiteren Betrachtung ausgeschlossen werden.

Wenn auch kleine und mittlere Wochenzeitungen im Laufe der Jahre ihr Erscheinen eingestellt oder sich mit anderen Blättern fusioniert haben, kann vor allem für die großen Wochenzeitungen eine überwiegend aufsteigende Auflagentendenz verzeichnet werden. Diese größeren Wochenblätter tragen heute einen erheblichen Teil zur allgemeinen Meinungsbildung in politischen und kulturellen Bereichen bei und erlangten so einige Bedeutung.

-----  
1) Fabian in Pross, S. 162

2) Fabian in Pross, S. 161

3) BAYERNKURIER und PARLAMENT, Ausgaben von 1971

4) Böddeker, S. 96

Einerseits schließen sie mit die Lücke vom Sonntag, an dem die Tageszeitungen in der Regel ja nicht erscheinen, andererseits sind sie in der Lage, anders als die Tageszeitungen die politischen Ereignisse ausführlich und tiefgründig zu analysieren sowie grundlegend zu behandeln. Diese fundierten Sachberichte erfassen auch die Bereiche der Wissenschaft und Technik, Theologie, Kunst, Literatur, Wirtschaft u.a.m., wie sie in dieser Form eine Tageszeitung nicht abhandeln kann. Ausnahmen bestehen lediglich teilweise bei den Sonntagszeitungen, die im Stil und Charakter mehr einer Tageszeitung entsprechen und oft mehr oder minder deren Sonntagsausgaben darstellen.

Hermann Meyn urteilt über die Wochenzeitungen: "Anders als die <sup>^</sup>Bild-Zeitung<sup>^</sup>, die durchaus an Vorbilder in der Weimarer Republik ( z.B. <sup>^</sup>Tempo<sup>^</sup> ) anknüpfen konnte, haben Blätter wie <sup>^</sup>Die Zeit<sup>^</sup>, <sup>^</sup>Christ und Welt<sup>^</sup>, <sup>^</sup>Sonntagsblatt<sup>^</sup> und <sup>^</sup>Rheinischer Merkur<sup>^</sup> einen neuen Zeitungstyp in Deutschland begründet, dem es im Gegensatz zur Tagespresse weniger auf die Veröffentlichung von Nachrichten als auf ausführliche Analysen und Kommentare, auf die Einordnung aktueller Ereignisse des Tages in größere Zusammenhänge ankommt. Diese sogenannten Wochenzeitungen leisten trotz ihrer vergleichsweise bescheidenen Gesamtauflage ( um 1,5 Millionen ) nicht zuletzt wegen ihres überdurchschnittlichen Niveaus und der überregionalen Verbreitung einen gewichtigen Beitrag zur Diskussion politischer, wirtschaftlicher und kultureller Probleme in der Bundesrepublik"<sup>1)</sup>.

-----

1) Meyn, S. 46

So können die Wochenzeitungen ihren Käufern eine Reihe von Vorteilen anbieten, die ihnen den Konkurrenzkampf mit der Tagespresse etwas erleichtern. Ein weiteres Merkmal für die Wochenzeitungen ist, daß sie nicht nur im gesamten Bundesgebiet und zum Teil sogar darüber hinaus Verbreitung finden, da ein Lokalteil wie bei der Tagespresse entfällt, sondern daß sie auch in der Regel eine relativ beständige politische Ausrichtung garantieren. Gerade dadurch aber können die Wochenzeitungen mit einem gewissen konstanten Leserkreis rechnen, was schon aus wirtschaftlicher Sicht notwendig ist, denn das Inseratengeschäft ist längst nicht so umfangreich und rentabel wie bei den Tageszeitungen. Dieser feste Leserkreis dürfte auch weitere Neugründungen sehr erschweren, ausgenommen etwa im Bereiche der beiden großen Kirchen in Deutschland, die mit einer Neugründung auch einen gewissen Leserkreis erwarten können.

Ein gutes Beispiel hierzu bietet die von katholischer Seite seit 1968 herausgegebene Wochenzeitung "PUBLIK", die ihren Interessenten "Informationen, Meinungen, Analysen und Bilder dieser Woche" anbietet <sup>1)</sup>, und bis zum Februar 1971 eine Druckauflage von 118 000 Exemplaren erreichte. PUBLIK erscheint 1971 erst im 4. Jahrgang, wurde im September 1968 mit einer Auflage von 130 000 Exemplaren gestartet <sup>2)</sup> in Frankfurt am Main und war im 2. Quartal 1970 auf 111 000 Exemplare zurückgefallen.<sup>3)</sup> Sie scheint sich inzwischen mit -----

1) PUBLIK, Ausgabe vom 12. Februar 1971, S. 1 ( Kopf )

2) Meyn, S. 47

3) IVW-Auflagenliste II / 1970, S. 224

einer Druckauflage von fast 120 000 Exemplaren <sup>1)</sup> einigermaßen stabilisiert zu haben. Es erhebt sich hierbei jedoch die berechnigte Frage, ob dies ohne kirchliche und starke finanzielle Hilfe möglich gewesen wäre? Dies scheint nur schwer denkbar. Im Zusammenhang mit der Gründung von PUBLIK wurde auch von verschiedener Seite der Vorwurf erhoben, daß man Millionenbeträge für eine neue Wochenzeitung aufwende, statt die bisher vorhandene Kirchenpresse, die zum Teil seit Jahren hart um ihre Existenz ringen muß und nun durch die Neugründung noch mehr belastet wurde, zu unterstützen. Dieser Gedanke ist sicherlich so lange einer Überlegung wert, als die neue Wochenzeitung ein finanzielles Risiko darstellt und ihr Erfolg auf die Dauer gesehen in Frage steht. Über das weitere Schicksal von Publik kann allerdings heute und hier noch nicht geurteilt werden. Dieses Beispiel zeigt jedoch, wie risikoreich heute eine Neugründung geworden ist.

Auf der evangelischen Seite erscheint "Christ und Welt", eine "Deutsche Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur", in Stuttgart mit einer Auflage von 160 962 Exemplaren im 2. Quartal 1970<sup>2)</sup> Da diese Wochenzeitung immerhin seit 1947 erscheint, ist ihr sicherlich ein relativ fester Leserkreis zuzuschreiben. Andererseits scheint sie eine gewisse Aufлагengrenze erreicht zu haben, denn seit fast fünf Jahren hat sich die Auflage kaum verändert, die im 3. Quartal 1966 bei 154 643 Exemplaren lag <sup>3)</sup>. Als Zielsetzung wollte laut Chefredakteur Giselher Wirsing "Christ und Welt" "von Anfang an die

-----

1) PUBLIK, Ausgabe vom 12. Februar 1971, S. 1

2) IVW-Auflagenliste II / 1970, S. 226

3) Böddeker, S. 96

versperrten oder blind gewordenen Fenster aufstoßen, die geistige Abschnürung und Inzucht der Deutschen mit zu überwinden suchen" und gleichzeitig beginnen, "den im Bild der Geschichte so schwankenden Standort unserer Nation besser zu fixieren"<sup>1)</sup>. Diese Formulierungen sind zweifelsfrei nur unter Berücksichtigung der allgemeinen Situation im ersten Nachkriegsjahrzehnt richtig zu verstehen, für die siebziger Jahre dieses Jahrhunderts wäre sicherlich eine zumindest teilweise Abänderung dieses "Slogans" zweckmäßig. Im Laufe der Jahre hat sich "Christ und Welt" vor allem auch mit der politischen Entwicklung asiatischer und anderer Länder befaßt und so eine Brücke zu anderen Völkern geschlagen.

Das vom evangelischen Landesbischof Hanns Lilje ebenfalls seit 1947 in Hamburg herausgegebene "Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt"<sup>2)</sup> scheint gleichfalls einen sehr konstanten Abnehmerkreis zu besitzen und eine Art "Auflagengrenze" erreicht haben. Im 3. Quartal 1966 betrug hier die Auflage 127 304 Exemplare<sup>3)</sup>, über vier Jahre später beläuft sich die Auflage im 2. Quartal 1970 bei 127 769 Exemplaren<sup>4)</sup>. In rund viereinhalb Jahren bedeutet dies eine Zunahme von nur 465 Exemplaren. Nach eigener Aussage will das "Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt" in seiner Zielsetzung "die gesamte Wirklichkeit, einschließlich der Politik, der Kultur, der Erziehung und der Wirtschaft im Lichte evangelischen Glaubens erschließen"<sup>5)</sup>.

-----  
1) Christ und Welt, Ausgabe vom 12. Juni 1958; Meyn, S.47

2) Fabian in Pross, S. 162

3) Bödeker, S. 96

4) IVW-Auflagenliste II / 1970, S. 224

5) Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, Ausgabe vom 7. Januar 1962  
Meyn, S. 47

Der "Rheinische Merkur" konnte dagegen seine Auflage in den letzten fünf Jahren um rund ein Drittel steigern, was beachtenswert ist. Im 3. Quartal 1966 betrug seine Druckauflage nur 50 180 Exemplare<sup>1)</sup>, bis zum 2. Quartal 1970 stieg sie immerhin auf 67 769 Exemplare<sup>2)</sup> an. Auch hier handelt es sich um eine Wochenzeitung für Politik, Kultur und Wirtschaft, die in Köln erscheint für das Bundesgebiet, West-Berlin und das europäische Ausland.

Während sich "Christ und Welt" und das "Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt" überwiegend an evangelische Leser wenden, spricht der "Rheinische Merkur" katholische Interessenten mehr an, die nach Meyn ca. 90 Prozent seiner Leserschaft ausmachen.<sup>3)</sup> Zu seiner Zielsetzung stellen Ralf Zoll und Eike Hennig eine "explizite Festlegung als Gesinnungsblatt" fest: "Nach Pressel ergibt sich aus der Selbstdarstellung des 'Rheinischen Merkur' ein klares Bild. Er ist 'eine weltanschaulich fest gebundene Zeitung. Seine Basis sind die 'ewigen Werte christlich-abendländischen Geistes', die es seiner Meinung nach gegen zahlreiche Bedrohungen zu verteidigen gilt. Das Programm, das er für seine Tätigkeit entwirft, wirkt sehr geschlossen, da die Maßstäbe, mit denen der 'Rheinische Merkur' das Geschehen in Politik, Wirtschaft und Kultur zu messen versucht, unverrückbar gelten'<sup>4)</sup>. Im 26. Jahrgang erscheint der "Rheinische Merkur" 1971 <sup>5)</sup> als ein innenpolitisch sehr engagiertes Blatt, das auch dank hervorragender Mitarbeiter aus dem Ausland hochinteressante Berichte bringt.

-----  
1) Böddeker, S. 96

2) IVW-Auflagenliste II / 1970

3) Meyn, S. 47

4) Zoll-Hennig, S. 193, (Alfred Pressel, Der "Rheinische Merkur" und die "Zeit", Berlin, 1968, S. 51 f.)

5) Rheinischer Merkur, Ausgabe vom 12. Februar 1971

Ein gänzlich anderes Bild vermittelt hingegen "Die Zeit", ebenfalls eine Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Handel und Kultur, die in Hamburg erscheint. Ihre Druckauflage betrug im 3. Quartal 1966 214347 Exemplare<sup>1)</sup>, im 2. Quartal 1970 waren es 318 669 Stück<sup>2)</sup>, ohne die Ausgaben für USA, Kanada ( Toronto ) und Südamerika ( Buenos Aires). Nach Meyn "bezeichnet sich die "Zeit" selbst als ein ^liberales^Blatt. Trotz der Tendenz, im politischen Teil eher mit den SPD-, im wirtschaftlichen mit den CDU- und im kulturellen mit den FDP-Vorstellungen zu sympathisieren, bleibt die unvoreingenommene und pragmatische Bewertung ein kennzeichnender Grundzug..."<sup>3)</sup>. Laut Zoll-Hennig meint Pressel, "daß auf ^Die Zeit^ am ehesten die Bezeichnung `bürgerlich-liberal` zutreffe, ohne daß sie damit eine weltanschauliche Position beziehe"<sup>4)</sup>.

Bei einer Reihe von Leseproben scheint es jedoch so, als ob eine gewisse SPD-Tendenz überwiege. Die oft zynischen politischen Kommentare erfreuen sich vor allem in studentischen Linkskreisen einiger Beliebtheit, wodurch vom "bürgerlichen Anstrich" sicherlich einige Abstriche zu machen sind. Wirtschaftlich hat "Die Zeit" nach Meyn gewisse Schwierigkeiten: "Das Blatt machte von 1945 bis 1964 mehr als 12 Millionen DM Verluste. Der Verleger der Zeitung, Gerd Bucerius, konnte diese Durststrecke nur durchstehen, weil ihm andere gewinnabwerfende Verlagsobjekte wie die Illustrierte ^Stern^ ermöglichen, die Herausgabe der Wochenzeitung ^Die Zeit^, die nach eigenen Angaben 1965 die Rentabilitätsschwelle erreichte, finanziell zu unterstützen"<sup>5)</sup>.

-----  
1) Böddeker, S. 96

2) IVW-Auflagenliste II / 1970, S. 225

3) Meyn, S. 46

4) Zoll-Hennig, S. 193

5) Meyn, S. 46/47

Von den überwiegend politischen Wochenzeitungen ist besonders auch die Aufwärtsentwicklung des "BAYERNKURIER" interessant. Obwohl es sich hierbei um ein ausgesprochenes Richtungsblatt handelt, wachsen Auflage und Verbreitungsgebiet ständig an. Der Bayernkurier wird in München vom CSU-Parteivorsitzenden Dr. Franz-Josef Strauß herausgegeben und zählt zu den Blättern, die von politischen Gegnern am heftigsten angegriffen werden. Die zunehmende Bedeutung des BAYERNKURIER unter den politischen Zeitungen ist allerdings erklärlich, denn einmal zählt Strauß zu den führenden Politikern der Bundesrepublik und genießt internationales Ansehen, zum anderen nimmt sein Blatt zu allen innen- und außenpolitischen Geschehnissen von Rang Stellung. Wenn man die Stellungnahme der CSU zu einem politischen Ereignis kennen will, muß man praktisch den BAYERNKURIER lesen, der sogar deren Schwesterpartei CDU zuweilen angreift. Seine Bedeutung nahm besonders nach dem Regierungswechsel 1969 in Bonn zu. Im 3. Quartal 1966 betrug die Auflage des Bayernkurier 95 599 Exemplare<sup>1)</sup>, obgleich die CSU und deren "Kurier" gebietsmäßig praktisch auf Bayern beschränkt sind. Der "Vorwärts" der SPD hingegen erreichte auf Bundesebene um 1965 nur rund 60 000 Exemplare<sup>2)</sup>. Im 2. Quartal 1970 stieg die Auflage des BAYERNKURIER bis auf 137 654 Exemplare an<sup>3)</sup>, die nunmehr im gesamten Bundesgebiet, West-Berlin, Österreich, Südtirol und Oberitalien vertrieben werden. In jüngster Zeit wurden sogar Pläne bekannt, aus der Wochenzeitung (für Politik, Kultur und Wirtschaft) BAYERNKURIER einen "DEUTSCHLANDKURIER" zu machen, was bis jetzt allerdings nicht bestätigt wurde.

-----  
1) Bölddeker, S. 96

2) Fabian in Pross, S. 163

3) IVW-Auflagenliste II / 1970, S. 225

Ebenfalls in München erscheint die "Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger" als eine politische Wochenzeitung, die das "Offizielle Organ für den Freistaat Bayern" darstellt. Die Auflage dieser Zeitung lag 1970 bei 20 754 Exemplaren im 2. Quartal<sup>1)</sup>

Die "Deutsche National-Zeitung" erscheint 1971 im 21. Jahrgang und bezeichnet sich selbst als "parteilos, unabhängig und freiheitlich"<sup>2)</sup>, doch wird sie allgemein "rechts" eingeordnet. Sie wird gleichfalls in München als Wochenzeitung für "Politik, Wirtschaft, Kultur und Wehrwesen" verlegt. Auch diese Zeitung hat erheblich ihre Auflage in den letzten Jahren verbessern können. Diese betrug im 3. Quartal 1966 nur 74 112 Exemplare<sup>3)</sup> und liegt im 2. Quartal 1970 bei 120 168 Exemplaren für die Gesamtauflage, davon entfallen auf die National-Zeitung 116 952 und auf die "Unterblätter" "Schlesische Rundschau" 1 297 sowie "Der Sudetendeutsche" 1 919 Exemplare<sup>4)</sup>. Natürlicherweise wird die National-Zeitung besonders heftig von "Links" angegriffen, doch ist ihr Erscheinen andererseits nur verständlich, denn in einem politischen Spannungsfeld wie es die Bundesrepublik Deutschland durch die Zwangsteilung seit 1945 darstellt, müssen zwangsläufig auch in der Presse alle Schattierungen auftreten. Wesentlich hierbei ist, daß das Bonner Grundgesetz und die deutschen Pressegesetze beachtet werden.

Eine besondere Stellung unter den politischen Wochenzeitungen nimmt "DAS PARLAMENT" ein, das 1971 ebenfalls im 21. Jahrgang erscheint<sup>5)</sup>. Diese Wochenzeitung wird in

-----  
1) IVW-Auflagenliste II / 1970, S. 225

2) Deutsche National-Zeitung, Ausgabe vom 5. Februar 1971

3) Böödeker, S. 96

4) IVW-Auflagenliste II / 1970, S. 226

5) Das Parlament, Ausgabe vom 13. Februar 1971

Hamburg gedruckt und erscheint in Bonn, herausgegeben von der "Bundeszentrale für politische Bildung"<sup>1)</sup> Sie wird aus öffentlichen Mitteln finanziert<sup>2)</sup> und berichtet über die Arbeit des Deutschen Bundestages, aktuelle politische Probleme, politische Literatur und andere Länder. Wertvoll ist vor allem die regelmäßige Beilage "Aus Politik und Zeitgeschichte", die wertvolle Aufsätze über politische Themen veröffentlicht. DAS PARLAMENT hatte im 2. Quartal 1970 eine Auflage von 102 815 Exemplaren<sup>3)</sup>, was für eine "überparteiliche politische Wochenzeitung" eigentlich nicht viel ist.

Eine Sonderstellung zwischen einer Tageszeitung und einem Wochenblatt nimmt die "Deutsche Tagespost" ein, die 1971 im 24. Jahrgang in Würzburg erscheint<sup>4)</sup>, und sich im Untertitel bewußt "Katholische Zeitung für Deutschland" nennt. Sie erscheint wöchentlich mit drei Ausgaben und berichtet vornehmlich über Politik, Kirche und Theologie, Kultur und Wirtschaft. Die Deutsche Tagespost tritt für eine christliche Politik und Weltanschauung ein, bemüht sich jedoch durchaus um Objektivität und schließt christliche Parteien nicht von ihrer Kritik aus. Sie verfügt über ausgezeichnete Kommentare. Ihre Auflage betrug im 2. Quartal 1970 allerdings nur 22 077 Exemplare, davon sind 19 426 feste, zahlende Einzelbezieher<sup>5)</sup>. Zur Deutschen Tagespost gehören auch die Beilagen "Römische Warte" und "Völker im Aufbruch", die regelmäßig Berichte aus dem Vatikan ( Osservatore Romano, Auszüge ) bringen und Probleme von Entwicklungsländern in Afrika, Asien und Südamerika behandeln.

-----  
1) IVW-Auflagenliste II / 1970, S. 224

2) Meyn, S. 47

3) IVW-Auflagenliste II / 1970, S. 224

4) Deutsche Tagespost, Ausgabe vom 16. Februar 1971, S.1

5) IVW-Auflagenliste II / 1970, S. 220

Eine weitere Besonderheit mit gänzlich anderer Ausrichtung bildet "Der Spiegel", der zugleich ein Novum in der deutschen Presse darstellt. Es handelt sich um ein 1971 im 25. Jahrgang in Hamburg erscheinendes "Deutsches Nachrichten-Magazin"<sup>1)</sup>, das nur schwer einzuordnen ist. In den Rahmen der Wochenzeitungen lässt sich jedoch die Wochenschrift SPIEGEL noch am besten einfügen, auch Meyn<sup>2)</sup> und Bölddeker<sup>3)</sup> haben dies so praktiziert.

Der SPIEGEL ist wohl das umstrittenste Blatt in Deutschland überhaupt, was ausschließlich in seiner "Praxis" zu begründen sein dürfte. Nach Meyn "ist die ursprünglich dem amerikanischen Nachrichtenmagazin ^Time^ nachgebildete Zeitschrift bemüht, alle Nachrichten zu Geschichten zu verarbeiten und nach Möglichkeit den Menschen in den Mittelpunkt der Handlung zu stellen", während "nach einem Wort des Herausgebers Rudolf Augstein sich die Zeitschrift zum Ziel gesetzt hat, ^politische Illusionen zum Platzen zu bringen^"<sup>4)</sup>.

Nach Zoll-Hennig "ist es besonders schwer, den SPIEGEL zu analysieren, weil ihm eine gesellschaftliche und politische Position zugeschrieben wird wie auf anderer Ebene der ^Bildzeitung^, das empirische Material jedoch von Umfang und Inhalt her weit weniger Aussagekraft besitzt"....."Immerhin zeigt sich am Beispiel des SPIEGEL, den viele Beobachter einige Zeit als die einzige wirksame Opposition in der BRD betrachteten, wieder einmal der Zustand der Publizistikwissenschaft, aber auch der der politischen Soziologie, die bis heute nicht in der Lage

-----  
1) DER SPIEGEL, Ausgabe vom 1. Februar 1971, S. 1 u. 17

2) Meyn, S. 47

3) Bölddeker, S. 71

4) Meyn, S. 47/48

waren, die für die BRD doch äußerst wichtigen Jahre vor und nach den Aktionen gegen das Nachrichtenmagazin <sup>1)</sup> über Inhaltsanalysen wissenschaftlich zu erforschen" <sup>2)</sup>. Bereits diese wenigen Zitate zeigen, wie schwierig der SPIEGEL generell überhaupt zu deuten ist. Im Rahmen der hier anstehenden Besprechung sollen deshalb auch nur einige wesentliche Punkte aufgegriffen werden, wie dies auch bei den anderen Wochenzeitungen geschehen ist.

Im Laufe der Jahre sind gegen den SPIEGEL viele und schwere Vorwürfe erhoben worden, sie reichen von einfacher Unsachlichkeit bis zum Verdacht des Landesverrats, der schließlich sogar am 26./27. Oktober 1962 eine Beschlagnahmeaktion durch die Bundesanwaltschaft zur Folge hatte <sup>3)</sup>. Nach Meyn werden dem SPIEGEL u.a. vorgeworfen, "er kritisiere immer nur, informiere einseitig, verwende die Technik der unausgesprochenen Andeutung zwischen den Zeilen als Hauptmittel der Charakterisierung von Personen, lasse Takt, Rücksicht und Ehrfurcht vermissen und berichte falsch. Diese Vorwürfe sind nur zum Teil berechtigt" <sup>4)</sup>.

Es gibt selbstverständlich auch Zustimmung. Bei Zoll-Hennig wird u.a. der journalistische Mut hervorgehoben, der aus dem SPIEGEL eine Art "Institution" gemacht habe <sup>5)</sup>. Nach Meyn spricht für den SPIEGEL, "daß er unabhängig sei, weit über die Tagespresse hinausreichende Informationen bringe, höchst unpopuläre Themen aufgreife und die Kritik- und Kontrollfunktion der Presse ernst nehme" <sup>6)</sup>.

-----  
1) Gemeint ist hier die sogen. "Spiegel-Affäre" 1962

2) Zoll-Hennig, S. 247

3) Meyn, S. 50

4) Meyn, S. 48

5) Zoll-Hennig, S. 247 ff.

6) Meyn, S. 49

Diese ganze Fülle von Aussagen für und wider den SPIEGEL gibt berechtigten Anlaß, dem Nachrichtenmagazin vorsichtig und kritisch gegenüber zu treten. Sicherlich ist einerseits der Mut zur Unpopularität, den das Magazin zuweilen an den Tag legt, zu begrüßen, andererseits ist jedoch hierbei nicht zu übersehen, daß der SPIEGEL gerade dadurch eine hohe Auflage erreicht und "sein Geschäft macht". Diese Auflage belief sich bei der Gründung um 15 000 und Mitte 1968 bei 877 000 Exemplaren<sup>1)</sup>, im 2. Quartal 1970 stieg die Druckauflage auf 1 068 885 Stück an<sup>2)</sup>. Dazu kommt noch die Tatsache, daß der SPIEGEL in Deutschland praktisch keine Konkurrenz hat und fürchten muß, sondern eine Art "Monopolstellung" einnimmt, die er weidlich ausnützt.

Insgesamt kann man zum SPIEGEL feststellen, daß seine zuweilen zynischen und gehässigen Kommentare und Artikel einen unangenehm unsächlichen Eindruck hinterlassen, der mitunter an "journalistische Demagogie" denken läßt. Sicherlich leistet der SPIEGEL auch einen positiven Beitrag in der deutschen Presse, doch gilt es bei Blättern dieser Art immer darauf zu achten, daß sie den Boden der Verfassung, der Pressegesetze und des Bonner Grundgesetzes nicht verlassen.

#### Abschließend

kann man den deutschen Wochenzeitungen ein beachtliches Angebot bescheinigen. Da sie meist von mehreren Personen ( z.B. die Familie ) gelesen werden, beeinflussen sie wohl mehrere Millionen Menschen. Die grundlegenden Behandlungen der Themen gleichen die durch den Erschei-

-----  
1) Meyn, S 47

2) IVW-Auflagenliste II / 1970, Unter Zeitschriften, S.7

nungsrhythmus manchmal verlorene Aktualität wieder aus. Der allgemeine Bildungsgrad liegt hier deshalb hoch über dem der meisten Tageszeitungen, weshalb den überregionalen Wochenzeitungen mit überwiegend gutem Niveau im Demokratisierungsprozeß unserer Gesellschaft eine beachtliche Bedeutung zukommt. Die Wochenzeitungen bilden so eine sehr wertvolle Bereicherung für die deutsche Nachkriegspresse.

## E. Der Rundfunk

Die vorliegende Arbeit behandelt die sogenannte "gedruckte Presse", doch ist es zur Abrundung des Gesamtkomplexes nützlich, auch den Rundfunk in Deutschland nach 1945 kurz zu betrachten.

Die eigentliche Geschichte des deutschen Rundfunks begann bereits am 29. Oktober 1923, wo mit einem regelmäßigen Programm in Berlin die Tätigkeit aufgenommen wurde. Für die technischen Probleme war zunächst ausschließlich die damalige Deutsche Reichspost zuständig, die Rundfunkprogramme selbst hingegen wurden von privaten Gesellschaften hergestellt. Nach dem Anfang in Berlin entstanden private Gesellschaften in Leipzig, München, Frankfurt am Main, Hamburg, Stuttgart, Breslau, Königsberg und in Köln. Bei diesen Gesellschaften erwarb sich jedoch im Laufe der Zeit der Staat eine Mehrheit mit Hilfe der "Reichs-Rundfunk-Gesellschaft mbH.". Zunächst blieben zwar noch private Anteile vorhanden, doch 1932 wurden die Gesellschaften gänzlich vom Staat übernommen. Unter dem NS-Regime geriet dann der gesamte deutsche Rundfunk völlig unter staatliche Kontrolle und wurde in den Machtbereich des Reichspropagandaministeriums eingegliedert<sup>1)</sup>.

Mit dem allgemeinen Zusammenbruch am Kriegsende 1945 stand auch der deutsche Rundfunk am Ende seines ersten Kapitels. Die Sendeanlagen waren zum Teil zerbombt, was noch vorhanden war und Wert hatte, wurde von den Besatzungsmächten zunächst in Besitz genommen. Der deutsche Reichsrundfunk war verstummt.

-----  
1) Rundfunk in Deutschland, Ausgabe 1969/70, ARD-Broschüre ohne Seitenangabe

So stand auch der Rundfunk vor einem völligen Neubeginn. In der ersten Nachkriegszeit wurden die deutschen Rundfunksender, soweit sie noch betriebsbereit waren oder wieder repariert werden konnten, von den verschiedenen Besatzungsmächten geleitet. Es dauerte bis 1948, bis die einzelnen Stationen wieder in deutsche Obhut übergeben wurden<sup>1)</sup>.

Mit der deutschen Übernahme ergaben sich jedoch sofort die Probleme, wie nun der künftige Rundfunk in Deutschland zu gestalten sei, der inzwischen kein Staatsrundfunk mehr war. Meyn schreibt hierzu: "Um einen erneuten Mißbrauch zu verhindern, durfte der Rundfunk nicht in die Organisation der staatlichen Exekutive eingefügt oder von ihr abhängig gemacht werden. Um den Gefahren einer einseitigen Politisierung des Programms durch die herrschende Partei ( Beispiel: NS-Regime, "DDR" ) und einer Nivellierung des Programms auf Grund der Wünsche der werbenden Industrie ( Beispiel: kommerzielles Fernsehen in den USA, Orientierung des Programms am "Massengeschmack" ) zu entgehen, wurde als Organisationsform für den Rundfunk in den Westzonen und der späteren Bundesrepublik das Institut der selbständigen Anstalten des öffentlichen Rechts gewählt<sup>2)</sup>.

Mit dieser Lösung bekam der Rundfunk eine Selbstverwaltung, seine Rechte wurden durch Gesetze der Bundesländer oder Staatsverträge zwischen diesen abgesichert.

-----

1) Rundfunk in Deutschland, Ausgabe 1969/70

2) Meyn, S. 77

Eine Ausnahmesituation war jedoch in Berlin gegeben. Hier blieb der Sender "RIAS-Berlin" in amerikanischer Hand, was mit der besonderen politischen Situation in der ehemaligen Reichshauptstadt zusammenhängt. Die Amerikaner wollten sich hier offensichtlich mitten im "kommunistischen Umland" die Möglichkeit erhalten, mit dem leistungsstarken RIAS-Sender Informationen aller Art bis tief in die Ostblockländer hinein zu senden. So wurde als deutsche Sendeanstalt 1954 der "Sender Freies Berlin" in Betrieb genommen<sup>1)</sup>.

Die einzelnen Sender haben sich außerdem in einer "Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland" ( ARD ) zusammengeschlossen und tragen gemeinsam das erste Programm des "Deutschen Fernsehens". Bei diesem Gemeinschaftsunternehmen verteilen sich die einzelnen Leistungsanteile beim ARD-Programm wie folgt:

|                                      |             |
|--------------------------------------|-------------|
| Westdeutscher Rundfunk, Köln         | 25 %        |
| Norddeutscher Rundfunk, Hamburg      | 20 %        |
| Bayerischer Rundfunk, München        | 17 %        |
| Hessischer Rundfunk, Frankfurt       | 8 %         |
| Südwestfunk, Baden-Baden             | 8 %         |
| Sender Freies Berlin, Berlin         | 8 %         |
| Süddeutscher Rundfunk, Stuttgart     | 8 %         |
| Radio Bremen, Bremen                 | 3 %         |
| Saarländischer Rundfunk, Saarbrücken | + 3 %       |
|                                      | <hr/>       |
|                                      | 100 %    2) |

Außerdem trägt die ARD gemeinsame Einrichtungen der verschiedenen Rundfunkanstalten, wie zum Beispiel: Deutsches Fernsehen Programmdirektion, München, ( Programm-Koordination für das Fernsehgemeinschaftsprogramm ); Institut für Rundfunktechnik GmbH., München, ( Technische Forschung );

-----

1) Rundfunk in Deutschland, Ausgabe 1969/70

2) Meyn, S. 77

Schule für Rundfunktechnik ( Stiftung ), Nürnberg, ( Aus-  
bildungsschule für technischen Nachwuchs ); Deutsches  
Rundfunkarchiv, Frankfurt am Main, ( Laut- und Fernseh-  
archiv sowie historische Dokumentation ), u.a.m.<sup>1)</sup>

Die ARD vertritt die deutschen Sender außerdem in der  
"Union Européenne de Radiodiffusion/European Broad-  
casting Union" ( UER/EBU ), wobei ein ARD-Vertreter  
auch in deren Verwaltungsrat sitzt. Bei der ARD selbst  
wird Vorstand und Geschäftsführung gewählt, indem einem  
Mitglied jeweils die Aufgaben einer "geschäftsführenden  
Anstalt" für ein Jahr übertragen werden, deren Intendant  
jeweils auch ARD-Vorsitzender wird.<sup>2)</sup>

Am 6. Juni 1961 wurde durch einen Staatsvertrag der ver-  
schiedenen Bundesländer dann das "Zweite Deutsche Fern-  
sehen" ( ZDF ) ins Leben gerufen. Zentralistisch organi-  
siert strahlt es seine Sendungen von Mainz aus. Finan-  
ziert wird das ZDF durch Mittel aus den Gebühren und aus  
Werbeeinnahmen, außerdem müssen die ARD-Anstalten 30 Pro-  
zent ihrer Fernsehgebühreneinnahmen zuschießen<sup>3)</sup>.

Am 29. November 1960 wurden bereits durch ein Bundesgesetz  
zwei weitere Rundfunkanstalten gegründet, nämlich die  
"Deutsche Welle" und der "Deutschlandfunk", die beide  
ihren Sitz in Köln haben. Beide Anstalten verbreiten nur  
Hörfunk, gehören jedoch der ARD mit an. Die "Deutsche  
Welle" strahlt über Kurzwelle Berichte über das politi-  
sche, wirtschaftliche und kulturelle Leben in der Bundes-  
republik aus und vermittelt deutsche Stellungnahmen zu  
wesentlichen Problemen. Der "Deutschlandfunk" hingegen  
soll die Deutschen in der BRD und in der "DDR" infor-  
mieren, trotz der politischen Teilung der Nation<sup>4)</sup>.

-----  
1) Rundfunk in Deutschland, Ausgabe 1969/70

2) Rundfunk in Deutschland, Ausgabe 1969/70

3) Meyn, S. 78

4) Meyn, S. 78

1964/65 wurde von den ersten ARD-Rundfunkanstalten mit einem "Dritten Fernsehprogramm" begonnen, das vor allem einen regionalen und bildenden Charakter hat und als sogenanntes "Studienprogramm" wertvolle Dienste leistet. Mit diesem stetigen Ausbau ist die Verbindung zur alten deutschen Fernsehtradition wieder hergestellt worden, denn der regelmäßige Fernsehprogrammdienst wurde in Deutschland bereits am 22. März 1935 in Berlin aufgenommen. Damals wurde das Fernsehprogramm zwar nur dreimal wöchentlich ausgestrahlt von 20,30 bis 22,00 Uhr, doch war es in seiner Art das erste Fernsehprogramm der Welt. Diese Fernsehsendungen wurden dann im Zweiten Weltkrieg 1944 unterbrochen, erst nach einer langen Pause konnten dann in Deutschland am 25. Dezember 1952 wieder regelmäßige Sendungen aufgenommen werden.<sup>1)</sup>

Heute gibt es in der Bundesrepublik inzwischen bereits das Farbfernsehen, das zur Eröffnung der 25. Großen Deutschen Funkausstellung am 25. August 1967 in Betrieb genommen wurde. Sowohl das "Deutsche Fernsehen" als auch das "Zweite Deutsche Fernsehen" senden regelmäßig einen Teil ihrer Sendungen in Farbe.<sup>2)</sup>

In der Bundesrepublik Deutschland gab es zum 1. 9. 1969 insgesamt 19,24 Millionen angemeldete Rundfunkgeräte ("DDR" Mitte 1970 5,99 Mill.), wobei 1966 nach der UNO der Weltbestand von Radiogeräten bei 540 Millionen lag. Angemeldete Fernsehgeräte gab es am 1. 9. 1969 in der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin 16,3 Millionen ("DDR" Mitte 1970 4,44 Mill.), vergleichsweise sind es in Frankreich ( 1.1.1970 ) 10,15 Mill., in Italien ( 1.1.70 ) 9,04 Mill. und in Großbritannien u. Nordirland ( 1.1.1970 ) 16,54 Millionen Geräte bzw. Teilnehmer.<sup>3)</sup> Damit liegt bei den Fernsehteilnehmern die BRD in Europa an 2. und in der Welt an 5. Stelle.

-----  
1) Rundfunk in Deutschland, Ausgabe 1969/70

2) Rundfunk in Deutschland, Ausgabe 1969/70

3) Fischers Welt-Almanach 1971, S. 213

## Die Monopole und die Kritiken

Die deutschen Rundfunk- und Fernsehanstalten können heute auf eine stolze Nachkriegsbilanz zurückblicken, doch bieten sie durch ihre "Monopolstellung" immer mehr Anlaß zu berechtigter Kritik. Nach Meyn "haben im Gegensatz zur Presse die Rundfunkanstalten unter anderem die Pflicht zur Neutralität". Die rechtliche Begründung dafür lautet: Da nur wenige Rundfunkunternehmungen wegen der begrenzt zur Verfügung stehenden Frequenzen am gleichen Ort zur gleichen Zeit Sendungen ausstrahlen können, hätte von einer Vielzahl privater Interessenten nur eine Minderheit die Möglichkeit, rundfunkpublizistisch tätig zu werden. Das würde jedoch gegen den gemeinschaftsbezogenen Gehalt der Rundfunkfreiheit und den Gleichheitsgrundsatz verstoßen<sup>1)</sup>.

So sind denn auch im Laufe der Jahre von den verschiedenen Bevölkerungsgruppen, politischen Parteien, Kirchen, Organisationen und Einzelpersonen heftige Vorwürfe erhoben worden. Die Beschuldigungen reichen von "schlechte Sendungen, einseitige Berichte und **unsachliche Kommentare**" bis hin zum offenen Vorwurf, daß Rundfunk und Fernsehen in der BRD "rot seien und damit nach links ausgerichtet". Ähnliche Vorwürfe mit politischer Belastung in Richtung "schwarz" oder "braun" waren dazu im Vergleich relativ gering. Die Wahrscheinlichkeit spricht also eindeutig dafür, daß eine "Linkstendenz" von vielen Rundfunkhörern und Fernsehzuschauern "empfunden" wird.

Diese Beschuldigungen scheinen sich besonders zu häufen, seit die zwanzigjährige CDU-CSU-Regierung durch den "Machtwechsel" von 1969 von der SPD-FDP-Regierung abgelöst wurde. Diese Häufung von Vorwürfen hat allerdings

-----

1) Meyn, S. 78

eine ganze Reihe von Ursachen. So hat zum Beispiel der Regierungssprecher der SPD-FDP-Koalition und Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Staatssekretär Conrad Ahlers, laut JOURNALIST 1969 erklärt: "Wer nicht linksliberal ist, bringt es in unseren Funkhäusern zu nichts" <sup>1)</sup>. Solche Worte von "Regierungsseite" sind in der Tat dazu angetan, die politische Neutralität des Rundfunks in Frage zu stellen, wobei es zunächst gleichgültig ist, ob die "Ahlers-Feststellung" zutrifft oder nicht.

Es ist hier nicht Aufgabe, diese Probleme tiefer zu behandeln oder gar zu klären zu versuchen. Doch gilt es auch hier, ähnlich wie bei der gedruckten Presse, die Rundfunk- und Fernsehprobleme von grundlegender Bedeutung zumindest anzuschneiden, zumal sie mit der Monopolstellung dieser Massenmedien zusammenhängen. Auf Grund dieser Kritik und Situation wird nämlich in letzter Zeit immer mehr in der Öffentlichkeit die Forderung erhoben, private Rundfunk- und Fernsehsender in der BRD zu errichten bzw. zu lizenzieren.

Professor Dr. Erwin K. Scheuch, Direktor des Instituts für vergleichende Sozialforschung an der Universität Köln, erstellte zur Frage "Privatsender" ein Gutachten, in dem er zu dem Schluß kommt, daß die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik gefährdet sei. Als Ursache dieser Gefährdung betrachtet er die immer deutlicher werdende Verquickung von militantem Gesinnungsjournalismus und Sendemonopol bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten <sup>2)</sup>.

-----  
1) Der Journalist, Ausgabe vom Februar 1971, Nr. 2, S. 16

2) Die Welt, Ausgabe vom 9. Mai 1970

Scheuch, Erwin K., Fünfundzwanzig Jahre Erziehungsdiktatur sind genug!, Aufsatz in "Beiträge zur Zeitgeschichte", Ausgabe vom 5. Juni 1970.

Scheuch stellt u.a. fest: "Das tatsächliche Verhalten der öffentlichen Sender in der Bundesrepublik verträgt sich immer weniger mit ihrer Monopolstellung"<sup>1)</sup>. Ferner: "Das Monopol ist im Bereich der Massenmedien immer eine problematische Existenzform. Es erfordert an sich eine Zurückhaltung bis hin zur Blässe von Argumentationen, die viele Journalisten nicht befriedigen kann. Der Wunsch nach entschiedener Parteinahme, ja nach Gesinnungsjournalismus und Volksbelehrung scheint nun einmal im kontinentaleuropäischen Journalismus so stark zu sein, daß man ihm auch für die Medien Rundfunk und Fernsehen Ausdrucksmöglichkeiten verschaffen muß. Aber dies bedeutet: Lizenzierung mehrerer privatwirtschaftlicher Sendeanstalten. Denn untragbar ist auf die Dauer die Kombination von Gesinnungsjournalismus mit Monopolstellung"<sup>2)</sup>.

Scheuch kommt weiter zu dem Schluß, daß es nach 25 Jahren Erziehungsdiktatur durch die deutschen Anstalten höchste Zeit sei, im Interesse der grundgesetzlich gesicherten Meinungsfreiheit neben die Monopolanstalten ein System privatwirtschaftlicher Sendeanstalten zu stellen. Er untersucht auch die Hauptthesen, die stets für die Monopolanstalten vorgebracht werden und widerlegt sie weitgehend<sup>3)</sup>.

Es soll hier keineswegs gegen Privatanstalten Stellung bezogen werden, im Gegenteil, je mehr Meinungsfaktoren in einem demokratischen Staat vorhanden sind, um so breiter muß zwangsläufig auch das "Meinungsspektrum" ausfallen. Diese Erkenntnis spricht für private Sender.

-----

1) Der Journalist, Ausgabe vom Februar 1971, Nr.2, S. 16

2) Scheuch, Erwin K., Fünfundzwanzig Jahre Erziehungsdiktatur sind genug!, in "beiträge zur zeitgeschichte", Ausgabe vom 5. Juni 1970

3) DIE WELT, Ausgabe vom 9. Mai 1970

Aber es erhebt sich die Frage, ob Privatsender die einzige und vor allem richtige Alternative zu den "einseitig berichtenden" Monopolanstalten darstellen? Die geplante "Entpolitisierung" oder besser Neutralisierung durch Privatsender kann gerade durch sie zu einer verstärkten Politisierung führen. Die mächtiger engagierten Privat- und Monopolsender könnten dann sogar durch scharfe Rivalität zu einer gewissen Radikalisierung im politischen Bereiche des Rundfunks und Fernsehens tendieren.

Eine zweite These lässt eine weitere Möglichkeit offen, es könnte nämlich in einem gewissen Zeitraum rein theoretisch der Zustand eintreten, daß Privat- und Monopolsender zusammen die gleiche politische Meinung vertreten, durch welche Ereignisse das auch immer verursacht sein mag. In diesem Falle wäre das bisherige Übel nicht beseitigt, sondern noch vergrößert worden.

Die Möglichkeit einer verstärkten Politisierung oder eines vergrößerten Übels belasten folglich die geplanten Privatanstalten von Anfang an mit einem erheblichen Risiko. Die bessere Lösung scheint deshalb mehr in einer "inneren Reform" bei den Monopolanstalten zu liegen.

Einen gangbaren Weg zeigt hierzu die Anfang 1971 in der Bundeshauptstadt Bonn gegründete "Aktion Funk und Fernsehen" ( AFF ) auf, die "mehr Demokratie in den Funkhäusern" fordert<sup>1)</sup>.

Die "Aktion Funk und Fernsehen" will eine überparteiliche Interessengemeinschaft sein. Dem AFF-Aktionsausschuß gehören an: Margarete Buber-Neumann, Dr. Lothar Lohrisch, Prof. Dr. Franz Mayer, Wolfgang Reineke und

-----  
1) Der Journalist, Ausgabe vom Februar 1971, Nr.2, S.16

Caspar Frhr. von Schrenck-Notzing. Unterstützt wird diese Aktion von Bundestagsabgeordneten, darunter Karl Theodor Frhr. von und zu Guttenberg, Dr. Herbert Czaja u.a.m., sowie von namhaften Professoren und Persönlichkeiten, aber auch von einer breiten Masse von Interessenten aus allen Bereichen und Schichten.<sup>1)</sup>

Die AFF erhebt den Vorwurf, daß zwar in Funk und Fernsehen laufend von einer Demokratisierung des öffentlichen Lebens gesprochen werde, diese jedoch endlich auch in den Monopolanstalten selbst verwirklicht werden müsse. In "Übereinstimmung mit dem Bundesverfassungsgericht" wird deshalb eine "inhaltliche Ausgewogenheit und Sachlichkeit" der meinungsbildenden Programme verlangt. Im einzelnen fordert die AFF konkret:

1. Umgestaltung der Rundfunkräte ( Programmbeiräte ).
2. Stärkere Kontroll- und Einspruchsrechte für Aufsichtsorgane.
3. Reform der Rundfunk- und Fernsehgesetzgebung in allen Bundesländern.
4. Einsetzung von Rundfunkbeauftragten.
5. Schaffung von Hörerparlamenten.
6. Zahlung der Gebühren an den Sender eigener Wahl.
7. Offenlegung und öffentliche Kontrolle der Finanzgebarung.
8. Beseitigung des Sendemonopols, um echte Kontrastprogramme zu ermöglichen.<sup>2)</sup>

Die AFF erkennt bisherige positive Programmbereiche der Monopolsender durchaus an, "verwahrt sich jedoch dagegen, daß eine kleine Gruppe von Meinungsmachern das Bild der öffentlichen Meinung ständig verfälscht, verfassungsfeindliche Elemente bewußt oder unbewußt fördert,

-----

- 1) und 2) Der Journalist, Ausgabe vom Februar 1971, Nr. 2, S. 16 und 18

Werbeprospekt der Aktion Funk und Fernsehen

AFF-Broschüre "Meinungsmache oder Meinungsterror?  
Mehr Demokratie in die Funkhäuser!"

Werte, die die natürlichen Grundlagen des Selbstverständnisses jeder Nation bilden, herabwürdigt und Gruppen und Persönlichkeiten unseres Volkes verleumd<sup>1)</sup>et).

Die Vorwürfe der "Aktion Funk und Fernsehen" sind in der Tat schwerwiegend. Daß sich Bundestagsabgeordnete, Wissenschaftler, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und viele Interessenten der Aktion und ihren Forderungen anschließen, läßt außerdem den Schluß zu, daß die Vorwürfe nicht ganz unberechtigt sind. Diese Erkenntnis ist jedoch bedenklich. Es sieht so aus, als ob nach vielen Jahren der Ruhe und Stabilisierung, die dem Wiederaufbau nach 1945 folgten, nunmehr schwere Zeiten und große Probleme auf die deutschen Rundfunk- und Fernsehanstalten zukommen.

Dabei stehen die Sendeanstalten ohnehin bereits vor einem gewissen Umbruch. In verschiedenen Bereichen muß zwangsläufig eine Umorientierung erfolgen, die den modernen sendegeographischen Gesichtspunkten mehr gerecht wird. So gibt es Pläne, die eine Zusammenlegung des Südwestfunks ( SWF ) in Baden-Baden und des Süddeutschen Rundfunks ( SDR ) in Stuttgart zu einer gemeinsamen Sendeanstalt für das Land Baden-Württemberg vorsehen. Gleichzeitig möchte man für die Länder Rheinland-Pfalz und Saarland ein gemeinsames Unternehmen gründen, wobei beispielsweise ein Sender auf dem "Rolandseck" den gesamten norddeutschen Raum erreichen könnte.<sup>2)</sup> Auch im Rundfunkwesen zeichnet sich also ein Zug zur Konzentration ab, wenn dies auch gegenüber der Tagespresse in einem vergleichsweise bescheidenen Rahmen geschehen soll.

-----

- 1) Werbeprospekt der Aktion Funk und Fernsehen  
Der Journalist, Ausgabe vom Februar 1971, Nr.2, S.16 u.18
- 2) Der Journalist, Ausgabe vom Januar 1971, Nr.1, S.27 u.28

Dem Fernsehen wiederum steht eine "Strukturreform des Fernsehprogramms" ins Haus, die voraussichtlich um 1973 spruchreif werden wird. Laut JOURNALIST "einigten sich ARD und ZDF am 24. 11. 1970 im gemeinsamen Koordinierungsausschuß auf einen Zeitplan für die weitere Behandlung der Strukturreform des Fernsehprogramms. Die Intendanten der ARD billigten diesen Zeitplan am 3. 12. 1970 in Stuttgart. Er sieht zunächst vor, das gegenwärtige, bis zum 31. 12. 1971 laufende Koordinierungsabkommen ARD/ZDF um ein Jahr bis Ende 1972 zu verlängern. Innerhalb dieser Zeit sollen verschiedene Untersuchungsprojekte abgeschlossen und die neuen Vereinbarungen über die Programmkoordination ARD/ZDF getroffen werden"<sup>1)</sup>.

Zweifelsfrei werden private Sendeanstalten mehr und mehr akut. Großverleger und andere Interessentengruppen versuchten in den letzten Jahren wiederholt in diese Richtung vorzustoßen. Die Erlangung der betreffenden Lizenz war bisher jedoch nicht zu erreichen. Doch stehen die allgemeinen Aussichten heute günstiger als vor einigen Jahren. Inzwischen versucht man nun auch einen anderen Weg, nämlich die Erreichung einer Senderlizenz in den grenznahen Zwergstaaten Luxemburg und Liechtenstein. Gerade Liechtenstein hat sich in letzter Zeit in die rechtliche Lage versetzt, künftig Lizenzen erteilen zu können.

Änderungen, Zusammenlegungen oder Neugründungen werden jedoch nicht leicht durchzuführen sein, da der Bund als solcher nicht zuständig ist. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1961 ist die Bundesregierung

-----

1) Der Journalist, Ausgabe vom Januar 1971, Nr.1, S. 28

nur für die fernmeldetechnische Seite des Rundfunks zuständig, für die Entscheidung aller anderen Fragen sind es jedoch die Bundesländer.<sup>1)</sup>

Die Rundfunk- und Fernsehteilnehmer in der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin werden von neun Anstalten versorgt, die praktisch Bundesländern unterstehen, wobei die Sendegebiete geographisch nicht den Landesgrenzen entsprechen. Es sind dies der Bayerische Rundfunk, der Hessische Rundfunk, der Norddeutsche Rundfunk, Radio Bremen, der Saarländische Rundfunk, der Sender Freies Berlin, der Süddeutsche Rundfunk, der Südwestfunk und der Westdeutsche Rundfunk<sup>2)</sup>.

Ferner sind zwei "Bundesrundfunkanstalten" vorhanden, die nicht aus Gebühren und Werbung, sondern aus Mitteln des Bundes finanziert werden, und deren Reichweite die Leistungen der "Landesrundfunkanstalten" weit übertrifft. Der "Deutschlandfunk" in Köln versorgt sein Sendegebiet "Deutschland und Europa" mit einem 1. Programm auf Mittel- und Langwelle wöchentlich mit 168 Sendestunden und mittels einem 2. Programm auf Mittelwelle mit wöchentlich 33 1/2 Sendestunden in 13 Fremdsprachen ( polnisch, tschechisch, slowakisch, serbisch, kroatisch, rumänisch, ungarisch, französisch, englisch, niederländisch, schwedisch, norwegisch und dänisch )<sup>3)</sup>.

Die "Deutsche Welle" sendet 89 Programme in 30 Sprachen über Kurzwelle ins gesamte Ausland. Das "Deutsche Programm" geht in folgende Senderichtungen: Europa, Ost-europa, Ostasien, Australien, Neuseeland, Südasien, Nahost, Nordafrika, Afrika, Westafrika, Südamerika, Mittelamerika, Nordamerika Ost und Nordamerika West<sup>4)</sup>.

-----  
1), 2), 3) und 4) Rundfunk in Deutschland, Ausgabe 1969/70

Das "Fremdsprachige Programm" der Deutschen Welle wird ausgestrahlt in den Sprachen: Amharisch, Arabisch, Bulgarisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Griechisch, Hausa, Hindi, Indonesisch, Italienisch, Japanisch, Kisuaheli, Kroatisch, Maghrebinisch, Persisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Russisch, Sanskrit, Serbisch, Slowakisch, Slowenisch, Spanisch, Tschechisch, Türkisch, Ungarisch und Urdu. Ferner gibt es einen Transkriptions-Dienst mit Produktion und Versand von Sendungen für Hörfunk an Stationen in aller Welt, sowie Bearbeitung und Versand von deutschen Fernsehproduktionen in Entwicklungsländer<sup>1)</sup>.

In der Bundesrepublik sind neben diesen deutschen Sendeanstalten noch Soldatensender von NATO-Partnern vorhanden. Weitere Sender, wie Radio Free Europe, Voice of America Radio Station in Germany und Radio Liberty haben ihren Sitz in München und werden wie auch der Sender RIAS-Berlin durch amerikanische Steuergelder bzw. Spenden finanziert<sup>2)</sup>.

Die Bundesrepublik Deutschland zählt heute zu den ausgesprochenen Rundfunk- und Fernsehländern in der Welt. Die Probleme des deutschen Rundfunkwesens schienen noch vor zehn Jahren relativ gut nach 1945 gelöst worden zu sein, inzwischen ist jedoch so manche Lösung aus der Aufbauzeit entidealisiert oder teilweise sogar etwas fragwürdig geworden. Eine weitere Behandlung dieser Fragen ginge jedoch über die Nachkriegsgeschichte und die mit ihr unmittelbar verbundenen Probleme des deutschen Rundfunkwesens weit hinaus.

-----  
1) Rundfunk in Deutschland, Ausgabe 1969/70

2) Meyn, S. 78

F. Statistik zur deutschen Presse ( Auswahl )  
( Bundesrepublik )

Die Druckauflage der Tagespresse im 2. Quartal 1970

Zeichen: Parteiangabe bedeutet "nahestehend"  
o = unabhängig, überparteilich

| Titel<br>-Tagespresse-                            | Erscheinungs-<br>ort    | Druck-<br>auflage | Partei-<br>richtung |
|---------------------------------------------------|-------------------------|-------------------|---------------------|
| Abendzeitung mit<br>8 Uhr-Blatt                   | München und<br>Nürnberg | 307 032           | o                   |
| Der Abend                                         | Berlin                  | 79 656            | o                   |
| Allgemeine Zeitung                                | Mainz                   | 113 469           | o                   |
| Augsburger Allgemeine<br>Zeitung                  | Augsburg                | 287 713           | o                   |
| Badische Neueste Nach-<br>richten                 | Karlsruhe               | 152 992           | o                   |
| Badische Zeitung                                  | Freiburg                | 136 103           | o                   |
| Berliner Morgenpost                               | Berlin                  | 239 435           | o                   |
| Bild am Sonntag                                   | Hamburg                 | 2 605 438         | o                   |
| Bild-Zeitung                                      | Hamburg                 | 4 281 405         | o                   |
| Braunschweiger Zeitung                            | Braunschweig            | 156 849           | o                   |
| Bremer Nachrichten                                | Bremen                  | 54 223            | o                   |
| Darmstädter Echo                                  | Darmstadt               | 58 979            | o                   |
| Düsseldorfer Nachrichten/<br>Westdeutsche Zeitung | Düsseldorf              | 118 520           | o                   |
| Flensburger Tageblatt                             | Flensburg               | 69 763            | o                   |
| Frankenpost                                       | Hof a.d.Saale           | 70 475            | o                   |
| Frankfurter Allgemeine                            | Frankfurt a.M.          | 320 452           | o                   |
| Frankfurter Abendpost-<br>Nachtausgabe            | Frankfurt a.M.          | 222 990           | o                   |
| Frankfurter Neue Presse                           | Frankfurt a.M.          | 150 146           | CDU, o              |
| Frankfurter Rundschau                             | Frankfurt a.M.          | 184 622           | SPD, o              |
| General-Anzeiger                                  | Wuppertal               | 92 974            | o                   |
| Hamburger Abendblatt                              | Hamburg                 | 328 617           | o                   |
| Hamburger Morgenpost                              | Hamburg                 | 371 010           | o                   |
| Hannoversche Allgemeine<br>Zeitung                | Hannover                | 177 224           | o                   |
| Hannoversche Presse                               | Hannover                | 145 711           | SPD                 |
| Heilbronner Stimme                                | Heilbronn               | 81 442            | o                   |
| Hessische Allgemeine                              | Kassel                  | 163 097           | o                   |
| Kieler Nachrichten                                | Kiel                    | 111 433           | o                   |
| Kölner Stadtanzeiger                              | Köln                    | 235 642           | o                   |
| Kölnische Rundschau                               | Köln                    | 175 900           | CDU, o              |

( Fortsetzung S. 162 )

Fortsetzung

| Titel<br>-Tagespresse-                            | Erscheinungs-<br>ort | Druck-<br>auflage | Partei-<br>richtung |
|---------------------------------------------------|----------------------|-------------------|---------------------|
| Lübecker Nachrichten                              | Lübeck               | 97 469            | o                   |
| Main-Post                                         | Würzburg             | 89 346            | o                   |
| Mannheimer Morgen                                 | Mannheim             | 180 553           | o                   |
| Münchner Merkur                                   | München              | 187 509           | o                   |
| Neue Osnabrücker Zeitung                          | Osnabrück            | 189 184           | o                   |
| Nordwest-Zeitung                                  | Oldenburg            | 204 925           | o                   |
| NRZ (Neue Rhein-Zeitung<br>und Neue Ruhr-Zeitung) | Essen                | 277 556           | o                   |
| Nürnberger Nachrichten                            | Nürnberg             | 322 413           | o                   |
| Neue Württembergische<br>Zeitung                  | Göppingen            | 133 050           | FDP, o              |
| Passauer Neue Presse                              | Passau               | 120 291           | o                   |
| Rhein-Neckar-Zeitung                              | Heidelberg           | 87 053            | o                   |
| Rheinische Post                                   | Düsseldorf           | 355 822           | CDU                 |
| Die Rheinpfalz                                    | Ludwigshafen         | 270 931           | o                   |
| Rhein-Zeitung                                     | Koblenz              | 196 211           | o                   |
| Ruhr-Nachrichten mit<br>Westfalen-Post            | Dortmund             | 413 307           | o                   |
| Saarbrücker Zeitung                               | Saarbrücken          | 170 425           | o                   |
| Schwäbische Zeitung                               | Leutkirch            | 169 120           | CDU, o              |
| Schwarzwälder Bote                                | Oberndorf            | 122 665           | o                   |
| Stuttgarter Nachrichten                           | Stuttgart            | 85 185            | o                   |
| Stuttgarter Zeitung                               | Stuttgart            | 172 755           | o                   |
| Süddeutsche Zeitung                               | München              | 294 098           | o                   |
| Südkurier                                         | Konstanz             | 129 060           | o                   |
| Südwest-Presse                                    | Tübingen             | 30 326            | o                   |
| Der Tagesspiegel                                  | Berlin               | 112 131           | o                   |
| Telegraf                                          | Berlin               | 84 561            | o                   |
| Trierischer Volksfreund                           | Trier                | 79 943            | o                   |
| Die Welt                                          | Hamburg              | 298 861           | o                   |
| Welt am Sonntag                                   | Hamburg              | 456 269           | o                   |
| Weser-Kurier                                      | Bremen               | 138 669           | o                   |
| Westdeutsche Allgemeine                           | Essen                | 615 478           | o                   |
| Westfalen-Blatt                                   | Bielefeld            | 149 173           | o                   |
| Westfalen-Post                                    | Hagen                | 146 473           | o                   |
| Westfälische Nachrichten                          | Münster              | 157 817           | CDU                 |
| Westfälische Rundschau                            | Dortmund             | 271 516           | o                   |
| Wiesbadener Kurier                                | Wiesbaden            | 57 485            | o                   |

1) 2)

1) IVW-Auflagenliste II / 1970, jeweils Gesamtdruckauflage

2) Fischers Welt-Almanach 1968, S. 203/204  
Fischers Welt-Almanach 1971, S. 203/204

# Redaktionsübersicht für das 1. Quartal 1963

| Tageszeitungen<br>mit Gesamtauflagen | Selbstständige<br>Redaktions-<br>stäbe | Redaktionelle<br>Ausgaben | Verbreitete<br>Auflage in<br>Tausend |
|--------------------------------------|----------------------------------------|---------------------------|--------------------------------------|
| über 1 000 000                       | 1 = 0,5 %                              | 6 = 0,4 %                 | 3 534,9 = 21,2 %                     |
| 250 000-1 000 000                    | 6 = 3,2 %                              | 108 = 7,6 %               | 1 974,6 = 11,9 %                     |
| 200 000- 250 000                     | 7 = 3,7 %                              | 71 = 5,0 %                | 1 601,2 = 9,7 %                      |
| 150 000- 200 000                     | 10 = 5,3 %                             | 161 = 11,4 %              | 1 640,2 = 9,9 %                      |
| 100 000- 150 000                     | 17 = 9,0 %                             | 179 = 12,6 %              | 2 010,1 = 12,1 %                     |
| 60 000- 100 000                      | 30 = 15,9 %                            | 235 = 16,6 %              | 2 331,5 = 14,1 %                     |
| 40 000- 60 000                       | 17 = 9,0 %                             | 99 = 7,0 %                | 822,6 = 4,9 %                        |
| unter 40 000                         |                                        |                           |                                      |
| bzw. ohne Angabe                     | 101 = 53,4 %                           | 599 = 39,4 %              | 2 684,9 = 16,2 %                     |

Tageszeitungen im  
Bundesgebiet und  
West-Berlin insgesamt

1) 189 =100,0 % 1418 =100,0 % 16600 =100,0 %

Zusammenfassender Überblick über die

Verminderung der redaktionellen Einheiten von 1954 bis 1964

| Jahr | Ausgaben | Redaktionelle Einheiten |
|------|----------|-------------------------|
| 1954 | 1 500    | 225 ( ohne Saarland )   |
| 1955 | 1 487    | 221 ( ohne Saarland )   |
| 1958 | 1 458    | 201                     |
| 1959 | 1 434    | 200                     |
| 1961 | 1 432    | 192                     |
| 1962 | 1 428    | 190                     |
| 1963 | 1 418    | 189                     |
| 1964 | 1 409    | 185                     |

2)

1) Nach Schütz, Walter, Statistik in Pross, S. 122

2) Nach Wegner, Walter, Statistik auf S. 5

Die Überschneidungen der Leserschaften verschiedener  
Zeitungsarten in der BRD 1967

Die Zeitungsleser pro Tag

|                          | Regionale<br>Tageszeitg. | Nationale<br>Tageszeitg. | Boulevard-<br>zeitungen | Bild-<br>Zeitung |
|--------------------------|--------------------------|--------------------------|-------------------------|------------------|
| Zeitungen<br>pro Tag     |                          |                          |                         |                  |
| Regionale<br>Tageszeitg. | 100 %                    | 67 %                     | 64 %                    | 65 %             |
| Nationale<br>Tageszeitg. | 7 %                      | 100 %                    | 6 %                     | 5 %              |
| Boulevard-<br>zeitungen  | 40 %                     | 35 %                     | 100 %                   | 100 %            |
| Bild-Zeitung             | 36 %                     | 30 %                     | 90 %                    | 100 %            |

1)

Die Reichweite von Tagespresse, regionalen Tageszeitungen,  
überregionalen Tageszeitungen, Kaufzeitungen in der BRD  
pro Tag und pro Woche 1967

|                                | pro Tag | pro Woche |
|--------------------------------|---------|-----------|
| Gesamte Tagespresse            | 83,0 %  | 94,3 %    |
| Regionale Tageszeitungen       | 66,9 %  | 77,7 %    |
| National verbreitete Tagesztg. | 6,6 %   | 16,5 %    |
| Kaufzeitungen                  | 40,4 %  | 61,2 %    |
| Bild                           | 36,0 %  | 55,6 %    |
| andere Boulevardzeitungen      | 8,7 %   | 18,8 %    |

2)

-----  
1) Nach Zoll-Hennig, S. 72 ( Ausschnitt pro Tag )

2) Nach Zoll-Hennig, S. 71

# Illustrierte

Die Themenbereiche bei QUICK, REVUE, und STERN 1964  
in Beitragssummen-Prozenten ( Die Häufigkeiten pro Kategorie  
sind auf die Summe der Beiträge pro Illustrierte prozentuiert)

|                                                     | QUICK<br>%   | REVIEW<br>%  | STERN<br>%   |
|-----------------------------------------------------|--------------|--------------|--------------|
|                                                     | (1565 = 100) | (1378 = 100) | (2318 = 100) |
| Politik                                             | 15,4         | 13,3         | 20,2         |
| Wirtschaft                                          | 4,4          | 3,4          | 3,3          |
| Wissenschaft                                        | 5,0          | 2,1          | 3,2          |
| Technik                                             | 2,5          | 3,4          | 3,6          |
| Religion                                            | 1,2          | 5,1          | 1,2          |
| Massenkommunikation                                 | 3,0          | 1,0          | 1,6          |
| Kunst und Populärkunst                              | 2,8          | 3,1          | 2,3          |
| Mode                                                | 3,2          | 4,1          | 2,5          |
| Sport                                               | 2,6          | 1,7          | 1,3          |
| Hobby und Freizeit                                  | 14,8         | 15,7         | 12,5         |
| Unterhaltung für Kinder                             | -            | 0,1          | 2,2          |
| Klatsch und Tratsch                                 | 18,6         | 13,6         | 4,9          |
| Kriminalistik und<br>Verbrechen                     | 14,1         | 15,5         | 10,1         |
| Krieg und Katastrophen                              | 6,3          | 10,1         | 4,6          |
| Prominenz                                           | 33,0         | 29,3         | 17,2         |
| Individuelle Lebens-<br>probleme                    | 44,3         | 42,2         | 21,9         |
| Haushalts und<br>Familienprobleme                   | 12,0         | 15,6         | 5,2          |
| Probleme zwischen-<br>menschlicher Be-<br>ziehungen | 33,0         | 28,1         | 18,5         |

1)

-----  
1) Nach Zoll-Hennig, S. 210

# Rundfunk und Fernsehen

Ton- und Fernseh-Rundfunkgenehmigungen in der Bundesrepublik Deutschland - Stand vom 1. Juli 1969

| Sendeanstalt                             | Hörfunk    | Fernsehen                |
|------------------------------------------|------------|--------------------------|
| Bayerischer Rundfunk<br>München          | 3 171 287  | 2 368 115                |
| Hessischer Rundfunk<br>Frankfurt am Main | 1 699 765  | 1 382 957                |
| Norddeutscher Rundfunk<br>Hamburg        | 3 708 079  | 3 110 393                |
| Radio Bremen<br>Bremen                   | 266 912    | 227 335                  |
| Saarländischer Rundfunk<br>Saarbrücken   | 325 101    | 281 966                  |
| Sender Freies Berlin<br>Berlin           | 936 745    | 742 426                  |
| Süddeutscher Rundfunk<br>Stuttgart       | 1 773 421  | 1 260 026                |
| Südwestfunk<br>Baden-Baden               | 2 081 309  | 1 594 172                |
| Westdeutscher Rundfunk<br>Köln           | 5 257 000  | 4 575 390                |
| Gesamt                                   | 19 219 619 | 15 542 780 <sup>1)</sup> |

-----  
1) Aus Rundfunk in Deutschland, Ausgabe 1969/70

#### 4. Die Konzentrationserscheinungen in der deutschen Presse

Nach dem Aufbau in den ersten Nachkriegsjahren und der allgemeinen Stabilisierung im folgenden Jahrzehnt, konnte man in der deutschen Presse eine laufend zunehmende Konzentration feststellen. Die Konzentrationserscheinung ist jedoch keine Besonderheit, die sich ausschließlich auf die Presse beschränken lässt, denn sie ist in den Bereichen der Industrie, des Handels, der Warenhäuser, Versandunternehmen, Banken und Versicherungen ebenfalls vorhanden. Die Konzentrationsbewegung im Pressewesen ist aber auch keine typisch deutsche Erscheinung, denn in den USA, in Frankreich, England, Schweden und Japan - um nur einige Länder unterschiedlicher Art zu erwähnen - ist die Konzentration der Presse, zum Teil sogar ihre Vertrustung, wesentlich weiter fortgeschritten als bei uns, ohne daß bereits ein Ende dieser Entwicklung abzusehen wäre.

Da die Presse durch ihre meinungsbildende Funktion einen wichtigen Faktor im öffentlichen Leben darstellt, ist die Konzentrationsbewegung in ihrem Bereich aufmerksam und kritisch zu betrachten. Auch der Deutsche Bundestag verfolgt dieses Problem mit besonderem Interesse. So stellte die Bundesregierung 1964 in einem Bericht fest, daß innerhalb der deutschen Industrie bereits 1960 von nur rund fünfzig Unternehmen immerhin mehr als ein Fünftel des industriellen Gesamtumsatzes bestritten wurde<sup>1)</sup>.

Eine ähnliche Tendenz stellte sich bei einer Untersuchung des Sektors "Massenmedien" heraus, die außerdem noch anstieg.

-----  
1) Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der deutschen Wirtschaft, 29. Februar 1964, Drucksache IV/2320, S. 11 ff.

Der 4. Bundestag diskutierte in seiner 124. Sitzung am 29. April 1964 über die Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Klärung der Wettbewerbsverhältnisse zwischen Funk und Presse im Interesse der Gleichgewichtigkeit und der freien Meinungsbildung zur Wahrung demokratischer Grundsätze<sup>1)</sup>. Die Vielfalt der kleinen Presse sollte erhalten bleiben. Noch im Jahre 1964 wurde dann von der Bundesregierung eine Kommission eingesetzt, um die Wettbewerbsverhältnisse der Massenmedien in Presse, Rundfunk und Fernsehen zu untersuchen<sup>2)</sup>.

Die Entscheidung zur Einsetzung einer Pressekommission war verständlich, denn die Folgen der Konzentration waren bereits sichtbar geworden. Nach Abzug von sämtlichen Neben- und Kopfausgaben war nämlich schon 1963 die Zahl der Zeitungen, die sich auf eine eigene und unterschiedliche Darstellung in redaktioneller Hinsicht berufen konnten, auf lediglich 189 abgesunken, bei immerhin 1418 Ausgaben (1954 waren es noch 225 redaktionelle Einheiten bei insgesamt 1500 Ausgaben)<sup>3)</sup>. Die Informationsmöglichkeiten in der Bundesrepublik nahmen also laufend ab.

Die Gründe zur Konzentration in der Presse sind zunächst wirtschaftlicher Natur. Stellt man in Rechnung, daß die technische Entwicklung im graphischen Gewerbe und im Bereiche der Elektronik den Kapitalaufwand der Anlagenintensität beständig erhöht, daß die Abwanderung qualifizierter Journalisten zu Hörfunk und Fernsehen durch Gehaltserhöhung abgefangen werden muß, daß die allgemeinen

-----  
1) Das Parlament, Ausgabe vom 13. Mai 1964, Nr. 20, S. 10

2) Bundesanzeiger, Ausgabe 235 von 1965, S. 6

3) Schütz W., S. 364

Vertriebskosten laufend steigen, daß sich folglich die gesamten Herstellungskosten weiter erhöhen, so ist eine zunehmende Konzentrationsbewegung zwangsläufig gegeben. Schwierig wäre die Situation jedoch dann, wenn zur wirtschaftlichen Notwendigkeit einer Konzentration publizistisches Machtstreben hinzukäme, denn jeglicher Eingriff würde zu einem Konflikt mit dem Grundgesetz führen, das den freien Wettbewerb und vor allem die Pressefreiheit garantiert.

Das Problem wird noch schwieriger, da bereits auf dem Nachrichtenmarkt eine Konzentration stattgefunden hat und wohl auch unumgänglich war. So haben sich die kleineren und wirtschaftlich noch relativ unabhängigen Zeitungsunternehmen dem "Dienst mittlerer Tageszeitungen" ( DIMITAG ) angeschlossen, der sie von Bonn aus mit Nachrichten und anderem Material versorgt<sup>1)</sup>. DIMITAG, der seinen Sitz in der Bundeshauptstadt selbst hat, versendet zu den allgemeinen Nachrichten auch noch Kommentare, Reportagen und Namensartikel<sup>2)</sup>. Der bereits 1938 gegründete DIMITAG ist wiederum eine Unterorganisation der "Standortpresse GmbH."<sup>3)</sup>.

Während die kleinen Zeitungsverlage einen eventuellen Ausbau jedoch in der Regel nur aus ihrem Gewinn finanzieren können, haben die großen Verlagskonzerne durch ihre vielschichtige Ausrichtung und ihren technisch fast unbegrenzten Möglichkeiten wirtschaftlich verschiedene Wege. Die allgemeinen Wettbewerbsmöglichkeiten sind in jeder Hinsicht ungleich, so daß die Tendenz zu den großen überregionalen Zeitungskonzernen mit ihren Nebenausgaben und Kopfblättern nicht aufzuhalten ist.

-----  
1) Kötterheinrich in Pross, S. 79

2) Meyn, S. 68

3) Böddeker, S. 175

Es gibt viele Gesichtspunkte, die für eine Konzentration sprechen und nach Kötterheinrich zählen dazu auch steuerliche: "Auch auf dem Sektor Presse hat die Tatsache, daß Konzerne steuerlich nicht zwangsläufig wie Einheitsunternehmen behandelt werden, die Organisationsform des Konzerns eindeutig begünstigt. Umfang und Tempo der Konzernbildung sind außerdem durch die sogenannten ^Konzernsteuerrechtsinstitute^ erhöht worden"<sup>1)</sup>.

Es gibt gewiss viele sachliche und objektive Gründe für eine Konzentration, was aber bei diesem Vorgang Besorgnis erregt sind die möglichen Folgen für die Gesellschaft und die Demokratie. Auch in den europäischen Nachbarländern ist dieses Problem vorhanden. So sind beispielsweise in Frankreich zwischen 1945 und 1960 rund hundert Tageszeitungen eingegangen und in England werden die Londoner Massenblätter sowie die Mehrheit der Provinzblätter von nur vier Verlegergruppen beherrscht<sup>2)</sup>. In Dänemark sind nach 1945 fast achtzig Tageszeitungen eingegangen, so daß 1966 nur noch 62 Blätter vorhanden waren, obwohl man in diesem Nachbarland kein Werbefernsehen besitzt<sup>3)</sup>. Auch in den Niederlanden ging die Zahl der selbständigen Zeitungsunternehmen in den Jahren 1950 bis 1967 von immerhin 60 auf nur 42 zurück<sup>4)</sup>.

Kötterheinrich bezeichnet die Konzentrationsgefahr für die USA als noch bedrohlicher: "In nur 89 von 1452 Städten, in denen Zeitungen erscheinen, gibt es noch eine normale Konkurrenz zwischen zwei oder mehreren Zeitungen, die verschiedenen Besitzern gehören. In vierzehn Staaten fehlt

-----

1) Kötterheinrich in Pross, S. 80

2) Kötterheinrich in Pross, S. 80

3) Meyn, S. 56

4) Meyn, S. 56

überhaupt jede Konkurrenz, während achtzehn Staaten nur eine Stadt zählen, in der zwei oder mehr unabhängige Zeitungen miteinander konkurrieren"<sup>1)</sup>. Allerdings glaubt Meyn in den USA für die Tageszeitungen ein geringes Ansteigen von Titeln feststellen zu können, die sich in den Jahren 1945 bis 1967 danach von 1749 auf 1754 leicht vermehrt haben<sup>2)</sup>.

Nach Meyn werden "das Ausmaß dieser Konzentrationstendenzen und die gegenwärtige Machtstruktur in der deutschen Presse bei einem Blick auf die großen Pressekonzerne am deutlichsten sichtbar. Von den 20,5 Millionen Tages- und Sonntagszeitungen erscheinen 50,2 Prozent bei nur fünf Verlagsgruppen. Der Springer-Konzern, dessen komplizierter Aufbau hier nicht im einzelnen dargestellt werden kann, bringt allein 39 Prozent der gesamten Auflage an Tages- und Sonntagszeitungen heraus"<sup>3)</sup>.

Interessant ist hierbei auch ein Blick auf die Zeitungs-dichte der Bundesrepublik, die in den einzelnen Ländern sehr verschieden ist. Nach Kötterheinrich "hat die Ausgangssituation nach 1945, nicht zuletzt aber die seit Jahren anhaltende Konzentrationsbewegung die Möglichkeiten des Lesers, sich durch Zeitungen über das aktuelle Geschehen in seiner engeren heimatlichen Umgebung zu unterrichten, erheblich eingeschränkt. In 101 Stadt- bzw. Landkreisen ist er auf nur eine regionale oder lokale Zeitung angewiesen. Diese Tatsache bedeutet bei insgesamt 577 Kreisen in der Bundesrepublik, daß durchschnittlich in etwa achtzehn von hundert Kreisen örtliche oder regionale Zeitungen ohne Konkurrenz sind, also faktisch ein Monopol ausüben"<sup>4)</sup>.

-----

1) Kötterheinrich in Pross, S. 80/81

2) Meyn, S. 56

3) Meyn, S. 58

4) Kötterheinrich in Pross, S. 81/82

"Schütz ermittelte, daß vor allem in dünnbesiedelten, industriearmen Landkreisen außer der Leserichte auch die Zeitungsdichte gering ist. Zeitungsmonopole bestehen vorwiegend im Alpen- und Voralpengebiet, im schwäbischen und niederbayerischen Donaugebiet, im Emsland und in der Lüneburger Heide. Es läßt sich auch hier voraussagen, daß diese Entwicklung, die ja eine Nebenerscheinung der Konzentrationsbewegung ist, in Zukunft anhalten wird"<sup>1)</sup>.

Der Hauptgrund, der nach wie vor als Ursache für die Konzernbildungen vorgegeben wird, heißt "Rationalisierung". Da die Druckauflagen ständig steigen und mit ihnen die Kosten, will man auf der anderen Seite durch die Konzentration wieder wirtschaftlicher arbeiten. Die Kosten für im Abonnement regional vertriebene Tageszeitungen betrugen pro Monatsstück 1954 noch 6,16 DM, 1967 waren die Kosten bereits auf 13,91 DM angestiegen<sup>2)</sup>. Nach Verleger Axel Springer "erfordern die Automation sowie die moderne Drucktechnik gewaltige Investitionsmittel", die praktisch nur von größeren Konzernen aufgebracht werden können<sup>3)</sup>.

Nach Meyn ist bei der "Bildung des Konzerns^Gruner und Jahr GmbH. & Co.^" offen erklärt worden, daß steuerliche Gründe eine wichtige Rolle gespielt haben. Der Konzern spart zum Beispiel jährlich allein vier Millionen Mark Umsatzsteuer dadurch, daß der Druckereibesitzer Gruner nunmehr mit den Verlegern Jahr und Bucerius die Druckkosten intern abrechnen kann und deshalb für seine Lohn-druck-Umsätze keine Steuern mehr bezahlen muß<sup>4)</sup>. Als weitere Begründung wird die "wirtschaftliche Vorsorge für Krisenzeiten" und der Wille hervorgehoben, "auch finanzschwache Zeitungen am Leben zu erhalten"<sup>5)</sup>. Bedenklich sind jedoch nicht die Gründe, sondern die möglichen Folgen der Konzernbildungen.

-----

1) Kötterheinrich in Pross, S. 82

2) Meyn, S. 57  
Zeitungs-Verlag und Zeitschriften-Verlag, Heft 51/52, 1967, S. 2283

3) Meyn, S. 57; Christ und Welt, Sonderdruck, März 1966, S. 5

4) Meyn, S. 57/58

5) Meyn, S. 58

## Der Springer-Konzern

Im April 1946 erhielt Axel Springer zusammen mit seinem Vater die Lizenz für die Zeitschrift "Nordwestdeutsche Hefte", innerhalb von zwanzig Jahren wurde er inzwischen Chef des größten europäischen Pressekonzerns<sup>1)</sup>. Die Entwicklung des Springer-Unternehmens zu einem Groß-Konzern ist jedoch kompliziert und in sich sehr verschachtelt, so daß die eigentlichen Besitzverhältnisse für einen Außenstehenden kaum durchschaubar sind.

Nach Kötterheinrich ist es "kennzeichnend für die großen deutschen Verleger, daß sie ihre Objekte - aus welchen Gründen auch immer - nicht in einem Super-Verlag, sondern in mehreren Verlagen, die zudem meistens eine unterschiedliche wirtschaftsorganisatorische Struktur aufweisen, herausbringen. Gerade der Springer-Konzern bietet dafür ein Beispiel"<sup>2)</sup>.

Axel Springer beherrscht nach Kötterheinrich "zehn Verlage. Die größten und bekanntesten sind der Axel-Springer-Verlag GmbH.; die Axel Springer & Sohn KG, Verlag und Druckerei; Die Welt Verlagsgesellschaft; die Hammerich & Lesser KG, Verlag und Druckerei, alle mit Sitz in Hamburg; und in Berlin unter anderem die Ullstein GmbH., Verlag und Druckerei. Die einzelnen Häuser sind eng miteinander verflochten. So wird beispielsweise der Ullstein-Verlag zu 78 Prozent von Hammerich & Lesser getragen, zu 15 Prozent vom Axel-Springer-Verlag und zu 7 Prozent von der Ullstein GmbH., an der die eigentlichen Ullstein-Erben aber offenbar nicht mehr beteiligt sind. Die Hammerich & Lesser KG aber, die - wie gesagt - zu 78 Prozent den Ullstein-Verlag trägt, hat mit 20 Prozent den Axel-Springer-Verlag als Komplementär, mit 65 Prozent Axel Cäsar Springer persönlich und mit 15 Prozent

-----  
1) Wegner, S. 2  
Müller, Hans Dieter, S. 52 ff.

2) Kötterheinrich in Pross, S. 83

den Hamburger Verleger Andreas Voß als Kommanditisten. Der Axel-Springer-Verlag, zu 15 Prozent am Ullstein-Verlag beteiligt, wiederum gehört zu 100 Prozent Axel Springer selbst<sup>1)</sup>. Dieses Beispiel aus dem "Flechtwerk" des großen Springer-Konzerns zeigt, wie fast undurchsichtig verwoben die Beteiligungsverhältnisse solcher Riesenkonzerne in der Regel sind.

Nach Böddeker gehören zum Bereiche des Verlagshauses Axel Springer und den angeschlossenen Verlagen: Bild-Zeitung, Bild am Sonntag, Hamburger Abendblatt, Die Welt, Welt am Sonntag, BZ, Berliner Morgenpost, Hör zu, Funk-Uhr, Das Neue Blatt, Eltern, Bravo, OK, Twen, Kicker - die Sportrevue, Bauwelt, echo - Europäische Industrie- und Handelszeitung ( in vier Sprachen ), Adhäsion, Schleif- und Poliertechnik, die Buchverlage Propyläen Verlag und Ullstein Verlag. Außerdem ist das Verlagshaus mehrheitlich an der Mittag-Verlagsgesellschaft mbH & Co. in Düsseldorf beteiligt<sup>2)</sup>.

Hierzu ist jedoch zu bemerken, daß der Axel-Springer-Konzern 1968 die Zeitschriften "Jasmin", "Eltern", "**Bravo**" und "twen" an den Christian Belser-Verlag in Stuttgart sowie "Das Neue Blatt" an den Heinrich Bauer-Verlag in Hamburg verkauft hat<sup>3)</sup>. Da es sich bei diesem Verkauf um gutgehende Zeitschriften handelte, erregte die Verkaufsaktion 1968 beträchtliches Aufsehen.

In diesem Zusammenhang ist jedoch ein Beschluß der "Pressekommission", die von der Bundesregierung eingesetzt wurde, mehr als interessant. Die Pressekommission hat nämlich am 22. Mai 1968 unter dem Vorsitz des Präsidenten des Bundeskartellamtes, Dr. Eberhard Günther, mit Mehrheit entschieden,

-----

1) Kötterheinrich in Pross, S. 84

2) Böddeker, S. 157 ( Das Buch ist 1967 erschienen )

3) Der Journalist, Ausgabe vom Juli 1968, Nr. 7, S. 13

"daß eine Gefährdung der Meinungsfreiheit im Pressewesen vorliegt, wenn ein Unternehmen einen Marktanteil von 20 % und mehr an der Gesamtauflage der deutschen Tagespresse ( einschließlich der politischen Wochenzeitungen ) besitzt und daß eine unmittelbare Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit bei 40 % und mehr am Marktanteil angenommen werden muß. Das gleiche gilt nach Auffassung der Pressekommission für den Bereich der Publikumszeitschriften. Gibt ein Presseunternehmen gleichzeitig Tageszeitungen und Publikumszeitschriften heraus, und erreicht dieses Unternehmen in einem der beiden Bereiche einen Marktanteil von 20 %, dann ist die Gefährdung im anderen Bereich schon bei einem Marktanteil von 10 % gegeben. Erreicht ein solches Unternehmen in einem der beiden Bereiche einen Marktanteil von 40 %, dann ist die Gefährdung im anderen Bereich schon bei einem Marktanteil von 15 % gegeben"<sup>1)</sup>.

Axel Springer selbst bestritt nach JOURNALIST, daß seine Zeitschriftenverkäufe durch die Entscheidungen der Pressekommission veranlasst worden wären, sondern von folgenden Gründen: "1. Er habe das Gefühl gehabt, daß das Unternehmen zu groß geworden sei, um von ihm noch übersehen und geführt werden zu können; 2. die Entwicklung von "Jasmin" und "Neues Blatt" hätte seinen Vorstellungen nicht entsprochen, er habe sie aber nicht mehr zurückdrehen können"<sup>2)</sup>.

Im Hinblick auf die Feststellungen der Pressekommission einerseits und auf die Begründung Axel Springers zu seinem Zeitschriftenverkauf andererseits, ist ein Blick auf die Marktstellung des Springer-Konzerns zweckmäßig.

-----  
1) Der Journalist, Ausgabe vom Juni 1968, Nr. 6, S. 2

2) Der Journalist, Ausgabe vom Juli 1968, Nr. 7, S. 13

Die Marktstellung des Springer-Konzerns ( um 1966 )

| Gattungen                  | Anteil des<br>Springer-<br>Konzerns<br>% | Rest der<br>Gesamt-<br>auflage<br>% | dieser Rest<br>verteilt sich auf:<br>... Verlage bzw.<br>... Zeitungen |
|----------------------------|------------------------------------------|-------------------------------------|------------------------------------------------------------------------|
| Tageszeitungen             | 39                                       | 61                                  | 489                                                                    |
| Überregionale<br>Zeitungen | 81,5                                     | 18,5                                | 9                                                                      |
| Sonntags-<br>zeitungen     | 90                                       | 10                                  | 3                                                                      |
| Programm-<br>zeitschriften | 48                                       | 52                                  | 10                                                                     |
| "Soraya-<br>Blätter"       | 28                                       | 72                                  | 6                                                                      |

1)

Marktstellung des Springer-Konzerns  
in Berlin und Hamburg ( Tageszeitungen ) ( um 1966 )

| Stadt   | Verkaufte<br>Gesamtauflage | Verkaufsauflage<br>des Springer-<br>Konzerns | Anteil des<br>Springer-<br>Konzerns % |
|---------|----------------------------|----------------------------------------------|---------------------------------------|
| Berlin  | 1 017 901                  | 676 453 +)                                   | 66,5 +)                               |
| Hamburg | 1 388 607                  | 937 154                                      | 67,5                                  |

+ ) = ohne "Die Welt"

2)

-----  
1) Nach Wegner, S. 3

2) Nach Wegner, S. 3

Vergleicht man den Beschluß der Pressekommission<sup>1)</sup> mit der Statistik über die Marktstellung des Springer-Konzerns<sup>2)</sup>, die Wegner 1966 veröffentlicht hat, so erscheint der Zeitschriftenverkauf Axel Springers vom Sommer 1968 als logisch, wenn nicht zwingend.

Ergänzend ist hier zu vermerken, daß inzwischen bei den betreffenden Zeitschriften eine weitere Verschiebung stattgefunden hat. "Jasmin", "twen" und "Eltern" ( "Eltern" vereinigt mit "es" ) werden nunmehr vom Kindler & Schiermeyer-Verlag ( GmbH. ) in München und "Bravo" vom Verlag Th. Martsens & Co. GmbH., ebenfalls in München, herausgegeben, während das "Neue Blatt" beim Heinrich Bauer-Verlag in Hamburg verblieb<sup>3)</sup>. Diese neuerliche Verschiebung zeigt, daß der Markt heute ständig in Bewegung ist. Da die internen Verlagsverbindungen wirtschaftlicher und anderer Art aber längst nicht alle bekannt sind, kann man die Besitzverhältnisse nicht immer klären. Entscheidend sind bei diesen Betrachtungen indessen nicht die Zugehörigkeiten der einzelnen Blätter, sondern vielmehr die Gesamtzusammenhänge und großen Marktstellungen.

Interessant ist hier auch eine Stellungnahme vor dem Deutschen Bundestag: "Zum Schlußbericht der von der Bundesregierung am 13. März 1967 eingesetzten Kommission zur Untersuchung der Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz von Presseunternehmen und der Folgen der Konzentration für die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland ( Pressekommission ) hat die Bundesregierung am 20. Februar 1969 gegenüber dem Deutschen Bundestag dazu Stellung genommen, daß die Pressefreiheit in der BRD augenblicklich noch nicht beeinträchtigt sei, die weitere Entwicklung aber sorgfältig beobachtet werden müsse"<sup>4)</sup>.

-----  
1) S. 175 vorher

2) S. 176 vorher

3) IVW-Auflagenliste II / 1970

4) Jahresbericht der Bundesregierung, Band 1969, S. 133

### Andere Pressekonzerne in der BRD

Neben dem Springer-Konzern gibt es noch eine Reihe weiterer Pressekonzerne in der Bundesrepublik, die ebenfalls eine beachtliche Ausdehnung besitzen:

#### Bauer-Konzern Hamburg

Zum Bereich des Heinrich Bauer-Verlages in Hamburg gehören die Zeitschriften: Neue Revue, Quick, TV-Hören und Sehen, Neue Post, Praline, Musik-Parade und Neue Mode<sup>1)</sup>. Ferner zählen dazu: Bravo, Wochenende, Fernsehwoche, Das Neue Blatt, nach Angabe des Unternehmens<sup>2)</sup>.

#### Burda-Konzern Offenburg

Zum Bereich des von Franz Burda kontrollierten Unternehmens Burda Druck und Verlag GmbH. in Offenburg gehören: Bunte Illustrierte ( mit Münchner/Frankfurter ), Bild und Funk, Freundin mit Film-Revue, Das Haus ( Ausgaben A und B ). In dem von Aenne Burda geleiteten Modeverlag in Offenburg erscheint: Burda-Moden ( 1,2 Mill. Exemplare monatlich )<sup>3)</sup>.

#### Gruner & Jahr-Konzern Hamburg

In der Gruner & Jahr GmbH. & Co. in Hamburg besitzen Richard Gruner 39,5 Prozent, John Jahr 32,25 Prozent und Gerd Bucerius 28,25 Prozent der Anteile. In diesem Unternehmen erscheinen: Stern, Die Zeit, Constanze und Brigitte, Petra, Schöner Wohnen und Capital<sup>4)</sup>. Brigitte und Constanze sind seit 1. Januar 1970 zusammengelegt worden<sup>5)</sup>.

-----

1) Nach Böddeker, S. 156

2) Heinrich Bauer-Verlag, Vertriebsleitung, Brief vom 6. April 1970

3) Nach Böddeker, S. 156

4) Nach Böddeker, S. 156 / 157

5) Gruner & Jahr GmbH. & Co., Geschäftsleitung, Brief vom 20. März 1970

#### Süddeutsche Verlags GmbH. München

Die Süddeutsche Verlagsgesellschaft mbH. in München wird von den Gesellschaftern Werner Friedmann, Edmund Goldschagg, Karen Seidlein, Alfred Schwingenstein und Hans Dürrmeier kontrolliert. Das Unternehmen gibt heraus: Süddeutsche Zeitung, Schule und Jugend, Hotel Mosaik und Reiseziel München/Oberbayern. Der Gesellschaft gehören ein Buchverlag und die Graphische Kunstanstalt K. Wenschow GmbH. in München und über die Gesellschafter Friedmann und Dürrmeier der Verlag Abendzeitung GmbH. & Co. KG in München. Die Gesellschaft ist nach Böddeker ferner beteiligt mit 75 % an der Arbeitsgemeinschaft der Verlage A. Mondadori und Süddeutscher Verlag ( Zeitschrift Epoca), mit 50 % an der Bayerischen Staatszeitung GmbH., mit ebenfalls 50 % an der Europa Fachpresse Verlags GmbH. ( werben und verkaufen, Messekurier, Elektronik-Journal), mit 33,3 % an der Stuttgarter Nachrichten-Verlagsgesellschaft und mit 25 % an dem Buchverlag Paul List Verlag KG in München<sup>1)</sup>.

#### Konzentration GmbH, Bad Godesberg

Die Konzentration GmbH. in Bad Godesberg ist nach dem Springer-Konzern und dem Gruner & Jahr-Konzern nach Böddeker das drittgrößte Presseunternehmen in der BRD und wird von einer politischen Partei beherrscht, nämlich von der SPD. Zu diesem Unternehmen gehören 25 Verlags- und Druckhäuser, fünf Buch- und Zeitschriftenverlage, acht weitere Unternehmen und ca. 10 000 Beschäftigte. Die Gesamtauflage von 26 Tages- und Wochenzeitungen beträgt 1,4 Millionen Exemplare, der Jahresumsatz über 300 Millionen DM. Das Unternehmen wurde am 22. Juli 1950 gegründet. Geschäftliche Verflechtungen gibt es mit dem Deutschen Gewerkschafts-Bund ( DGB )<sup>2)</sup>.

-----  
1) Böddeker, S. 157/158

2) Böddeker, S. 159 ff. und  
Meyn, S. 53 ff.

### Der publizistische Apparat des DGB

Nach Böddeker bzw. Friedl hat sich der Deutsche Gewerkschaftsbund einen "publizistischen Apparat geschaffen, der in der BRD seinesgleichen sucht. In der BRD erschienen 1963 etwa 80 gewerkschaftliche Zeitungen und Zeitschriften mit einer Gesamtauflage von mehr als 8 Millionen. Unter Berücksichtigung der Erscheinungsweise ergibt sich nach Feststellung des Deutschen Industrieinstituts eine Monatsauflage von fast 15 Millionen Exemplaren. Jahr für Jahr wenden sich somit die Gewerkschaften rund 180millionenmal mit Zeitungen und Zeitschriften an die Öffentlichkeit"<sup>1)</sup>. Böddeker unterscheidet dabei zwischen "der Öffentlichkeitsarbeit des DGB und den wirtschaftlichen Unternehmen (Verlagen), die unter Leitung von Funktionären des DGB und in Abhängigkeit vom DGB-Bundesvorstand im Sinne gewerkschaftlicher Zielsetzungen die öffentliche Meinung beeinflussen"<sup>2)</sup>. Zu diesem publizistischen Apparat zählen eine Vielfalt von Verlagen, Verlagsobjekten, Institutionen und Publikationen.

### Verein Union-Presse

Da die CDU keine eigene Tageszeitung besitzt, wurde 1947 von Verlegern und Journalisten, die der CDU angehören oder ihr nahestehen, der "Verein Union-Presse" gegründet. Nach Meyn sind "die Zeitungen des Vereins wirtschaftlich selbständige, ohne organisatorische Verbindung mit der Partei arbeitende Unternehmen, die sich unter anderem die gemeinsame Behandlung von Tagesfragen zum Ziel gesetzt haben. Einschließlich aller Bezirks- und Lokalausgaben erreichen die Zeitungen des Vereins eine Auflage von rund einer Million Exemplare"<sup>3)</sup>.

-----

1) Böddeker, S. 163 ( Friedl, Gerhard A., Die Gewerkschaften als Unternehmer, 3. A., Stuttgart 1964, S. 176 )

2) Böddeker, S. 163

3) Meyn, S. 52/53

Arbeitsgemeinschaften Standortpresse/Regionalpresse  
Die Standortpresse GmbH. in Bonn besteht seit 1. Januar 1965 und ist Dachorganisation für Institutionen der Heimatpresse mit dem Ziel, "gemeinsames Auftreten im Wettbewerb". Die Gesellschaft zählt 110 Mitgliedsverlage und hat eine tägliche Auflage von rund 2,5 Millionen Exemplaren sowie drei Unterorganisationen, nämlich den "Dienst mittlerer Tageszeitungen" ( DIMITAG ), von dem bereits die Rede war<sup>1)</sup>, die "Arbeitsgemeinschaft mittlerer Tageszeitungen" ( AMT ) für verlegerische, werbliche, vertriebliche und technische Fragen ( 1954 gegr. ) und schließlich die "Zeitungsgemeinschaft für Marktforschung und Absatzförderung" ( ZMA ), die 1962 gegründet wurde<sup>2)</sup>.

Regionalpresse ist eine Arbeitsgemeinschaft regionaler Abonnementszeitungen mit dem Sitz in Frankfurt am Main. Nach Böddeker gehören der Arbeitsgemeinschaft "68 Verlage mit 72 Zeitungen mit etwa 8,04 Millionen täglich verkaufter Auflage an ( 4. Quartal 1965 ). Ihr Verbreitungsgebiet umfaßt 427 der 535 Stadt- und Landkreise der Bundesrepublik und West-Berlins"<sup>3)</sup>.

### Anzeigenringe

Zahlreiche Zeitungsverlage haben sich zu einem sogenannten "Anzeigenring" zusammengeschlossen, wodurch sie ihre Anzeigengeschäfte gemeinschaftlich organisieren und verwalten können. 1966 waren es insgesamt 22 Ringe, in diesen Anzeigenringen wiederum waren insgesamt 255 Zeitungen mit einer Verkaufsauflage von 1,7 Millionen Exemplaren organisiert<sup>4)</sup>.

-----  
1) S. 169

2) Böddeker, S. 175 ff. und S. 180 ff.

3) Böddeker, S. 180 ff.

4) Böddeker, S. 183 ff.  
IVW-Auflagenliste III / 1966

### Konfessionelle Bestrebungen

Auch im Bereiche der konfessionellen Presseunternehmen glaubt Böddeker eine beginnende Konzentration feststellen zu können. Die Arbeitsgemeinschaft Kirchliche Presse e.V. erreicht mit 22 Bistumsblättern in der katholischen Kirche bereits eine Auflage von 2,4 Millionen Exemplaren, die katholischen Familien- und Wochenblätter liegen um 2 Millionen Exemplare. In der Bundesrepublik kann man 450 katholische und über 250 evangelische Zeitschriften und Blätter erhalten.<sup>1)</sup> Sollte sich folglich in den Verlagskreisen der beiden großen Kirchen in Deutschland eine engere Zusammenarbeit in organisatorischer Hinsicht vollziehen, so kann durchaus von konfessionellen Konzernen gesprochen werden.

Neben diesen größeren Konzernbildungen in der Bundesrepublik gibt es noch eine ganze Reihe kleinerer Vertriebsorganisationen. Außerdem sind noch mehrere Verlegergruppen vorhanden, die zwar im strengen Sinne keinen Konzern bilden, aber doch eine gewisse Zusammenarbeit betreiben.

### Zusammenfassend

kann man feststellen, daß sich die Konzentrationserscheinungen in der deutschen Nachkriegspresse mit Anfang der fünfziger Jahre bemerkbar machten, während der Zeitschriftenmarkt den Zeitungen erst mit einigem Abstand folgte. Die Pressekonzentration wurde seit ihrer Existenz bis heute immer wieder in den Parteien, Verleger- und Journalistenkreisen sowie in der Öffentlichkeit diskutiert. Das nahezu einzig brauchbare Ergebnis zu diesem Problemkreis scheint die Pressekommission der Bundesregierung erbracht zu haben, wie es bereits vorher erwähnt wurde<sup>2)</sup>.

-----

1) Böddeker, S. 199

2) s. S. 174/175

Mit der Feststellung, daß einem bestimmten Marktanteil eines Konzerns auch eine Gefährdung bzw. unmittelbare Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit entspreche, wurde sicherlich der wesentlichste Punkt der ganzen Problematik angesprochen. Die Konzentration selbst kann nicht verhindert werden, weil sie zu einem großen Teil eine wirtschaftliche Notwendigkeit geworden ist. Ihre schrankenlose Ausbreitung muß jedoch durch bestimmte Grenzen verhindert werden, wenn nicht die Pressefreiheit, Informationsmöglichkeit und allgemeine Meinungsbildung sowie der gesamte Demokratisierungsprozeß unserer Gesellschaft unübersehbaren Schaden erleiden soll.

# Allgemeine Statistik zur Pressekonzentration

Publizistisch selbständige Zeitungseinheiten und Zeitungs-  
ausgaben in den Jahren 1954 und 1963

A = Redaktionelle Einheiten / Politische Hauptredaktion

B = Zeitungsausgaben

| Bundesland                                | Dezember 1954 |      | Juni 1963 |      |
|-------------------------------------------|---------------|------|-----------|------|
|                                           | A             | B    | A         | B    |
| Baden-Württemberg                         | 33            | 247  | 28        | 233  |
| Bayern                                    | 45            | 316  | 36        | 290  |
| West-Berlin                               | 10            | 23   | 8         | 20   |
| Bremen                                    | 3             | 16   | 2         | 3    |
| Hamburg                                   | 10            | 23   | 6         | 17   |
| Hessen                                    | 30            | 144  | 28        | 139  |
| Niedersachsen                             | 27            | 155  | 22        | 164  |
| Nordrhein-Westfalen                       | 41            | 411  | 33        | 371  |
| Rheinland-Pfalz                           | 13            | 89   | 11        | 92   |
| Saarland                                  | -             | -    | 2         | 13   |
| Schleswig-Holstein                        | 13            | 76   | 13        | 76   |
| Bundesgebiet und<br>West-Berlin insgesamt | 225           | 1500 | 189       | 1418 |

1)

Nach Wegner ist es bemerkenswert, "daß von den 189 re-  
daktionellen Einheiten im Jahre 1963 nur 88 insgesamt  
85 Prozent der täglichen Gesamtauflage der deutschen Presse  
bestimmen und demnach 101 redaktionelle Einheiten nur  
16,2 Prozent der Gesamtauflage". "Bis Anfang des Jahres  
1966 war die Zahl ( der redaktionellen Einheiten ) auf  
178 weiter zurückgegangen"2).

-----

1) Nach Walter J. Schütz in Wegner, S. 4

2) Wegner, S. 5

## 5. Das deutsche Presserecht nach 1945

Nach dem allgemeinen Zusammenbruch 1945 hatte in Deutschland noch immer das alte "Reichspreßgesetz" aus dem Jahre 1874 Geltung, das längst überholt war. Bereits in der Weimarer Republik war von den Berufsverbänden der Presse mit dem zuständigen Reichsinnenministerium über die Neuschaffung eines zeitgemäßen Presserechts verhandelt worden<sup>1)</sup>. Mit dem Ende der Weimarer Republik blieben jedoch auch diese Bestrebungen unerfüllt.

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches, als die deutsche Presse neu erstand und sich mit dem Wegfall der Lizenzierung durch die Alliierten wieder richtig entfalten konnte, stellte sich immer mehr heraus, daß das alte Reichspressesgesetz von 1874 weder den neuen Gegebenheiten im Pressewesen, noch der veränderten Stellung der Presse in Demokratie und Gesellschaft entsprach. Die eigentliche Wende trat jedoch erst 1949 ein.

Leider gab es keinen völligen und geschlossenen Neubeginn, sondern Teillösungen auf Raten. Zunächst trat das neue "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" in Kraft, dessen Artikel 5 Absatz 1 lautet: "Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt"<sup>2)</sup>. Von diesem Grundrecht ausgehend gaben sich die Länder Bayern, Hessen und Nord-Württemberg/Nordbaden neue Pressegesetze<sup>3)</sup>.

-----  
1) Löffler, Presserecht, Band II, S. 2

2) Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, S. 76

3) Löffler, Presserecht, Band II, S. 2

Doch gleichzeitig mit dem Absatz 1 des Artikel 5, trat auch der Absatz 2 ( Artikel 5 ) des Grundgesetzes in Kraft: "Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre"<sup>1)</sup>. Ferner auch der Artikel 18 des Grundgesetzes: "Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit ( Artikel 5 Absatz 1 ) ..... zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen"<sup>2)</sup>. Dies bedeutete, daß sowohl der Absatz 2 des Artikel 5 als auch der Artikel 18 ( GG ) die allgemeinen Grundrechte vom Absatz 1 Artikel 5 einschränkten.

Diese Einschränkungen ergaben in der Folgezeit zahlreiche Konflikte, die erst seit 1956 durch die für das Presse-recht richtungsweisende Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts näher geklärt werden konnten<sup>3)</sup>. Da die Weimarer Verfassung das Grundrecht der "Informationsfreiheit" nicht kannte, das nunmehr erstmals mit dem Grundgesetz ( Artikel 5 Absatz 1 ) in das deutsche Verfassungsleben Eingang fand<sup>4)</sup>, war eine gewisse Praxis und Anlaufzeit für die nähere Auslegung der Gesetze notwendig. Dies wiederum hatte zur Folge, daß die Landespressegesetze von 1949 später wieder abgeändert werden mußten, mit Ausnahme des Landes-pressegesetzes von Bayern, das unverändert bis heute Gültigkeit besitzt <sup>5)</sup>.

-----

- 1) Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, S. 77
- 2) Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, S. 80/81
- 3) Löffler, Presserecht, Band II, S. 1/2  
Meyn, S. 16  
Schmid in Pross, S. 235/236  
Bundesverfassungsgericht, Lüth-Urteil, Entsch. d. BVerfG  
Bd. 7 Nr. 28, 1958, S. 208
- 4) Löffler, Presserecht, Band I, S. 49/50
- 5) Löffler, Presserecht, Band<sup>II</sup>, S. 5

Bedauerlich ist vor allem, daß die Reformversuche der süddeutschen Länder und Hessens von den übrigen nord-deutschen Bundesländern nicht sofort aufgegriffen wurden, so daß eine weitgehende Zersplitterung des Presserechts eintrat. Damit wurde leider die **Chance** verspielt, in der Bundesrepublik von Anfang an ein einheitliches Presserecht zu besitzen, das wie das Reichspressegesetz von 1874 für das gesamte Staatsgebiet Gültigkeit besaß. Wenn auch später eine gewisse Abstimmung erfolgte, hat die Bundesrepublik Deutschland heute dennoch elf verschiedene Landespressegesetze, die im Wortlaut voneinander abweichen.

Die Landespressegesetze von 1949 konnten zum Teil der veränderten Stellung der Presse in Staat und Gesellschaft noch nicht in jedem Punkte Rechnung tragen. Um diese Lücke zu schließen, berief der hessische Ministerpräsident Zinn Anfang 1958 eine eigene Kommission ein, die sich aus Politikern, Sachreferenten, Wissenschaftlern, Verlegern und Journalisten zusammensetzte. Diese Kommission erarbeitete ein modernes Pressegesetz, das in der Fassung vom 20. November 1958 vom Hessischen Landtag mit Mehrheit gebilligt wurde<sup>1)</sup>. Dieses hessische Landespressegesetz von 1958 und das bayerische Landespressegesetz von 1949 diente für die Landespressegesetze der anderen Bundesländer, die in der Regel in den Jahren 1964 bis 1966 geschaffen wurden, als Vorbild. Mit einer Novelle vom 22. Februar 1966 wurde vom Hessischen Landtag Jahre später auch noch das "Zeugnisverweigerungsrecht" geregelt<sup>2)</sup> und das Landespressegesetz von 1958 damit positiv vervollständigt.

-----

1) Löffler, Presserecht, Band II, S. 2

2) Löffler, Presserecht, Band II, S. 3

Die Bestrebungen, ein modernes und alle Bundesländer umfassendes und einheitliches Presserecht zu schaffen, wie es später von 1964 bis 1966 teilweise erreicht wurde, gingen vom Land Schleswig-Holstein aus. Nachdem die Erstellung eines Bundespresse-Rahmengesetzes aussichtslos schien, schlug 1958 der "Verein Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverleger" dem damaligen Landesinnenminister Dr. Helmut Lemke<sup>1)</sup> in der Form eines Gutachtens eine Neuordnung des Presserechts vor. Da dieser Entwurf auch für andere Bundesländer als geeignet erschien, legte ihn Minister Lemke der "Ständigen Innenministerkonferenz der Bundesländer" vor, in der er damals den Vorsitz hatte, und reichte den Entwurf schließlich auch im Juli 1959 an den Deutschen Presserat weiter<sup>2)</sup>.

In seiner Stellungnahme vom 3. Oktober 1959 hielt der Deutsche Presserat fest, daß es notwendig sei, einer weiteren Zersplitterung des Presserechts entgegenzuwirken und auf eine Vereinheitlichung hinzuwirken. Die bereits bestehenden Landespressegesetze von Bayern ( 1949 ) und Hessen ( 1958 ) wurden als Vorbild empfohlen. Gleichzeitig schlug der Presserat verschiedene Leitsätze vor, die später Bedeutung erlangten. Dazu gehörten Vorschläge wie das Verbot des Standeszwanges in der Presse, die Zulassungsfreiheit, die Anerkennung der öffentlichen Aufgabe der Presse sowie der Informationsanspruch gegenüber den verschiedenen Behörden, die Trennung zwischen dem redaktionellen Teil und der Werbung und das volle Zeugnisverweigerungsrecht der Presse nach dem Vorbild des bayerischen Landespressegesetzes<sup>3)</sup>. Auch die Beschlagnahmeregulung des hessischen Landespressegesetzes<sup>4)</sup> von 1958 wurde empfohlen vom Deutschen Presserat<sup>5)</sup>.

-----  
1) Anmerkung: Derzeit Ministerpräsident in Schleswig-Holstein

2) Löffler, Presserecht, Band II, S. 3

3) Bayerisches Landespressegesetz, § 12

4) Hessisches Landespressegesetz, §§ 13 bis 21

5) Löffler, Presserecht, Band II, S. 3.

Nach Löffler bekannte sich der Leitsatzkatalog des Presserates ferner "zur Verpflichtung der Presseverlage, in regelmäßigen Zeitabständen die gesellschaftsrechtlichen Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse offenzulegen, lehnte aber die Normierung der Wahrheitspflicht der Presse wegen der damit verbundenen unübersehbaren Eingriffsmöglichkeiten ebenso ab wie eine Legaldefinition der Pressefreiheit, um nicht die lebendige Weiterentwicklung durch Wissenschaft und Rechtsprechung zu unterbinden"<sup>1)</sup>.

Die Ständige Innenministerkonferenz nahm die Leitsätze des Deutschen Presserates entgegen und setzte einen Arbeitsausschuß ein, dem die Innenminister von Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Hamburg angehörten. Diese Dreierkommission sollte bis 1960 einen sogenannten Mustergesetzesentwurf erstellen, der auf den Landespressegesetzen von Bayern und Hessen basieren sollte. Die Kommission nahm dazu auch Kontakt auf mit dem Deutschen Journalisten-Verband e.V., der Deutschen Journalisten-Union, dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e.V. und dem Verband Deutscher Zeitschriftenverleger e.V.<sup>2)</sup>.

Die Ständige Innenministerkonferenz der Länder billigte den Modellentwurf der Dreierkommission von 1960, der die Wünsche des Deutschen Presserates weitgehend berücksichtigt hatte. Sie leitete den Entwurf an den Bundesinnenminister, den Bundesjustizminister und an die Landesjustizbehörden weiter. Der Modellentwurf wurde jedoch zunächst durch zahlreiche Einsprüche wieder aufgeschoben, so daß die Innenministerkonferenz im Oktober 1962 erneut einen Arbeitsausschuß einsetzen mußte, dem diesmal Vertreter der Länder Schleswig-Holstein, Bayern und Niedersachsen angehörten.<sup>3)</sup>

-----  
1) Löffler, Presserecht, Band II, S. 3

2) Löffler, Presserecht, Band II, S. 3

3) Löffler, Presserecht, Band II, S. 3/4

Die Kommission, auf die Vertreter der Länder Hamburg und Nordrhein-Westfalen bald erweitert, versuchte den Modellentwurf von 1960 mit den Einwendungen in Einklang zu bringen. Der neue Entwurf wurde schließlich am 1. Februar 1963 von der Ständigen Innenministerkonferenz angenommen und an die Landesregierungen weitergeleitet.

Der freiheitliche Modellentwurf von 1960 war jedoch durch die Überarbeitung von 1963 teilweise sehr eingeengt worden, vor allem auch bezüglich des Informationsanspruches der Presse. Auch das Zeugnisverweigerungsrecht sowie das Beschlagsnahmerecht durch die Justizbehörden waren nicht bzw. unzureichend geregelt. Der Deutsche Presserat erhob deshalb nachdrücklich Bedenken, dennoch konnte der Entwurf von 1963 als ein positiver Beitrag für ein zeitgemäßes Presserecht betrachtet werden. Die Berufsverbände der Presse versuchten deshalb, bei den Beratungen in den einzelnen Landesparlamenten den verlorenen Boden wiederzugewinnen. Da dies jedoch nur unterschiedlich gelang, kam es zur heutigen Situation, daß nämlich die einzelnen Landespressegesetze im Wortlaut jeweils voneinander abweichen und auch sinngemäß nur bedingt übereinstimmen<sup>1)</sup>.

Als sich diese Situation im Ansatz abzuzeichnen begann, trafen auf Vorschlag des Landtags von Baden-Württemberg am 6. August 1963 in Stuttgart die Presserechtsreferenten der Länder zu einer sogenannten Koordinierungssitzung zusammen. Im letzten Augenblick konnte man sich hier wenigstens in den wesentlichsten Punkten auf eine Linie einigen, von der Frage des Zeugnisverweigerungsrechtes allerdings abgesehen<sup>2)</sup>.

-----

1) Löffler, Presserecht, Band II, S. 4

2) Löffler, Presserecht, Band II, S. 5

Erst jetzt war die Grundlage für die Verabschiedung der Pressegesetze in den Landesparlamenten gegeben. Wenn auch kein einheitliches Pressegesetz erreicht worden war, so verfügte man nun doch über Landespressegesetze, die zumindest einigermaßen aufeinander abgestimmt waren. Diesen Fortschritt galt es zu nutzen.

Die Parlamente der deutschen Länder verabschiedeten in den Jahren 1964, 1965 und 1966 jeweils ihre eigenen Landespressegesetze. Eine Ausnahme bildete das Land Bayern, das an seinem "freiheitlichen Pressegesetz von 1949 festhielt". Das Land Hessen hatte 1966 eine Ergänzung für sein Pressegesetz von 1958 beschlossen<sup>1)</sup> Die einzelnen Pressegesetze wurden wie folgt verabschiedet:

|                                                                       |                |
|-----------------------------------------------------------------------|----------------|
| Bayern                                                                | 3. 10. 1949 +) |
| Baden-Württemberg                                                     | 14. 1. 1964    |
| Schleswig-Holstein                                                    | 19. 6. 1964    |
| Hamburg                                                               | 29. 1. 1965    |
| Bremen                                                                | 16. 3. 1965    |
| Niedersachsen                                                         | 22. 3. 1965    |
| Saarland                                                              | 12. 5. 1965    |
| Rheinland-Pfalz                                                       | 14. 6. 1965    |
| Berlin                                                                | 15. 6. 1965    |
| Hessen: Ergänzung des<br>Gesetzes vom 20.11.1958<br>durch Novelle vom | 22. 2. 1966    |
| Nordrhein-Westfalen                                                   | 24. 5. 1966    |

2)

+ ) Bis heute unverändert

-----  
1) Löffler, Presserecht, Band II, S. 5

2) Löffler, Presserecht, Band II, S. 5

### Die modernen Landespressegesetze

waren nun zwar geschaffen, doch sie hatten Vor- und Nachteile. Mit den neuen Landespressegesetzen, die in den zwei Jahren von 1964 bis 1966 verabschiedet wurden, sollten vor allem drei Ziele erreicht werden: Das alte Reichspressegesetz von 1874 sollte durch ein zeitgemäßes Presserecht abgelöst werden, das neue Presserecht sollte die Rechtseinheit im Pressewesen in der ganzen Bundesrepublik herstellen und die Landespressegesetze sollten den freiheitlichen Geist des Grundgesetzes verwirklichen, und zwar im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Artikel 5 ( GG ), der die Pressefreiheit behandelt. Nach Löffler ist jedoch keines dieser Ziele erreicht worden<sup>1)</sup>.

Das alte Reichspressegesetz war durch ein neues Presserecht abgelöst worden, aber die ursprünglich freiheitlichen Modellentwürfe waren später wieder "verwässert" worden. Eine Vereinheitlichung des Presserechts scheiterte durch die jahrelangen Verzögerungen, die schließlich eine "Gleichlautung" verhinderten, indem sich jedes Bundesland ein eigenständiges Presserecht schuf. In den meisten Ländern wurde die Pressefreiheit den Interessen der Staatssicherheit untergeordnet, lediglich die Länder Berlin, Hamburg, Hessen und Rheinland-Pfalz erfüllten praktisch die Forderung nach der ausschließlich richterlichen Beschlagnahme von Druckerzeugnissen. Wenn aber die Schaffung eines zeitgemäßen Presserechts dennoch teilweise und prinzipiell erreicht wurde, versäumte man andererseits wieder die volle Sicherung der "inneren Pressefreiheit", vor allem was die Probleme der Konzentration betrifft<sup>2)</sup>.

-----  
1) Löffler, Presserecht, Band II, S. 6  
Meyn, S. 26 ff.

2) Löffler, Presserecht, Band II, S. 6  
Meyn, S. 29 ff.

Mit dem § 3 der Landespressegesetze, der die öffentliche Aufgabe der Presse anerkennt, kam man dem Ziel eines zeitgemäßen Presserechts am nächsten, in ihm wird der Wandel der Presse seit dem alten Reichspressegesetz von 1874 auch am deutlichsten sichtbar. Die im § 4 LPG verankerte Anerkennung des Informationsanspruches der Presse gegenüber den Behörden bedeutet einen weiteren Fortschritt, wenn auch einige Länder gewisse Einschränkungen vornahmen. Die Bundesrepublik zählt mit dieser Bestimmung zu den ganz wenigen Staaten der Welt ( Schweden, Finnland und angelsächsisches Recht ), die einen klagbaren Rechtsanspruch auf behördliche Information besitzen<sup>1)</sup>.

Den Rechten der Presse in § 3 und § 4 LPG entspricht die in § 6 LPG oder anderen §§ festgelegte Sorgfaltpflicht der Presse. Bemerkenswert ist auch die meist im § 17 LPG verankerte Entschädigungsbestimmung für eine fehlerhafte Beschlagnahme, die außer Bayern alle Länder einräumen<sup>2)</sup>.

In allen Landespressegesetzen hingegen ist es mit § 23 gelungen ( teilweise ist dies in anderen §§ festgelegt ), das Problem des Zeugnisverweigerungsrechtes zu regeln, das besonders im Zusammenhang mit einem Beschlagnahme- und Durchsuchungsverbot von weitreichender Bedeutung ist. Auch die Freiheit vom Standeszwang ( § 1 LPG ) wurde im Bereiche der Presse zugestanden<sup>3)</sup>. Es ist jedoch festzuhalten, daß bei den verschiedenen Landespressegesetzen die einzelnen Paragraphen und auch die jeweiligen Bestimmungen nicht immer übereinstimmen. Auch die einzelnen Regelungen sind unterschiedlich differenziert und weichen in den verschiedenen Landespressegesetzen mehr oder weniger voneinander ab.

-----  
1) Löffler, Presserecht, Band II, S. 6/7

2) Löffler, Presserecht, Band II, S. 14

3) Meyn, S. 18 ff. und S. 16. ff.

Löffler, Presserecht, Band II, S. 6 ff.

Nach Löffler lassen sich bei einer Gesamtgegenüberstellung die verschiedenen Gesetzeswerke laut einer Würdigung durch Urs Schwarz in zwei Gruppen einteilen: 1. In Länder, deren Pressegesetze ausgesprochen freiheitliche Tendenzen aufweisen, das sind Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen und Niedersachsen. 2. In Länder, die betont obrigkeitsstaatliche Tendenzen in ihren Pressegesetzen verankert haben. Zu dieser zweiten Gruppe gehören die Länder Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein<sup>1)</sup>.

Interessant ist abschließend auch noch eine Untersuchung, die das "Freedom of Information Center" an der Universität von Missouri in den USA 1967 durchgeführt hat. In der Rangliste über die Presse- und Informationsfreiheit in 25 europäischen Ländern sowie den USA, erreichte bei einer vorläufigen Auswertung die Bundesrepublik Deutschland nur den 10. Platz<sup>2)</sup>.

Der PICA-Index ("Press Independence and Critical Ability") von Center-Direktor Dr. P. Fisher umfaßte Bewertungsstufen von + 4 = absolute Pressefreiheit bis - 4 = absolute Pressekontrolle. Die vorläufige Auswertung der Untersuchungen ergab folgende Rangliste und Punktzahlen:

Niederlande + 3,25 / Schweiz + 3,14 / Finnland ( keine ausländ. Bewertungen ) + 3,05 / Norwegen + 2,98 / Schweden + 2,77 / USA + 2,71 / Dänemark + 2,68 / Belgien + 2,58 / England + 2,37 / Bundesrepublik Deutschland + 2,36 / Irland + 2,26 / Österreich + 2,08 / Frankreich + 2,04 / Italien + 2,02 / Griechenland + 1,37 und Jugoslawien + 0,09.

Portugal - 1,43 / Spanien - 1,56 / Ungarn - 1,72 / Tschechoslowakei - 2,45 / Polen - 2,63 / Bulgarien - 2,72 / "DDR" - 3,05 / UdSSR - 3,08 / Rumänien - 3,20 / Albanien - 3,51. 3)

-----  
1) Löffler, Presserecht, Band II, S. 14

2) Der Journalist, Ausgabe vom Februar 1967, Nr. 2, S. 6

3) Der Journalist, Ausgabe vom Februar 1967, Nr. 2, S. 6

## 6. Der Deutsche Presserat

Zur Geschichte der deutschen Nachkriegspresse gehört auch eine Betrachtung über die Einrichtung des "Deutschen Presserates", der ein weiteres Novum nach 1945 in der deutschen Presse darstellt, inzwischen jedoch eine feste Einrichtung geworden ist.

Am 20. November 1956 wurde der Deutsche Presserat von insgesamt zehn Journalisten und Verlegern gegründet. Für die deutsche Presse war diese völlig neue Einrichtung eine Besonderheit, die man zunächst mit Recht nur als ein "Experiment" bezeichnete. Nach Dr. Rupert Giessler, dem langjährigen Sprecher des Deutschen Presserats, war es für deutsche Verhältnisse ungewöhnlich, daß ein Berufsstand der freien Gesellschaft aus eigenem Entschluß heraus sich ein Organ der Selbstverantwortung, der Selbstkontrolle und der Selbstordnung geschaffen hat. Die Gründung wurde von der Erkenntnis geleitet, daß gerade die Presse, der das Grundgesetz der Bundesrepublik ein so hohes Maß an Freiheit zuerkennt, sich sichtbar und wirkungsvoll zu ihrer gerade dadurch größeren Verantwortung erklären müsse. Die zehn Journalisten und Verleger waren von ihren Berufsverbänden zur Gründung ausdrücklich legitimiert worden<sup>1)</sup>.

Der Deutsche Presserat ist ein freies, freiwilliges und von jedem Einfluß unabhängiges Organ. Nach Löffler ist er eine "Institution mit ausschließlich moralischer Wirkung"<sup>2)</sup>. Die Gründung wurde von den Journalisten selbst vorgeschlagen. Die Anregung hierzu ging vom Hamburger Journalisten-Verband aus, der sie bereits im Jahre 1953 an den Deutschen Journalisten-Verband weiterleitete, dessen Vorstand beauftragt wurde, in dieser Angelegenheit mit den Verlegerverbänden in Verbindung zu treten<sup>3)</sup>.

-----  
1) Giessler, S. 3

2) Löffler, Deutsches Presserecht, Band I, S. 151

3) Giessler, S. 4

Dr. Rupert Giessler, damals noch Vorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbandes, leitete die Gespräche ein. Der Präsident des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger, Hans A. Kluthe, unterstützte den Vorschlag nachhaltig. Auch die Zeitungsverlegerverbände, repräsentiert durch die damaligen Präsidenten Dr. Hugo Stenzel und Dr. Walter Jänecke, stimmten der Idee zu. Damit stand einer Gründung des Deutschen Presserates, der die Gesamtvertretung der deutschen Presse übernehmen sollte, nichts mehr im Wege. Der 1953 gegründete englische "Press Council" bildete für die Bundesrepublik ein gewisses Vorbild, während der Deutsche Presserat wiederum auf Österreich und andere Länder beeinflussend wirkte<sup>1)</sup>.

Der Deutsche Presserat besteht heute aus zwanzig Mitgliedern, die jeweils zur Hälfte aus Journalisten und Verlegern bestehen, welche vom Deutschen Journalisten-Verband, vom Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger und vom Verband Deutscher Zeitschriftenverleger vorgeschlagen werden. Diese Delegierten sind keinen Weisungen unterworfen und besitzen gleiches Stimmrecht. Geleitet wird der Presserat von seinem gewählten Sprecher. Nach Meyn sind die Aufgaben des Deutschen Presserats: "Schutz der Pressefreiheit, Feststellung und Beseitigung von Mißständen im Pressewesen und Abwehr freiheitsgefährdender Konzern- und Monopolbildungen, Beobachtung der strukturellen Entwicklung der deutschen Presse, Vertretung der Presse gegenüber Regierung, Parlament und Öffentlichkeit besonders bei Gesetzesvorlagen, die Leben und Aufgaben der Presse berühren"<sup>2)</sup>.

Die Eigenart des Deutschen Presserates besteht vor allem darin, daß ihm keinerlei Machtmittel zur Verfügung stehen, er besitzt keine von Gesetzen gegebene Grundlage, hat keine Exekutivgewalt, übt keine Zensur aus und kann ein Berufsverbot nicht erteilen<sup>3)</sup>.

-----  
1) Giessler, S. 4

2) Meyn, S. 29/30

3) Giessler, S. 4

Nach Giessler "mag das manchem als eine Schwäche erscheinen, war aber von vornherein gewollt und wird auch heute von uns bejaht, zumal da es anders verfassungswidrig wäre und die Pressegesetze im Einklang mit dem Grundgesetz Berufsorganisationen der Presse mit Zwangsmitgliedschaft und eine mit hoheitlicher Gewalt ausgestattete Standesgerichtsbarkeit der Presse für unzulässig erklären. Daß die Tätigkeit des Presserats dem Wort und dem Geist des Grundgesetzes entspricht, hat ein Gerichtsurteil in einem gegen den Presserat geführten Prozeß bestätigt"<sup>1)</sup>.

Der Presserat wirkte vor allem an der Schaffung der neuen Landespressegesetze mit, wenn er dabei auch seine Wünsche nicht restlos verwirklichen konnte, wie zum Beispiel die Rechtseinheit auf Bundesebene. Gerade aber weil er nicht alle seine Vorhaben und Ziele voll verwirklichen konnte, hat er die Aufgabe, als Vermittler zwischen den Berufsorganisationen der Presse und den Parlamenten tätig zu sein, die ihn bei der Behandlung von Sachfragen immer wieder heranziehen. Stetig treten rechtliche und staatspolitische Probleme auf, wie beispielsweise bei der sogenannten "Notstandsgesetzgebung" von 1968, deren Auswirkung auf die Pressefreiheit wesentliche Bedeutung zukommt<sup>2)</sup>. Recht und Freiheit müssen gleichermaßen gewahrt werden.

Neben der Erhaltung der Pressefreiheit bemühte sich der Presserat aber auch um die Verhinderung von Mißbräuchen. Er mußte sich wiederholt mit zahlreichen Einzelvorkommnissen beschäftigen, die einem Tatbestand des Mißbrauchs der Pressefreiheit nahekamen oder ihn gar erfüllten.

-----

1) Giessler, S. 4

2) Benda, S. 91 ff

Der Presserat beschäftigte sich auch mit den umstrittenen Sensationsberichten zum weithin bekannten Justizfall "Vera Brühne", in denen zum Teil in unzulässiger Weise dem gerichtlichen Urteil vorgegriffen worden war. Hierzu konnte der Presserat dann feststellen, daß von den betreffenden Publikationen aus eigenem Entschluß eine vorzeitige Einstellung der Berichterstattung erfolgte<sup>1)</sup>.

Der Deutsche Presserat achtet darauf, daß die Grundregeln eines verantwortungsbewußten Journalismus erfüllt werden. Für Fälle von Kindesentführungen hält er es zum Beispiel für selbstverständlich, wenn mit Rücksicht auf die Gefahr für das Kind sowohl bei eigenen Nachforschungen als auch bei Veröffentlichungen Zurückhaltung geübt wird. Andere Entschlüsse richteten sich gegen "illustrierte Brutalitäten" oder Tatsachenschilderungen, die geeignet sind das sittliche und religiöse Empfinden der Öffentlichkeit zu verletzen<sup>2)</sup>.

Wenn der Presserat auch nicht alle Mißbräuche und Mißstände verhindern konnte, so hat er doch eine ganze Reihe beseitigt bzw. abgemildert. Auf der anderen Seite wurden Verleger und Journalisten auch unterstützt, wenn gegen sie ungerechtfertigt Beschwerde eingelegt wurde. Der Presserat hat sich auch mit Regierungsentwürfen zur Regelung der publizistischen Preisgabe von Staatsgeheimnissen im politischen Strafrecht beschäftigt. Dabei begrüßte er vor allem die Unterscheidung zwischen dem gemeinen Verrat von Staatsgeheimnissen und der publizistischen Geheimnispreisgabe<sup>3)</sup>. Gerade auf diesem Gebiet ist noch viel Raum für den Presserat, da hier noch längst nicht alle Probleme gelöst sind.

-----  
1) Giessler, S. 5

2) Giessler, S. 5  
Meyn, S. 30 ff.

3) Giessler, S. 5  
Meyn, S. 27 ff.

Bereits bei seiner Gründung hatte sich der Deutsche Presserrat zu der Aufgabe bekannt, "die strukturelle Entwicklung der deutschen Presse zu beobachten und freiheitsgefährdende Konzern- und Monopolbildungen abzuwehren"<sup>1)</sup>. Die Konzentrationerscheinungen werden deshalb laufend verfolgt und analysiert. In Zusammenarbeit mit der Bundesregierung bzw. der von ihr eingesetzten Pressekommission konnten hierzu wertvolle Vorschläge erarbeitet werden. In diesem Zusammenhang hat "der 5. Deutsche Bundestag die Bundesregierung in einer EntschlieÙung am 2. Juli 1969 u.a. aufgefordert, unverzüglich ein Gesetz über Fusionskontrolle im Pressewesen vorzulegen. Ein solches Gesetz wurde in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 ebenso angekündigt, wie die Vorlage eines Presserechtsrahmengesetzes des Bundes"<sup>2)</sup>. Gerade hierbei hat der Deutsche Presserrat wertvolle Aufgaben zu erfüllen.

Der Presserrat hat zur Bearbeitung besonders wichtiger und länger andauernden Problemen eigene Ausschüsse eingesetzt, die sich mit den anstehenden Fragen laufend befassen. So gibt es eine Kommission für "Fragen der Pressegesetzgebung", für "Fragen der Konzentration im deutschen Pressewesen" und zum "Studium der kommunikationspolitischen Entwicklung"<sup>3)</sup>. Diese drei Kommissionen leisten wertvolle Hilfe bei der Beobachtung der wesentlichsten Sachgebiete des Presserates.

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Dr. Gebhard Müller, sagte in einer Festrede am 8. November 1966 in Bad Godesberg anläßlich der Feierstunde zum zehnjährigen Bestehen des Deutschen Presserates zu dessen Aufgaben u.a.

-----  
1) Giessler, S. 5/6

2) Bundesregierung, Jahresbericht von 1969, S. 133

3) Deutscher Presserrat, Tätigkeitsbericht 1969, S. 73

folgendes: "Natürlich stellt sich auch für die Presse das Problem der Bindung an die Grundrechte. Zwar muß die Presse im freiheitlich demokratischen Staat frei sein; aber diese Freiheit entbindet die Presse nicht von der Verpflichtung zu den Grundentscheidungen der Verfassung. In diesem Spannungsverhältnis scheint mir die eigentliche Aufgabe und die eigentliche Bedeutung des Presserats zu liegen. Im Presserat hat sich die Presse ein Organ der Selbstkontrolle geschaffen, das auf Freiwilligkeit beruht und nur durch seine eigene Autorität sich durchzusetzen vermag. Der Presserat beruht nicht auf Gesetz, er hat keine Berufsgerichtsbarkeit, keine Sanktionen und keine anderen Machtmittel als die Überzeugungskraft seiner Argumente und der hinter ihm stehenden Persönlichkeiten. Wenn man trotzdem heute nach zehnjährigem Bestehen des Presserats eine erfolgreiche Bilanz ziehen kann, so ist das ..... für jeden Staatsbürger ein Grund zu Genugtuung und auch zu einer gewissen Dankbarkeit. Es ist sicher nicht falsch, wenn man die Institution des Presserats so in vieler Hinsicht als vorbildlich ansehen mag. In dieser Institution ist es unternommen worden, für einen sehr wichtigen Sektor des öffentlichen Lebens auf freiwilliger Basis zur Realisierung der Grundentscheidungen des Verfassungsgebers beizutragen" <sup>1)</sup>).

-----

1) Müller, Gebhard, S. 11

## 7. Das Berufsbild des Journalisten heute

Nach der Behandlung der einzelnen Organe, Probleme und Einrichtungen der deutschen Presse ist es notwendig, abschließend auch noch einen Blick auf das Berufsbild des Journalisten zu werfen, so wie es sich heute darstellt. Der Wandel im Berufsbild der Journalisten sowie ihre veränderte Stellung in der Gesellschaft vor und nach 1945, wurde bereits in der "Einleitung"<sup>1)</sup> behandelt. Diese Betrachtung reichte etwa bis zum Ende der fünfziger Jahre, von einzelnen Ausnahmen abgesehen. Nach den Jahren der Stabilisierung erreichte der Journalismus in den sechziger Jahren seinen eigentlichen Höhepunkt und wurde ein fester Bestandteil in der deutschen Presse und Gesellschaft. Eine Betrachtung des journalistischen Berufsbildes von heute schließt deshalb die Problematik der deutschen Presse nach 1945 harmonisch ab.

Durch die allgemeine Entwicklung im deutschen Pressewesen der Nachkriegszeit erfuhr der Journalistenberuf - gleichzeitig mit der veränderten Gesellschaftsstellung - eine wesentliche Erweiterung seiner gesamten Berufsgrundlage. Der Deutsche Journalisten-Verband e.V. beschloß deshalb 1966 auf einem Verbandstag, diese erweiterte und neue Berufsgrundlage zu klären und in einem Text darzustellen<sup>2)</sup>. In der Einleitung zu diesem "Berufsbild des Journalisten" wird betont: "Die zuständigen Gremien des Deutschen Journalisten-Verbandes sahen sich in den letzten Jahren zunehmend vor die Frage gestellt, ob und wie der journalistische Beruf vor denen geschützt werden kann, die

-----

1) II. Einleitung, S. 8 ff. und S. 13 ff.

2) Meyn, S. 72

Der Journalist, Ausgabe vom April 1966, Nr. 4, S. 1 ff.

sich unbefugt Journalisten nennen und den Beruf diskreditieren. Alle Überlegungen endeten immer wieder bei dem Schluß, daß staatlicher Schutz dafür nicht in Anspruch genommen werden darf, weil der freie Zugang zum Beruf erhalten bleiben muß. Um so notwendiger war es, die Tätigkeitsmerkmale des journalistischen Berufs, seine Voraussetzungen und Leistungsanforderungen sowie den Zugang zu ihm klar zu formulieren, um der Öffentlichkeit ein anschauliches Bild zu geben<sup>1)</sup>.

Dem "Berufsbild" selbst ist eine Präambel vorangestellt, in der es heißt: "Die journalistische Arbeit erstreckt sich auf alle Gebiete des politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Sie richtet sich an die Öffentlichkeit. Der Journalistenberuf ist ein freier Beruf, für den zwingend Ausbildungsweg und Berufsweg nicht vorgeschrieben sind; doch werden bestimmte persönliche und sachliche Berufsvoraussetzungen gefordert. Entscheidend für den Beruf ist die spezifisch journalistische Begabung. Journalist im Sinne dieses Berufsbildes kann nur sein, wer hauptberuflich durch Berichterstattung, Stellungnahme, Kritik oder auf andere Weise an der geistigen Gestaltung der aktuellen Veröffentlichungen in Presse, Hörfunk, Fernsehen und Film in Wort und Bild mitwirkt und so zur Meinungsbildung beiträgt. Der Journalist erfüllt damit eine gesetzlich anerkannte öffentliche Aufgabe. Die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland garantierte Pressefreiheit ist die Grundlage seines Wirkens in der Gesellschaft. Den Rechten, die dem Journalisten dadurch gegeben sind, entspricht die innere Verpflichtung zu Verantwortung, Sorgfalt und Selbstdisziplin"<sup>2)</sup>.

-----

1) Berufsbild des Journalisten, Geleitwort vom März 1967

2) Der Journalist, Ausgabe vom April 1966, Nr. 4, S. 1

Der Präambel kann eine gewisse idealistische Gesinnung nicht abgesprochen werden, wodurch das Berufsbild des Journalisten nicht an allen Stellen sachbezogen klar umrissen ist. Es könnte auch der Eindruck entstehen, daß wirklich "kein Ausbildungsweg und Berufsweg vorgeschrieben" ist, doch wird dieser Irrtum bei der weiteren Behandlung des Berufsbildes noch ausgeräumt werden. Da der Journalistenberuf sehr vielschichtig ist, lässt er sich im absoluten Sinne allerdings nicht völlig klar abgrenzen. Das "Berufsbild" unterscheidet jedoch drei Gesichtspunkte, nämlich die Tätigkeitsmerkmale, die Berufsvoraussetzungen und Leistungsanforderungen sowie den Zugang zum Beruf<sup>1)</sup>, die einer einzelnen Betrachtung bedürfen.

#### A. Die Tätigkeitsmerkmale

Die journalistische Berufstätigkeit kann sowohl freiberuflich als auch im Angestelltenverhältnis ausgeübt werden und unterscheidet sich

- a) nach der Art des publizistischen Mediums,
- b) nach der Art der Darstellungsmittel und
- c) nach der Art der Berufsausübung<sup>2)</sup>.

a) Die Unterscheidung nach der Art des publizistischen Mediums verteilt sich auf Presse (Zeitungen, Zeitschriften), Nachrichtenbüros (Agenturen, Pressedienste, Korrespondenzen), Hörfunk, Fernsehen und Film (Wochenschau und Dokumentarfilm)<sup>3)</sup>. Dem Journalisten stehen damit viele Kommunikationsmittel zur Bewältigung seiner Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung. Den größten Spielraum für seine persönliche Meinung hat der Journalist im Bereiche der gedruckten Presse. Für die Arbeit in

-----  
1) Der Journalist, Ausgabe vom April 1966, Nr. 4, S. 2

2) Der Journalist, Ausgabe vom April 1966, Nr. 4, S. 2

3) Berufsbild des Journalisten, S. 3

den Nachrichtenbüros sind zur Weitergabe die reinen Sachberichte maßgebend. "Bei Hörfunk und Fernsehen wird als Tätigkeit des Journalisten, ... die Mitwirkung an der geistigen Gestaltung der von den Nachrichtenredaktionen, den aktuellen und dokumentarischen Abteilungen veranstalteten Sendungen aufgefaßt. Eine rein organisatorische oder technische Tätigkeit ist nicht als journalistisch anzusehen"<sup>1)</sup>.

b) Die Unterscheidung nach der Art des Darstellungsmittels unterteilt sich in Wortjournalist, Bildjournalist, Filmberichter und Zeichner (als Mitarbeiter am redaktionellen Teil)<sup>2)</sup>. In der modernen Publizistik hat neben dem "Wort" auch das "Bild" immer mehr an Bedeutung gewonnen, beide stehen fast gleichrangig nebeneinander. "Der Begriff Filmberichter steht bei Fernsehen und Film an Stelle der bisher oft gebrauchten Bezeichnung Kameramann, um so deutlich den mit filmischen Mitteln arbeitenden Journalisten ..... vom nur technisch an der Kamera Arbeitenden abzugrenzen. Als journalistische Arbeit kann im allgemeinen die Tätigkeit mit der Filmkamera gelten, dagegen nicht der weisungsgebundene Umgang mit der elektronischen Kamera"<sup>3)</sup>. Der Journalist, der den redaktionellen Inhalt von Zeitungen oder im Fernsehen mit eigenen Zeichnungen illustriert bzw. karikiert, wird als "Zeichner" beschäftigt. Der vom Inhalt unabhängig und rein äußerlich tätige Graphiker gilt nicht als Zeichner im journalistischen Sinne.

-----

1) Berufsbild des Journalisten, S. 8

2) Berufsbild des Journalisten, S. 9

3) Berufsbild des Journalisten, S. 9

c) Die Unterscheidung nach der Art der Berufsausübung ist ebenfalls mannigfach: in der Presse und bei Nachrichtebüros (Redakteur, Korrespondent, Reporter), im Hörfunk und im Fernsehen (Redakteur, Korrespondent, Reporter und beim Fernsehen noch Filmberichterstatter), beim Film (Wochenschau-Redakteur, Filmberichterstatter). Ferner, "wenn eine journalistische Ausbildung vorliegt und eine journalistische Aufgabe erfüllt wird: in öffentlichen Verwaltungen und Unternehmen der öffentlichen Hand, in Parteien und Verbänden (Angehörige der Presseämter und Pressestellen), in Wirtschaftsunternehmen (Redakteur von Haus-, Werk- und Kundenzeitschriften, Journalist in Public-Relations-Abteilungen, Angehöriger von Pressestellen)" <sup>1)</sup>.

Die Bezeichnungen Redakteur, Korrespondent und Reporter sind im "Berufsbild" ebenfalls noch näher erläutert. So versteht man als Redakteur in der Regel den Journalisten, der die zur Publizierung vorgesehenen Meldungen und Berichte sammelt und redigiert, aber auch selbst Artikel verfasst. Der Redakteur ist jeweils fest im Unternehmen angestellt und Mitglied der Redaktion, die sich ihrerseits in Abteilungen untergliedert (Politische Redaktion, Kultur-Redaktion, Lokal-Redaktion ect.). Der Korrespondent gehört nicht der Redaktion an, liefert ihr jedoch Meldungen und Berichte aus dem In- oder Ausland. Er arbeitet jedoch ebenfalls in der Regel für eine bestimmte Sparte als fester oder freiberuflicher Mitarbeiter. Der Reporter "gibt über den rein sachlichen Bericht hinaus aus seiner persönlichen Sicht anschauliche Darstellungen (Reportagen) von Ereignissen oder Sachverhalten auf Grund eigener Erkundungen und Sachkenntnis auf verschiedenen Gebieten, oft auch auf ein Gebiet spezialisiert (z.B. Polizeireporter, Reisereporter)" <sup>2)</sup>.

-----  
1) und 2) Berufsbild des Journalisten, S. 9

Im Bereiche des Films sind der Wochenschau-Redakteur und Filmberichter im "Berufsbild" klar als Journalisten eingeordnet, doch gelten beim Film und Hörfunk Regisseure, Dramaturgen und Lektoren nicht als Journalisten, "auch wenn sie zeitweilig und teilweise journalistisch tätig werden". Bei den Presseämtern und Pressestellen von Behörden, Unternehmen, Organisationen und Institutionen sind die Grenzen nicht immer klar festzulegen. Journalist ist hier nur derjenige, der auf eine journalistische Ausbildung hin auch eine journalistische Arbeit ausführt <sup>1)</sup>.

#### B. Berufsvoraussetzungen und Leistungsanforderungen

Die Voraussetzungen zum Beruf des Journalisten und die Anforderungen an seine Leistungen sind im "Berufsbild" u.a. wie folgt festgelegt: "Die schwer zu erlernende Kunst journalistischer Arbeit verlangt außerordentliche geistige und charakterliche Eigenschaften, weil sie ständig im Blickfeld der Öffentlichkeit ausgeübt wird. Da der Journalist in seiner Arbeit mehr als andere, spezialisiertere Berufe mit Vorgängen und Fragen aus den verschiedenen Lebensgebieten in Berührung kommt, sie begreifen und sich über sie ein Urteil bilden muß, sind für seine Tätigkeit eine möglichst weite und gute Allgemeinbildung, Aufgeschlossenheit, Einfühlungs- und Auffassungsgabe, Fähigkeit zum Beurteilen besonders wichtige Grundlagen" <sup>2)</sup>.

-----

1) und 2) Berufsbild des Journalisten, S. 10

Der Journalist, Ausgabe vom April 1966, Nr. 4,  
S. 2

### C. Der Zugang zum Beruf

Hierzu heißt es im "Berufsbild": "Mit der Feststellung des freien Zugangs zum Beruf wird dem Wesen der journalistischen Tätigkeit bewußt Rechnung getragen". Dennoch kann nur derjenige Journalist werden, der auch die Berufsvoraussetzungen und Leistungsanforderungen erfüllt. Ferner ist ein zweijähriges journalistisches Praktikum ( Volontariat ) als Forderung für den Redakteur zu verstehen. Davon ausgenommen werden in der Regel die freien Journalisten und Mitarbeiter sowie Bildreporter und Pressezeichner. Unzureichend ist der Besuch einer Journalistenschule ohne Volontariat, oder etwa ein Studium der Publizistik. Ein mehrjähriges Hochschulstudium mit anschließendem Volontariat bildet mit die besten Berufsvoraussetzungen. Ein Hochschulexamen ist vorläufig nicht zwingend, jedoch mindestens wünschenswert. Die Rolle, die ein Journalist in der Publizistik und in der Öffentlichkeit erringt, wird also weitgehend von den Voraussetzungen, die er mitbringt und seinen journalistischen Fähigkeiten bestimmt<sup>1)</sup>.

Die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg führt in einem Überblick zu dem Beruf des Journalisten u.a. aus: "Wie seine Geschichte zeigt, handelt es sich im Journalismus um ein Berufsbild mannigfaltiger Farben und Formen. Es ist gänzlich verschieden in der sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wertung ebenso wie in der Aufteilung der Berufsaufgaben und verschieden vor allem in den Berufsaussichten. Eine eigentliche 'Laufbahn', .... löst sich in der Vorbereitung zum Journalismus in eine Vielzahl von gegebenen Möglichkeiten auf. Dies auch darum, weil der Beruf einen absolut freien Berufszugang hat und bewahren muß"<sup>2)</sup>.

-----  
1) Berufsbild des Journalisten, S. 11/12

2) Journalist, Blätter zur Berufskunde, Band 3, 2. Auflage 1960, S. 2

### Journalistische Ausbildungsstätten

Neben dem zweijährigen Volontariat hat der zukünftige Journalist auch die Möglichkeit, über seine Zeitung und über seinen Verlag hinaus seine Ausbildung abzurunden. Hier bietet sich zunächst das "Institut für publizistische Bildungsarbeit" in Düsseldorf an. Es wurde am 5. November 1960 gegründet und wird getragen von der "Gesellschaft für publizistische Bildungsarbeit e.V.". Dieser Gesellschaft gehören als Mitglieder an "die Berufsverbände der Presse (Deutscher Journalisten-Verband, Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger und Verband Deutscher Zeitschriftenverleger); die drei entsprechenden nordrhein-westfälischen Landesverbände (Rheinisch-Westfälischer Journalisten-Verband, Verein Rheinisch-Westfälischer Zeitungsverleger, Zeitschriftenverleger-Verein Nordrhein-Westfalen); ferner der Verband Westdeutsche Sportpresse e.V., das Gemeinschaftswerk der Evangelischen Presse, die Bundesrepublik Deutschland und das Land Nordrhein-Westfalen"<sup>1)</sup>.

Bereits in der Weimarer Zeit hatte Prof. Dovifat in Berlin ein "Deutsches Institut für Zeitungskunde" zur Fortbildung der Journalisten geschaffen. Diese Idee wurde vom Rheinisch-Westfälischen Journalisten-Verband Ende der fünfziger Jahre wieder aufgegriffen und 1960/61 verwirklicht im Institut für publizistische Bildungsarbeit in Düsseldorf<sup>2)</sup>.

Das Institut hält heute Kurse für Volontäre, aber auch Fortbildungskurse für Redakteure ab. In den Volontärkursen steht auf dem Programm: "1. Grundsätzliche Themen,

-----

1) Bringmann, Institut für publizistische Bildungsarbeit, S. 7, Sonderdruck, Beilage in "Der Journalist", Heft 12 1968

2) Bringmann, S. 7

theoretische und praktische Grundlagen der publizistischen Arbeit; 2. Überblick über die verschiedenen Ressorts, ihre Aufgaben und Arbeitsweisen; 3. die journalistischen Darstellungsformen; 4. praktische Übungen. Am Schluß des Lehrganges steht eine Übungszeitung. Die Teilnehmer bilden dazu drei Redaktionen und erarbeiten aus dem einlaufenden dpa-Material eine vollständige Zeitungsausgabe<sup>1)</sup>. Diese Volontärkurse, die in der Regel von rund vierzig Teilnehmern besucht werden, sind sehr erfolgreich und ergänzen die praktische Ausbildung der Journalistenanwärter bei den einzelnen Zeitungen und Unternehmen in vorbildlicher Weise. Da die praktische Ausbildung der Volontäre in den Redaktionen überwiegend sehr einseitig erfolgt, ist das Institut mit seinen Kursen eine wertvolle Einrichtung für den journalistischen Nachwuchs geworden.

Die "Deutsche Journalistenschule e.V." in München ist aus dem "Werner-Friedmann-Institut in München hervorgegangen, das als Lizenzaufgabe der Münchener "Abendzeitung" bereits 1948 gegründet und auch zunächst von dieser Zeitung finanziert worden war<sup>2)</sup>. Im Jahre 1959 wurde aus diesem verhältnismäßigen bescheidenen Institut die eigentliche Deutsche Journalistenschule, die 1968 als Träger vorweisen konnte: "Die Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, das Zweite Deutsche Fernsehen, den Deutschen Journalisten-Verband, die Deutsche Journalisten-Union, evangelische und katholische Verbände sowie die Bundeswehr, einzelne Verlage der Zeitungs- und Zeitschriftenpresse, die Stiftung ^Axel Springer^ und die DIMITAG-Arbeitsgemeinschaft. Wirtschaftlich wird die Schule ferner unterstützt durch: das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, den Bayerischen Staat,

1) Bringmann, S. 8

2) Mösslang, S. 9

den Hessischen Staat, die Landeshauptstadt München und die Parteien, die im Bundestag vertreten sind"<sup>1)</sup>. Die Journalistenschule ist für das ganze Bundesgebiet zuständig und nimmt auch Absolventen aus dem Ausland auf.

Ein Lehrgang der Journalistenschule besteht aus einem theoretischen Teil, der acht Monate währt, und aus einem praktischen Teil, der sich über sechs Monate erstreckt. Im Gegensatz zum Düsseldorfer Fortbildungsinstitut wird in München Wert auf eine längere Gesamtbildung gelegt, die 15 Monate dauert. Die Schule will "begabten Nachwuchsjournalisten den Zugang in den Beruf eröffnen, die Ausbildung von Volontären intensivieren und Fachredakteuren und Pressereferenten in Staat und Wirtschaft journalistisches Rüstzeug vermitteln..... Der Umfang des der Schule gestellten Aufgabengebietes deckt sich mit den Tätigkeitsmerkmalen, wie sie der Deutsche Journalistenverband in seinem "Berufsbild" von 1967 festgelegt hat"<sup>2)</sup>. Die Schüler haben eine sechsmonatige Hospitantenzeit abzuleisten, die sie bei Mitgliedern der Schule bzw. in den Redaktionen der Träger verbringen. Allgemein ist die Schule sehr erfolgreich, wenn auch die personelle Aufnahmefähigkeit der Journalistenschule in München sehr gering ist. Die Schule wird außerdem von einem Teil der Presseleute als die Keimzelle einer später zu verwirklichenden generellen Journalistenausbildung betrachtet.

-----  
1) Mössleng, S. 9

2) Mössleng, S. 10/11

Die "Bayerische Journalistenschulung e.V." in Augsburg wurde erst im November 1965 gegründet und wird von acht bayerischen Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen auf Mitgliedsbasis getragen. Außerdem erhält die Schule Zuschüsse vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Die Besonderheit dieser Ausbildungsstätte besteht darin, daß sie "ihre Aufgabe darin sieht, sich um die Heranbildung von Journalisten zu bemühen, die sich für die weltanschaulich engagierte Tages- und Wochenpresse interessieren"<sup>1)</sup>.

Die Ausbildungslehrgänge dauern an dieser Schule insgesamt jeweils zwei Jahre und entsprechen praktisch dem normalen Volontariat. Allerdings wechseln die Absolventen während ihrer Ausbildung die Redaktion, wodurch sie eine umfassende Berufsausbildung erreichen. Außerdem findet für die Schüler viermal im Jahr ein einwöchiger Volontärkurs statt, der Themen des praktischen Journalismus, Berufsfragen sowie allgemeine politische und weltanschauliche Probleme behandelt. Die Lehrgänge können vorerst nur zwölf Volontäre aufnehmen pro Kurs, bieten jedoch eine ideale Berufsausbildung. Im September 1970 begann die Schule mit ihrem dritten Lehrgang. Die Schule arbeitet auf gemeinnütziger Basis, während die Bezahlung der Volontäre durch die Verlage und Unternehmen erfolgt, die im Rahmen der Ausbildung die Absolventen jeweils beschäftigen<sup>2)</sup>.

-----  
1) und 2) Bayerische Journalistenschulung e.V., Brief vom 6. Februar 1970 sowie Kursprogramm des 3. Lehrganges und ein Prospekt der Schule

Neben diesen offiziellen Schulen zur journalistischen Ausbildung gibt es noch einige private Institute von meist sehr speziellem Charakter. Die Absolvierung einer Journalistenschule war in der Bundesrepublik bisher rein freiwillig, die meisten künftigen Journalisten volontieren in der Regel bei einer Zeitung, beim Rundfunk oder einem anderen Unternehmen der Presse. Der Besuch einer Journalistenschule wird jedoch allgemein in Pressekreisen sehr empfohlen.

#### Zusammenfassend

kann man feststellen, daß der Journalistenberuf nach 1945, vor allem aber in den sechziger Jahren, das größte Ansehen in seiner Berufsgeschichte erreicht hat. Der Hauptgrund dafür ist wohl die Bedeutung, die Presse, Rundfunk und Fernsehen in der Welt von heute errungen haben. Nie vorher war das Informationsangebot so perfekt und das Informationsinteresse so stark. Nie vorher war der Anteil der Presse an der allgemeinen Meinungsbildung so groß wie heute. Man spricht oft von der "Macht der Presse" und in der Tat hat die Presse heute einen bedeutenden Einfluß in allen Bereichen des Lebens gewonnen, vor allem im politischen Bereiche, wie bereits vorher festgestellt werden konnte.<sup>1)</sup> Jeder Fernsehzuschauer kann sich täglich ein eigenes Bild im Rahmen der Filmberichte über die Ereignisse in der Welt machen und die Berichterstatter und Kommentatoren sind ihm gewissermaßen "persönlich bekannt". Mit der zunehmenden Bedeutung der Presse ist deshalb zwangsläufig auch die Bedeutung und Stellung der Journalisten gestiegen. Die in der Nachkriegszeit entstandenen Journalistenschulen leisteten und leisten einen weiteren Beitrag zur "Normalisierung" des Journalistenberufes im Sinne allgemeiner Berufsnormen.

-----  
1) Siehe S. 47

Etwas anders verhält es sich allerdings mit dem Berufsethos der Journalisten. Hier hat sich der schon immer vorhandene etwas "bittere Beigeschmack" erhalten und trübt nach wie vor das Ansehen des Journalismus. Den Journalisten werden zuweilen und von bestimmten Personen und Gruppen Vorwürfe entgegengebracht, die von der "Manipulierbarkeit" bis zur "Volksverhetzung" reichen. Hierzu ist klar und deutlich festzustellen, daß die Presse in der Bundesrepublik zwar frei ist, den Journalisten jedoch bestimmte Grenzen gesetzt sind. Seit 1951 ist das Verhältnis zwischen Verleger und Journalist bezüglich weltanschaulicher Grundsätze im Anstellungsfall klar geregelt<sup>1)</sup>. Im Manteltarifvertrag für Redakteure an Tageszeitungen heißt es beispielsweise u.a.: "Bei der Anstellung sind festzulegen ..... die Verpflichtung des Redakteurs auf die Innehaltung von Richtlinien für die grundsätzliche Haltung der Zeitung"<sup>2)</sup>. Es ist also nicht absolut der Journalist, der die Richtung eines Publikationsorgans bestimmt, wodurch der Manipulierbarkeit natürliche Grenzen gesetzt sind. Ein Berufsstand, der in so hohem Maße an der allgemeinen und öffentlichen Meinungsbildung beteiligt ist wie der Journalistenberuf, wird zwangsläufig und immer Vorwürfen und Verdächtigungen ausgesetzt sein. Dieses Charakteristikum teilt der Journalismus mit der Politik, von der sogar zuweilen behauptet wird, daß sie "schmutzig" sei und den "Charakter verderbe". Die Journalisten werden wie die Politiker mit diesen Vorwürfen einfach leben müssen. Die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg kommt in einer Abhandlung über den Beruf des Journalisten, die von Professor Dovifat verfasst ist, zu einer Feststellung, die dieses Kapitel in vorbildlicher Weise abzuschließen in der Lage ist:

-----

1) Meyn, S. 74

2) Manteltarifvertrag für Redakteure an Tageszeitungen, Vertrag vom 10. September 1968, § 2, Absatz 2 b, S. 2

"Der Beruf des Journalisten ist innerhalb des demokratischen Lebens bedeutsam. Er bietet die Möglichkeit einer erfüllten und wertvollen Lebensarbeit im Dienste der Öffentlichkeit. Doch steht er - unter dem Wandel der Meinungen und der Mächte und einem oft niedrigen, rein geschäftlich bestimmten Wettbewerb - in einer ständigen Bedrohung und Unsicherheit. Nur die nach ernster Selbstprüfung wirklich Begabten und Berufenen sollten sich ihm widmen"<sup>1)</sup>.

-----  
1) Journalist, Blätter zur Berufskunde, Band 3, 2. Auflage 1960, S. 6

## 8. Schlußbetrachtungen

In den fünfundzwanzig Jahren seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 hat die deutsche Presse die bewegteste, aber wohl auch entscheidendste Phase ihrer gesamten Geschichte durchlebt. Bewegt war diese Zeitspanne durch die allgemeinen und politischen Umstände nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches, in der langen Besatzungszeit der alliierten Siegermächte und im schwierigen Wiederaufbau des ersten Nachkriegsjahrzehnts. Entscheidend war dieser Zeitraum einerseits, weil die deutsche Presse in ihm eine nie zuvor erreichte Stellung in Staat und Gesellschaft gewinnen konnte, andererseits aber auch, weil der enorm wachsende Stand der Technik eine bisher beispiellose Informationsdichte ermöglichte. Diese ungeheuer große und relativ schnelle Entwicklung mit ihrer teilweise vielschichtigen Problematik wurde bisher sachbezogen in den einzelnen Kapiteln behandelt, es ist jedoch abschließend zweckmäßig, eine Reihe von Gesichtspunkten im Gesamtzusammenhang zu betrachten.

Die Journalisten sind es von jeher gewohnt, den Dingen und Ereignissen "nachzuhetzen", der ewige Kampf mit der Zeit gehört einfach zwangsläufig zu ihrem Beruf. In den zweieinhalb Jahrzehnten nach 1945 bis zum Beginn der siebziger Jahre aber waren die Journalisten nicht nur "Hetzer" im Sinne von nachjagen, sondern sie wurden gleichzeitig auch zu "Gehetzten". Der Wiederaufbau der deutschen Presse und damit der Existenzgrundlage aller Journalisten, verlangte allein schon stärkstes persönliches Engagement. Hinzu kamen die Errungenschaften

der Technik, die vorher zu keinem Zeitpunkt so umwälzend und gleichzeitig in so rascher Folge auf den Menschen wie auf das Pressewesen zugekommen waren. Der Journalist muß inzwischen nicht nur jene Technik beherrschen, die ihm für seine Arbeit mannigfaltig zur Verfügung steht, sondern in einem gewissen Umfange die Bereiche der gesamten Technik begreifen, die er ja seinen Lesern, Hörern und Zuschauern erläutern soll. Ein Journalist kann den Start einer Weltraumrakete und die Landung von Menschen auf dem Mond nur dann kommentieren, wenn er die damit verbundenen technischen Vorgänge verstehen und auch erklären kann. Es gibt zwar eine Reihe von spezialisierten Fachjournalisten, doch wird von den meisten Journalisten heute ein Bildungsstand erwartet der in alle Bereiche eindringt und weit über ein sogenanntes "Allgemeinwissen" hinausgeht.

Vor dem Zweiten Weltkrieg erfolgte die Information der Massen vor allem über die Zeitungen, nach 1945 hat jedoch das Fernsehen eine große Bedeutung erlangt und der Rundfunk strahlt nicht nur Nachrichten und Unterhaltungssendungen aus, sondern vermittelt mit einem eigenen Bildungsprogramm modernstes Wissen. Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen stehen so in einem scharfen Wettbewerb und harten Konkurrenzkampf. Die Vielfalt der journalistischen Aufgaben ist noch umfangreicher geworden.

Mit dieser ganzen Entwicklung hat auch der journalistische Beruf sehr an Bedeutung gewonnen. Der meinungsbildende Anteil der Presse ist heute größer denn je. Damit ist jedoch nicht nur die Stellung des Journalisten in Staat und Gesellschaft, sondern auch seine Verantwortung gewachsen. Die Haltung und der Einfluß der Presse auf die Massen, die Gesellschaft, ist heute so bedeutend geworden, daß selbst Regierungen und Parteien die Presse in ihr politisches Kalkül einbeziehen müssen.

Durch all diese Vorgänge ist der Beruf des Journalisten noch schwerer, vielschichtiger und umfangreicher, aber auch bedeutungsvoller geworden. Für die Journalisten selbst aber war es nicht immer leicht, mit dieser rasch erfolgten Entwicklung Schritt zu halten und die ihnen auferlegte Verantwortung zu tragen.

In den Jahren vor 1945 war die deutsche Presse vom Reichspropagandaministerium aus gelenkt worden, anschließend wurde sie in der ersten Nachkriegszeit von den alliierten Besatzungsmächten bestimmt. In beiden Fällen gab es keine freie Presse, war die journalistische Arbeit schwierig und problematisch. Nach vielen Jahren gelenkter und unterdrückter Presse und mit dem Ende der Lizenzierung durch die Siegermächte 1949 <sup>1)</sup>, war die deutsche Presse wieder frei. Nach Hurwitz "ist es vielleicht eine einzigartige Leistung, daß auf einer so wenig guten Grundlage, wie sie eine ausländische Militärregierung nach Hitler bieten konnte, das Vorbild der westlichen Demokratien trotzdem eine deutsche Presse entstehen ließ, die frei und unabhängig und in demokratisch-politischem Sinn zuverlässig wurde. Angesichts der schwierigen Umstände ihres Entstehens konnte man aber nicht von ihr verlangen, daß sie die geistige Führung übernahm, wie sie ein objektiver und klardenkender Journalismus bisweilen innehat" <sup>2)</sup>. Gleichzeitig ist jedoch festzuhalten, daß noch heute oft der Vorwurf erhoben wird, gerade durch die Lizenzierung sei zumindest ein Teil der deutschen Presse mit "Linksdrall" einseitig begünstigt worden und dieser Vorsprung der "Links-Presse" habe die weitere Entwicklung in der Nachkriegszeitungsgeschichte ungünstig beeinflußt.

-----  
1) Meyn, S. 36

2) Hurwitz in Pross, S. 55

Diese und andere Einwürfe zeigen, daß auch heute noch so manche Frage noch nicht restlos geklärt werden konnte. Seit über zwanzig Jahren ist die Pressefreiheit wieder hergestellt in der Bundesrepublik Deutschland. Aus diesem Abstand lässt sich feststellen, daß die deutsche Nachkriegspresse keinen guten Start hatte, doch ist inzwischen Zeit genug verflossen, damit sie sich wieder stabilisieren konnte.

Besonders schwer war der Anfang nach den Kriegsjahren für die Nachrichtenagenturen, die nun einmal auf internationale Geschäftsverbindungen angewiesen sind. Die Deutsche Presse-Agentur konnte in relativ wenigen Jahren auf dem internationalen Nachrichtenmarkt wieder "Fuß fassen" und vor allem Vertrauen erringen. Der Neubeginn ermöglichte für die Bundesrepublik die Schaffung einer großen und gut organisierten Nachrichtenagentur. Die Nachteile, die sich aus der Monopolstellung der dpa ergeben, werden durch die Leistung und das Leistungsvermögen wieder ausgeglichen. Dennoch hat auch eine große und in der BRD nahezu konkurrenzlose Nachrichtenagentur wie die dpa ihre Probleme. Wenn sie ihre internationale Stellung behaupten will, so ist ein ständiger Ausbau notwendig, der sich der modernsten technischen Mittel bedient.

Diese Probleme wurden 1970 auf einer dpa-Gesellschafterversammlung angesprochen. "Die Gesellschafterversammlung der Deutschen Presse-Agentur vom 9. Juli in Bonn/Bad Godesberg erfuhr von Chefradakteur Dr. Hans Benirschke, daß das Interesse der Öffentlichkeit an politischen Dingen sich seit den letzten Bundestagswahlen und den daraus entstandenen Veränderungen wesentlich zugenommen habe"<sup>1)</sup>.

-----

1) Der Journalist, Ausgabe vom August 1970, Nr. 8, S. 24

In dem Bericht heißt es weiter: "Allgemein stellte Dr. Benirschke fest, daß das überaus starke Wachsen der Sachgebiete und Themenkreise, mit denen sich die Agentur zu beschäftigen habe, große Anforderungen an die Redaktion stelle und daß die Schaffung neuer Arbeits- und Informationsmittel notwendig sei"<sup>1)</sup>.

Der dpa-Geschäftsführer, Dr. Wolfgang Weynen, legte der Gesellschafterversammlung fünf Forderungen vor, die nach "Ansicht des International Press Telecommunications Council" für eine rationelle Nachrichtenübermittlung erfüllt werden müßten: "1. Eine Zuteilung von Frequenzen im Satellitenverkehr ausschließlich für die Presse zu vertretbaren Preisen. 2. Nachrichtenverbindungen über Satelliten in Zusammenhang mit Erdkabeln. 3. Betrieb eigener Satelliten-Bodenstationen für die Presse. 4. Verbilligung des internationalen Telefon- und Fernschreibverkehrs auch außerhalb der üblichen Geschäftszeiten. 5. Wegfall der erhöhten Kosten bei Mitbenutzung von Kabeln durch andere Teilnehmer"<sup>2)</sup>.

Allein diese Forderungen zeigen auf, wie heute eine Nachrichtenagentur mit den modernsten technischen Möglichkeiten arbeiten muß. Auf der gleichen dpa-Versammlung war auch ein "elektronisches computergesteuertes Nachrichtenvermittlungssystem" gefordert worden<sup>3)</sup>. Die Entwicklung, die von den Nachrichtenagenturen damit seit 1945 in der BRD allein in technischer Hinsicht durchlaufen wurde, ist außerordentlich groß, so daß man mit Recht von einer neuen Phase in der Nachrichtentechnik sprechen kann.

-----  
1) 2) und 3) Der Journalist, Ausgabe vom August 1970,  
Nr. 8, S. 24

Die mit größten Umwälzungen in der Nachkriegszeit haben sich im Bereiche der Tageszeitungen ergeben. Zunächst waren sie verboten, dann wurden sie durch das Lizenz- und Kontrollsystem der Besatzungsmächte behindert. Nach der Währungsreform, zu einem wirtschaftlich sehr ungünstigen Zeitpunkt, konnten sich die Tageszeitungen zwar ab 1949 wieder frei entfalten, doch vollzog sich dies unter schwersten Bedingungen. Von diesen Anstrengungen kaum erholt und stabilisiert, brach über die Blätter die starke Konkurrenz durch das Fernsehen herein. Die Pressekonzentration setzte ein, das "Zeitungssterben" begann. Am Ende der Weimarer Republik wurden in Deutschland noch rund 4 700 Zeitungen gezählt, auf das heutige Gebiet der BRD bezogen waren es immerhin ca. 3 000 Blätter<sup>1)</sup>. Heute ist nur rund ein Drittel dieser stattlichen Zahl übriggeblieben. Nach dem Geschäftsbericht des Bayerischen Journalisten-Verbandes e.V. für 1969 registrierte "der Leitfaden/Stamm für Presse und Werbung 1969 noch 1 128 Titel selbständiger Zeitungen und Nebenausgaben in der Bundesrepublik. Die neueste Ausgabe 1970 des "Leitfadens" verzeichnet nur noch 1 069 Titel. Dies ist eine Verringerung um 59 Titel"<sup>2)</sup> in nur einem Jahr. Hervorstechendstes Merkmal für die deutschen Tageszeitungen ist die Tatsache, daß sie in der Nachkriegszeit ihre ehemalige Monopolstellung als primäre Informationsquelle der Bevölkerung verloren haben oder doch zumindest mit dem Rundfunk/Fernsehen teilen müssen.

Den Boulevardblättern, Straßenverkaufszeitungen und den Illustrierten ist hingegen gelungen, ihren Verkaufsmarkt zu halten und sogar auszubauen. Sie waren auch in der Lage, sich den Interessen und dem "Geschmack" der Lesermasse mit modernsten Gestaltungsmitteln besser anzupassen. Die jüngste Tendenz zur stärkeren Politisierung dürfte den Illustriertenmarkt weiter festigen.

-----

1) Gillessen in Pross, S. 120

2) Bayerischer Journalisten-Verband, Geschäftsbericht 1969, München, 28. April 1970

Die Wochenzeitungen haben sich im Nachkriegs-Deutschland relativ gut gehalten. Die ausführlichen Berichte, Analysen und Kommentare sowie das hohe Niveau haben den Wochenzeitungen einen gewissen Leserkreis erschlossen. Die Richtungs- und Tagespresse von früher ist heute weitgehend nicht mehr vorhanden in der Tagespresse. Die Wochenzeitungen besitzen jedoch in der Regel eine bestimmte politische Ausrichtung, so daß sie in dieser Hinsicht eine Lücke in der deutschen Presse ausfüllen. Vor allem diese Tatsache sichert den Wochenblättern einen festen Abonnentenkreis, während der Straßenverkauf bei diesem Zeitungstyp sehr gering ausfällt.

Kaum Konkurrenz sorgen haben die Rundfunkanstalten in der BRD, da sie praktisch eine Monopolstellung innehaben. So verlief der Wiederaufbau des deutschen Rundfunks nach dem Zweiten Weltkrieg ruhig und ohne größere Schwierigkeiten. Doch mit den sechziger Jahren setzte eine zunehmende Kritik an der Monopolstellung ein, der Ruf nach Privatsendern und einer Änderung der Rundfunkstruktur wurde immer lauter. In jüngster Zeit nehmen diese Bestrebungen so starke Formen an, daß eine Neuordnung zu überprüfen wäre. Es entsteht mehr und mehr der Eindruck, daß die Stellung der Rundfunkanstalten in der BRD nach 1945 doch nicht ideal gelöst und eingerichtet worden ist.

Anders als beim Rundfunk findet zwischen dem Deutschen Fernsehen und dem Zweiten Deutschen Fernsehen ein gesunder Wettbewerb im Programm statt. Diese Konkurrenz ist vor allem deshalb wichtig, weil das Fernsehen in der Nachkriegsgeschichte der deutschen Presse eine führende Funktion als Informationsträger und Meinungsbildner gewonnen hat. Hier ist ein Novum in der deutschen Pressegeschichte zu verzeichnen, dessen Auswirkung auf die Tagespresse heute noch gar nicht restlos zu überblicken ist.

Am nachhaltigsten verändert wurde die Struktur der deutschen Nachkriegspresse durch die starken Konzentrationerscheinungen. Die Gründe zur Konzentration sind vor allem wirtschaftlicher Natur. Da die Großkonzernbildungen jedoch auch eine gewisse Gefahr für die Pressefreiheit in der BRD zeitigen können, ist diese Angelegenheit sehr problematisch geworden und wird laufend überwacht. Zwar hat die Bundesregierung am 20. Februar 1969 erklärt, daß "die Pressefreiheit in der BRD augenblicklich noch nicht beeinträchtigt" sei<sup>1)</sup>, doch hat die Pressekommission der Bundesregierung eine gewisse "Bedenklichkeitsgrenze" festgelegt<sup>2)</sup>, die von Konzernen fast erreicht wurde. Die Problematik ist hierbei besonders kompliziert, da sowohl die Pressekonzentrationen selbst als auch eventuelle Gegenmaßnahmen von staatlicher Seite unweigerlich zu einem Konflikt mit der Pressefreiheit führen. Bisher konnte man jedoch die Konzentration nur registrieren und beobachten, der Konflikt wird erst in der Zukunft zu lösen sein.

Ein entscheidendes Kapitel war für die deutsche Presse nach 1945 die Schaffung eines neuen Presserechts. Hier wurde die große Chance verspielt, von Anfang an ein einheitliches Presserecht für die gesamte Bundesrepublik zu schaffen. Erst Mitte der sechziger Jahre verabschiedeten die meisten Bundesländer ihre jeweiligen Pressegesetze, wodurch sich unterschiedliche Fassungen ergaben<sup>3)</sup>. Trotzdem ist es ein Verdienst der Nachkriegszeit, daß dieses Gesetzeswerk gelang, nachdem es in der Weimarer Zeit vergeblich versucht worden ist. Prinzipiell gesehen erfüllen die neuen Pressegesetze die in sie gesetzten Hoffnungen und Wünsche der Presse weitgehend.

-----

1) Jahresbericht der Bundesregierung von 1969, S. 133

2) III. Hauptteil, 4. Die Konzentrationerscheinungen in der deutschen Presse, S. 174 ff.

3) Löffler, Presserecht, Band II, S. 5

Mit dem Deutschen Presserat wurde der Presse in der Bundesrepublik eine wertvolle Einrichtung geschaffen. Seine Unabhängigkeit hat der Presserat inzwischen vielfach bewiesen. So vertritt Dr. Rupert Giessler, der Sprecher des Presserates, im Tätigkeitsbericht von 1969 die Meinung, daß die Bundesregierung nach Ansicht des Presserates die Pressekonzentration "zu optimistisch beurteile. Ein solcher Optimismus, der dazu führte, daß die Bundesregierung noch keine Verpflichtung des Staates zum Tätigwerden auf Grund der Garantie des Instituts "Freie Presse" in Artikel 5 des Grundgesetzes herleiten zu können glaubte, erschien um so über-raschender, als sie selbst in ihrer Stellungnahme sagt, daß ^mit einem weiteren Rückgang der Zahl der selbständigen redaktionellen Einheiten^gerechnet werden müsse"<sup>1)</sup>. Allein dieses Beispiel zeigt, wie ernst der Deutsche Presserat seine Aufgabe nimmt und auch wie notwendig und zwingend seine Gründung war.

Die größte Wandlung in der Nachkriegsgeschichte der Presse aber haben die Journalisten selbst erfahren. Sie mußten sich all den hier zusammengefassten Entwicklungen anpassen und die daraus resultierenden Probleme bewältigen. Viele Zeitungsjournalisten mußten umschulen und sich auf die neuen Tätigkeiten z. B. beim Fernsehen einstellen. Doch trotz aller Umwälzungen ist es dem deutschen Journalismus nach 1945 bis heute gelungen, seinen Berufsstand zu ordnen, auszubauen und zu festigen. Die Journalisten nehmen heute eine anerkannt "öffentliche Aufgabe" wahr und haben ihren festen Platz in Staat und Gesellschaft. Dies in so hohem Maße zu erreichen war nicht leicht, nach all dem, was der deutsche Journalismus vor und unmittelbar nach 1945 hatte erdulden müssen.

-----  
1) Deutscher Presserat, Tätigkeitsbericht 1969, S. 3/4  
Der Journalist, Ausgabe vom August 1970, Nr. 8, S. 3

#### IV. Quellen- und Literaturverzeichnis

A bis Z - Ein Taschen- und Nachschlagebuch über den anderen Teil Deutschlands, Herausgeber: Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 11. überarbeitete und erweiterte Auflage, Bonn 1969.

Aktion Funk und Fernsehen: Meinungsmache oder Meinungsterror? Mehr Demokratie in die Funkhäuser! ersch. 1970/71

Baader, Wolfgang: Redaktionelle Probleme der Heimatpresse, Zeitungs-Verlag, Jahrgang 47, Nr. 5/6, 24. März 1950.

Bayerischer Journalisten-Verband e.V., Geschäftsbericht 1969, München, 28. April 1970.

Benda, Ernst: Die Notstandsverfassung, 8. bis 10. veränderte Auflage, München 1968.

Berufsbild des Journalisten, beschlossen vom Verbandstag 1966 des Deutschen Journalisten-Verbandes e.V., Bonn 1967.

Besserer, Max von: Das deutsche Presse- und Nachrichtenwesen nach 1945, Sonderdruck, Wiesbaden 1954.

Bitter, Georg: Zur Typologie des deutschen Zeitungswesen in der Bundesrepublik Deutschland, München 1951.

Böddeker, Günter: 20 Millionen täglich - Wer oder was beherrscht die deutsche Presse, Oldenburg 1967.

Bräuer, Hans-Joachim: Organisation und Entwicklung des Presse- und Nachrichtenwesens, Manuskript, Nürnberg 1955.

Bringmann, Karl: Institut für publizistische Bildungsarbeit, Sonderdruck, Beilage in "Der Journalist", Nr. 12, 1968.

Bundesverband Druck e.V., Presseinformation Nr. 1, Wiesbaden, 5. Januar 1971.

Deutscher Bundestag: Bericht über das Ergebnis einer Untersuchung der Konzentration in der Wirtschaft vom 29. 2. 1964, 4. Wahlperiode, Drucksache IV / 2320.

- Bericht der Kommission zur Untersuchung der Wettbewerbsgleichheit von Presse, Funk/Fernsehen und Film, 5. Wahlperiode, Drucksache V / 2120.

- Schlußbericht der Kommission zur Untersuchung der Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz von Presseunternehmen und der Folgen der Konzentration für die Meinungsfreiheit in der BRD, 5. Wahlperiode, Drucksache V / 3122.

Deutscher Journalisten-Verband e.V., Geschäftsberichte von 1966 bis 1969.

Deutschland im Wiederaufbau 1949 bis 1959, Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1960.

Deutscher Presserat, Tätigkeitsberichte 1956 bis 1969.

- Stellungnahme zur Stellungnahme der Bundesregierung zum Schlußbericht der Pressekommission, verabschiedet auf der Sitzung vom 29. April 1969 in Bonn.

- Sitzungsberichte vom 22./23. Januar 1970 in Karlsruhe, vom 15. April 1970 in Bonn und vom 8. Juli 1970 in Bonn.

Dietrich, Valeska: Alfred Hugenberg - Ein Manager in der Publizistik, Berlin 1960.

Dovifat, Emil: Allgemeine Publizistik, Handbuch der Publizistik, Band 1, Berlin 1968.

- Zeitungslehre, Band 1 und 2, 5. neubearbeitete Auflage, Berlin 1967.

Deutsche Presse-Agentur, Gesellschafts-Vertrag von 1956.

Eschenburg, Theodor: Staat und Gesellschaft in Deutschland, Stuttgart 1956.

- Herrschaft der Verbände?, Stuttgart 1955.

Film, Rundfunk, Fernsehen, Herausgeber: Lotte H. Eisner und Heinz Friedrich, Fischer-Lexikon Band 9, Frankfurt am Main 1958.

Fischers Welt-Almanach, Ausgaben für 1968, 1969, 1970 und 1971, Herausgeber: Prof. Dr. Gustav Fochler-Hauke, Frankfurt am Main 1967, 1968, 1969, 1970.

Forsthoff, Ernst: Der Verfassungsschutz der Zeitungspressen, Frankfurt am Main 1969.

Die Funktion der Presse im demokratischen Staat, Studien und Berichte der kath. Akademie in Bayern, Herausgeber: Karl Forster, Heft 5, München 1958.

Geiger, Wilhelm: Die Funktion der Presse im demokratischen Staat, München 1958.

Giessler, Rupert: Zehn Jahre Deutscher Presserat, Vortrag vom 8. November 1966 in Bad Godesberg, Sonderdruck.

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, München 1954.

Guede, Max: Die Geheimsphäre des Staates und die Pressefreiheit, Frankfurt am Main 1959.

Haacke, Wilmont: Publizistik - Elemente und Probleme, Essen 1962.

- "Public Relations" oder das Vertrauen der Öffentlichkeit, in "Aus Politik und Zeitgeschichte", Beilage von "Das Parlament", Nr. B 48, 1969.

Hagemann, Walter: Publizistik im Dritten Reich, Hamburg 1948.  
- Grundzüge der Publizistik, Einführung in die Lehre von der sozialen Kommunikation, 2. Auflage, Münster-Regensburg 1966.  
- Dankt die Presse ab? "Heiße Eisen", Band 3, Isar-Verlag 1957.

Handbuch "Deutsche Presse", Herausgeber: Nordwestdeutscher Zeitungsverleger-Verein, 1. Auflage, Bielefeld 1947.

Harms Statistik 1970, Die Welt in Zahlen, München 1969.

Hermann, E.M.: Die Presse in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Bonn 1957.

- Zur Theorie und Praxis der Presse in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Berlin 1963.

Holzammer, Karl: Die Verantwortung des Menschen für sich und seinesgleichen, Reden und Aufsätze, Bertelsmann-Verlag 1966.

Jahresbericht der Bundesregierung 1969, Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn.

Jank, Klaus-Peter: Die Rundfunkanstalten der Länder und des Bundes - Eine systematische Darstellung ihrer organisatorischen Grundlagen, Schriften zum öffentlichen Recht, Band 60, Berlin 1967.

Jeschek, Hans-Heinrich: Pressefreiheit und militärisches Staatsgeheimnis, Berlin 1964.

Journalisten-Handbuch 1966/67, erschienen im Verlagshaus Chmielorz, Wiesbaden 1966.

Journalist, Blätter zur Berufskunde, Band 3, Herausgeber: Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, 2. Auflage 1960.

Journalismus, Schriftenreihe des Deutschen Instituts für publizistische Bildungsarbeit, Herausgeber: Emil Dovifat und Karl Bringmann, Band 1, 2, 3, 4 und 5, Düsseldorf 1960, 1961, 1962, 1968 und 1969.

J V W - Auflagenliste III/1966, IV/1968 und II/1970, Herausgeber: Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V., Bad Godesberg.

Kemper, Gerd-Heinrich: Pressefreiheit und Polizei, Berlin 1964.

Kosch, Wilhelm: Lexikon der Politik, Presse und Publizistik, Biogr. Staatshandbuch, Fortgef. von Eugen Kuri, Band 1 und 2, Bern-München 1959 bis 1963.

Krueger, Herbert: Die öffentlichen Massenmedien als notwendige Ergänzung der privaten Massenmedien ( Rechtsgutachtliche Untersuchung ), Frankfurt am Main-Berlin 1965.

Kuby, Erich: Das ist des Deutschen Vaterland, 70 Millionen in zwei Wartesälen, Stuttgart 1957.

Landespressegesetze der Bundesländer Baden-Württemberg (1964), Bayern (1949), Berlin (1965), Bremen (1965), Hamburg (1965), Hessen (1958 bzw. 1966), Niedersachsen (1965), Nordrhein-Westfalen (1966), Rheinland-Pfalz (1965), Saarland (1965) und Schleswig-Holstein (1964).

Leisner, Walter: Öffentlichkeitsarbeit der Regierung im Rechtsstaat, Dargestellt am Beispiel des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Berlin 1966.

Leithäuser, Joachim G.: Journalisten zwischen zwei Welten, Die Nachkriegsjahre der Berliner Presse, Berlin 1960.

Löffler, Martin: Die Ausbildung des publizistischen Nachwuchses bei Presse, Rundfunk, Fernsehen u.a., München 1961.

- Die öffentliche Meinung, Schriftenreihe der Deutschen Studiengesellschaft für Publizistik, Band 4, 1962.

- Die Rolle der Massenmedien in der Demokratie, München-Berlin 1966.

- Presserecht, Band I, Allgemeines Presserecht, 2. Auflage, München 1969; Band II, Die Landespressegesetze, 2. Auflage, München 1968.

- Selbstkontrolle von Presse, Funk und Film, Schriftenreihe der Deutschen Studiengesellschaft für Publizistik, Band 2, Berlin 1960.

- Der Verfassungsauftrag der Presse, Modellfall SPIEGEL, Karlsruhe 1963.

Manteltarifvertrag für Redakteure an Tageszeitungen, Vertrag vom 10. September 1968, Frankfurt am Main 1968.

Matthies, Marie: Journalisten in eigener Sache, Zur Geschichte des Reichsverbandes der deutschen Presse, Berlin 1969.

Mendelssohn, Peter de: Zeitungsstadt Berlin, Berlin 1959.

Meyn, Hermann: Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland, ergänzte Neuauflage 1970, Berlin 1968.

- Gefahren für die Freiheit von Rundfunk und Fernsehen?, in "Aus Politik und Zeitgeschichte", Beilage von "Das Parlament", Nr. B 48, 1969.

Mohm, Siegfried H.: Die Ausbildung des Journalistennachwuchses in Deutschland, Nürnberg 1964.

Mösslang, Franz-Hugo: Deutsche Journalistenschule e.V. München, Sonderdruck, Beilage in "Der Journalist", Nr. 12, 1968.

Müller, Gebhard: Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit, Vortrag vom 8. November 1966 in Bad Godesberg, Sonderdruck.

Müller, Hans-Dieter: Der Springer-Konzern, Eine kritische Studie, München 1968.

Müller, Klaus: Die Kunst gehört zu werden, 1. Auflage, Düsseldorf 1959.

Noack, Paul: Die Presse, Wirkung und Aufgabe der Zeitung, Herausgeber: Bayerische Landeszentrale für Heimatdienst, Heft 10, München 1963.

Noelle-Neumann, Elisabeth: Pressekonzentration und Meinungsbildung, Sonderdruck aus "Publizistik", Heft 2/3/4, 1968.  
- Herausgeberin von "Farbfernsehen und Zeitung", Journalismus, Beiheft 3, Düsseldorf 1968.

Pilgert, Henry: Press, Radio and Film in Western-Germany 1945 - 1953, Historical Division Office of the Exekutive Secretary, 1953.

Pross, Harry: Herausgeber von "Deutsche Presse seit 1945", mit Beiträgen von Cron Helmut, Fabian Walter, Gillessen Günther, Hurwitz Harold, Koch-Mehrin Cordes, Kötterheinrich Manfred, Lindemann Helmut, Pawek Karl, Sänger Fritz, Schmid Richard und Stomps Viktor-Otto; Bern-München-Wien 1965.

Publikationsmittel als Bildungsmacht; Referate der Tagung, die der Informationsdienst des Deutschen Instituts für Bildung und Wissen e.V. vom 8. bis 12. Juni 1965 in Saarbrücken veranstaltete, ersch. Frankfurt am Main 1966.

Rehbinder, Manfred: Die öffentliche Aufgabe und rechtliche Verantwortlichkeit der Presse, Berlin 1961.

Roegele, Otto Bernhard: Pressereform und Fernsehstreit; Texte zur Kommunikationspolitik 1832 - 1965, Gütersloh 1965.

Ronneberger, Franz: Die politischen Funktionen der Massenkommunikationsmittel, in "Publizistik", 9. Jahrgang, Heft 4, 1964.

Rundfunkanstalten und Tageszeitungen; Eine Materialsammlung, 4 Bände, Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der BRD (ARD), Frankfurt am Main 1965/66.

Rundfunk in Deutschland, ARD-Broschüre, Ausgabe 1969/70.

Scheuch, Erwin K. : Fünfundzwanzig Jahre Erziehungsdi-  
ktatur sind genug, Aufsatz in "Beiträge zur Zeitgeschichte",  
Sonderdruck, Ausgabe vom 5. Juni 1970.

Schmalzbauer, Gottfried: Der Journalist, Nürnberg 1948.

Schuster, Hans und Sillner, Leo: Die Zeitung, 1./2. Auflage,  
München 1968.

Schütz, Walter J.: Wettbewerbsbedingungen und Konzentra-  
tionstendenzen der deutschen Tageszeitungen, in "Publizis-  
tik", Festschrift für Edgar Stern-Rubarth, Bremen 1963.  
- Die Zeitungsdichte in der BRD, in "Publizistik", 11/1966.

Sell, F. W. von: Zur Kontroverse zwischen Presse und Fern-  
sehen, in "Frankfurter Hefte", Juli 1964.

"SHAEF" ( Alliierte Streitkräfte, Hauptquartier ), Gesetz  
Nr. 191 vom 18. 1. 1945. ( Private Übersetzung.)

Springer, Axel: Deutsche Presse zwischen Konzentration und  
Subvention; Kieler Vorträge, herausgegeben von Prof. Dr.  
Dr. h.c. Erich Schneider, Neue Folge 48, Kiel 1967.  
- Viel Lärm um ein Zeitungshaus, Rede vor dem Übersee-Club  
in Hamburg am 26. Oktober 1967, Berlin o.J.  
- Verlagshaus-Nachrichten, Ausgaben Nr. 30 vom Januar 1970,  
Nr. 31 vom Februar 1970, vom Juli 1970 Nr. 36 und Nr. 38  
vom September 1970.

Steinhausen, Gertrud: Gründung und Entwicklung der west-  
deutschen Nachrichtenagenturen nach dem 2. Weltkrieg,  
Dissertation, Heidelberg 1960.

Schelsky, Helmut: Die Problematik der Publizistik in der  
heutigen Gesellschaft, in "Universitas", 11/1963.

Thilenius, Richard: Die Teilung Deutschlands, Hamburg 1957.

Warburg, James P.: Deutschland - Brücke oder Schlachtfeld?,  
New York 1947; Übersetzung: Stuttgart 1949.

Wegner, Walter: Konzentration im Pressewesen, Sonderdruck,  
Beilage in "Der Journalist", Nr. 4, 1966.

Weyl, Johannes: Unterwanderung der Presse - Die Auseinander-  
setzung Tageszeitungen-Anzeigenblätter, Sonderdruck des Bun-  
desverbandes Deutscher Zeitungsverleger e.V., Bad Godesberg,  
Stand von 1968.

Zehn Jahre Deutscher Journalisten-Verband, Herausgeber:  
Deutscher Journalisten-Verband e.V., Festschrift,  
Neuwied 1960. .

Zoll, Ralf und Hennig, Eike: Massenmedien und Meinungsbildung; Angebot, Reichweite, Nutzung und Inhalt der Medien in der BRD, München 1970.

Ferner:

Interviews mündlicher und schriftlicher ( Briefwechsel ) Art.

#### Zeitungen und Zeitschriften

Amtsblatt der Militär-Regierung und des Oberbürgermeisters der Stadt Erlangen, "This Publication is Authorized by Military Government", Ausgabe vom 15. April 1946, Nr. 52, gedruckt vom Erlanger Tagblatt.

Der Journalist, herausgegeben vom Deutschen Journalisten-Verband e.V., Bonn-Oberwinter, Jahrgänge 1957 bis einschließlich Nr. 2, 1971.

Das Parlament, Bonn, Jahrgänge 1958 bis Februar 1971.

Der Spiegel, Gefahr für Deutschlands Zeitungen, Ausgabe vom 25. September 1967.

- Die totale Information, Ausgabe vom 9. März 1970.

- Ausgabe vom 1. Februar 1971.

Ferner:

Einzelne Zeitungen und Zeitschriften zu bestimmten Ereignissen.

## L e b e n s l a u f

Am 31. August 1935 wurde ich in Erlangen ( Bayern ) geboren, wo ich auch von 1942 bis 1950 die Volksschule besuchte. 1950 bis 1953 erlernte ich im elterlichen Geschäft das Orthopädie-Schuhmacherhandwerk und betätigte mich dort anschließend praktisch und kaufmännisch. Nebenberuflich wurde ich bald ehrenamtlicher Jugendleiter und freier Mitarbeiter verschiedener Zeitungen. Von 1960 bis 1962 volontierte ich beim "Bamberger Volksblatt" und wurde zum Redakteur ausgebildet. Nach eigener Vorbereitung legte ich im Dezember 1962 im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus zu München das Begabtenabitur ab. An der Universität Erlangen-Nürnberg studierte ich anschließend zwölf Semester Geschichte, Geographie, Germanistik, Politische Wissenschaft, Zeitungsgeschichte, Verwaltungsrecht und Soziologie. Eine Zwischenprüfung legte ich 1966 in den Erziehungswissenschaften ab. Während des Universitätsstudiums war mein Berufsstatus der eines freien Journalisten. Meine Dissertation fertigte ich bei Universitätsprofessor Dr. Kurt Kluxen, Erlangen, an. Im Frühjahr 1971 habe ich an der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität zu Erlangen-Nürnberg promoviert.





## **Offsetdruck-Fotodruck**

**J. Hogl, 8520 Erlangen Hauptstr. 109, (Nähe Martin-Luther-Platz) Tel. 22990**